



72/2018 Historischer Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V.

LUDWIGSBURGER GESCHICHTSBLÄTTER

Umschlagbild

Herzog Eberhard Ludwig von Württemberg,
Gründer der Stadt Ludwigsburg.
Standbild auf dem Marktplatzbrunnen in Ludwigsburg.

HISTORISCHER VEREIN FÜR STADT UND KREIS
LUDWIGSBURG e.V.

Ludwigsburger Geschichtsblätter

Heft 72

Mit 123 Abbildungen

2018

Kommissionsverlag J. Aigner, Buchhandlung, Ludwigsburg

ISSN 0179-1842

Herausgegeben vom Historischen Verein
für Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V.

Redaktion: Dr. Thomas Schulz, Remseck
unter Mitarbeit von Dr. Simon Karzel, Vaihingen

Produktion und Layout: Karl-Heinz Zimmerstädt, Steinheim/Murr

Alle Rechte beim Historischen Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V.

Für den Inhalt der Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich

Gesamtherstellung: WALTER Medien GmbH, Brackenheim-Hausen

Geschäftsstelle des Historischen Vereins:

Stadtarchiv Ludwigsburg, Mathildenstr. 21, 71638 Ludwigsburg

Inhalt

Mitarbeiter an diesem Band	4
Vorwort (<i>Elfriede Krüger</i>)	5
300 Jahre Residenzstadt Ludwigsburg. Vom Werden einer Stadt von <i>Sigrid Hirbodian</i>	7
Feiern wir diese Stadt! von <i>Bas Böttcher</i>	28
Stadt werden von <i>Annette Spellerberg</i>	31
Die Pfarrgemeinde Markgröningen und die Niederlassung des Heilig-Geist-Ordens. Zwei ungleiche Schwestern am Vorabend der Reformation von <i>Petra Schad</i>	41
Freud und Leid. Gräfin Christina Wilhelmina von Würben (geborene von Grävenitz) und Freudental von <i>Daniel Schulz</i>	75
Das königliche Jagdschloss am Stromberg. König Friedrich von Württemberg in Freudental von <i>Eberhard Fritz</i>	101
Ernst Leube. Das tragische Schicksal eines Ludwigsburgers im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 von <i>Tobias Arand</i>	123
»Der leichte Sinn des halben Städters ist ihnen geblieben«. Neckarrems in den Jahrzehnten zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg von <i>Thomas Schulz</i>	141
1918. Das Revolutionsgeschehen in Marbach von <i>Hermann Schick</i>	163
Jüdisches Leben in Ludwigsburg. Unter besonderer Berücksichtigung von Quellen aus dem Stadtarchiv Ludwigsburg von <i>Simon Karzel</i>	185

Das Infanterie-Regiment Alt-Württemberg. Streiflichter aus der Geschichte des Ludwigsburger »Hausregiments« von <i>Wolfgang Läßle</i>	201
Verschwunden – Vergessen. Öffentliche Toiletten und Kioske in Ludwigsburg von <i>Günther Bergan</i>	223
Geschichte vor Gericht? Zur strafrechtlichen Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in der Bundesrepublik von <i>Jens Rommel</i>	251
Buchbesprechungen	261
Bildnachweis	271
Ludwigsburger Geschichtsblätter 1900–2018	272

Mitarbeiter an diesem Band

Prof. Dr. Tobias Arand, Pädagogische Hochschule Ludwigsburg
 Günther Bergan, Diplom-Ingenieur, Ludwigsburg
 Wolfram Berner, M.A., Kreisarchivar, Marbach a. N.
 Bas Böttcher, Slam-Poet, Berlin
 Dr. Eberhard Fritz, Archivar des Hauses Württemberg, Altshausen
 Prof. Dr. Sigrid Hirbodian, Eberhard-Karls-Universität Tübingen
 Dr. Simon Karzel, Stadtoberarchivrat, Vaihingen an der Enz
 Elfriede Krüger, Rektorin i. R., Ludwigsburg
 Wolfgang Läßle, Stadtoberarchivrat a. D., Asperg
 Jens Rommel, Leitender Oberstaatsanwalt, Ludwigsburg
 Dr. Petra Schad, Stadtarchivarin, Ludwigsburg
 Dr. Hermann Schick, Studiendirektor i. R., Marbach a. N.
 Dr. Daniel Schulz, Kunsthistoriker, Döttingen
 Dr. Thomas Schulz, Kreisarchivoberrat, Remseck a. N.
 Prof. Dr. Annette Spellerberg, Stadtsoziologin, Kaiserslautern
 Regina Witzmann, Stadtarchivamtfrau, Stuttgart
 Karl-Heinz Zimmerstädt, Kundenberater i. R., Steinheim a. d. Murr

Vorwort

Ein Jahr gespickt mit Jubiläumsveranstaltungen, Gedenk- und Jahrestagen nähert sich seinem Ende. Viele Vereins- und Gemeindejubiläen können hier gar nicht erwähnt werden. Stellvertretend soll hier Neckarrems mit seiner nachweislich 750-jährigen Geschichte genannt sein.

In Ludwigsburg gegründet, aber mit ihrer Bedeutung national und international anerkannt sind das Deutsch-Französische Institut und die Zentrale Stelle. 70 Jahre besteht das Deutsch-Französische Institut: Einst als erste zaghafte Annäherung der Kriegsgegner Deutschland und Frankreich gegründet, entwickelte es sich kontinuierlich und erfolgreich weiter zu einem wesentlichen Wegbereiter der deutsch-französischen Freundschaft im europäischen Kontext. Auch die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen, vor 60 Jahren geschaffen und seither in Ludwigsburg beheimatet, meistert ihre schwierige Aufgabe in unermüdlicher Kleinarbeit bis heute mit vorzeigbaren Erfolgen und ist damit ein wichtiger Baustein zur Aufarbeitung und Ermittlung nationalsozialistischer Verbrechen.

Vor 100 Jahren endete der Erste Weltkrieg. Mehr als neun Millionen Menschen hatten in den vier Kriegsjahren 1914 bis 1918 ihr Leben verloren, 20 Millionen waren verwundet worden. 25 Staaten und damit rund 1,4 Milliarden Menschen, das entsprach ungefähr drei Viertel der damaligen Erdbevölkerung, waren zum Ende des Krieges im Kriegszustand. Diese Fakten und Zahlen sollten auch weiter zu unserem Geschichtswissen gehören und Bürger wie Politiker zu verantwortlichem Handeln mahnen.

Heute für Frauen in Deutschland selbstverständlich, wenn wir aber in die Welt hinaus schauen für viele Menschen und insbesondere Frauen noch nicht erreicht: das Wahlrecht. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Ende des Kaiserreichs wurde in Deutschland das Frauenwahlrecht eingeführt. Das erste Mal zur Wahl gehen konnten die Frauen dann im Januar 1919. Hart musste für viele Rechte in der Geschichte gestritten und gekämpft werden. Umso erstaunlicher, ja manchmal auch bedrückend empfinde ich es, wenn man in den letzten Jahren die geringe Wahlbeteiligung sieht und viele Menschen von ihrem Recht, zur freien Wahl gehen zu können, keinen Gebrauch machen.

So richtige Feierstimmung verbreitete sich das ganze Jahr über in Ludwigsburg. Mit einem großen Festakt zur Stadtgründungsfeier – das erste Mal im Forum und nicht, wie seither Tradition, im Schloss – wurde das Jubiläumsjahr zum Gedenken an die Erhebung Ludwigsburgs zur Stadt vor 300 Jahren eröffnet. Zahlreiche Veranstaltungen in der Stadt und im Museum Ludwigsburg schlossen sich an. Unter dem Fokus »Stadt werden« stand die Gründung, die Weiterent-

wicklung und die heutige Entwicklung der Stadtgesellschaft mit sich ständig verändernden Herausforderungen im Blickpunkt. Ein Schwerpunkt dabei war der Bereich Wohnen und das Zusammenleben in einer Stadt.

Ein besonderes Flair zog bei der Venezianischen Messe wieder durch die Stadt und besonders den Marktplatz. Vor 250 Jahren brachte Herzog Carl Eugen von Württemberg die Idee des Venezianischen Karnevals von Aufhalten in Venedig mit nach Württemberg. Historische Highlights übertragen in moderne Formen und Gestaltungen inspirieren nun seit 25 Jahren alle zwei Jahre viele auswärtige Gäste und Ludwigsburger zu einem bunten Maskentreiben rund um den Marktplatz.

Mit »königlich württembergischer allerhöchster Genehmigung« erschien am 1. Juli 1818 als »Ludwigsburger Wochenblatt« die heutige Ludwigsburger Kreiszeitung. Bis heute hat sich die LKZ zur auflagenstärksten Tageszeitung im Landkreis Ludwigsburg entwickelt. Eine eigene Vollredaktion und fünf Regionalausgaben sorgen für die aktuelle Information in der Region. Ihr 200-jähriges Jubiläum feierte die LKZ mit einem Festakt und vielen Sonderveranstaltungen und, wie es sich für eine Zeitung gehört, mit Sonderbeiträgen zu historischen Ereignissen.

Trotz Gedenktagen und vielfältigen Festen bleibt der Alltag nicht stehen und aktuelle Herausforderungen müssen gelöst werden. Der Verkehr in den Gemeinden und die damit verbundene Umweltbelastung nehmen kontinuierlich zu. Insbesondere der innerörtliche und der Nahverkehr benötigen zeitnah schnell umsetzbare Lösungen. Viele Varianten wurden diskutiert und geprüft. Jede davon hat Vor- und Nachteile. Aufgabe der Politiker ist es, nach Diskussionen und Prüfungen Kompromisse zu schließen und verantwortlich und zukunftsweisend Entscheidungen zu treffen und möglichst schnell umzusetzen. Ausgehend von den Erfordernissen und Belangen der eigenen Gemeinde, müssen meiner Meinung nach auch die Anforderungen des weiteren Umfelds berücksichtigt werden. Eine innerstädtische Lösung muss Hand in Hand gehen mit großräumigen Vernetzungen, um langfristig praxistauglich zu sein. Die ersten zaghaften Schritte sind getan und hoffentlich kommt es mit Mut und Verantwortung zeitnah zu weiteren wichtigen Entscheidungen zum Wohle aller Bürger in Stadt und Kreis Ludwigsburg.

Ein großes Anliegen ist es mir, mich bei allen zu bedanken, die die Herausgabe der Ludwigsburger Geschichtsblätter, des nun hier vorliegenden Bandes 72, unterstützt und ermöglicht haben. Danken möchten wir der Stadt Ludwigsburg, dem Landkreis Ludwigsburg und der Wüstenrot-Stiftung für ihre nachhaltige Unterstützung, allen Autoren und Mitarbeitern dieses Bandes, den Mitgliedern, Spendern und Förderern des Vereins und besonders Dr. Thomas Schulz für die bewährte Redaktion. Ein besonderer Dank gilt an dieser Stelle der Buchhandlung Aigner, die uns seit der Herausgabe von Band 1 der Ludwigsburger Geschichtsblätter im Jahr 1900 als Kommissionsverlag als zuverlässiger Partner zur Seite stand. Die bevorstehende Schließung der Traditionsbuchhandlung Aigner wird eine große Lücke in Ludwigsburg hinterlassen.

Allen Mitgliedern des Historischen Vereins und allen Lesern dieses Bandes wünschen wir eine interessante Lektüre und alles Gute für das Jahr 2019.

Im November 2018

Elfriede Krüger

300 Jahre Residenzstadt Ludwigsburg

Vom Werden einer Stadt*

von Sigrid Hirbodian

Der Anlass des heutigen Vortrags, ja der ganzen Veranstaltungsreihe, in deren Rahmen er stattfindet, ist ein vergleichsweise unspektakuläres Schriftstück vom 3. September 1718. Es ist keine feierliche Stadterhebungsurkunde, sondern ein einfaches Reskript, ein nüchterner fürstlicher Befehl, der innerhalb der Landesverwaltung publiziert und an den Geheimen Rat des Herzogtums gerichtet war. Herzog Eberhard Ludwig – »von Gottes Gnaden Herzog zu Württemberg und Teckh, Graf zu Mömpelgard, Herr zu Heydenheimb, der römischen kayserlichen Mayestät, des heyligen römischen Reichs und des löblichen schwäbischen Creyses Generalfeldmarschall, auch Obrister über drey Regimenten zu Roß und Fuß« – gibt darin folgenden Beschluss (»unsere gnädigste resolution«) bekannt: Seiner Residenz Ludwigsburg sollen das bisherigen Amt Gröningen sowie Asperg, Hoheneck, Neckarweihsingen, Kornwestheim und weitere Orte »incorporiert und ein Oberamt daraus gemacht« werden. Es folgen weitere Anordnungen über die Verwaltung der bisherigen Ämter und des neuen Oberamtes, der Amtskellerei, der Besteuerung sowie der geistlichen Jurisdiktion. Eberhard Ludwig verfügt weiterhin, dass Ludwigsburg zwei Jahrmärkte, je acht Tage nach der Frankfurter Messe, erhalten soll und dass alle inkorporierten Orte, insbesondere aber auch die Kaufleute aus Stuttgart dort ihre Waren anbieten sollen. Ferner sollen die Handwerkerzünfte aller württembergischen Ämter ihre Zentralen nach Ludwigsburg verlegen. Dann schließlich folgt der für Ludwigsburg wichtigste Satz: »wobei Wir mehrbesagter Unserer Residenzstadt Ludwigsburg noch diese Prärogatio aus Landesfürstlicher Macht und Hoheit ertheilen, daß selbige die dritte Hauptstatt Unseres Herzogthumbs seyn, bey Unserer treuehorsambsten Landschaft mit zum engern Ausschuß gezogen werden und das Statgericht dasselbst das Privilegium eines Obergerichts wie Stuttgart und Tübingen dergestalt haben solle, daß auch andern Stätten, außer denen incorporierten, dahin zu appelliren frey stehe«.

Ludwigsburg wird also zur dritten Hauptstadt Württembergs erhoben und erhält zugleich alle Privilegien, die auch andere württembergische Städte haben: das Recht, den Salzkauf, das Weggeld, das Standgeld und Rügen (Strafgelder) bis auf 1 Gulden 30 Kreuzer Höhe sowie das Bürger- und Beisitzgeld für sich zu behalten. Außerdem wird der Stadt ein Wappen verliehen: die Reichssturmflagge mit dem Namen des Fürsten und der Jahreszahl 1718. Diese sogenannte Reichs-

* Geringfügig überarbeitete Fassung des am 22. März 2018 in Ludwigsburg gehaltenen Vortrags. Die Vortragsform wurde beibehalten, auf Nachweise wurde verzichtet.

sturmflagge oder besser gesagt, das Recht, sie in einem Reichskrieg führen zu dürfen, war seit dem Mittelalter mit der Stadt Markgröningen verbunden. Seit Württemberg Markgröningen im Jahr 1336 erworben hatte, führten die Grafen, die späteren Herzöge von Württemberg auch die Reichssturmflagge. Sie wird schließlich – neben den württembergischen Hirschstangen, den Tecker Wecken und den Mömpelgarder Barben – zum Herzogswappen Eberhards im Bart.



*Stadtwappen von Ludwigsburg.
Zeichnung nach einem Entwurf der Professoren Gustav Gnant und
Christian Belschner anlässlich der 200-Jahr-Feier der Stadt, 1909.*

Warum die Reichssturmflagge gerade um 1700 so wichtig wurde für Württemberg, dass sie den Hauptbestandteil des neuen Hauptstadtwappens bildete, erklärt sich aus der politischen Situation dieser Jahre: 1692 waren die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg zu Kurfürsten erhoben worden und hatten das neuerschaffene Amt eines »Erzbannerträgers« übertragen bekommen, da solche »Erzämter« als Teil der Kurfürstenwürde betrachtet wurden. Württemberg protestierte – mit Erfolg – gegen dieses neue Amt mit Verweis auf die seit dem 14. Jahrhundert von ihm getragene Reichssturmflagge. Seit 1706 wurde die Fahne

denn auch in Ludwigsburg aufbewahrt. Im neuen Stadtwappen sollte sie weithin sichtbar den Anspruch der Württemberger auf ihr jahrhundertealtes Privileg demonstrieren.

Der herzogliche Befehl vom 3. September 1718 wird im Allgemeinen als offizielle Stadtrechtsverleihung an Ludwigsburg verstanden. Mit ihm erhält die beim Schloss Ludwigsburg neu entstehende Stadt dieselben Privilegien wie andere württembergische Städte. Sie wird zugleich zum Zentrum eines neugeschaffenen Oberamtes und eines Obergerichts gemacht und wird zur dritten »Hauptstadt« Württembergs neben Stuttgart und Tübingen erhoben. Ludwigsburg wird also auf einen Streich zur Oberamtsstadt, Residenzstadt und Hauptstadt!

In meinem Beitrag möchte ich die Anfänge der Stadt Ludwigsburg nachzeichnen und zwar in drei großen Abschnitten: Zunächst blicke ich kurz auf die Vorgeschichte der Stadtgründung, vor allem also auf den Bau des Schlosses. Danach steht im Hauptteil die eigentliche Stadtgründung im Mittelpunkt, ihr Verlauf sowie die politischen, wirtschaftlichen, konfessions- und sozialgeschichtlichen Hintergründe. Abschließend möchte ich das, was ich hier über Ludwigsburg vorgestellt habe, in den Vergleich mit anderen Barockstädten der Zeit stellen und fragen, welche Bedeutung diesem Städtetyp und Ludwigsburg speziell zukommt.

Beginnen wir also mit einem Blick auf die Vorgeschichte: Dort, wo ab 1699 Eberhard Ludwig zunächst ein kleines Jagdschloss und bald dann deutlich mehr bauen ließ, war davor nichts, oder besser gesagt: fast nichts. Auf der berühmten Kieser'schen Forstkarte aus der Zeit um 1680 können wir drei Höfe, den Fuchshof, den Schafhof und den Erlachhof, erkennen, von denen der Erlachhof leicht befestigt und als Unterkunft für eine Jagdgesellschaft wohl geeignet gewesen ist, 1693 aber im Rahmen des sogenannten Pfälzischen Erbfolgekriegs durch französische Truppen zerstört wurde.

Um seiner Jagdleidenschaft nachgehen zu können, ließ der Herzog den Erlachhof zunächst in den Jahren 1699 bis 1701 zu einem kleinen Jagdschloss wiederaufbauen. Doch schon 1704 hatte er es sich anders überlegt: Er ließ alle bisherigen Bauten wieder abreißen und legte den Grundstein zu einem Schlossbau, dem er den programmatischen Namen »Ludwigsburg« gab. Sein Baumeister Philipp Josef Jenisch begann mit dem Bau des sogenannten Fürstenbaus, der den Kern der späteren Schlossanlage bildete. Schon 1706 wurde Jenisch entlassen und die Gesamtleitung an Johann Friedrich Nette übergeben. Dessen Planung, mit der er den Herzog überzeugt hatte, sah nun schon etwas ganz anderes vor als ein kleines, intimes Jagdschloss: Hier zeigt sich bereits die Formensprache und das Repräsentationsbedürfnis des Hochbarock, das sich an den großen europäischen Vorbildern Versailles, Schönbrunn oder Charlottenburg orientierte. Es wird schon deutlich, was dem Herzog vorschwebte: ein Schloss nämlich, das seinem Selbstverständnis als Fürst und Feldherr entsprach und mit dem er sich unter den Herrschern seiner Zeit sehen lassen konnte.

Aus einem bescheidenen, abseits im Wald oder Feld gelegenen Jagdschlösschen sollte nun also ein repräsentatives Barockschloss werden. Das aber stellte den Baumeister vor ganz neue Aufgaben: Wie sollte das Baumaterial herangeschafft werden, wie die Arbeiter, wer sollte sie versorgen und wo sollten sie unterkommen? Ganze Heerscharen von Maurern, Zimmerleuten, Stuckateuren, Malern,



Hofansicht des Residenzschlosses. Aus einem Kupferstichwerk nach Entwürfen von Johann Friedrich Nette, 1709.

Bildhauern mussten aus dem In- und Ausland gewonnen werden. Vor allem die italienischen Handwerker und Künstler waren gesucht und begehrt. Um sie zu gewinnen, führten die fürstlichen Bauherren einen regelrechten Konkurrenzkampf gegeneinander. Denn überall in Europa und vor allem in den deutschen Territorien entstanden in dieser Zeit prächtige Schlossbauten, für die jeder die besten Handwerker und Künstler gewinnen wollte. In diesem Wettbewerb war es alles andere als förderlich, wenn man die Bauleute nur in zugigen Hütten hausen lassen und mehr schlecht als recht versorgen konnte. Für sie musste also eine Infrastruktur geschaffen werden. Und auch die immer zahlreicher werdenden fürstlichen Jagdgesellschaften und ihre Begleiter, die Jäger mit ihren Gehilfen und Hunden, der Fuhrpark sowie die vielen Pferde mussten untergebracht werden. So wurde ein riesiger Marstall errichtet, der mit seiner Anlage später den Stadtplanern von Ludwigsburg erhebliches Kopfzerbrechen bereiten sollte, lag er doch quer zu der bald darauf konzipierten barocken Stadtanlage. Bereits 1707 wurde ein erstes Gasthaus errichtet, das Waldhorn, in dem Jagdgäste und andere wichtige Besucher untergebracht werden konnten.

Es wird nun deutlich, warum Herzog Eberhard Ludwig 1709 mit einem öffentlichen Schreiben weit und breit Menschen zur Ansiedlung in Ludwigsburg auffor-

derte. Denn nun kommt das zweite Element zur Geltung: Ein barockes Residenzschloss, wie es dem Herzog offenbar zu diesem Zeitpunkt bereits vorschwebte, war nicht ohne eine zugehörige Stadt zu denken. Nicht nur aus Gründen der Infrastruktur, der Versorgung des Hofes sowie der Ansiedlung von Verwaltung und Hofpersonal, sondern auch als Bühne für die herrschaftliche Selbstdarstellung. Und ganz anders als die alten Residenzstädte aus dem Mittelalter, wie Stuttgart eine war, sollte eine solche barocke Residenzstadt auch nicht einfach wachsen, wie es sich gerade aus den Gegebenheiten von Umwelt und Notwendigkeiten ergab. Sie sollte vielmehr einem strengen Plan folgen, der nach den barocken Baugrundsätzen Symmetrie, Axialität und Zentrierung aufgestellt wurde.

Vorbild war auch hier wieder Versailles, das von König Ludwig XIV. von Frankreich seit 1682 zu einer Residenz von beispielloser Größe und Prachtentfaltung ausgebaut worden war: Die drei zentralen Straßen, die vom Schloss hin in die Stadt verlaufen, sollten – wie die Strahlen der Sonne – die Ausstrahlung des Monarchen, des »Sonnenkönigs«, auf seine Stadt symbolisieren. Alle Wege der Untertanen, alles Tun und Trachten der Stadt führten auf den Monarchen zu, wie umgekehrt von ihm alle Wege und aller Wille ausging. Die Residenzstadt war zugleich also auch Symbol für das Staats- und Herrschaftsverständnis des Fürsten. Von einem solchen, den absolutistischen Staat symbolisierenden Idealprogramm mochte auch Eberhard Ludwig geträumt haben, als er seine Residenz Ludwigsburg plante, doch blieb das Endergebnis weit hinter den vom französischen König gesetzten Maßstäben zurück.

Aber kommen wir auf die eigentliche Stadtgründung in Ludwigsburg zurück. Die wichtigsten Etappen seien hier überblicksartig aufgelistet:

- 1709 bis 1715 erfolgten wiederholte Aufrufe zur Ansiedlung in Ludwigsburg, verbunden mit dem Versprechen von Steuerfreiheit, freiem Baugrund und freiem Baumaterial sowie der Religionsfreiheit.
- 1714 starb Baumeister Nette. Sein Nachfolger wurde 1715 der Italiener Donato Giuseppe Frisoni zusammen mit seinem Schwager Paolo Retti. Diese beiden waren nicht nur für den Schlossbau, sondern auch für die Planung der Stadt Ludwigsburg zuständig.
- 1718 erfolgte die eingangs erwähnte Erhebung Ludwigsburgs zur Stadt und zum Zentrum eines neugegründeten Oberamtes. Gleichzeitig begann die Übersiedlung des Hofes von Stuttgart nach Ludwigsburg.
- 1720 gab Eberhard Ludwig den Befehl zum Bau der Amtshäuser und ordnete die Übersiedlung der Kanzleien nach Ludwigsburg an.
- 1724 begannen die Arbeiten am Neuen Corps de Logis, einer neuen, großen Schloßerweiterung.
- 1726 konnte die evangelische Stadtkirche auf dem Marktplatz eingeweiht werden.
- 1733 schließlich starb Eberhard Ludwig. Sein Cousin und Nachfolger Carl Alexander verlegte die Residenz zurück nach Stuttgart.

Wenden wir uns nun im Hauptteil des Vortrages einigen ausgewählten Aspekten der Ludwigsburger Stadtgründung zu. Am Anfang steht die zentrale Frage: Warum verfolgte Eberhard Ludwig mit einem so unglaublichen Gestaltungswillen den

Bau eines gigantischen Schlosses und vor allem: Warum verlegte er seine Residenz aus Stuttgart dorthin? Über die repräsentativen und symbolischen Aspekte habe ich bereits gesprochen. In keiner mittelalterlichen Residenzstadt ließe sich ein so ehrgeiziges Bauprojekt realisieren. Die Erschaffung einer barocken Schloss-Stadt-Anlage erforderte Platz, und selbst wenn mittelalterliche Städte oft

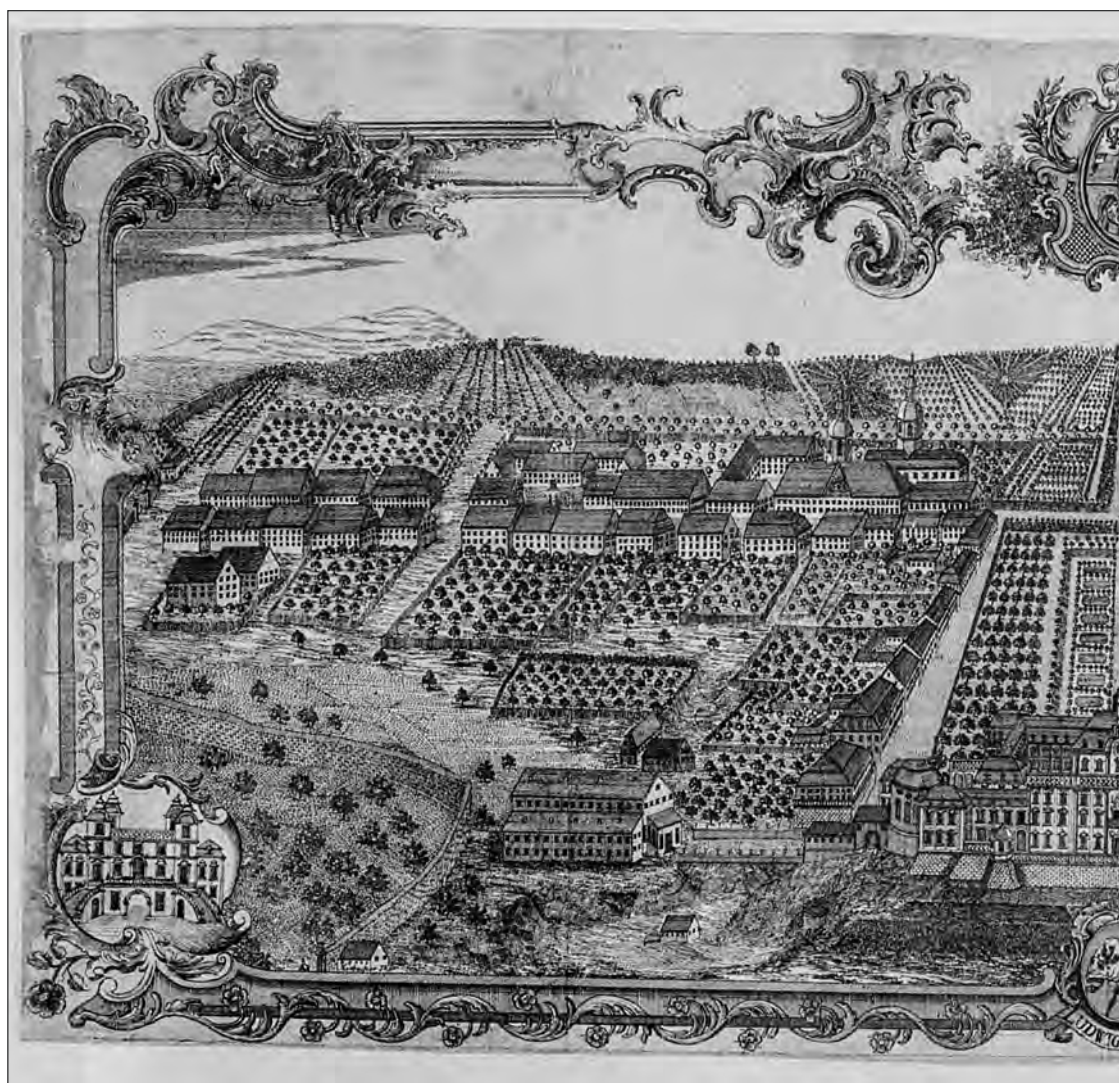


Herzog Eberhard Ludwig von Württemberg (1676–1733), Gründer der Stadt Ludwigsburg.

auf eine herrschaftliche Burg hin ausgerichtet waren, so war es doch schier unmöglich, in dem Straßen- und Häusergewirr die erforderlichen Sichtachsen und freien Plätze zu schaffen, die die barocke Baukunst voraussetzte. Manche Fürsten freilich ließen ihre Barockschlösser am Stadtrand der alten Residenzstädte errichten und verzichteten auf die Gestaltung einer auf das Schloss zentrierten Stadt oder sie versuchten, durch Abriss- und Umbauarbeiten zumindest einen Teil des barocken Stadt-Schloss-Programms zu realisieren.

Doch kommt für die Residenzverlegung von Stuttgart nach Ludwigsburg noch ein weiterer Aspekt hinzu, auf den bereits Heinrich Gaese 1968 in einem klugen Aufsatz zur Stadtgründung Ludwigsburgs aufmerksam gemacht hat. Mittelalterliche Herrschaft und auch die Herrschaft des Renaissancesfürsten im 16. und 17. Jahrhundert war Konsensherrschaft, das heißt: Der Fürst war keineswegs unumschränkter Alleinherrscher; er konnte Beschlüsse

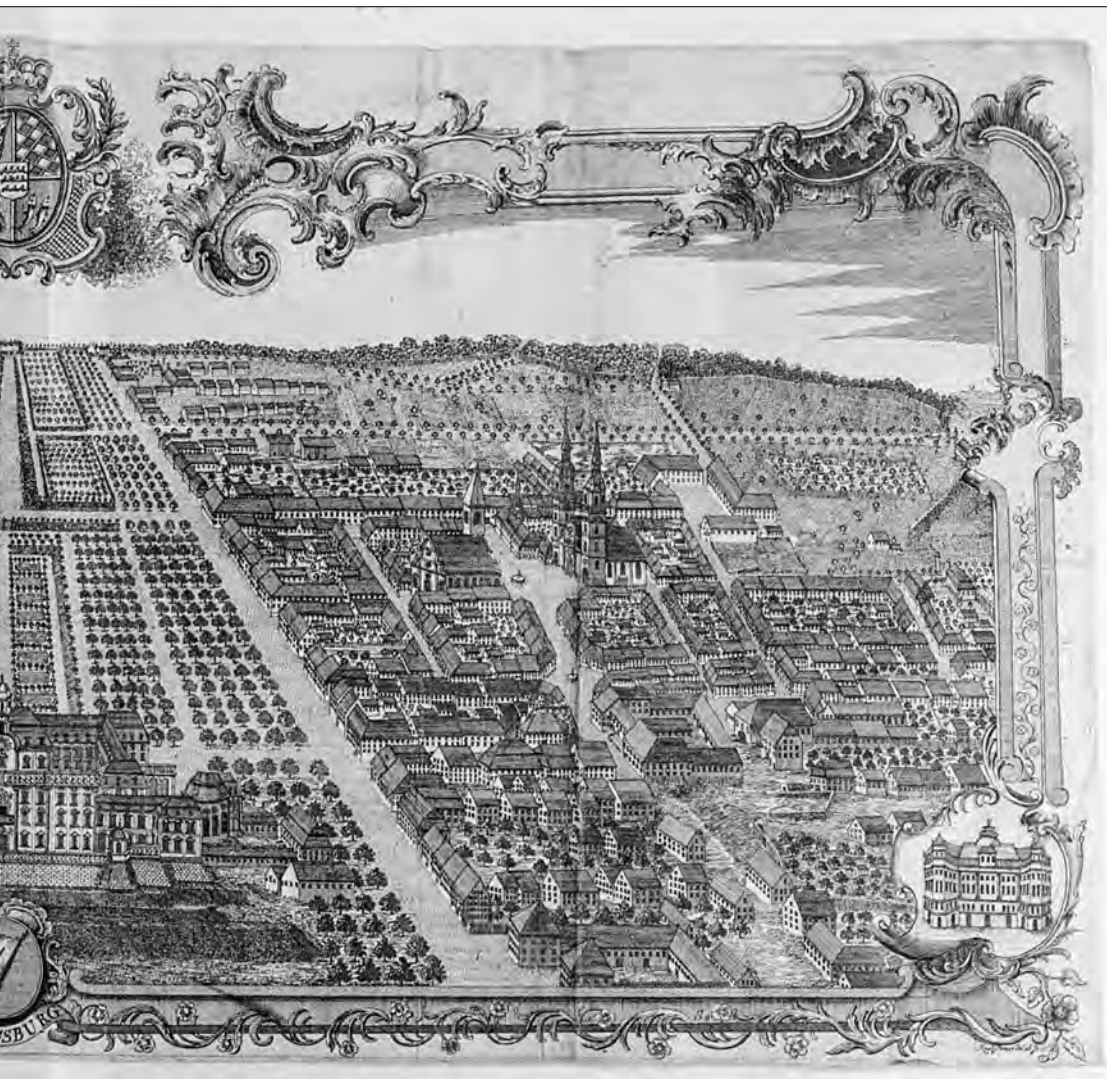
nur mit Rat und Zustimmung seines Landes und dessen Vertretern fassen und umsetzen. In Württemberg waren seit dem 15. Jahrhundert die Landstände in eine bedeutende Stellung geraten. Adel, Klerus und die vor allem in Württemberg immer wichtiger werdende Landschaft, repräsentiert durch die bürgerlichen Eliten der Ämter und Städte des Herzogtums, vertraten dem Fürsten gegenüber das Land. Die Landstände hatten das Recht der Steuerbewilligung und damit in



*Stadtansicht aus der Vogelschau von Norden auf einem Meisterbrief.
Kupferstich, um 1770.*

vielfacher Hinsicht ein Mitspracherecht bei den wichtigsten Fragen von Krieg und Frieden erlangt. Ein erfolgreicher Fürst konnte in Beratungen und Verhandlungen mit seinen Ständen seine Ansichten und seinen Gestaltungswillen durchsetzen, doch musste er stets im Gespräch und in Verhandlungen mit den Vertretern seines Landes bleiben.

Dass Eberhard Ludwig eine durchaus andere Auffassung von seinem Herrscheramt hatte, zeigte sich bereits in seinem Repräsentationsbedürfnis, das sich an



der Selbstdarstellung des französischen Königs orientierte. Und dieser sah sich keineswegs als Landesvater, der im Gespräch mit den Interessenvertretern seiner Untertanen das Beste zum Wohl des Landes aushandelte; er sah sich vielmehr als ein direkt von Gott eingesetzter und nur diesem gegenüber verantwortlicher Herrscher, von dem alle Macht und aller Wille im Staate auszugehen hatte. Die neuere Forschung hat freilich diese Vorstellung von »absolutistischer Herrschaft«, die von Frankreich aus alle großen und kleinen Regenten Europas infizierte,

deutlich relativiert – denn in der Praxis standen der absolutistischen Herrschaft eben doch auch mächtige und einflussreiche Interessengruppen und traditionelle Strukturen gegenüber, die den ungezügelden Willen des Fürsten begrenzten und beeinflussten. Und doch ist das Grundprinzip ein durchaus anderes als das der mittelalterlichen Konsensherrschaft. Indem sich Eberhard Ludwig aus Stuttgart nach Ludwigsburg begab, machte er auch deutlich, dass er alle alten, ihn und seine Herrschaftsgewalt einengenden Strukturen hinter sich lassen wollte.

Der württembergischen Landschaft blieb diese Absicht keineswegs verborgen, doch konnte sie nur wenig tun, um den Herzog zur Einhaltung ihrer hergebrachten Rechte zu zwingen. Eberhard Ludwig berief überhaupt nur zweimal einen Plenartag des Landtages ein, ansonsten verhandelte er nur mit dem permanenten Ausschuss der Landstände. Ohne Zustimmung des Landtages beschloss er die Einführung einer Umsatzsteuer 1713, mit der er die in der Landschaft vertretenen reichen Bürger stärker belastete als mit der herkömmlichen Vermögenssteuer. Auf dem Plenarlandtag des Jahres 1724 setzte der Herzog gegen den heftigen Widerstand der Landschaft die Einrichtung eines stehenden Heeres durch. Eine solche Armee gehörte zur zeitgemäßen Ausstattung eines absolutistischen Landesfürsten und war womöglich noch kostspieliger als die standesgemäße Wohnung und Repräsentation. Sie war in der Politik des 18. Jahrhunderts aber völlig unverzichtbar, war es doch das Jahrhundert der sogenannten Kabinettskriege. Ohne ein stehendes Heer hatte kein Fürst die Chance, außenpolitisch in der oberen Liga mitzuspielen oder auch nur die Grenzen seines Landes zu sichern.

In Ludwigsburg war der Herzog von der täglichen Auseinandersetzung mit den Landständen weit entfernt. Und dies nutzte er gegenüber den Landständen weidlich aus. Der Geheime Rat, der den Fürsten traditionell beraten durfte und der mit Vertretern der Landschaft besetzt und dieser zugeordnet war, wurde von Eberhard Ludwig entmachtet. Er gründete 1717 ein sogenanntes Konferenzministerium, das allein und direkt dem Herzog unterstellt war und aus Adligen bestand. Den Geheimen Rat drängte er immer mehr in eine gegenüber dem Konferenzministerium untergeordnete Funktion.

Auch die neue Stadt, die neben der Residenz entstehen sollte, wollte Eberhard Ludwig nach seinen Vorstellungen gestalten. Das bezog sich zum einen natürlich auf die Baugestalt, auf die wir später noch einmal zu sprechen kommen werden. Es sollte eine prächtige, ansehnliche Stadt werden, nicht eine ungeordnete Ansammlung von Häusern wie in der Enge der mittelalterlichen Städte. Aber auch die innere Organisation dieser Stadt sollte einem neuen Muster folgen: Auch wenn die württembergischen Städte weit von einer autonomen inneren Struktur entfernt waren, wie sie in den Reichsstädten oder auch in manchen landesfürstlichen Städten im Mittelalter entstanden war, so gab es doch auch dort, wie in jeder alten Stadt, Interessenverbände und Interessenvertreter, die einem willkürlichen Regiment des Fürsten entgegenstanden. Die Zünfte z. B. setzten gegenüber fürstlichen Wirtschaftsunternehmungen oft ihre alten Rechte und Privilegien durch. Wenn etwa ein Fürst, wie es Herzog Friedrich am Ende des 16. Jahrhunderts versucht hatte, das Textilwesen im Land nach merkantilistischen Prinzipien neu organisieren wollte, oder wenn er versuchte, eine

Seidenproduktion im eigenen Land aufzubauen, dann stieß er an allen Ecken und Enden auf den Widerstand der gut organisierten Zünfte. Diese vertraten die Interessen ihrer Handwerksmeister und lieferten dem Fürsten einen zähen Kampf, bis er sich mit seinen Vorstellungen durchsetzen konnte – oder auch nicht. In der neugegründeten Stadt Ludwigsburg dagegen spielten die Zünfte zunächst kaum eine Rolle. Für merkantilistische Ideen des Fürsten war so ein ungehindertes Experimentierfeld geschaffen, wie es sich ein absolutistischer Fürst nur wünschen konnte.

Dasselbe gilt für die Führungsschichten der Städte. Die sogenannte »Ehrbarkeit« war in Württemberg seit dem Spätmittelalter entstanden, eine weitverzweigte und eng miteinander vernetzte bürgerliche Funktionselite, die im Dienst des Fürsten aufgestiegen und dem Fürstenhaus eng verbunden war. Gleichzeitig hatten diese führenden Beamten aber auch die Vertretung ihrer eigenen Interessen sowie die der von ihnen verwalteten Ämter und Städte des Herzogtums im Laufe der Jahrhunderte effektiv zu organisieren vermocht (wir sind ihnen bereits als Vertreter der Landschaft in den Landständen begegnet). Auch im innerstädtischen Bereich hatten sie ihre Pfründen und Zuständigkeiten gesichert. In einer Stadt wie Stuttgart gab es zahlreiche Einrichtungen und Institutionen wie das städtische Gericht, den Markt oder andere Verwaltungsbereiche, die fest in der Hand dieser Gruppe waren und in die der Fürst nicht ohne größere Auseinandersetzungen hätte beliebig eingreifen können.

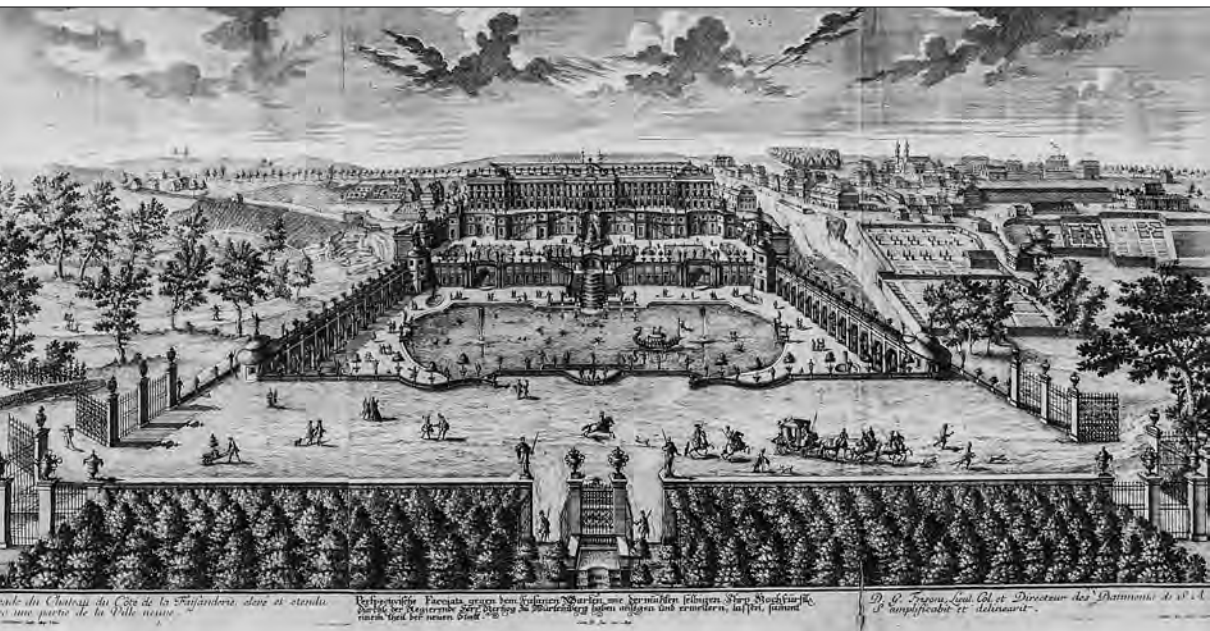
In Ludwigsburg existierte von all dem zunächst nichts. Der Fürst konnte auch hier quasi bei null anfangen. Wenn auch unter den nach Ludwigsburg umsiedelnden Neubürgern sehr schnell wichtige ehrbare Familien waren – gerade mit der Übersiedlung der Kanzleien waren diese natürlich besonders gefragt –, so konnten sie dort doch zunächst nicht die Rolle übernehmen, die sie in den alten Amts- und Residenzstädten Württembergs gehabt hatten. Stattdessen nahm der Adel, den Eberhard Ludwig an seinen Hof zog, allen voran die Verwandten seiner zeitweise mächtigen Mätresse Wilhelmine von Grävenitz, die wichtigsten Positionen ein und verdrängte die in Württemberg zuvor so mächtige Gruppe der Ehrbarkeit.

Ludwigsburg bot also dem absolutistischen Fürsten eine ideale Bühne für seine repräsentative Selbstdarstellung wie auch für seinen politischen Gestaltungswillen, und auch deshalb entschied der Herzog, sich fortan hier mit seinem Hofstaat einzurichten. »Wie auf einer Insel der Auserwählten in Schönheit und Luxus«, so richtete sich der Hof hier ein, wie Heinrich Gaese es ausgedrückt hat, weit entfernt von den Niederungen von Armut, Schmutz und der Enge seiner alten Residenzstadt, weit entfernt von den Sorgen und Nöten seiner Untertanen.

Doch wie konnte das alles finanziert werden? Nun, wenn man ehrlich ist, muss man sagen: eigentlich überhaupt nicht. Eberhard Ludwig hinterließ bei seinem Tod die gewaltige Schuldensumme von 2 Millionen Gulden. Allein die laufende Hofhaltung verschlang ein Viertel des Staatshaushalts. Die großartigen Bauvorhaben des Herzogs wurden, wie Gaese es formuliert, »durch ein raffiniertes System von Aushilfen, Erpressungen, Bestechungen, Ausgabenverlagerungen und Schuldenmachen« realisiert – er spricht gar von einem »finanzwirtschaftlichen Freibeutertum«. Der Fürst selbst allerdings machte sich wohl vergleichsweise wenig Gedanken um die Finanzen. Er habe, so klagt sein langjähriger Haushof-

meister Georg Friedrich von Forstner in seinen Erinnerungen, nie eingesehen, dass man Geld nicht einfach »befehlen« könne. Die herzoglichen Schulden wurden 1739 schließlich der Landschaft aufgebürdet, die so letztlich die Lasten tragen musste.

Die neuentstehende Stadt war zunächst ganz auf die Versorgung des Hofes und der gigantischen Baustelle hin orientiert. Auch als allmählich die Verwaltung von Stuttgart aus nach Ludwigsburg übersiedelte, blieben der Hof und die Regierung des Landes der Dreh- und Angelpunkt der städtischen Wirtschaft. Diesem Zweck dienten auch die beiden Jahrmärkte, die Ludwigsburg verliehen bekam und die



Vue du Château du Côté de la Forêt, dans le jardin de la Ville neuve.

Beifolgende Pläne zeigen den jetzigen Zustand, und den nächst folgenden Jahr Stockwerke, die für die Regierung der Herzogin zu Ludwigsburg sollen und werden, in drei Jahren, wenn Gott der Herr will. 1724.

M. G. Frisoni, Arch. et Directeur des Bâtimens de S. M. L. d'Augspurg et de Suabie.

Die Schlossanlage von Norden.

Aus einem Kupferstichwerk nach Entwürfen von Donato Giuseppe Frisoni, 1721–1724.

sicherstellen sollten, dass alle Waren in der Stadt verfügbar wurden. Auch die erklärte Absicht, den Neckar schiffbar zu machen, sollte die Versorgung erleichtern, doch konnte sie nur in Ansätzen realisiert werden – so verkehrte ein Marktschiff zwischen Cannstatt und Ludwigsburg. 1724 verkündete der Herzog seinen Beschluss, in Ludwigsburg eine eigene »Chambre de Commerces aus einigen allhier zu Ludwigsburg sich etablierenden Kauffleuten« bilden zu lassen, die unmittelbar dem »geheimen Konferenz-Ministerio« und sonst niemandem unterstehen solle. Damit sollten Manufakturen und Handelsunternehmungen aller Art gefördert und unterstützt werden – eine Ledermanufaktur entstand und erste Überlegungen für eine Porzellanmanufaktur wurden angestellt. Doch waren es erst die Maßnahmen von Eberhard Ludwigs Nachfolger Carl Alexander und dessen Finanzier Joseph Süß Oppenheimer, die an die Umsetzung der vagen Pläne gingen. Carl

Alexander wollte damit die Verluste der Stadtwirtschaft durch die Rückverlegung der Residenz nach Stuttgart kompensieren, allerdings ohne großen Erfolg.

Insgesamt konnte sich in den eineinhalb Jahrzehnten von der Stadtgründung bis zum Tod Eberhard Ludwigs nur wenig städtisches Wirtschaftsleben etablieren, das nicht unmittelbar vom Hof und dem Bauwesen der Residenz abhängig war. Deshalb war der Wegzug des Hofes nach dem Tod des Fürsten auch so eine Katastrophe für die Stadt und ihre Bürger.

Doch wer wohnte eigentlich zwischen 1718 und 1733 in Ludwigsburg? Wir können drei grundverschiedene Einwohnergruppen der Stadt unterscheiden: Erstens die Bürger, zweitens Bauleute und Lakaaien sowie drittens den Adel.

Die Bürger waren diejenigen, die der Herzog mit seinen Anwerbungsversprechen anlocken wollte. Bedingung war, dass sie einen Besitz von 1000 Gulden mitbrachten. Sie mussten also recht vermögend sein, um in den Genuss der fürstlichen Privilegien zu gelangen: freier Baugrund, freies Baumaterial und vor allem 15 Jahre Steuerfreiheit. Die Bürgerbücher, die für Ludwigsburg erhalten sind, geben einen sehr guten Eindruck davon, wer auf diese Weise in die neue Stadt gelockt wurde. Zu den ersten zählte der Metzger Johann Valentin Arnsperger. Er kaufte 1711 für 5500 Gulden das Waldhorn, das erste Gasthaus in Ludwigsburg. Er wurde auch erster Bürgermeister von Ludwigsburg und übergab das Waldhorn 1722 an seinen Schwiegersohn Johannes Herzog. Schon 1715 hatte das Waldhorn Konkurrenz erhalten vom Goldenen Hirschen und vom Löwen, der im gleichen Jahr erbaut wurde, 1720 war die Krone hinzugekommen.

1718 standen bereits 22 Bürgerhäuser in Ludwigsburg, die immer genau nach den von der Baudeputation vorgegebenen Regeln errichtet worden waren – wir kommen auf diesen Punkt noch zurück. Die ersten Bürger waren der Schreiner Bernhard Witter, ein Bäcker Heinrich Pausback, der aus Vaihingen/Enz nach Ludwigsburg kam, der Hofschlosser Johann Michael Lauffer aus Schwenningen, der Sattler Johann Reinhard Schweickert und der Löwenwirt Johann Peter Beutenmüller. Sie alle waren erfolgreiche Handwerker und Geschäftsleute und etablierten sich in Ludwigsburg mit ihren Familien. Daneben gab es aber auch gescheiterte Existenzen wie den Nagelschmied Christoph Hitzler, der sein angefangenes Haus bald wieder verkaufen musste, genauso wie der Krämer Melchior Wizke oder Witschge, dem es ebenfalls nicht gelang, sein Haus zu Ende zu bauen.

Neben den Handwerkern und Händlern aus Württemberg wurden aber auch Bürger von weiter her angelockt. Die Italiener bildeten die größte Einzelgruppe unter ihnen. So erbaute 1715 der italienische Handelsmann und Kaminfeger Johann Antoni Pironi ein Haus, bald darauf ein zweites und ein drittes. Für dieses letzte Haus erhielt er die Konzession, fremde (d. h. italienische) Weine auszuschenken. Ein weiterer italienischer Bauherr ist ein gewisser Guaida. In den 20er Jahren, als der Baumeister Frisoni zusammen mit seinem Schwager Paolo Retti die Bauleitung des Schlosses innehatte, kamen zahlreiche weitere Italiener hinzu. Paolo Retti war dabei als Grundstücksspekulant tätig. 1722 eröffnete Julio Lazaro in der Schlosstraße das erste Kaffeehaus. Ein Hofzinnpresser namens Tamborino erwarb 1725 zusammen mit dem Komödianten Boneille ein Haus in der Eberhardstraße. Und 1730 finden wir den berühmten Namen Brentano unter den Ludwigsburger Hausbesitzern.

Nr.	Name des Inhabers	Haus oder Gasse	Gebäude		Abt. in feuerlöschl. Lsg.	Abt. in feuerlöschl. Lsg.	Abt. in feuerlöschl. Lsg.	Bemerkungen
						
7.	Johann Peter Apfelmess	St. J. G. St. J. G.			St. J. G. St. J. G.	St. J. G. St. J. G.	St. J. G. St. J. G.	
8.	Johann Peter Apfelmess	St. J. G.			St. J. G. St. J. G.	St. J. G. St. J. G.	St. J. G. St. J. G.	
9.	Carl Eckert	St. J. G.			St. J. G.	St. J. G.	St. J. G.	
10.	Johann Eckert	St. J. G.			St. J. G.	St. J. G.	St. J. G.	
11.	Johann Eckert	St. J. G.			St. J. G.	St. J. G.	St. J. G.	
12.	Carl Eckert	St. J. G.			St. J. G.	St. J. G.	St. J. G.	

Auszug aus der ältesten Bürgerliste.

Diese Hausbesitzer und Bürger bildeten sehr bald – zumindest die Familien mit württembergischem Hintergrund – die Ehrbarkeit der Stadt. Sie übernahmen die städtischen Ämter im Gericht und in der Amtsverwaltung und waren schnell untereinander und mit der Ehrbarkeit der Nachbarstädte verschwägert und verwandt.

Die zweite Gruppe der Einwohner war weniger wohlhabend, aber für die junge Stadt doch ganz unverzichtbar. Es waren die einfachen Bauarbeiter und Tagelöhner am Bau, aber auch die Lakaien und kleinen Diener am Hof des Fürsten, die sich in Ludwigsburg in Scharen einfanden und sich dort niederließen, worüber sich die Bürger bald beschwerten. Im Vogtbericht des Jahres 1719 heißt es dazu: »So hatten die Heyducken, Laquaian und dergleichen geringere Hofbediente, als auch die Handwercksgesellen und Tagelöhner, so gar verschiedentlich zwey zusammen sich kleine Hütten, von etlich zwanzig Schuh lang und aller Orten, in und außer der Stadt herum unangefragt gebauet, und die Plätze dazu, wo es ihnen gefallen, weggenommen und dabei Gärten eingezäunt, auch mit Speysung, Logierung und in großer Quantität Wein ausschenken, vollständig Wirtschaft treiben.« So wussten sich die einfachen Leute zu helfen, wenn auch die slumähnliche Siedlung der Vorstellung des Fürsten wohl ganz und gar nicht entsprochen haben wird.

Schließlich kam mit dem Hof auch eine große Gruppe adliger Bewohner in die Stadt, und diese hielten sich nicht nur am Hof auf, sondern erwarben auch Hausbesitz in der Stadt oder bauten sich eigene, repräsentative Häuser wie das Palais von Sternenfels oder den sogenannten Grafenbau. Insbesondere die von den württembergischen Ämtern auf Befehl des Herzogs in Ludwigsburg errichteten Amtshäuser gerieten oft schon in unfertigem Zustand in den Besitz des Adels, da die Ämter weder Mittel noch Interesse an deren Fertigstellung und Erhalt hatten.

Für die entstehende Stadt waren diese Adeligen einerseits ein Wirtschaftsfaktor, denn auch deren umfangreichen Haushalte mussten versorgt und beliefert werden. Andererseits aber waren sie auch eine Belastung, denn natürlich war der Adel in vielfacher Hinsicht privilegiert, von allen Lasten und Steuern befreit – nicht nur wie die Bürger auf 15 Jahre, sondern dauerhaft. Das betraf sowohl die an den Herzog bzw. das Land zu zahlenden Abgaben als auch die Abgaben, die die Stadt für sich erheben durfte, um das Gemeinwesen zu finanzieren, z. B. Zölle auf die Einfuhr von Wein, das sogenannte Weineinlassgeld, von dem der Adel entbunden war. Erst 1732 verfügte der Herzog, dass jeder adlige Haushalt in der Stadt einen jährlichen Betrag von 2 Gulden »zur Bestreitung gemeiner Statt Ausgaben« zu zahlen habe. Es waren immerhin 140 Häuser, die sich im Besitz des Adels befanden und die bis dahin absolut nichts zu den Gemeinschaftskosten beigetragen hatten – gegenüber 160 Häusern, die in diesem Jahr im Besitz von Bürgern waren.

Als Herzog Eberhard Ludwig 1733 starb, hatte die Stadt insgesamt 5668 Einwohner. Das war für württembergische Verhältnisse eine große Stadt – zum Vergleich: Stuttgart hatte in dieser Zeit etwa 11 000 Einwohner (1707 waren es noch 17 000 gewesen, doch hatte die Stadt schwer unter dem Wegzug des Hofes gelitten). Doch bereits 1734, als der Hof aus Ludwigsburg wieder abgezogen war, waren es nicht einmal mehr halb so viel, nämlich 2343 Einwohner.



*Blick von der Terrasse des Schlosses Favorite auf das Residenzschloss und die Stadt.
Kolorierte Radierung, um 1820.*

Werfen wir noch einen Blick auf die bauliche Entwicklung der Stadt. Die Idealvorstellung des Fürsten wäre eine symmetrisch auf die Schlossanlage hin orientierte Stadt gewesen, die wie Versailles ihren Mittelpunkt im Zentrum der fürstlichen Macht hatte. Dieses Ideal war freilich aus zwei Gründen nicht zu realisieren. Zum einen bot das Gelände dafür denkbar ungünstige Bedingungen, war doch im Osten des Schlosses das Land so abschüssig, dass hier an eine geordnete Bebauung im großen Stil nicht zu denken war. Zudem hatten die frühen, von Netze ausgeführten Bauten auch im Westen eine konsequente Symmetrie verhindert, lag doch der mächtige Bau des Marstalls nicht im rechten Winkel zum Schloss und dessen Achsen.

Außerdem war die Schlossstraße viel zu breit angelegt, um eine harmonische Verbindung zwischen Schloss und Stadt entstehen zu lassen. Frisoni versuchte aus diesen schwierigen Vorgaben einen halbwegs den Idealen einer Barockstadt entsprechenden Stadtgrundriss zu schaffen. Mit den beiden Plätzen Marktplatz und Holzmarkt hatte er der Stadt einen Mittelpunkt geschaffen. Die beiden West-Ost-Achsen Wilhelmstraße und Kaffeeberg richteten die Stadt auf das Schloss aus. Um Marktplatz und Holzmarkt wurden die Bürgerhäuser gebaut und am Marktplatz die beiden Kirchen: die evangelisch-lutherische Stadtkirche, die 1726 eingeweiht und anschließend bis 1729 noch baulich ergänzt wurde, und die reformierte Kirche, die aber erst 1738 bzw. nach 1780 vollendet werden konnte.

Auch den Katholiken war mit den ersten Ansiedlungsreskripten freie, öffentliche Religionsausübung zugesagt worden. Doch musste der Herzog an dieser Stelle von seiner ursprünglich toleranten Haltung abweichen, die natürlich



Der Marktplatz mit beiden Kirchen.

einen größeren Zuzug in die Stadt und vor allem den für die Bauarbeiten unverzichtbaren Zuzug von Italienern erreichen sollte. Wohl auf Drängen der Stände, die an dieser einen Stelle ihren Einfluss durchsetzen konnten, wurden die Rechte der Katholiken immer stärker eingeschränkt. Zunächst mussten sie ihre Kirche, die sie im Pomeranzengarten des Schlosses errichtet hatten, aufgeben. Nur noch in Privathäusern durften sie ihre Messe feiern. Frisoni baute daraufhin 1724 in seinem Garten ein Lusthaus, das als katholische Kirche genutzt wurde.

Für die Bürgerhäuser, die im Stadtkern entstanden, wurden von der Baudeputation immer genauere Vorschriften erlassen, die eine Einheitlichkeit im Stadtbild erreichen sollten. Frisoni entwarf einen Wohnhaustyp, der quasi zum Musterhaus für die Neubauten der 1720er Jahre als eine Art Reihenhause bzw. Doppelhaus werden sollte: Charakteristisch für diese Häuser sind die Freitreppe, das Zwerchhaus (d. h. ein ein- oder mehrgeschossiger Aufbau eines geneigten Daches), die rückwärtige Altane (d. h. eine offene, auf Stützen oder Mauern ruhende Plattform am Obergeschoss eines Gebäudes) sowie der hohe Kellersockel.

Bis zum Tod des Herzogs waren rund 300 Häuser in Ludwigsburg errichtet. Es gab Kirchen, einen Friedhof und zwei Schulen (eine Volksschule und eine Lateinschule), Gaststätten, eine Brauerei, Versorgungsbetriebe wie Metzger und Bäcker und eine Lederwarenmanufaktur. Es gab zwei Apotheken, einen Arzt und eine Hebamme. Das gesamte Handwerk, insbesondere das Bauhandwerk, war auf den Hof hin orientiert. Die Stadt hatte noch keine Stadtmauer, erst recht keine Bastionen, wie sie auf dem Plan Frisonis vorgesehen waren. Es entstand nur ein Graben mit Palisadenzaun. Und vor allem hatte die Stadt noch kein Rathaus. Das ist, meine ich, symptomatisch für die ganz auf den Hof hin orientierte Stadtsiedlung, bei der Bürgerwille und bürgerliche Traditionen noch keine Rolle spielten, ganz so, wie es sich der Fürst wohl gewünscht hatte.

Mitten in der Stadt stand der Marktbrunnen, für den Carlo Ferretti ein Standbild Eberhard Ludwigs geschaffen hatte. Dem Fürsten jedoch hatte die Figur nicht gefallen, deshalb war sie wieder abgenommen worden. Dass sie heute wieder auf dem Brunnen steht, ist sicher ein passender Ausdruck für die Bedeutung, die dieser Fürst für die Entstehung der Stadt Ludwigsburg hatte.

Schauen wir zum Schluss noch kurz auf andere Städte, die zur gleichen Zeit wie Ludwigsburg entstanden sind. Schon mehrfach habe ich auf das Vorbild Versailles hingewiesen, das ganz zweifellos Anregung und Vorbild für all die weiteren fürstlichen Stadt- und Schlossensembles des späten 17. und beginnenden 18. Jahrhundert gewesen ist. Eberhard Ludwig hat Versailles persönlich besucht und sich von seiner Pracht aus eigener Anschauung überzeugen können. Für ihn unmittelbar vorbildhaft und seinen Ehrgeiz ansprechend dürften allerdings zwei Projekte in der badischen Nachbarschaft gewesen sein: 1699 hatte Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden-Baden Schloss und Stadt Rastatt erbauen lassen und 1705 seine Residenz dorthin verlegt. Mehr noch als der katholische Markgraf von Baden-Baden dürfte aber sehr wahrscheinlich der evangelische Markgraf Karl III. Wilhelm von Baden-Durlach, der 1697 eine Tochter des württembergischen Herzogs Wilhelm Ludwig geheiratet hatte und somit der Schwa-

LUDWIGSBURG,

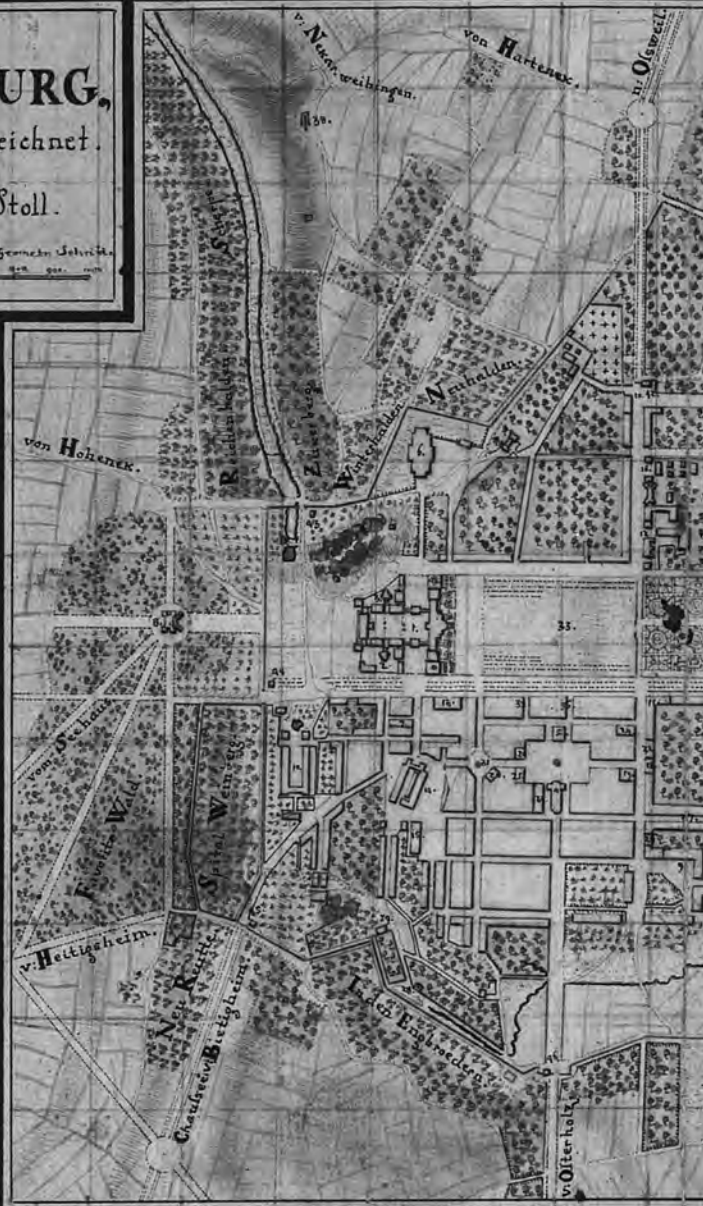
aufgenommen und verzeichnet.

durch
Johann Philipp Ernst Stoll.
im Jahr 1781.

Gezeichnet Johann Stoll

Renvoy.

1. Schloß.
2. Evangelisch
3. Katholisch Schloß. } Kirch.
4. Evangelische Stadt
5. Carnilons Kirche
6. Opernhaus.
7. Gräf. Hohenheimisch Haus.
8. Favorit Schloß.
9. Arsenal.
10. Casernen.
11. Militairisch Wayßenhaus.
12. Zucht u: Arbeitshaus.
13. Grafen Bau.
14. Marktall.
15. Reithaus.
16. Porcellain
17. Stahl Fabrique.
18. Rathhaus.
19. Schuhhaus.



Stadtplan von Ludwigsburg, 1781.



20. Apoteken.
21. Oberamtey.
22. Specialat----
23. Diaconat Häuser.
24. Stifts ----
25. Bau Werwaltung.
26. Post.
27. Orenge Häuser.
28. Pulverthurm,
29. Schießhaus,
30. Holz ----
31. Vieh Marckt.
32. Exercier Platz.
33. Schloß Garten.
34. Herrschaft Garten.
35. Hirsch ----
36. Bären ----
37. See Galle.
38. Justiz.
39. Stuttgarder..
40. Salon --
41. Aldinger..
42. Schorndorfer..
43. Marbacher..
44. Planie..
45. Alperger..
46. Olterholz..
47. Leonberger..
48. Solitude Thor.

ger Eberhard Ludwigs war, den Ehrgeiz des Herzogs angestachelt haben. Unter ihm entstand die perfekte Barockstadt Karlsruhe, wohin Karl Wilhelm aus seiner mittelalterlichen Residenz Durlach 1715 übersiedelte.

Die Fächerstadt Karlsruhe kam dem großen Vorbild Versailles wohl am nächsten, konnte hier doch das Bauprogramm für Stadt und Schloss perfekt aufeinander abgestimmt werden. Auch Mannheim, das 1720 zur Residenz der Pfalzgrafen bei Rhein wurde, die ihr mittelalterliches Schloss Heidelberg aufgegeben hatten, erfüllte deutlicher als Ludwigsburg die Idealvorstellung der barocken Residenzstadt. Es ließen sich noch viele weitere Beispiele aufführen, etwa die Residenz der Bischöfe von Speyer in Bruchsal, wo Fürstbischof Damian Hugo von Schönborn eine prachtvolle barocke Schlossanlage erbauen ließ.

Schließen möchte ich aber mit einem anderen Bau, der für Ludwigsburg erheblich bedeutsamer geworden ist. Wie bereits berichtet, übersiedelte der Nachfolger Eberhard Ludwigs, Herzog Carl Alexander aus der Nebenlinie Württemberg-Winnental, mit dem gesamten Hof und seiner Verwaltung zurück nach Stuttgart. Dort stand das Alte Schloss, die aus der mittelalterlichen Burg hervorgegangene alte Residenz der Württemberger Grafen und Herzöge. Dass der neu an die Regierung gekommene Fürst, der 1712 zum katholischen Glauben konvertiert war und dessen Konfession somit vom Land und seinen Bewohnern abwich, diese jahrhundertealte, traditionelle Bastion der Württemberger bezog, verwundert nicht, konnte doch so ein Teil der steingewordenen Legitimation des Fürstenhauses auf ihn übergehen. Sein Sohn hingegen, Carl Eugen, meinte diese Rücksichtnahme auf das alte Herkommen nicht mehr nötig zu haben. Er ging zurück nach Ludwigsburg. Stuttgart aber versuchte, den Fürsten zur Rückkehr zu bewegen, und so entstanden die Pläne für den Bau eines neuen Schlosses in oder besser am Rande der alten Residenzstadt. Nach Plänen Leopoldo Rettis, des Neffen Frisonis, der das Ludwigsburger Schloss gebaut hatte, entstanden schließlich zwischen 1746 und 1763 die ersten Bauten des Neuen Schlosses, doch mussten die weiteren Arbeiten aus finanziellen Gründen eingestellt werden, so dass Carl Eugen zeitweise nach Ludwigsburg zurückkehrte.

Wir haben gesehen, wie der Gestaltungswille eines einzelnen absolutistischen Herrschers eine ganze Stadt entstehen lassen konnte. Herzog Eberhard Ludwig war damit nicht allein im Deutschen Reich und in Europa. Was im Zeitalter des Absolutismus geschaffen wurde, erfüllt uns heute mit Erstaunen und Bewunderung, aber zugleich auch mit Abscheu. Welche Verschwendung! Welche Maßlosigkeit in der Verherrlichung eines Menschen, der sich als von Gott legitimer Herrscher sieht und dabei für die Sorgen und Nöte seiner Untertanen so gar keinen Blick hat. Uns wundert eher, dass es noch fast hundert Jahre dauern sollte, bis sich die Völker Europas in der Französischen Revolution und ihren Folgen erhoben.

Und doch: Was wäre Ludwigsburg, was wäre Stuttgart oder Württemberg ohne die bis heute faszinierenden Bauwerke des 18. Jahrhunderts? Was wäre Deutschland ohne die großen und kleinen Residenzen, die fast alle im Barock erst zu dem gemacht wurden, was sie heute noch so berückend und faszinierend schön und prächtig macht! Denken wir an Dresden, an Sanssouci, an Nymphen-

burg usw. Und es sind ja nicht nur die Bauten, die hier an den europäischen Höfen entstanden sind. Denken wir an die wundervolle Musik des Barock, das Schauspiel, die Literatur, die Malerei! Und so ist es doch auch wieder die Kunst, die uns fasziniert und die einen großen Teil des kulturellen Erbes unseres Landes ausmacht. Deshalb: Versöhnen wir uns mit dem Gründer dieser Stadt und erfreuen wir uns an der Schönheit, die auf seinen Befehl hin entstanden ist und an dem Gemeinwesen, das sich aus den ungewöhnlichen Anfängen des Jahres 1718 bis heute entwickelt hat!

Literatur

- Christian Belschner: Amtliche Aktenstücke zur Geschichte der Gründung Ludwigsburgs, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 2 (1901) S. 56–91.
- Wolf Deiseroth u.a.: Stadt Ludwigsburg (Denkmaltopographie Baden-Württemberg, Bd. I.8.1), Stuttgart 2004.
- Heinrich Gaese: Zur Gründung der Stadt Ludwigsburg, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 20 (1968) S. 7–31.
- Andrea Hahn: Ludwigsburg. Stationen einer Stadt, Ludwigsburg 2004.
- Erich Keyser: Württembergisches Städtebuch, Stuttgart 1962.
- Paul Sauer: Musen, Machtspiel und Mätressen. Eberhard Ludwig – württembergischer Herzog und Gründer Ludwigsburgs, Tübingen 2008.
- Albert Sting: Geschichte der Stadt Ludwigsburg. Bd. 1: Von der Vorgeschichte bis zum Jahr 1816, Ludwigsburg 2000.
- Michael Wenger: Ludwigsburg. Die Gesamtanlage, München/Berlin 2004.

Feiern wir diese Stadt!*

von Bas Böttcher

Weil sich Fußgängerzonen oft immer mehr gleichen
Weil wir von jedem Ort aus jeden Ort erreichen
Im gesichts- und geschichtslosen Städtemeer
zählt das Einmalige jetzt umso mehr!

Das große Ding, das Erstaunen entfacht
Das kleine Detail, das den Unterschied macht
Die Ideen der Menschen, die kein anderer hat
sind das Besondere der Stadt.

Was Gartenbaumeister und Barockarchitekten
vor 300 Jahren auf diesem Boden erweckten
war zuerst nur Vision –
doch bald schon Ziegel, Naturstein und Ton.

Um zu verstehen, was Pläne bewegen
im täglichen Streben und Konzepteverweben
Muss man Ludwigsburg sehen – und erleben!
Die Schlossparkwege begehen, die Alleen
– das kleine Eden eben.

Während viele Städte nach Einheitsbrei aussehen
Visionen fehlen und Ideen dabei draufgehen
kommt mit Denken, Lenken, Vertrag, Unterschrift
nur weiter, wer mutig Entscheidungen trifft!

Initiativen ergreifen, die die Herzen ergreifen
Beschlüsse treffen, die ins Schwarze treffen
Themen anrühren, die die Bewohner berühren
Projekte bewegen, die Alle bewegen.

Wenn Kasernen sich in Kunstzentren verwandeln
muss es sich um Trendsetterstädte handeln
Wo Menschen über sechzig im Tanztheater brillieren
und Kids ab acht an der Kinderuni studieren.

* Das Gedicht wurde erstmals bei der Auftaktveranstaltung zum Ludwigsburger Stadtjubiläum am 11. März 2018 vorgetragen.

Wo sich ein Außenantiquariat auf Vertrauensbasis bewährt
und die Vesperkirche Raum und Türen aufsperrt
Wo man bei null Prozent Leitzins das Sparschwein noch ehrt
Ist Nachhaltigkeit nicht nur Wort – sondern Wert.

Mit Courage und Mut-wigsburg
Man fühlt sich rund um gut-wigsburg – Ludwigsburg!

Wo Basketballriesen jeden Gegner kleinmachen
Lassen's Kleinkünstler groß beim Straßenmusikfest krachen
Und Menschen aller Arten, Kenner aller Sparten
Feiern das Feuerwerk im großen Schlossgarten.

Pferdemarkt, Kürbisschau, venezianische Messe
phänomenale Feste für Lokale und Gäste
Hier gibt es alles! – Nur eins vermisst bisher der Dramaturg:
– Die Burg! – Die Ludwigsburg!

Wo sich Blüten und Mythen um Barockgärten ranken
auf Zeitreisezügen – der Kopf in Gedanken
Wo feurig Elias zur Smart City düst
und die LB-Guide-App den Spaziergang versüßt.

Entsteht grad in der Gegenwart neue Szenen-Art
an der Filmakademie mit reichlich Trophäen am Start
Hier ist der Schauplatz fürs Drehbuch von Filmkarrieren
für Oscars, goldene Palmen und Bären.

Und wieder werden Welten am Reißbrett kreierte
– nur diesmal hoch aufgelöst 3D-animiert
Von Akademie für darstellende Kunst bis PH
werden jedes Jahr Studenten die Themen klar und Pläne wahr.

Weil man anpackt und was tut-wigsburg
fühl dich rundum gut-wigsburg – Ludwigsburg!

Wo seit 300 Jahren Dinge gelingen
Wo Präsident und Dichter zur Schule gingen
und Schlossfestspiele alle Schichten durchdringen
Spürt man ein Schwingen.

Wo der 1. TC tausend Mitglieder zählt
das MIK sein Platz an der Spitze nie verfehlt
Da blüht bei weitem nicht nur das Barock
von Scala bis Luke von Grunge bis Pop
Schon am Bahnhof spielt quasi Jazz nonstop.

Hier gibt's das Besondere der Stadt
Die Ideen der Menschen, die kein anderer hat
die kleinen Details, die den Unterschied machen
die großen Dinge, die Erstaunen entfachen.

So ist niemals genug besungen
Was hier dem Kopf Eberhard Ludwigs entsprungen
sogar die Namenswahl ist dem Herzog gelungen
– *Eberhardsburg* hätte schlechter geklungen.



Über diesen Code ist eine vom Dichter selbst rezitierte
Audioversion des Gedichts verfügbar.

Stadt werden*

von Annette Spellerberg

Ludwigsburg ist eine typisch europäische Stadt. Nach Walter Siebel (Die europäische Stadt, Frankfurt 2014) zeichnen sich europäische Städte durch fünf Merkmale aus, anhand derer ich meinen Vortrag gliedere.

Erstens: Präsenz einer vormodernen Geschichte im Alltag der Stadtbewohner/innen. Hier ist die bürgerliche Gesellschaft entstanden und viele Bauten, die häufig unter Denkmalschutz stehen, belegen diese Geschichte.

Die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Ludwigsburg können bezeugen, dass die Stadt mit ihrer ganz besonderen Gestalt, der Residenz, den Anlagen und der Garnisonsgeschichte ihnen ein Gefühl der Identität, der Orientierung, des Wohlbefindens und der Anerkennung gibt. Historische Gebäude vermitteln in ihrer Dauerhaftigkeit und Schönheit das Gefühl, an einem einzigartigen Ort zu leben.

Heimatgefühle finden ihren Anker sowohl in den physischen Objekten und in der Landschaft als auch im eigenen Zuhause, in verlässlichen sozialen Beziehungen wie Familie und Freunde, aber auch in dem produktiven Dasein, also in der Arbeit und Selbstverwirklichung. Intensive Ortsbindungen, Heimatgefühle entstehen, wenn Menschen sich in der gebauten und sozialen Umwelt vertraut und anerkannt fühlen. Das Letztgenannte wird für die Modernisierungsverlierer zunehmend schwieriger.

Mit »Stadt werden« ist zugleich ein zentrales Merkmal städtischer Lebensverhältnisse angesprochen, das die Heimatgefühle gefährden kann. Die Bausubstanz einer Stadt unterliegt beständigen Veränderungen durch Neubau, teilweise ganzer Stadtviertel, wie auch hier in Ludwigsburg in den ehemaligen Garnisonsanlagen, durch Umbau, Abriss oder veränderte Straßenführung und neue Infrastrukturen. Der aktuelle soziale, demographische und technische Wandel belegt den flüssigen, veränderbaren Charakter einer Stadt, der dennoch in zum Teil jahrhundertealten Gebäuden und Anlagen stattfindet. Die Gebäude sind nicht länger Adelssitz, Garnison oder Lustschloss. Sie dienen heute neuen Zwecken, wie der Darstellung und Erzeugung von Kunst, dem Tourismus oder der Bildung.

Zweites Merkmal: Emanzipation. Die Stadt hat den Wirtschaftsbürger und den politischen Bürger hervorgebracht, sie verwaltet sich selbst und verspricht eine offene Zukunft für die Bürger. Stadtluft macht frei. In Ludwigsburg ist der Übergang von einer absolutistischen Staatsform zu einem demokratischen, selbstverwalteten Gemeinwesen im Stadtbild ablesbar.

Die ausgeprägten Formen der Bürgerbeteiligung mit regelmäßigen Zukunftswerkstätten sind ein Markenzeichen für den Citoyen von Ludwigsburg. Die Konferenzen zeichnen sich dadurch aus, dass die Teilnehmenden nach ihrer

* Geringfügig überarbeitete Fassung des bei der Auftaktveranstaltung zum Ludwigsburger Stadtjubiläum am 11. März 2018 gehaltenen Impuls-Vortrags.

Milieuzugehörigkeit ausgewählt werden. Auf diese Weise kommen Bevölkerungsgruppen zur Sprache, die bei Teilnahmeverfahren typischerweise nicht gehört werden, z. B. weil sie keinen deutschen Pass haben oder nicht so sprachmächtig wie gebildete Mittelschichten sind.

Emanzipation bedeutet auch, Individualität und Persönlichkeitsmerkmale ausbilden zu können. Hierzu zählen auch Fortschritte bei den geschlechtsspezifischen Rollenbildern und Befreiung von Reproduktionsarbeiten.

In Ludwigsburg war es wichtig, Voraussetzungen für die Teilhabe am Erwerbsleben für Mütter zu schaffen. Beeindruckt haben mich die Kinderkrippen, in denen Tagesmütter gemeinschaftlich organisiert sind und somit eine neue Form der verlässlichen Betreuung geschaffen haben. Diese und andere Formen sozialer Innovationen ermöglichen Elternschaft in städtischen Strukturen. Sie haben zur festgestellten Re-Urbanisierung der letzten Jahre maßgeblich beigetragen und sicherlich auch Familien in der mit 42 Jahren insgesamt jungen Stadt Ludwigsburg halten können.

Drittes Merkmal: Eine urbane Lebensweise. Stadt- und Landbewohner beginnen sich mit der Entwicklung der europäischen Stadt zu unterscheiden. Die städtischen Begegnungen werden flüchtiger und erfordern eine besondere Form des Umgangs: höfliche Distanz, Unpersönlichkeit, Toleranz, Verstandesmäßigkeit und Reserviertheit – wie Georg Simmel es formuliert hat. Sein 1903 publizierter berühmter Artikel heißt entsprechend »Die Großstädte und das Geistesleben«, in dem vor allem die Befreiung des Individuums von der Natur und Traditionen dargelegt wird.

Die vielfältigen Menschen begegnen sich im öffentlichen Raum, der für die Stadt ein besonderer Identitätsanker ist, also der Marktplatz, die Parks und Straßen. In seinem Aufsatz »Die neue Sehnsucht nach der Alten Stadt, oder: Was ist Urbanität?« schrieb Heinrich Wefing 1998: »Ein ferner Sehnsuchtsort, auf dessen Avenuen kleine Tische stehen, wo Kaffeeduft in der Luft liegt, leichter Wein in beschlagenen Gläsern moussiert und Stimmen, Rufe, Autohupen sich kakophonisch verwirren. Eine Stadt, die tags und nachts trubelt, sommers wie winters, bei Wind und Wetter, stets quirlig, laut und lärmend. Eine Stadt der flüchtigen Begegnungen, der welthaltigen Gespräche und zivilen Umgangsformen.« Und Lutz Niethammer sieht in Urbanität »etwas Aufregendes und Grandioses«.

Urbanität bedeutet das Auftreten im öffentlichen Raum und erscheint in den Zitäten exklusiv. Es bedarf zur Grundlage mindestens eine gesicherte bürgerliche Existenz und Einkommen. Ludwigsburg hat mit seiner geplanten Stadtstruktur und den Freiflächen den Vorteil, urbane Qualitäten zu bieten. Das Verhalten im öffentlichen Raum hat sich dabei stark gewandelt, es ist privater geworden (essen, trinken, Handy).

Der Privatbereich wird in der europäischen Stadt als Gegensatz zum öffentlichen Raum verstanden, als Hort der bürgerlichen Familie, des Rückzugs, Vertrautheit und Fürsorge. Dieses Heim ist es, was es heute gilt gegen Marktinteressen und Investorenlogik auf dem global gesteuerten Wohnungsmarkt bei wachsendem Zuzug zu bewahren. Auch das boomende, wachsende Ludwigsburg hat neue Wohnflächen ausgewiesen, um Familien und anderen Haushalten eine Möglichkeit für sicheres, gesundes und bedürfnisgerechtes Wohnen zu geben. Existenzielle Unsicherheit ist die Folge, wenn eine geschützte Privatsphäre fehlt, gefolgt von der Ablehnung von Fremden.



Blick vom Salonturm nach Norden, 1903.



*Die Stuttgarter Straße von der Wilhelmstraße an in südlicher Richtung, 1908.
Links hinter der damaligen Garnisonkirche (heute: Friedenskirche)
ist der Salonturm erkennbar.*



*Der Marktbrunnen mit dem Standbild
des Stadtgründers Herzog Eberhard Ludwig, 1910.*



*Blick über den Holzmarkt mit dem »Abelbrunnen«
zum Marktplatz und in die Lindenstraße, 1903.*

Ich komme zum vierten Merkmal einer Stadt: Zentralität, Größe, Dichte und Heterogenität (nach Louis Wirth). Stadt bedeutet die räumliche Konzentration von hochrangigen Institutionen: Verwaltung, Ökonomie, Kultur, Bildung, Handel, Unternehmen und Dienstleistungen bei gleichzeitiger Nutzungsmischung. Die Spezialisierung und Arbeitsteilung treibt Verfeinerungen und Kulturleistungen voran.

Die Bevölkerung der Stadt bietet eine Vielfalt in ökonomischer Hinsicht, nach der Lebens- und Haushaltsform und nach ethnischen, kulturellen und sozialen Merkmalen. Aus dieser Heterogenität entspringt eine kulturelle Qualität, eine produktive Unruhe, die zu Unvoreingenommenheit und Akzeptieren von Fremden führt (Werner Durth 1987). Auch nach Siebel ist Urbanität die Auseinandersetzung mit Fremden und die Einübung von Toleranz. Die Stadtgesellschaft ändert sich beständig durch Zuwanderung, die gerade in Ludwigsburg immer in großem Maße stattgefunden hat.

So ist ein Merkmal dieser Stadt, dass bei ihrer Gründung nur ausgewählte Personen Zuzugsrecht hatten, die besonders qualifiziert oder kreativ tätig waren. Die internationale Ausschreibung und enorme Subventionierung einer Ansiedlung hatte für Herzog Eberhard Ludwig jedoch nicht den erwünschten Erfolg, nur zwei Bewerbungen von 21 wurden akzeptiert. Die einfachen Berufe, Handwerke und Dienstleistungen waren jedoch notwendig für den Adel. Letztendlich wurde die Stadt durch eine deutlich ärmere Bevölkerung bewohnt als geplant. Ludwigsburg wird ja nicht nur baulich als Planstadt bezeichnet. Sie war aber trotzdem funktionsfähig.

Auch dieses Phänomen ist heute noch zu beobachten. Für eine hoch entwickelte Dienstleistungs- und Wissensökonomie werden hochqualifizierte Fachkräfte im Ausland gesucht – und nicht gefunden; andere, weniger qualifizierte Einwanderer werden deutlich skeptischer betrachtet, sind aber vor Ort.

Die mit der Stadtgründung verbundene Internationalisierung vor 300 Jahren hat der Stadt maßgebliche Impulse für ihre Entwicklung gegeben. Als Garnisonsstadt hat sie ebenfalls mit wechselnden Zuwanderern umgehen müssen. In der Nachkriegszeit war die Integration von Fremden wegen der sogenannten Gastarbeiter ein großes Thema. So wurde in Ludwigsburg wegen Diskriminierung – also aus der Not heraus – ein Italiener selbständig und hat italienische Lebensmittel angeboten, unter anderem den berühmten Espresso. Er konnte auf diese Weise sich und anderen Italienern in Deutschland eine Existenz sichern, zu Erfindungen der Stadt beitragen, Arbeitsplätze und Branchen schaffen.

Auch heute wird unter dem Stichwort »Arrival City« diskutiert, ethnische Ökonomien zu stärken, indem Migrant*innen Gewerbe- und Handelsmöglichkeiten eröffnet werden. Ludwigsburg hat Bewohner und Bewohnerinnen aus über 200 Nationen, die auch das Stadtbild mit Eisdiele, Dönerläden, Thai-Massagen, Shisha-Bars und Änderungsschneidereien maßgeblich prägen. Auch wegen der Zuwanderung handelt es sich um eine vergleichsweise junge Stadt. 24 % der Bevölkerung sind Ausländer und 43 % haben eine Migrationsgeschichte, in Grünbühl-Sonnenberg sind es sogar 65 %, in Poppenweiler 25 %. Aber auch das natürliche Saldo ist positiv – dies war noch in den letzten Jahrzehnten eine Ausnahme in Städten.



*Bahnhof und Bahnhofsvorplatz, um 1910.
Seit 1846 ist Ludwigsburg an das Eisenbahnnetz angeschlossen.*



*Blick über den Schillerplatz mit dem 1882 eingeweihten
Schiller-Denkmal durch die Myliusstraße zum Bahnhof, 1908.*



*Die Zichorienfabrik Heinrich Franck Söhne, um 1910.
Das 1868 von Vaiblingen nach Ludwigsburg verlegte
Unternehmen war lange Zeit der größte Arbeitgeber in der Stadt.*



*Die »Franzosenstraße« (heute: Martin-Luther-Straße)
in nördlicher Richtung, 1910.*



Die Wilhelmstraße in westlicher Richtung, 1910. Auf der Höhe des Rathauses (links) ein Wagen der Ludwigsburger Oberleitungsbahnen («Gleislose elektrische Straßenbahn»), die zwischen 1910 und 1923/26 vom Bahnhof über Oßweil nach Aldingen bzw. bis zum Heilbad in Hobeneck verkehrten.



Das Militär hat das Leben in der Stadt und das Stadtbild mitgeprägt: Angehörige der Ludwigsburger Garnison vor dem Proviantamt mit Militärbäckerei in der damaligen Lazarettstraße (heute: Hindenburgstraße), 1910.

In den verschiedenen Stadtteilen etablieren sich Wohnviertel bestimmter Milieus, der Oberschicht, der verschiedenen Einwanderergruppen, der Arbeiterschicht, der Szeneviertel und der Senioren. In ihnen kann Vertrautheit entstehen und Anonymität überbrückt werden. Sie helfen z. B. den Einwanderergruppen, den Schock des Ankommens und Zurechtfindens in einem völlig anderen Kulturkreis zu mildern. Das Mosaik kleiner Lebenswelten, die räumlich getrennt voneinander leben, prägt die Stadt.

Die neu zugezogenen Flüchtlinge und Schutzsuchenden benötigen sicherlich eine lange Zeit und viel Unterstützung, um einen Platz in unserer Gesellschaft zu finden. Kulturelle, ethnische und rassische Merkmale sollten in einer europäischen Stadt eigentlich keine Rolle spielen. In der Realität werden Diskriminierungen beobachtet, Chancengleichheit ist nicht gegeben, ist wohl auch utopisch.

Der Ehrgeiz Herzog Eberhard Ludwigs verweist zugleich darauf, als Stadt an der Spitze der künstlerischen, sozialen und technischen Entwicklung stehen zu wollen. Ich habe den Eindruck, dass mit der Gründung der Hochschule für darstellende Kunst, der Fokussierung auf Film und neue Medien, der Teilnahme am Innovationsnetzwerk »Living LaB Ludwigsburg« und neuen Technologien beim Fahren dieser Wille auch heute noch besteht und ein innovativer, international sichtbarer Standort weiterlebt.

Ludwigsburg ist dabei keine Großstadt, sondern eine Mittelstadt mit etwa 93 000 Einwohnern in zwölf Stadtteilen. Es gibt zwei Richtungen, Mittelstädte zu charakterisieren. Erstens wird – wie Lindner es sagt – die Meinung vertreten, die Mittelstadt sei Maß und Mitte. Das bedeutet, dass eine Ausgeglichenheit im Hinblick auf Fremdheit, Subkulturen und negative Erscheinungen einer Großstadt wie Vermassung, Anonymität oder psychischen Auffälligkeiten bescheinigt wird. Umgekehrt sind Merkmale dörflichen Lebens, wie mangelndes kulturelles und soziales Angebot, enge soziale Verhältnisse und soziale Kontrolle auch nicht gegeben.

Eine andere Meinung vertritt zum Beispiel Jürgen Friedrichs. Er sagt, dass in einer Mittelstadt alle Erscheinungen vorhanden sind, also auch die gerade genannten, so dass sich Mittelstädte eignen, das gesamte soziale Leben zu erforschen (siehe Haßloch in der Pfalz, das für die GfK für ganz Deutschland steht).

Dennoch kann gesagt werden, dass viele Erscheinungen, die heute den Großstädten zugesprochen werden, nicht so ausgeprägt anzutreffen sind, zum Beispiel die Verdrängung von ärmeren Menschen und Familien aus den Innenstadtlagen, Segregation der Bevölkerung oder der Zwang, in die Höhe zu bauen. Maß und Mitte erscheint passender.

Ich komme zum fünften und letzten Merkmal: Planung und Regulierung. Europäische Städte sind sozialstaatlich reguliert. Sozialer Wohnungsbau, Infrastrukturen, Daseinsvorsorge und soziale Stadtplanung beeinflussen maßgeblich das Leben in der Stadt.

Die Umstrukturierung der Verwaltung, die Dialogprozesse und das Austarieren der Machtbalancen zwischen Stadtrat und Bürgerinnen und Bürgern ist ein Markenzeichen dieser Stadt. Eingangs hatte ich erwähnt, dass Ludwigsburg sich

durch Zukunftskonferenzen auszeichnet. Im Hinblick auf die Methodenkompetenz bei der Bürgerbeteiligung nimmt Ludwigsburg sicherlich eine Vorreiterrolle ein. Die dauerhafte Verankerung der breiten Bürgerbeteiligung bei wechselndem Personal in Politik und Verwaltung dürfte eine bleibende Herausforderung darstellen.

Als weitere Herausforderungen möchte ich kurz folgende Aspekte ansprechen: Die Nutzung des Internets, genauer gesagt, das online-Shopping ist derzeit für die Veränderung ganzer Innenstädte mitverantwortlich. Einkaufsstraßen werden zu Wohnstraßen, Geschäfte konzentrieren sich an weniger Standorten. Zugang in jeder Form ist heute erforderlich, um sich auszutauschen und zu vernetzen. Eine ansprechende Innenstadt zu erhalten, erfordert neue Nutzungsmischungen und das Breitband. Stadtbewohner orientieren sich nahräumlich, gesamtstädtisch oder überörtlich, teilweise virtuell.

Urbanität bedeutet dabei für den Städtebau, die Baukultur zu achten und historische Elemente zu bewahren, die Identifikationsmöglichkeiten und Unverwechselbares bieten.

Mietpreise in den Städten explodieren, soziale Polarisierungen und Verelendung werden beobachtet, Investorenlogiken führen zur Eintönigkeit. Für eine Ausdifferenzierung der Stadt ist es wünschenswert, bedürfnisgerechte Zentren zu etablieren, die eine multikulturelle und multiethnische Stadtgesellschaft benötigt.

Zugleich ist ein räumlicher und sozialer Ausgleich anzustreben, um Ungleichheitslagen nicht zu verfestigen und Ungerechtigkeitsgefühle zu vermeiden. Toleranz zu erlernen erfordert eine gesunde Durchmischung von Einkommens- und Bevölkerungsgruppen, ohne Segregation ganz verhindern zu wollen.

In bemerkenswerter Weise wird das Ziel der Nachhaltigkeit in Ludwigsburg verfolgt, um die Wohnqualität und auch die Aufenthaltsqualität in der Stadt zu steigern. Dies betrifft verkehrliche und Klimaschutzmaßnahmen, in innovativer Form z. B. im Grünen Zimmer oder bei neuen Bussystemen.

Städte sind Motoren der kulturellen und technischen Entwicklung – historische Gestalt und Modernes, beide verlangen nach Geltung.

Allen Bewohnern, unabhängig davon, in welchen Kulturen sie aufgewachsen sind, die Möglichkeit zur Beheimatung zu geben: sich selbst zu verwirklichen, sich produktiv einzubringen, stabile soziale Verhältnisse zu pflegen, die sozialen und kulturellen Verhältnisse anzuerkennen und anerkannt zu werden. So hat Maria Greverus schon in den 60er Jahren den Heimatbegriff definiert.

Ludwigsburg präsentiert sich unverwechselbar, attraktiv und geistig stimulierend. Ich wünsche allen Bewohnerinnen und Bewohnern, auch den zukünftigen, Urbanität im besten Sinne, Teilhabe und ein gutes Leben – egal ob in einer Mittelstadt oder dann in einer kleinen Großstadt.

Die Pfarrgemeinde Markgröningen und die Niederlassung des Heilig-Geist-Ordens

Zwei ungleiche Schwestern am Vorabend der Reformation *

von Petra Schad

»Kaum ein Zeitalter der deutschen Geschichte, so ist immer wieder geurteilt worden, war in sich bedeutender, brachte tiefergehende Umstürze mit sich und hatte weiterreichende Folgen und Auswirkungen als das Zeitalter der Reformation.« So schrieb Gerhard Bott 1983 im Ausstellungskatalog anlässlich des 500. Geburtstags von Martin Luther.¹ Denn über Jahrhunderte hinweg war die Kirche der Träger der geistigen Kultur ebenso wie des Sozialwesens, da beides bei ihr angesiedelt war. Ein sehr weites, immer wieder spannendes Forschungsfeld, das zahlreiche Veranstaltungen im Jubiläumsjahr der Reformation unter verschiedenen Gesichtspunkten beleuchteten. Vorliegender Beitrag spannt den Zeitbogen von ca. 1500 bis zur beginnenden Einführung der Reformation in Württemberg 1534.

Die Lebenswelt im Spätmittelalter

Als Einführung in die für uns völlig fremde Lebenswelt – denn auf diesen »Nährboden« fiel der »Samen« der Reformation – wenden wir uns dem Lebenserwerb und der Nahrungsproduktion zu. Damals lebten rund 90 % der Bevölkerung von der Landwirtschaft. Die Anbauweise war die Dreifelderwirtschaft und setzte Flurzwang voraus. Die Produktionsmethoden erforderten sehr viel Arbeitskraft. In der Dreifelderwirtschaft war die Abfolge von Winterfrucht, Sommerfrucht und Brache streng geregelt und an Zelgen gebunden. Das bedeutete, dass für alle Felder in einer Zelge die gleiche Bewirtschaftung galt. Im Sommerfeld wurde meist Hafer oder Gerste, in Markgröningen auch gemischt mit Linsen² oder Erbsen angebaut. Im Winterfeld herrschte ganz überwiegend der anspruchslose Roggen vor. Trotz der Düngung mit Mist waren die Ackerböden am Ende des Mittelalters ausgelaugt und versauert, was den Anbau der anspruchsvolleren Weizenarten mehr und mehr einschränkte. Der Speiseplan war zwangsläufig sehr eintönig: Kraut, Getreidebrei und Brot.³

Eine gute Ernte war überlebensnotwendig und fiel sie witterungsbedingt schlecht aus, herrschte bittere Not. Denn ein weiteres Problem stellte der geringe Ertrag des Saatguts dar. Von der Ernte mussten rund 18 % als Saatgut

* Der Beitrag basiert auf zwei Vorträgen, die für die von der Evangelischen Kirchengemeinde Markgröningen im Jahr 2017 organisierte Veranstaltungsreihe »Reformatrischer Impuls« konzipiert wurden. Einer davon wurde am 10. Oktober 2017 beim Historischen Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg gehalten.

zurückgelegt und vor Mäusen, Schädlingen und Feuchtigkeit geschützt über den Winter gebracht werden, wollte man im nächsten Jahr nicht verhungern.⁴ Da war jedoch noch kein Zehnt an die Kirche abgeliefert, keine Steuer bezahlt und kein Frondienst geleistet. Die Witterung musste darüber hinaus das Jahr über gestimmt haben – sonst verringerte sich der Ernteertrag – und keine Arbeitskraft durfte durch Krankheit oder Tod ausfallen. Sehr schnell ging es selbst bei Landeignern, zu denen bei weitem nicht jede Familie gehörte, um das nackte Überleben.

In der Amtsstadt Markgröningen lebten rund 1500 Einwohner und ein Bauboom hatte in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts Handwerkern und Kaufleuten sehr gute Verdienstmöglichkeiten beschert. Prachtvolle Bürgerhäuser zeugen in Markgröningen vom damaligen Reichtum einer zahlenmäßig kleinen Oberschicht, die als »Ehrbarkeit« die Machtpositionen im Herzogtum besetzt hatte. Es gab Ansätze eines Verlagssystems in der Textilherstellung⁵ und frühindustrielle Produktionsweisen etwa in Form der zahlreichen Mühlen an der Glems.⁶ Zu den reichsten Bürgern in Württemberg zählten damals die in Markgröningen ansässigen Vollands, auf die wir im Beitrag mehrmals zu sprechen kommen.

Durch das Land zogen sehr viele arme, alte und kranke Menschen. Die christliche Nächstenliebe gebot, sie zu beherbergen und zu versorgen. Hierfür betrieb Markgröningen – wie übrigens die meisten Städte – ein großes »Armen Leuth Hauß, genannt das Seelhauß«⁷ mit mehreren Bettstellen für Arme und Pilger,



Die Hungrigen speisen, die Dürstenden tränken – zwei Taten der Barmherzigkeit. Fresko aus dem Keller des Vorgängerbaus des heutigen Spitals (2. Hälfte 15. Jh.), hängt in der Spitalkirche.



*Basilisk mit Fabelwesen am Chorgestühl
der Stadtpfarrkirche St. Peter und Paul (14. Jh.).*

dazu eine Scheuer und Hofraite. Es lag westlich des Spitals an der Stadtmauer. Ein zugehöriger Wald sollte das benötigte Brennholz liefern. Die Seelsorge oblag ursprünglich der Gemeindepfarrrei. Im Jahr 1509, nach einer Folge von Missernten, übergaben Vogt, Gericht und Rat der Stadt den Betrieb des städtischen Armenhauses dem Spital. Es sollte künftig »all unnd jegliche Pillger und arme Leütt, so alher khommen unnd um Gottes Willen pitten, beherbergen unnd behaußen, auch mit geliger [Lager] unnd Kulltt [geistigem Beistand] unnd Warm getreuwlich unnd ungefährlich yber Nacht versehen«. ⁸ Hierfür erhielt das Spital auch die Inneneinrichtung. ⁹ Im Gegenzug verpflichtete sich die Stadt, das Seelhaus zu schützen und es von der Steuer zu befreien. Jederzeit konnte es die Stadt in ihre Obhut zurücknehmen, was jedoch nicht erfolgte. Neben diesem Gebäude, »gegen das Seelhaus angrenzend«, lag ein weiteres Armenhaus, das Clauß Nantz dem Spital für die Unterbringung von armen Leuten im 15. Jahrhundert gestiftet hatte. Das Spital wiederum handelte sich bei der Übernahme des städtischen Armenhauses eine Steuerbefreiung für die Stiftung von Nantz aus.

Neben der Sorge um das tägliche Brot herrschte eine ständige Angst vor bösen Geistern, Ungeheuern, Dämonen und dem Teufel, von deren Existenz jedermann überzeugt war. Denn das Alte Testament ebenso wie das Neue Testament erwähnt und beschreibt sie sehr anschaulich. ¹⁰ Ferner tauchen Drachen und Ungeheuer auch im »Physiologus« auf, zu Deutsch: »der Naturkundige«. Das um 200 n. Chr. erschienene Volksbuch ist bis ins Spätmittelalter ein Schlüsselwerk zur Tiersymbolik und in seiner Wirkung auf die bildende Kunst vieler Jahrhunderte nur mit der Bibel zu vergleichen. Selbst wenn weite Teile der Bevölkerung nicht lesen konnten bzw. gar keine Bücher besaßen, so tradierten sich die Inhalte von Bibel und Physiologus ebenso wie die der Lebensbeschreibungen von Heiligen

durch mündliche Erzählungen und Bildprogramme in den Kirchen. Die Seitenwangen des viersitzigen Chorgestühls in der Stadtkirche stammen aus dem 14. Jahrhundert. Auf der einen Seite zeigen sie die Kirchenpatrone Petrus und Paulus, die einen vor ihnen knienden Büsser bzw. Pilger vor dem über ihnen thronenden Ungeheuer schützen. Die andere Seitenwange zeigt den heiligen Christophorus sowie Fabelwesen und einen Basilisken. Im Laufe des Mittelalters veränderte sich dessen Darstellung: Dem Mischwesen mit dem Oberkörper eines Hahns wurden zwei oder mehrere Vogelbeine, Flügel und Federn hinzugefügt. Man glaubte, dass der Blick eines Basilisken versteinert oder gar tötet und sein giftiger Atem tödlich sei. In der modernen Fantasy-Literatur leben sie noch immer weiter.

Große Angst herrschte vor dem Tod. Er war allgegenwärtig: im Kindbett, bei Krankheit und Seuchen, bei Missernten, Kriegen und bei Unfällen. Und Missernten hat es in den Jahren 1508 bis 1514 gleich mehrere gegeben, wie aus der Vorgeschichte des »Armen Konrad« bekannt ist.¹¹ Angesichts der Mühsal und der Gefahren im Diesseits wünschte sich jeder ein gutes Leben nach dem Tod im Paradies. Um tatsächlich dorthin zu gelangen, musste man jedoch ein gottgefälliges Leben führen. Deshalb war der Kirchgang nicht nur bei Festen, die zahlenmäßig viel häufiger als heute gefeiert wurden, ein persönliches Bedürfnis. Verstärkt wurde diese Angst noch durch die damals herrschenden Glaubensvorstellungen von den körperlichen Qualen des Fegefeuers im Jenseits.¹² Die Angst vor dem Fegefeuer trug, befeuert durch die mittelalterliche Moraltheologie mit den sieben Todsünden, zu einer latenten Angst vor einem persönlichen Fehlverhalten bei. Als Vergehen galten nicht nur tatsächlich verübte Fehlverhalten, sondern bereits der bloße Gedanke an eine »Sünde«.

Sehr anschaulich und eindrücklich prangten in allen Kirchen – nicht nur am Chorbogen in der Pfarrkirche – Darstellungen vom Jüngsten Gericht, auf denen immer auch die Hölle und das Fegefeuer zu sehen waren. Beim Betreten bzw. Verlassen der Kirche durch den Südeingang sah der Gläubige in den Gewölbekappen neben den beiden Kirchenpatronen Peter und Paul ein persönliches Gericht. Die Malerei aus der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts zeigt Erzengel Michael, den Bezwinger des Teufels. Gerade wird mit einer Balkenwaage ein nacktes kleines Menschenkind, symbolisch für die Seele, gewogen. Der Teufel versucht, die Waagschale auf seine Seite herunterzuziehen. Gelingt ihm dies, droht der Seele bis zum Jüngsten Gericht das Feuer der Läuterung, auch Fegefeuer genannt. Wenn die Seele gewichtig genug ist, ist sie wert, ins Paradies aufgenommen und der Erlösung zugeführt zu werden.

Die Zuständigkeit des Gemeindepfarrers und der Kapläne

Zu den Aufgaben des Gemeindepfarrers gehörte als Seelsorger das Austeilen der Sakramente. Die katholische Kirche hat sieben Sakramente: Taufe, Firmung, Abendmahl (Eucharistie), Buße, Krankensalbung, Weihesakrament und Ehe. Für den damaligen Markgröninger bedeutete dies, dass nur der Stadtpfarrer taufen



Stadtturm und Kirchturm der heutigen Bartholomäuskirche.

und trauen durfte. Zum Abendmahl, zur Vergebung der Sünden und Aussegnung der Toten konnte man sich auch an die Ordensniederlassung wenden, die entsprechende Privilegien besaß. Da die Lossprechung von Sünden nach der Beichte im ausgehenden Mittelalter mehr und mehr durch klingende Münzen und Stiftungen unterstützt wurde, gab es hier bedeutendes Konfliktpotenzial zwischen dem Spital einerseits sowie dem Pfarrer und den Kaplänen andererseits, denn jeder wirtschaftete sozusagen auch in seine eigene Tasche.

Markgröningen war Sitz eines Landdekanats und gehörte zum Archidiakonats des Stiftprobstes von St. Trinitatis ac Omnium Sanctorum in Speyer. Im Westen grenzte das Bistum Konstanz an den Markgröninger Bezirk und im Nordosten das Bistum Würzburg. Zum Bezirk des Landdekanats gehörten Hemmingen, Heimerdingen, Hirschlanden, Höfingen, ein Teil von Ditzingen¹³, die Pfarreien Gebersheim, Leonberg, Eltingen, Rutesheim, Schöckingen, Hochdorf, Schwieberdingen, Remmigheim (abgegangener Ort bei Bissingen) und Asperg (mit den Kapellorten Hohenasperg und Eglosheim).¹⁴ Der Landdekan hatte gegenüber dem ihm unterstellten Klerus ein Aufsichts- und Korrektionsrecht, das regelmäßige Visitationen voraussetzte.¹⁵ Damit den Priestern des Landkapitels – das war der korporative Zusammenschluss der Geistlichen innerhalb der Dekanatsgrenzen – für ihre Treffen auch ein würdiger Versammlungsraum zur Verfügung stand, wurde der von Aberlin Jörg errichtete neue Chor in der Stadtkirche mit einem Chorgestühl ausgestattet.



*Ostergasse 24: das ehemalige Pfründhaus
der Zweiten Liebfrauenkaplanei, 1406 erbaut.*

Zur Pfarrei Markgröningen gehörte das Dorf Talhausen und bis 1456 noch Tamm, dann wurde die Filialkirche zur selbständigen Pfarrei erhoben. Ferner gab es neben der Stadtkirche St. Peter und Paul eine der Gottesmutter Maria geweihte Kapelle auf dem Benzberg. Sie gehörte zur »Zweiten Unserer Liebfrauenkaplanei« und besaß einen eigenen Kaplan, der in der Pfarrkirche die Orgel treten musste. Sein Pfründhaus (Ostergasse 24, sogenanntes Vollandhaus) blieb als einziges erhalten. Es wurde 1406 zweistöckig errichtet. Der später aufgesetzte dritte Stock und das vorhandene Vollwalmdach wurden 1594 abgezimmert.¹⁶ Auch die Kapelle von Johannes dem Täufer zählte zur Pfarrei. Sie lag nordwestlich der Stadt bei der äußeren Burg, der Schlüsselburg. Daran erinnert noch heute der Gewannname Sankt Johännser. Der Gebäudeunterhalt für die Kirche und die beiden Kapellen oblag der Pfarrgemeinde.

Unterschiedliche Zuständigkeiten des Heilig-Geist-Ordens in Markgröningen, Bissingen, Bietigheim und Mühlhausen an der Enz

In einer (Reichs-)Stadt traf man häufig neben der Pfarrgemeinde auch eine Ordensniederlassung an. So wurde in Markgröningen im Jahr 1297 eine Niederlassung des Heilig-Geist-Ordens, auch Hospitaliter genannt, geweiht.¹⁷ Seit 1304 ist eine Beginensammlung belegt, die spätestens seit 1406 im heutigen Klostersgässle westlich des Rathauses ihre Klausur hatte.¹⁸ Während die Ordensregel der Hospitaliter auf der Johanniterregel aufbaute¹⁹, galt für die Beginen die Dritte Ordnung der Franziskaner. Zwar erwähnte Heyd eine vom Papst festgelegte Aufteilung der Einkünfte zu je einem Drittel für die Versorgung der Armen, für die Gastfreundschaft sowie das dritte Drittel für den Unterhalt der Gebäude und die Versorgung der Brüder selbst, doch hegte er bereits Zweifel, ob dies in Markgröningen zutraf. Im »Liber Regulae« finden sich keine Hinweise auf solche Vorgaben.²⁰ Die Ordensregel sah eine Aufgabenteilung vor. Den Brüdern waren die Aufgaben der Seelsorge und des Almosensammelns (lat. »questa« oder »questus«/Quest) zugewiesen und eine Dienerschaft war für die Wirtschaftsführung (Haushalt und Landwirtschaft) sowie die Versorgung der Brüder, Kranken, Armen, Pilger und Gäste vorgesehen. So entwickelten sich die Niederlassungen sehr rasch zu Großunternehmen, die wirtschaftlich planen mussten.

Die Spitalbrüder erkannte man an ihrem charakteristischen, mehrfarbigen Ordenshabit. Sie trugen auf der linken Brust ihres schwarzen Mantels ein weißes Doppelkreuz mit gespaltenen Enden. Eine blaue Gugel, das ist eine Art Kapuze und war ein im Mittelalter bei Männern häufig anzutreffendes Kleidungsstück, vervollständigte die Ordenstracht.²¹

Im Südwesten der Stadt besaß das Spital die Spitalkirche, das Pfründhaus und Wirtschaftsgebäude, die alle von einer Mauer umgeben waren. Vor der Stadtmauer lag ein um 1450 erwähntes ummauertes »äußeres Spital« mit Kapelle und Friedhof, die ebenfalls zur Niederlassung gehörten. Das »äußere« Spital ist im Winkel zwischen der Schillerstraße und der Vaihinger Straße zu verorten. Nach der Reformation ereilte St. Veit das Schicksal der meisten Kapellen: Sie wurde

auf herzoglichen Befehl abgebrochen. Auf Teilen des »äußeren« Spitals errichtete man dann die Spitalziegelei.²²

Im 15. Jahrhundert erwähnen die Rechnungen zweimal Einnahmen aus einem Opferstock »vor dem tor zuo sanct lenhartten«.²³ Stand der Stock bei einem Heiligenbild oder war ein Altar in der Kapelle dem heiligen Leonhard geweiht? Im 16. und 17. Jahrhundert taucht in den Akten »St. Veyt im eyssrn Spithel«²⁴ auf, eine Veitskapelle, zu der der Spitalfriedhof gehörte. Hatte der heilige Veit den



*Wappen von Prior Johannes Betz im renovierten Chor.
Links das gespaltene Doppelkreuz des Spitals,
rechts sein Familienwappen, der steigende Bär.*

heiligen Leonhard als Kapellenheiliger abgelöst? Beides ist möglich. Leonhard galt ursprünglich als Schutzpatron derer, die in Ketten liegen, also der Gefangenen – aber auch der Geisteskranken, die man bis ins 18. Jahrhundert häufig auch ankettete –, und Veit war Patron der Patienten mit »Veitstanz«, einer der Epilepsie ähnlichen Nervenkrankheit.

Zahlreiche Wohn- und Wirtschaftsgebäude ließ Spitalmeister Betz neu errichten und das Spital dehnte sich jenseits seiner Mauer, auch westlich der heutigen Betzgasse aus. Ebenso gehörten eine Spitalmühle sowie große Ländereien zum umfangreichen Immobilienbesitz. Johannes Betz nannte sich latinisiert auch »Ursinus«, was eine Übersetzung der deutschen Namensvariante »Petz« (Bär) ist, und leitete daraus auch sein Familienwappen ab: einen steigenden Bären im gespaltene Schild, neben dem das Spitalkreuz zu sehen ist. An allen Bauwerken,

die von ihm vorangetrieben wurden und von denen es nicht wenige gibt, setzte er sich mit seinem Wappen ein steinernes Denkmal. Ungewöhnlich und ins Auge springend ist beispielsweise ein Bär als gotisches Fenstermaßwerk an dem unter Betz erstellten Nordanbau der Spitalkirche. Etwas dezenter und nur für die Ordensleute sichtbar ist ein Konsolstein im Turm, deren Büste eines Spitalmeisters sehr wahrscheinlich ihn darstellt.

Das Spital agierte wie weltliche Herrscher und wollte seine Macht ausbauen. Als es ihm im Jahr 1404 gelang, die Kilianskirche in Bissingen an der Enz von Hermann und Hans von Sachsenheim zu erwerben, besaß es erstmals eine Pfarrei, die im Landdekanat Vaihingen lag. Die von Sachsenheim besaßen Teile der Ortsherrschaft und hatten die Kirche 1364 von dem württembergischen Grafen Eberhard II. und seinem Bruder Ulrich zu Lehen erhalten²⁵, deshalb musste Eberhard III. als Lehnherr dem Verkauf zustimmen.²⁶ Seither verließ das Spital die Pfarrpfünde, die dortige Frühmesse und die Kaplaneipfünde²⁷, weshalb ein Bruder in Bissingen die Pflichten eines Pfarrers versehen musste und ein weiterer Kaplan war. Da das Spital hier Herrschaftsrechte besaß, zeigt das Ortswappen von Bissingen das Spitalkreuz in Blau mit einem angehängten »B«.

Im Jahr 1411 schenkte Graf Eberhard III. dem Markgröninger Konvent die Bietigheimer Kapellenkirche (so nannte man früher die heutige Stadtkirche) sowie die damalige Pfarrkirche, die heutige Peterskirche, samt dem Widdumhof.²⁸ Er behielt jedoch die Vogteirechte (Lehnschaft der Pfründen) und den Laienzehnt. Ausdrücklich machte der schenkende Graf dem Heilig-Geist-Spital die bauliche Instandhaltung der 1409 in die Kapellenkirche neu eingebauten Orgel zur Pflicht. Der Speyrer Bischof verweigerte anfangs seine Zustimmung. Wahrscheinlich befürchtete er Probleme, da das Spital sehr viele päpstliche Privilegien besaß, die seine Kompetenz beschnitten. Ferner lagen Bietigheim und Bissingen im Landdekanat Vaihingen, das Spital gehörte jedoch zum Landdekanat Gröningen. Erst 1422 übergab der Hirsauer Abt auf Anweisung des Papstes die Pfarrgemeinde Bietigheim dem Markgröninger Spital.²⁹ Von nun an besetzte die Ordensniederlassung die Pfarrpfünde in Bietigheim, während die sechs Kaplaneipfründen von der württembergischen Herrschaft verliehen und präsentiert wurden.³⁰

Kirchenrechtlich verblieben Bietigheim und Bissingen beim Landdekanat Vaihingen. So forderte Pfarrer Konrad Napf, Kämmerer des Landdekanats Vaihingen, als Sammler des Hilfgeldes gegen die Hussiten die fälligen Beiträge für die Gemeinden vom Spital Markgröningen ein.³¹

Roemers Vermutung, dass die Wahl auf das Spital fiel, weil es außerhalb der katholischen Diözesanhierarchie stand, hält einer Prüfung nicht stand, denn für alle Pfarreien und Pfarrer galt die Zuständigkeit des Speyrer Bischofs.³² Viel wahrscheinlicher ist die Annahme, dass Eberhards Wahl auf das Spital in Markgröningen fiel, da der Heilig-Geist-Orden über weitreichende Privilegien verfügte und einen größeren Ablass spenden konnte, was dem Schenkenden ebenso wie seinen Untertanen Vorteile bot. So hatte sich der Graf ausbedungen, dass für sein Seelenheil jedes Jahr sieben Messen gelesen werden sollten.³³

Die Pfarrei in Mühlhausen an der Enz wurde ebenfalls vom Markgröninger Spital betreut und ein Bruder als Gemeindepfarrer an die Albankirche abgeordnet.³⁴

Der Speyrer Bischof setzte alle Ortspfarren in ihr Amt ein, so beispielsweise den Bruder Leonhard Knoll am 4. Februar 1517 in Mühlhausen, der Johannes Pyner nachfolgte.³⁵

Die vier dem Spital inkorporierten, d. h. »einverleibten« Kirchen brachten der Niederlassung nicht nur die den Altären und Pfründen zustehenden Einkünfte an Zinsen und Abgaben ein, sondern auch die Verpflichtung zum Bauunterhalt der Pfarrhäuser und Zehntscheuern, zur Versorgung der Pfarrer und zur seelsorglichen Betreuung der drei Gemeinden. Auf der Grundlage der Spitalrechnungen



Das Spital, auch Pfründhaus genannt, vor der Sanierung (um 1975).

von 1444 bis 1449 ermittelte Klaus Militzer für einen Priester folgende Lebenshaltungskosten.³⁶ Für eine gute Verpflegung waren rund 23 Pfund Heller (lbh) anzusetzen. Alle zwei Jahre gab es neue Kleidung: Umhang, Hose, blaue Gugel, Schuhe und Unterwäsche kosteten mit Anfertigung insgesamt 3 lbh und 14 Schilling (ß). Ein selbständiger Priester brauchte eine Magd, die als Jahreslohn 3 lbh und 6 ß 2 h erhielt. Stattete man den Seelsorger auch mit einem Pferd aus, um Almosen auswärts einzusammeln, dann schlugen Kosten in Höhe von 10 Gulden (fl) für das Tier und 25 lbh 8 ß für dessen Ernährung zu Buche. Die Lebenshaltungskosten für den Bissinger Priester lagen somit bei rund 45 fl im Jahr. Ein Stiftungsvermögen in Höhe von 860 fl deckte bei einer Verzinsung von 5 % diese Ausgaben.

Der Sammelbezirk des Spitals war sehr groß und umfasste die Konstanzer Diözese sowie fünf Landdekanate des Speyrer Bistums.³⁷ Somit brauchte ein Mönch, der auf Quest ausgesandt wurde, durchaus ein Pferd. Das Finanzaufkommen aus Spenden und Sammlungen betrug um 1450 rund 11 % des Spital-

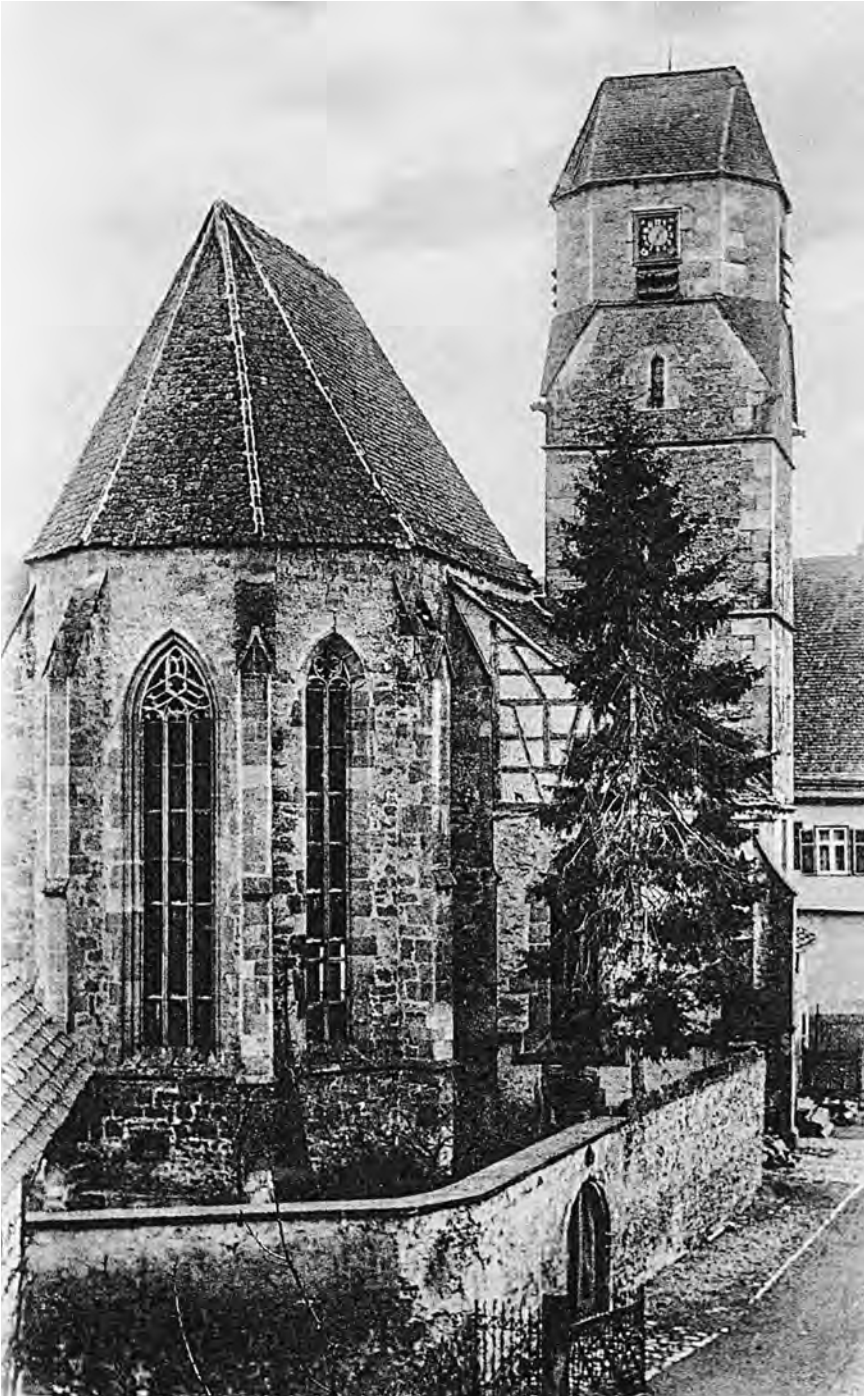
haushaltes.³⁸ Davon lieferte der in Bissingen tätige Priester im Jahr 1444 von einer Sammlung 24 lbh gutes Geld ab, aber auch 2 lbh »boß geltz«, d. h. ungültige Währung.³⁹ Verglichen mit den Lebenshaltungskosten konnte ein eifriger Sammler gut die Hälfte des Aufwandes für einen Ortspfarrer decken.

Klosterreformen unter Graf Eberhard V.

Die Ordensregel schrieb die Bestellung eines Kämmerers vor, der monatliche Finanzberichte zu stellen hatte. Alle Einnahmen sollten zuerst dem Meister, dem Konvent und dem Kämmerer zur Kenntnis gebracht werden, bevor sie in die mit drei Schlössern versehene Spitalkasse kamen.⁴⁰ Ferner gab es ein ordensinternes Kontrollsystem, das die Wirtschaftsführung beaufsichtigte, die Verwendung der Gelder überprüfte und auch den Lebenswandel der Ordensbrüder begutachtete. Beispielsweise kam der Stephansfelder Provinzial 1445 nach Markgröningen, um die Rechnungen zu kontrollieren.⁴¹

Den württembergischen Grafen ging es im 15. Jahrhundert jedoch darum, die Rechte aller Orden in Württemberg zu beschneiden, um mehr Einfluss auf die Klöster nehmen zu können. Diese Bemühungen wurden durch die von Papst Pius II. im Jahr 1459 für sämtliche klösterliche Niederlassungen erlassene Reformbulle ermöglicht.⁴² Mit ihr reformierte Eberhard im Bart in den folgenden Jahren zahlreiche Männer- und Frauenklöster, so auch die Spitalniederlassung in Markgröningen. Eine erste Reform führte Eberhard V. im Jahr 1468 durch, dem ersten Amtsjahr des Spitalmeisters Friederich Bender.⁴³ Sie gab dem Vogt und Stadtgericht für kurze Zeit eine große Machtstellung, weil das Spital künftig Käufe und Verkäufe sowie die Aufnahme von Pfründnern nur mit Zustimmung von Vogt und Gericht vornehmen durfte. Zudem musste vor Vogt und Gericht jährlich Rechnung gelegt werden, und der Zutritt zu Registratur und Archiv im »Spitalgewölbe« durfte auch nur im Beisein einer Amtsperson erfolgen.⁴⁴ Ist die mächtige Position, die die Stadt in dieser Ordnung einnahm, ein Beleg dafür, dass das Spital ursprünglich von Bürgern gegründet worden war?

Ob die erste Reformordnung umgesetzt wurde und, wenn ja, wie lange sie Bestand hatte, ist unbekannt. Bei den Reformen anderer Klöster hatte Graf Eberhard mehr sein eigenes Wohl und das der Grafschaft im Blick. »Als intakte Wirtschaftskörper waren die Klöster mit ihrem umfangreichen Besitz für die Territorialwirtschaft im allgemeinen von Nutzen und Wichtigkeit – darüber hinaus standen sie gleichfalls für landesherrliche Ansprüche wie Steuern und Dienste zur Verfügung.«⁴⁵ Nur wenig später, 1471, entwarf Eberhard V. erneut eine Spitalordnung, die ihm einen direkten Einfluss verschaffte. Die Ordnung lehnte sich an die Ordensregeln an, beseitigte die städtische Einflussnahme wieder und übertrug die Oberaufsicht auf landesherrliche Beamte.⁴⁶ Die Befugnisse des Meisters wurden beschnitten. So erhielt er – wie bereits in der Ordensregel festgelegt – einen vom Konvent gewählten Kämmerer beigeordnet und musste jährlich den Ordensvorgesetzten, dem Konvent und den geistlichen Räten des Grafen Rechenschaft ablegen. Mit der Inventarisierung des Spitalbesitzes wurde der herrschaftliche Keller zu Asperg beauftragt. Vielleicht kam es deshalb im



Die Spitalkirche von Nordosten (um 1919).

Jahr 1494 zu einem Vertrag zwischen dem Spital und dem Asperger Keller Johann Hess, der für eine jährliche Rente (Leibgeding) dem Spital mit Rat zur Seite stehen sollte.⁴⁷

Die zweite Spitalordnung hatte dann bis zur Reformation Bestand. Künftig besaßen die württembergischen Landesherrn mehr Einblick in die Finanzen des Spitals als in den Pfarrgemeinden. Um 1500 nahm Claus Volland, Sohn von Elisabeth Lyher und Heinrich Volland dem Jüngeren, als Keller Einblick in die Spitalfinanzen.⁴⁸ Und 1514 war Philipp Volland, ein Bruder von Ambrosius und Claus Volland und seit 1501 Vogt in Markgröningen⁴⁹, Keller auf dem Asperg.⁵⁰ Bereits 1507 hatte er für die Renovierung des Spitalchores Geld gestiftet.⁵¹

Das mittelalterliche Ablasswesen

Wenngleich die mittelalterliche Kirche keine verbindliche Lehräußerung hierzu kannte, sollen ein paar knappe Erläuterungen in diese Materie einführen. Die heute weitverbreitete Vorstellung, dass im Mittelalter eine Geldzahlung an die Kirche allein von Sünden befreie, ist falsch.⁵² Der Ablass ist ein kirchlicher Nachlass zeitlicher Strafen für Sünden, die hinsichtlich der Schuld bereits mit dem Bußsakrament getilgt sind. Deshalb war es ganz wesentlich, dass ein Mensch über seine Sünde Reue empfinden und diese vor einem Priester in der Beichte bekennen musste. Der mittelalterliche Mensch glaubte, dass es nach dem Tod des Getauften, der zwar im Stand der Gnade starb, bei dem aber noch Sündenstrafen einer vollen Gottesgemeinschaft im Wege standen, einen »Zwischenzustand« gab, der Fegefeuer genannt wurde.⁵³ Die für die »Gewinnung« des Ablasses erforderlichen Bußwerke, um eine Lossprechung (Absolution) zu erhalten, konnten durch verschiedene Leistungen »ersetzt« werden. So konnte man beispielsweise für die Teilnahme an einem Kreuzzug, für einen finanziellen Beitrag zum Bau einer Kirche, Kapelle bzw. deren Ausstattung oder auch für das Spenden von Almosen von den Sünden losgesprochen werden. Man verstand unter Ablass einen vor Ort gültigen Nachlass zeitlicher Sündenstrafen, den die kirchliche Autorität aufgrund des von ihr verwalteten sogenannten Gnadenschatzes aussprach.

Dieser »Thesaurus ecclesiae« ist eine erstmals unter Papst Clemens (1342–1352) belegte lehramtliche Bezeichnung für die im Himmel verwahrten und von der Kirche verwalteten Verdienste Christi und der Heiligen, über die die Kirche beim Ablass verfügt, wenn sie auf diesen Schatz zur Tilgung zeitlicher Sündenstrafen zurückgreift.⁵⁴ Für Lebende gewährte die Kirche den Ablass durch Lossprechung; für Verstorbene gestattete sie anfangs nur eine Zuwendung fürbittweise. Besonders weil das Ablasswerk auch die Form eines Almosen annehmen konnte und später nahezu ausschließlich in Münzform geleistet wurde, war dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet.⁵⁵ So wurde speziell im Ablass eine Verkürzung der Leidenszeit im reinigenden Fegefeuer gesehen.

Im letzten Viertel des 15. Jahrhunderts erlebten die päpstlichen Ablassvergaben unter der Regierung Sixtus⁶ IV. einen immensen Aufschwung, wozu auch das Heilige Jahr 1475 beitrug.⁵⁶ Nachdem um 1450 die Verkündung päpstlicher

Ablässe zur Gewinnung von Geldern für den militärischen Kampf gegen die Osmanen genützt wurde⁵⁷, sollten sie nun große Bauaufgaben unterstützen. Auch Graf Eberhard im Bart hatte für den Neubau der Stiftskirche St. Amandus in Urach diese Unterstützung in Rom erbeten.⁵⁸ Der 1476 von Sixtus IV. zum Neubau der südwestfranzösischen Kathedrale von Saintes gewährte Bauablass wurde vom Domdekan Raimund Peraudi dahingehend genutzt, dass die päpstliche Urkunde nun eine weitere, neue Bestimmung erhielt, dieser Ablass könne auch zugunsten der Verstorbenen erworben werden. Entscheidend war, dass die Toten im Stand der Gnade verstorben waren, während der Käufer den Ablass auch im Zustand der Todssünde erwerben konnte. Peraudi erweiterte die »Leistungsfähigkeit« des Ablasses damit enorm. Ferner ermöglichte er die Gnade des Beichtbriefes (»confessionale«). Früher waren sie exklusiv von der Römischen Kurie vertrieben worden, nun konnte jeder beliebige Beichtvater von fast allen Sünden lossprechen – auch von solchen, die der päpstlichen Rechtsprechung vorbehalten waren. Zusätzlich waren die von ihm vertriebenen Beichtbriefe mit der Formel »totiens quotiens« versehen, d. h. so oft verwendbar, wie es dem Besitzer im Fall der Todesangst nötig schien.⁵⁹

Um 1500 herrschte nun im ganzen Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation ein großes Durcheinander bezüglich der erteilten, manchmal sich widersprechenden bzw. überschneidenden Sammel- und Ablassprivilegien verschiedener Orden, die teilweise noch vor Ende der Befristung vom Heiligen Stuhl aufgekündigt wurden. Dies führte zu Privilegien in rascher Folge, die nicht lange Gültigkeit besaßen. Für alle Orden war es deshalb existenziell wichtig, ein gutes Verhältnis zum amtierenden Papst zu haben, setzten doch seine Privilegien der Machtbefugnis von Bischöfen Grenzen. Als Beispiel sei hier das Privileg Papst Urbans V. (1362–1370) genannt, das dem Orden die freie Schweinemast erlaubte. Das Schweinefett wurde auch in der Krankenpflege eingesetzt. Damit standen sie in Konkurrenz zum Antoniterorden, dessen Kollektoren mit dem bekannten Antonius-Glöckchen durch die Lande zogen. Diese Glöckchen hängte man den Schweinen um, die dem heiligen Eremiten geweiht waren, um sie von den Schweinen der Metzger und Bauern zu unterscheiden. Sie wurden von der Bevölkerung gefüttert und im Herbst fing sie der Orden zum Schlachten ein. So erreichten die Hospitaliter im Juni 1482, dass Sixtus IV. den mit der Quest betrauten Brüdern im Reich gegen die Konkurrenz von Seiten des Antoniterordens zur Hilfe kam. Die Erzbischöfe von Mainz und Trier sowie der Bischof von Straßburg wurden angehalten, die Antoniter in ihrer Sammlungstätigkeit zu zügeln.⁶⁰ Demnach durften die Hospitaliter durch die Dörfer und Städte ziehen und bei ihrer Quest mit dem Läuten von Glöckchen auf sich aufmerksam machen.⁶¹

So hatte noch im September 1513 der Vikar des Speyerer Bischofs ein die Tätigkeiten des Heilig-Geist-Ordens unterstützendes Mandat ausgestellt, wonach der bereits 1347 den Markgröningern für die Quest zugestandene Bezirk des Bistums Konstanz weiterhin dem Spital vorbehalten war und die ausgesandten Spitalbrüder in den Pfarreien wohl zu empfangen seien.⁶² Die Konstanzer Bischöfe bestätigten in den Jahren 1436 bis 1487 immer wieder für ein Jahr das Ablassammeln durch die Spitalbrüder.⁶³ Teilweise bezahlte der Orden dem Bischof dafür Geld.



*Südeingang der Stadtpfarrkirche: Beim »partikularen Gericht«
wird die einzelne Seele gewogen (Malerei 1. Hälfte 14. Jh.).*

Mit der Verkündung der Bulle »Sacrosanctis« hatte Papst Leo X. den Erzbischof Albrecht von Brandenburg am 31. März 1515 für acht Jahre mit der Verkündung der Petersindulgenz in den Kirchenprovinzen Mainz und Magdeburg betraut. Der Erzbischof war 1506 in den geistlichen Stand eingetreten und wurde 1513 Erzbischof von Magdeburg und Administrator des Bistums Halberstadt. Obwohl das Kirchenrecht streng Ämterkauf und Ämterhäufung verbot, wurde er gegen Geldzahlung im Folgejahr auch Erzbischof und Kurfürst zu Mainz. Um seine Schulden bei den Fuggern zu tilgen, übernahm Erzbischof Albrecht gegen Überlassung einer Hälfte des Ertrags den Vertrieb des neuen Ablasses. Dieser war zur anderen Hälfte für den Neubau des Petersdomes in Rom bestimmt. Da Markgröningen im Bistum Speyer lag und das ebenso wie das angrenzende Bistum Konstanz wiederum zur Kirchenprovinz Mainz zählte, setzte diese Bulle frühere Sammelprivilegien des Markgröninger Spitals und die anderer Orden in den Diözesen Speyer und Konstanz außer Kraft. Denn um den Erfolg des Peterskirchenablasses nicht zu gefährden, der exklusiv durch den Ablasskommissar Giovanni Angelo Arcimboldi und seine Prediger vertrieben wurde, hatte Papst Leo X. den Vertrieb zahlreicher Ablässe anderer Orden und Pfarreien gestoppt.

Dieser Peterskirchenablass für Erzbischof Albrecht war verständlicherweise für die Finanzen aller Orden ein Fiasko. Deshalb betrieb Alessandro Neroni, der Generalpräzeptor des Heilig-Geist-Ordens bei Papst Leo X. in Rom Lobbyarbeit, um die Auswirkungen der Bulle »Sacrosanctis« abzumildern. So erreichte Neroni

den Erlass des Breves »Postquam ad apostolatus« vom 7. März 1515, wonach wenigstens an Pfingsten und in der Woche danach der Heilig-Geist-Orden Almosen sammeln durfte.⁶⁴ Dies wusste auch Betz genau, denn ein Transsumpt (beglaubigte Abschrift) des Breves fand sich in der Markgröninger Registratur.⁶⁵ An Pfingsten war der Heilige Geist erschienen, weshalb dieses Fest ein Hochfest im liturgischen Jahr des Ordens war.

Ferner erhielt Alessandro Neroni im Juli 1516 einen Auftrag (lat. »commissio«) für die Provinz Alemania Superior, der endlich wieder eine Gewinnbeteiligung für die Ordenshäuser – zum Erhalt ihrer eigenen Strukturen – vorsah. Für die deutschen Lande bot diese »commissio cum vicariatu in Alamania superiori« für den Provinzialmeister Johannes Mur von Stephansfeld das Vergleichsformular für analoge Verträge.⁶⁶ Nicht alle Einnahmen verblieben bei der Niederlassung, teilweise wurden sie dem Haupthaus Santa Maria in Sassia in Rom oder gar direkt an den Papst weitergeleitet.⁶⁷ Somit durften Prior Johannes Mur von Stephansfeld in Speyer, der Wimpfener Spitalmeister im Bistum Würzburg, der von Pforzheim im Bistum Naumburg und Johannes Betz für Markgröningen im Bistum Konstanz sammeln.⁶⁸ Im Januar 1517 bekam der Spitalmeister erneut eine »commissio«, zur Unterstützung gebrechlicher Personen in der Konstanzer Diözese den Ordensablass zu vertreiben.⁶⁹ Die Nachbarkommunen Münchingen, Möglingen oder Pflugfelden lagen bereits in diesem Gebiet. Erneut erhielt Johannes Betz am 26. Februar 1517 eine »commissio« von Provinzialmeister Mur, in der Speyrer Diözese Ablässe zu verkaufen.⁷⁰ Übertrieb es Mur und provozierte er den Landdekan Gaißlin?



Konsolstein im 1512 erbauten Turm der Spitalkirche, stellt wahrscheinlich den Prior Johannes Betz dar.

Sammlungstätigkeit des Ordens und Streitigkeiten wegen des Peterskirchenablasses von 1517

Viele fragten sich im Jubiläumsjahr, ob die Bulle »Sacrosanctis« von Papst Leo X., die letztendlich Luther zu seinen 95 Thesen animierte, auch in Württemberg und vielleicht sogar in Markgröningen vertrieben wurde. Ein Eintrag im Kopialbuch der Ordensniederlassung berichtet geradezu szenisch von der Auseinandersetzung um den Peterskirchenablass zwischen dem Stadtpfarrer Dr. Gaißlin und

dem Spitalmeister Johannes Betz in der Fastenzeit, während der sicherlich viele Ablässe vertrieben wurden.⁷¹ Am »Montag nach Palmarum«⁷², es war der 6. April des Jahres 1517, erschien Gaißlin in Begleitung eines Notars und Zeugen im Spital, als der Spitalmeister mit seinen Brüdern gerade beim Mittagessen saß. Als Landdekan übte er das bischöfliche Aufsichtsrecht aus. Er ließ Betz vom Tisch rufen und händigte ihm ein Mandat aus, in dem der Bischof dem Heilig-Geist-Orden verbot, in der Diözese Speyer den eigenen Ordensablass zu verkaufen. Natürlich verging den Spitalbrüdern beim Anblick der Delegation der Appetit. Betz berichtete, dass »ich gantz erschrocken, diwyl mir der Spieß ongewarnter Sach, also onversehens angesetzt ward«.⁷³ Angesichts der Tatsache, dass die beiden seit Jahren eine »innige Feindschaft verband«, wird sich Betz umso mehr über Gaißlin geärgert haben.⁷⁴

Nachdem sich der Spitalmeister vom ersten Schreck und Ärger erholt hatte, schickte er zwei Boten an die erzbischöflichen Kommissare, die sich gerade in der gut 30 Kilometer von Markgröningen entfernten Reichsstadt Weil der Stadt aufhielten. Betz erhielt ihre Erlaubnis, den Ablass noch einen Tag länger zu verkaufen, jedoch sollte das eingenommene Geld den Kommissaren gehören. In Ruhe wollte man anschließend eine Einigung zwischen dem Spitalmeister und den Kommissaren suchen. Aus vielerlei Gründen, wie Betz ohne Präzisierung anmerkte, kam diese nicht zustande.

Die Geschichte fand ihre Fortsetzung am »Freitag nach Georgii«, dem 24. April. Landdekan Gaißlin erschien erneut im Spital, wieder in Begleitung eines Notars und mit Zeugen und zeigte ein Mandat vom Erzbischof Albrecht von Mainz. Es ermächtigte Gaißlin, das Geld, das »da gefallen ist in der Gnad durch Gotz willen« zu beschlagnahmen.⁷⁵ Daraufhin ritt der Spitalmeister selbst zu seinem Vorgesetzten, dem Provinzial von Stephansfeld im Elsass. Da sich das dortige Spital in demselben Dilemma befand, vereinbarten die Spitalmeister, dass aus jeder Niederlassung ein Bruder nach Mainz reisen solle, um diese Angelegenheit im Sinne des Ordens zu regeln. Die Aufnahme in der Bischofsstadt war alles andere als freundschaftlich. Man gab ihnen die Weisung, »sich behend uss der Statt [zu] fügen«, weil sie der Mainzer Erzbischof sonst ins Gefängnis stecken würde. Unverrichteter Dinge kehrten sie heim. Nun sollte, nein durfte der Orden seinen Ablass nicht mehr vertreiben und eine kräftig sprudelnde Finanzquelle versiege.

Johannes Betz wandte sich mit einer Supplik an seinen Schirmvogt, den württembergischen Herzog, und beklagte als erstes seinen Gesichtsverlust und erst anschließend den nun herrschenden Geldmangel. »Deßhalb müß ich Spott und unser Gotzhus Schaden leyden und den armen Dürfftigen [wird] unbillich das Brot vor dem Mund abgeschnitten.« Man ist versucht, Betz die Todsünde der Eitelkeit vorzuwerfen. Der Spitalmeister legte zur Bekräftigung seiner Supplik als Anlage viele päpstliche Privilegien der letzten Jahrzehnte bei. Diesem glücklichen Umstand verdanken wir ihren Erhalt. Vermutlich befand sich die Niederlassung im Besitz mehrerer Drucke, denn die zum Almosensammeln ausgesandten Kollektoren hatten sicherlich ein Exemplar zu Demonstrationszwecken bei sich. Ferner gab es die Praxis, die Ablässe auch in den Kirchen aufzuhängen, so waren sie den Besuchern ständig vor Augen.⁷⁶ Dies bot sich in der Heilig-Geist-Kirche als Wallfahrtskirche für Jakobspilger geradezu an.

Wie Gaißlin mit den beschlagnahmten Ablassgeldern wohl umging? Leitete er sie an Erzbischof Albrecht weiter? Die Akten schweigen dazu. Unklar bleibt ferner, ob Herzog Ulrich sich als Schirmvogt mit den geistlichen Würdenträgern anlegen wollte und auf die Supplik reagierte.

Der religiöse Alltag und die Konflikte zwischen Stadtpfarrer Gaißlin und Spitalmeister Betz

In der Stadtkirche gab es zehn Altarpfründen⁷⁷, wobei die meisten Altäre im Laufe der Zeit noch weiteren Heiligen geweiht wurden. Die Kapläne hatten je nach ihrer Pfründe unterschiedliche Dienstpflichten und mussten für ihre Ernennung weder ein Studium noch eine Priesterweihe vorweisen und nicht unbedingt vor Ort leben. Über das Jahr verteilt gab es Hochfeste und Feiertage, die man traditionell mit großen Prozessionen im Freien oder mit Mysterienspielen in der Kirche beging. Die Geschichten aus der Bibel boten genügend Anregung für szenische Darstellungen. Sehr beliebt war, am Palmsonntag den Einzug von Jesus in Jerusalem nachzuspielen. Hierfür gab es in zahlreichen Gemeinden Holzskulpturen, die Jesus auf dem Esel sitzend darstellten. Diese Figurengruppe wurde in einer Prozession durch die Stadt gezogen.

Ein anderes Beispiel war der Feiertag Fronleichnam. Da man im Zuge der für das Spätmittelalter charakteristischen Sakramentsfrömmigkeit die geweihte Hostie anschauend verehren wollte, bestand die Hostienmonstranz meist aus einem kostbaren Metallgefäß und einem durchsichtigen Teil zur Aufbewahrung der Hostie. Die Monstranz wurde in einer Prozession durch die Stadt getragen. An diesem Feiertag war die gesamte Stadt auf den Beinen, nicht nur



Palmesel aus der Stadtpfarrkirche (um 1490).

Christus sitzt aufrecht auf dem Palmesel, die rechte Hand segnend ausgestreckt, mit der linken die Zügel haltend.

1864 vom Markgröninger Kirchenstiftungsrat der Staatssammlung vaterländischer Kunst- und Altertumsdenkmale geschenkt, heute im Museum für Alltagskultur im Schloss Waldenbuch ausgestellt.

die Geistlichen und Kapläne der Pfarrkirche, zehn bis zwölf Spitalbrüder sowie die Beginen aus der Sammlung. Die Lateinschüler und der Lateinlehrer begleiteten die Prozession mit Gesang und die Zinkenisten bliesen ihre Instrumente. Selbstverständlich war die gesamte Bürgerschaft, aufgeteilt nach den Bruderschaften, mit von der Partie sowie Fremde und Pilger.

Wegen der Rangfolge in der Fronleichnamsprozession kam es bald nach Amtsantritt von Gaißlin zu Streitigkeiten zwischen diesem und dem Spitalmeister Johannes Betz.⁷⁸ Als Patronatsherr der Stadtpfarrkirche und Schirmvogt des Heilig-Geist-Spitals beauftragte Herzog Ulrich Dr. Konrad Kraft, Chorherr am Stuttgarter Stift, mit einem Gutachten, um den Streit zu schlichten. Auf dieser Grundlage entschied am 10. Januar 1514 der Herzog. Sehr anschaulich beschreibt der Schiedsspruch die Prozession in die Markgröninger Pfarrkirche St. Peter und Paul, dem Schauplatz der Handlung.⁷⁹ Der Präzeptor und der Konvent des Heilig-Geist-Ordens zogen »mit gewonlichem Habitus, nemblich Meßgewandt, Alben u. Leviten, Rocken von irer Kirche [Spitalkirche] oder Convent [Pfründhaus] in die Pfarrkirch processionaliter«, und nachdem die Prozession gewendet hatte, pflegten die Schüler vorzugehen und danach die Kapläne der Pfarrkirche, anschließend die Mönche, dann der Spitalmeister, »das würdig Sacrament mit einer sonder Monstranz tragend«, und am Schluss kam der ranghöchste Geistliche, der Landdekan und Stadtpfarrer, »auch tragend das heilig Sacrament in einer sonderlichen Monstranz mit zweien Ministranten«.

Vielleicht waren diese Rangstreitigkeiten der Anlass, das »Summarium privilegiorum hospitalis ac confratrie Sancti Spiritus in Gröningen« zu publizieren. Die Autorenschaft ist sicherlich bei Johannes Betz zu suchen. Der zwölfseitige Druck vereint auf beeindruckende Weise alle Privilegien, über die die Ordensniederlassung verfügte. Ob sich Betz dessen bewusst war, dass er auch gefälschte Papsturkunden darin aufführte? Wohl kaum. Beispielsweise eine Bulle von Honorius III.⁸⁰ Das Haupthaus operierte jedoch damit. Es gab nicht authentische Ablässe, die sich durch die Jahrzehnte zu einem nicht mehr in Frage gestellten Traditionsgut verfestigt hatten, darunter auch zwei mit der umstrittenen Formel »a pena et culpa«, die Bonifaz VIII. und Urban V. zugeschrieben werden. Zweifelhaft ist ebenso ein Privileg Coelestins VI., denn einen Papst dieses Namens hat es nie gegeben. Es handelt sich vermutlich um einen Übertragungsfehler.⁸¹

Anscheinend war der Konflikt in Markgröningen damit nicht beigelegt und es rumorte weiter. Johannes Betz begab sich deshalb mit einigen Konventualen nach Straßburg zum Bischof, der jedoch auf die Zuständigkeit des Speyerer Bischofs verwies. So reisten zwei Parteien im Januar 1521 nach Speyer. Die Motivation der Spitalbrüder wird in den Spitalakten nicht erwähnt.⁸² Die vier Kapläne der Pfarrkirche, es waren Oswald Zeitgnug, Johannes Jäger, Meister Martin Horn und Werner Hemminger, wollten nach den Ordensmönchen und direkt vor dem Pfarrer gehen. Als Argument brachten sie zum einen vor, dass auch in der Stadt Speyer zuerst die Mönche und dann die Kapläne direkt vor dem Pfarrer gehen. Zudem könnten sie den Gesang des Markgröninger Pfarrers nicht hören. Georg von Schwalbach, der Vikar des Speyerer Bischofs Georg von der Pfalz⁸³, bestätigte den Schiedsspruch von 1514: Die Kapläne sollten weiterhin vor den Ordensmitgliedern marschieren und der Pfarrer ganz am Ende der Prozession, in Begleitung von zwei Ministranten.



Kranke besuchen – eine Tat der Barmherzigkeit. Fresko aus dem Keller des Vorgängerbaus des heutigen Spitals (2. Hälfte 15. Jh.), hängt in der Spitalkirche.

Manche Gläubige besuchten mehrmals täglich Messen. Sie wählten je nach Bedürfnis einen der 15 Altäre in der Pfarrkirche, der Spitalkirche oder einer der Kapellen, um ihre Sorgen dem jeweiligen Heiligen vorzutragen. Manchmal steckten sie eine Kerze an, um ihn für ihr Anliegen zu gewinnen oder ihm zu danken. Um ein möglichst guter Christ zu sein, wollten die Gläubigen vor dem Tagwerk die Frühmessen in der Pfarrkirche ebenso wie die in der Spitalkirche besuchen. Häufig wurde eine bereits vorhandene Pfründe mit Zustimmung des württembergischen Grafen in eine der immer zahlreicher werdenden Frühmessen umgewandelt.⁸⁴ Um die Gläubigen zu diesen Messen mit Glocken zu rufen, hatte der ab ca. 1460 errichtete neue Chor der Stadtkirche ein Frühmesstürmlein erhalten. Die Spitalkirche besaß ebenfalls ein Chortürmlein. Der die Messe lesende Priester konnte nun vom Chor aus mit einem Seil die Glocke läuten. Dadurch war natürlich auch leicht zu kontrollieren, ob er seinen Pflichten nachkam.

Im Jahr 1514 gab es mehrere Streitigkeiten zwischen Gaißlin und Betz. Einmal ging es um das von Hans Echterdinger gestiftete Seelenamt.⁸⁵ Wieder musste Herzog Ulrich eingreifen. Er schlichtete den Streit dahingehend, dass das alle Sonntage gehaltene Seelenamt im Sommer um 6 Uhr und im Winter um 7 Uhr beendet sein solle, »damit der Spitalmaister am Ampt in seinem Gotzhuß und

die andächtigen Menschen dasselbig auch zu hören nit verhindert« werden. Die beiden Geistlichen lieferten sich von der Kanzel herab sehr heftige Wortgefechte, wie der Schiedsspruch ebenfalls zeigt, denn Herzog Ulrich wies die beiden Theologen, die »baidersyts an der Canntzel ettlich schimpfin Wort begeben haben«, an, dass »sich baid Tail fürohin derselben an der Canntzel müssigen sollen, damit Ergernus von dem gemainen Volck verhüt plyb«. ⁸⁶ In diesem Zusammenhang wird auch ein Zwist zwischen Gaißlin und Betz wegen des Zehnten entschieden.

Religiöse und finanzielle Aspekte des Stiftungswesens

Beim Stiftungswesen ging es ums Geld, und somit herrschte Konkurrenz. Aus dem stark ritualisierten Totengedenken, mit dem man auch das vierte Gebot befolgte, entwickelte sich ein Wirtschaftszweig, der Priester, Kapläne, Schulmeister und Schüler beschäftigte. Der Toten wurde im Rahmen der Jahrtagsstiftung durch Messen und Begängnisse am Grab gedacht, und für jede einzelne Handlung waren Gebühren fällig. ⁸⁷ Der Ursprung der Seelenmessen liegt in einer vorchristlichen Tradition. ⁸⁸ Im Christentum begann der Rhythmus mit einer Totenmesse am siebten Tag nach dem Tod und in Anlehnung an die Worte Jesu beim Abendmahl: »Tut dies zu meinem Gedächtnis«, entwickelte sich das 30-Tage-Gedächtnis. ⁸⁹ Die dritte Feier fand am Jahrestag des Todes statt, der je nach Stiftung bis in alle Ewigkeit zu feiern war. Dies alles erforderte Geld, damit ein Kaplan bis zum Jüngsten Gericht für das Seelenheil betete und Messen las. So tätigte Susanna, die Witwe Heinrich Volland's d. Ä., 1468 eine Stiftung, in der der Schulmeister für Singen und Lesen der Siebenzeit an Fronleichnam und den acht folgenden Tagen 15 Pfennig erhielt. ⁹⁰ Häufig schloss die Stiftung auch karitative Leistungen ein.

Reiche Bürger konnten große Stiftungen tätigen, die häufig die Grundlage einer Pfründe für einen Kaplan bildeten. Beispielsweise stiftete im Jahr 1325 der Markgröninger Dekan Werner eine Messpfründe am Altar der Heiligen Johannes des Täufers, Laurentius, Georg, Sergius und Bachus, Martin, Margareta und Elisabeth. ⁹¹ Die Stifter erhofften sich als Gegenleistung für ihre Stiftung Hilfe von den Heiligen und von den Kaplänen Fürbitte bei Gott.

Etwas anders sah die Sache bei Elisabeth Lyher, der Witwe von Heinrich Volland d. J., aus. Sie hatte die »Vollandpfründe« im Jahr 1483 auf den bereits bestehenden Matthiasaltar zugestiftet. ⁹² Die Ausstattung wurde genauestens beschrieben: Bargeld, ein Fischwasser an der Glems – zu Fastenzeiten sehr wichtig, weshalb sich Elisabeth die Mitnutzung durch die Familie vorbehielt –, ein Wohnhaus für den Kaplan, je zwei Mess- und Betbücher, ein Psalter, ein Kelch und zwei Messkännchen. Das liturgische Gerät durfte nicht an einem anderen Altar verwendet werden. Damit der Kaplan auch entsprechend des liturgischen Jahres würdig gekleidet war, stiftete sie noch fünf Messgewänder in den Farben schwarz, weiß, blau (violett), rot und grün, fünf mit Bildern bestickte Altartücher und ein Weihrauchfass. Die Vergabe der Pfründe behielt sich Elisabeth Lyher vor, nach ihrem Tod war es Aufgabe des ältesten Sohns. Ambrosius Volland,



Mattheuskapelle in der Stadtpfarrkirche, 1459 von Kaplan Walter von Haslach gestiftet. Nach dem Grabstein von Elisabeth Lyber verb. Volland auch »Vollandkapelle« genannt. Jedoch sucht man das Wappen der Volland auf dem Grabstein vergeblich.

ihr Erstgeborener, nahm im Jahr 1483 das Studium in Tübingen auf, wechselte im darauffolgenden Jahr nach Heidelberg, später nach Padua und hatte bis ca. 1500 die Pfründe inne.⁹³

Die Stiftung kann als ein geschickter Schachzug von Elisabeth Lyher gesehen werden, denn das Geld war bei der Kirche sicher angelegt und wurde von der Kirche verwaltet. In der Kapelle wurde ein spezieller Opferstock aufgestellt, dessen Geldinhalt zu einem Drittel dem Pfarrer zugutekam und zu zwei Dritteln für die Kapelle und den Altar verwendet werden sollten. Sehr wahrscheinlich lag Elisabeth Lyher nicht nur das Seelenheil der Familie am Herzen, sondern vielmehr die Absicherung einer Universitätsausbildung für ihre Söhne. Von den im Stiftungsbrief vorgeschriebenen drei Messen konnten zwei gelesen werden, wann es dem Pfründinhaber geschick war – er benötigte übrigens keine Priesterweihe – und nur bei der dritten Messe sollten weitere Gläubige anwesend sein. Nach der Messe waren die Gräber mit Weihwasser zu besprengen. Da andere Familienmitglieder im Amt nachfolgten, war die Pfründe quasi ein Familienstipendium. Sie wurde nach der Reformation 1560 von Dr. Michael Volland, dem Urenkel der Stifterin, an die Kirchenpflege verkauft.

Finanziell interessant waren auch die Pilger, denn ernsthaft sühnende oder reichere Pilger tätigten auf ihrer Wallfahrt Stiftungen und erwarben Ablässe. Nachdem die großen Fernwallfahrten des Spätmittelalters ins Heilige Land zum Erliegen gekommen waren, stieg die Bedeutung lokaler Wallfahrtsorte.⁹⁴ Sie boten den nahezu gleichwertigen Ersatz, ersparten die vielfach mit Lebensgefahren verbundenen Reisen und waren jederzeit erreichbar, um Buße und Sühne zu leisten, Dank für empfangene Hilfe abzustatten, Gnaden zu erleben und Opfer darzubringen. Nun lockte Markgröningen die Gläubigen nicht nur mit drei Marienaltären⁹⁵, sondern seit 1512 auch mit einem in der Spitalkirche geweihten Altar zu Ehren des heiligen Jakob des Älteren und des heiligen Andreas.⁹⁶ Vermutlich stand der Altar in der heutigen Sakristei, die sich im 1512 errichteten sogenannten »Nordanbau« der Kirche befindet.⁹⁷

Sicherlich waren finanzielle Gründe für Spitalmeister Betz ausschlaggebend gewesen, einen Jakobsaltar weihen zu lassen und die Wallfahrer nach Santiago de Compostella auch gezielt ins Spital zu locken. Damit nimmt ein möglicher Verlauf eines Jakobswegs aus dem Kraichgau in Richtung Bodensee Gestalt an: Er führte von Brackenheim⁹⁸ über Bietigheim mit seinem Jakobsaltar in der Pfarrkirche über den heute abgegangenen Ort Remmigheim, wo die Enz zu überqueren war und es ebenfalls eine Jakobskirche gab⁹⁹, nach Markgröningen. Dort konnte im Heilig-Geist-Spital übernachtet, vielleicht kurz verweilt und erneut am Altar der heiligen Jakob und Andreas gebetet werden. Weiter verlief der Weg – vorbei an einem Bildstock des heiligen Jakob am Alten Schwieberdinger Weg¹⁰⁰ – Richtung Südwesten ins Spital der Reichsstadt Weil der Stadt, wo sich wieder Übernachtungsmöglichkeiten boten.

Es waren nicht nur die Ablassprivilegien des Ordens, die um 1550 zu der Aussage führten, dass sich zum Markgröninger Heilig-Geist-Spital eine »römische Bußwallfahrt« entwickelt habe.¹⁰¹ Auch das Ausstellen von Beichtbriefen und die Aufnahme in die Laienbruderschaft des Ordens lockten bußwillige – und darunter auch finanzkräftige – Gläubige an.

Die Laienbruderschaft des Heilig-Geist-Ordens

Verständlicherweise versucht jeder, sich gegen Unglück abzusichern. Wir besitzen heute zahlreiche Versicherungspolice gegen alle eventuellen Schäden. Damals wandten sich die Gläubigen zunächst an die Klöster, damit diese gegen entsprechende Stiftungen Seelenmessen lasen. Doch auch die Mönche in den religiösen Orden konnten bereits im Hochmittelalter die Vielzahl an gestifteten Messen und Gebeten nicht mehr alle selbst lesen. So schlossen sich in Städten einzelne Handwerker mit dem Ziel solidarischer gegenseitiger Absicherung zu Bruderschaften zusammen. Diese kümmerten sich um die Witwen und Waisen. Auf den Altar ihres Schutzpatrons stifteten sie Messen und beteten für die Seelen der Verstorbenen. Eine solche Bruderschaft war in Markgröningen die Matthiasbruderschaft, deren Mitglieder bereits im 13. Jahrhundert nach Trier wallfahrteten.¹⁰² Einer der ältesten Nebenaltäre in der Stadtkirche war dem heiligen Matthias geweiht und stand vor der Reformation in der heutigen »Vollandkapelle«.¹⁰³

Auch die Orden reagierten und fast jeder gründete eine Laienbruderschaft, in die man durch die Bezahlung einer »Aufnahmegebühr« aufgenommen wurde und so in den Genuss besonderer Privilegien kam. Selbstverständlich herrschte auch hier unter den Orden Konkurrenz.

Mit welchen Vorteilen konnte nun der Heilig-Geist-Orden für seine Bruderschaft locken? Zum einen waren die Absolutionsvollmachten bezüglich einer Reihe von öffentlichen Sünden, deren Absolution den Päpsten und Bischöfen vorbehalten war, begehrt. Hierzu gehörten Wucher und »male ablata«, alle unrechtmäßig erworbenen und erschwindelten Gelder. Die Mitglieder konnten ihren Beichtvater frei wählen, der ihnen einmal zu Lebzeiten und in der Sterbestunde den vollkommenen Ablass (Plenarablass) erteilen konnte. Mit diesem war man dann alle Sünden los und sicherlich auch einen zusätzlichen Geldbetrag. Ferner konnten alle, die an einem Pfingstmontag die römische Heiliggeistkirche besuchten, ebenfalls einen Plenarablass gewinnen. Hierfür musste man später nicht einmal mehr persönlich nach Rom reisen, sondern konnte sich eine Dispens des Papstes (käuflich) besorgen.

Die Mitglieder der Bruderschaft des Heilig-Geist-Ordens waren nicht zu sozialen Aktivitäten verpflichtet, darunter sind u. a. die Teilnahme an Prozessionen oder gar der freiwillige Dienst im Hospital zu verstehen.¹⁰⁴ Papst Eugen IV. erneuerte 1446 in zwei Bullen die Bruderschaft des Heilig-Geist-Hospitals. Er legte einen hohen Einstiegsbeitrag mit drei Dukaten fest, an den sich Jahresraten in Höhe von 10 »grossi« (ungefähr ein Gulden) anschlossen. Zur gleichen Zeit, als man die Geldbeträge in Rom festlegte, hätte der Jahreslohn des Markgröninger Spitalbäckers, der natürlich Kost, Kleidung und Logis frei hatte, für eine Aufnahme in die Bruderschaft nicht gereicht, und der Jahresbeitrag entsprach dem Preis für ein Pferd.¹⁰⁵ Somit war diese Bruderschaft ein exklusiver Verein und kein Geringerer als der spätere Kaiser Maximilian und seine Gemahlin Bianca Maria Sforza wurden am 22. Juli 1503 als Mitglieder im »Liber fraternitatis« protokolliert.

Mit diesen regelmäßigen Beiträgen besaß der Orden nun eine gewisse Finanzsicherheit. Wie Rehberg treffend formuliert, ist man versucht, angesichts der

theologischen Debatte um den »Kirchenschatz« von einem eigenen »Gnaden-schatz« des Heilig-Geist-Ordens zu sprechen, auch wenn das Wort »thesaurus« in den offiziellen Ordensdokumenten äußert selten vorkommt.¹⁰⁶

Es stellt sich natürlich auch die Frage, ob sich Markgröninger im Bruderschaftsbuch des Haupthauses Santo Spirito in Sassia befinden. Der Eintrag von Spitalmeister Friedrich Bender aus dem Jahr 1482 – es ist der einzige eines Markgröninger – ist bekannt. Weniger bekannt ist, dass man für diesen Eintrag seit der Bulle »Illius qui« von Papst Sixtus IV. aus dem Jahr 1478 nicht mehr



Bruderschaftsbrief: Johannes Betz, der Prior der Spitalniederlassung Markgröningen, nimmt Dr. Ambrosius Volland und seine Frau Susanna in die Heilig-Geist-Bruderschaft auf (7. April 1517).

persönlich nach Rom reisen musste, sondern dies auch durch persönlich beauftragte Notare erledigen lassen konnte.¹⁰⁷ Angesichts dieser neuen Erkenntnisse ist die Hypothese, Bender sei wegen schlechter Finanzwirtschaft und mangelnder »Führungsqualität« nach Rom zitiert und dann abgesetzt worden, zu überdenken. Unklar bleibt, inwieweit die gräfliche Einmischung ursächlich mit der »Führungsqualität« von Spitalmeister Bender zusammenhängt, zumal Eberhard V. die erste Ordnung bereits 1468, mithin im ersten Amtsjahr Benders, erließ. Die zweite Ordnung folgte 1473, während Bender noch weitere zehn Jahre im Amt blieb. Vielleicht ist er auch zurückgetreten, denn für das Jahr 1484 ist Alexander Vetter als Spitalmeister belegt. Zwar schreibt Militzer, dass unter Bender die Wirtschaft des Spitals herunterkam¹⁰⁸, doch kann die finanzielle Schiefelage nicht sehr groß gewesen sein, denn an der Bietigheimer Peterskirche waren unter Bender Baumaßnahmen im Gange, und sein Nachfolger Alexander Vetter konnte bereits im ersten Amtsjahr den Kirchenchor der Spitalkirche mit einem neuen Dach versehen lassen.¹⁰⁹ Vermutlich war Bender die letzten Jahre seines Lebens bis zum Tod im Jahr 1490 Pfarrer an der Kilianskirche. Sein Grabstein steht heute noch im Chor. Er wurde vom Vorgängerbau in die heutige Kirche überführt.¹¹⁰

Da die in regionalen Ablasskampagnen gewonnenen Mitglieder in regionale Register eingetragen wurden und diese nicht mehr alle erhalten sind, ist die Überlieferung nicht komplett. Waren weitere Markgröninger Mitglieder in der Bruderschaft? Am 7. April 1517 – nur einen Tag nach dem ersten Einschreiten des Landdekans gegen den Vertrieb von Ablässen – hatte Spitalmeister Johannes Betz Dr. Ambrosius Volland und seiner Gemahlin Susanna geborene Waechter für die Bruderschaft gewinnen können.¹¹¹ Ein sehr geschickter Schachzug von Betz! Er handelte nicht gegen päpstliche Bullen und erhielt dennoch Geld, das künftig sogar regelmäßig einkommen sollte. Der frühere Tübinger und Wittenberger Universitätsprofessor Ambrosius Volland war seit 1505 württembergischer Rat.¹¹² Er machte im Herzogtum Karriere und war von 1516 bis zur Vertreibung Ulrichs im Jahr 1519 herzoglicher Kanzler. Da es im freien Ermessen des Kanzlers Volland stand, welche Summe er dem Spital gab, kann man von einer großzügigen Aufstockung ausgehen. Die äußere Gestaltung des Beichtbriefes lehnte sich an die Papsturkunden an.¹¹³

Reformatorisches Gedankengut in Markgröningen?

Markgröningen besaß in mehrfacher Hinsicht eine Zentrumsfunktion. Eine bereits 1354 erwähnte Lateinschule bot die Bildungsgrundlage für die Söhne der Stadt und der Umgebung, die häufig ein Universitätsstudium aufnahmen. Von den Händlern und reichen Handwerkern konnte ein Großteil schreiben und lesen.¹¹⁴ In der Amtsstadt übte der landesherrliche Vogt hoheitliche Aufgaben aus, die immer umfangreicher wurden; sein Amtsbezirk war allerdings wesentlich kleiner als der Bezirk des Landdekanats. Als Graf Eberhard V. im Jahr 1480 die Reichsstraße, die ca. 2 km westlich an Markgröningen vorbei über Schwieberdingen verlief, verlegte und künftig durch Markgröningen führen ließ¹¹⁵, gab

Der geschopff XXXVII

der antwueren. Wirstu denn vnser
 künig oder werden wir vnderleget
 dem gewalte. Darumb dise sacht der
 trawm vnnnd der wort die bracht dy
 furing des neydes vnnnd des haf.
 Vnnnd er sacht eyn andern trawme
 den verkündte er seinen brüder vñ
 sprach Ich sacht durch eyne trawm
 als die sunn vnnnd den monn vnnnd
 aylff steren anbetten muß. Vnd do
 er yn hett gesaget seyn vater vnnnd
 seynen brüder. Der vater straffer in
 vnnnd sprach. Was wilt ym der tra
 wm den du hast gesehen. Werden
 denn ich vnd deyn müter vnd den
 brüder dich anbetten auff der erde.
 Darumb seyn brüder die nydden yn.
 Aber der vater mercket das ding stil
 schweigend. Vnnnd do seyn brüder

wonten in siche in der waidung d
 hette irt vaters. Israhel sprach zu
 im deyn brüder waiden die schaf in
 siche. kum vnnnd ich wilt dich sen/
 den zu yn. Vnnnd do er antwurt ich
 byn bereyt. Er sprach. gec vnnnd sich
 ob alle dinnng seyn gekueglick bey
 deynen brüder. vnd bey dem vich
 vnd widerkundes mir. was do wer
 de gethan. Er ward gesandt vornt
 dem tal ebron vnnnd kam yn siche
 Vnnnd eyn man fand in irend annt
 dem acker vnnnd er fraget yn was er
 suchte. Er antwurt. Ich such meyn
 brüder zai g murwo waide sy dy hett
 te. vnnnd der mann sprach zu unnt.
 sy schieden sich von der stat. Aber ich
 hört sy sagewir wolle gen in dornum
 Joseph gieng nach seine brüder vñ



»Die bibel zu teutsch getrukt ...« von Hans Grüninger, Straßburg 1485.
 Sie war die erste gedruckte Bibel im Hand-Format und wegen ihrer Handlichkeit
 auf lange Zeit richtungsweisend für den Druck von Familien- und Hausbibeln.

es nicht nur für die Kaufleute und Reisenden mehr Sicherheit, sondern der Wirtschaftsstandort wurde zusätzlich gestärkt. Von den vier Jahrmärkten wurde der berühmteste Jahrmarkt »Bartholomäi« gar mit der Frankfurter Messe gleichgesetzt.¹¹⁶

Diesen Vergleich, in dem sicherlich eine große Portion Lokalpatriotismus steckt, äußerte der um 1455 in Markgröningen geborene Buchdrucker Johannes Reinhard, der sich in der Ferne nach seiner Geburtsstadt Hans Grüninger nannte. Er trat als einziger Straßburger Drucker der Reformation nicht bei und verlegte Schriften von beiden religiösen Lagern auf Deutsch und auf Latein. Im Jahr 1485 verlegte er eine beachtenswerte Bibel auf Deutsch: »Die bibel zu teutsch getrukt«. Dies ist nach Henning Wendland die zwölfte bekannte Bibelausgabe in deutscher Sprache überhaupt.¹¹⁷ Sie war die erste gedruckte Bibel im Hand-Format und wurde wegen ihrer Handlichkeit auf lange Zeit richtungsweisend für den Druck von Familien- und Hausbibeln.¹¹⁸ Man braucht nicht viel Fantasie, um sich vorzustellen, dass neben zahlreichen Traktaten aus Grüningers Offizin diese Bibelausgabe in seiner Heimatstadt bekannt war und auch von den Markgrönigern gelesen wurde. 1524 reiste er zur Frankfurter Buchmesse und legte seine Reiseroute sicherlich über Markgröningen.¹¹⁹

Roemer bezeichnete Gaißlin in seinen Ausführungen zum »Armen Konrad« als »ersten Sozialrevolutionär auf einer württembergischen Kanzel, von dem wir Näheres wissen«.¹²⁰ Mit feurigen Predigten an hohen Feiertagen, die er auf Deutsch, in der Sprache des Volkes hielt, verteidigte Gaißlin im Jahr 1514 das Anliegen des gemeinen Mannes, um am Ende resigniert festzustellen: »Die armen Lyt haben geirrt, synd unwissend Lüt und haben die Sach nit verstanden.«¹²¹ Vielleicht waren es die Spannungen mit der österreichischen Regierung, die Württemberg seit Februar 1520 regierte, die ihn nach einem anderen Dienstort und Dienstherrn suchen ließen.¹²² Jedenfalls erhielt er im September desselben Jahres in der Reichsstadt Esslingen eine Pfründe am St. Martins- und Bernhardsaltar in der Frauenkirche und wechselte ein Jahr später auf die weitaus besser dotierte Kaplanei am Altar des Heiligen Leonhard.¹²³ Gaißlin las pflichtgemäß wöchentlich persönlich eine Messe. Zahlreiche Urkunden belegen, dass er häufig im rund 35 km entfernten Esslingen weilte und als Rechtsbeistand für Nonnen und Witwen tätig war.¹²⁴ Am 5. April 1530 erhielt »Doktor Renhart Gaißlin von Grienyngen« das Bürgerrecht der Reichsstadt und zugleich die Erlaubnis, dass er für drei Jahre nach Markgröningen ziehen durfte.¹²⁵

In die Reformationsgeschichte Süddeutschlands ging Gaißlin durch seine Disputation mit dem Reformator Ambrosius Blarer vor dem Esslinger Rat im Jahr 1531 ein.¹²⁶ Aufgrund der Bedenken wegen der rechtlichen Tragweite der Entscheidung für die Stadt, lud der Rat die 23 Kapläne und Vertreter der vier Orden zu einer Disputation auf den 20. November vor. 18 Kapläne und die Vertreter der Karmeliten und Dominikaner sprachen sich für den Verbleib bei der alten Kirche aus und baten, ein Gutachten geeigneter Fachleute einzuholen. Fünf Kapläne sowie die Augustiner und Franziskaner gelobten dem Rat Gehorsam.¹²⁷ Um die vorhandenen politischen Bedenken zu zerstreuen, lud der Rat zu einem weiteren Gespräch in kleinerem Rahmen ein. Für die Protestanten diskutierte der Reformator Ambrosius Blarer und für die Altgläubigen der Markgröninger

Landdekan in seiner Funktion als Kaplan der St. Leonhardspfründe. Gaißlin plädierte für die Beibehaltung der katholischen Messe und Heiligenbilder, unterlag jedoch Blarer in der Frage der Schriftgemäßheit der Messe. Andererseits brachte er Blarer argumentativ in Schwierigkeiten, als er sich auf den Römerbrief des Apostels Paulus bezog und treu zum Kaisertum als Obrigkeit der Reichsstadt hielt.¹²⁸ Das sahen auch andere Geistliche so. Die Bürgerschaft votierte jedoch eindeutig für die Reformation.¹²⁹

Letztendlich folgte der Rat Blarers Sichtweise und die Reformation wurde im Dezember 1531 durchgeführt. Von nun an wagte sich der altgläubige Gaißlin aus Sorge um seine Sicherheit nicht mehr nach Esslingen und bezog lediglich noch sein Einkommen, zum Ärger des Rates. Sein letztes Lebenszeichen ist ein Schreiben vom 19. Juni 1533 an den Rat, dass er als Kaplan am St. Leonhardsaltar pflichtgemäß weiterhin persönlich eine Messe halten wolle und nicht freiwillig auf die Pfründe verzichten werde. Hierfür bat er um Zusicherung von freiem Geleit und berief sich auf den Nürnberger Anstand von 1532, mit dem Kaiser Karl V. und die Protestanten zum ersten Mal befristet eine wechselseitige Rechts- und Friedensgarantie vereinbart hatten.¹³⁰ Im Jahr 1534 wird ein Martin Eble (Eblin) als erster protestantischer Pfarrer in Markgröningen genannt.

Betrachtet man das Engagement von Betz und das der Ordensbrüder, die, auf Sammlung ausgeschiedt, Ablässe und Beichtbriefe verkauften, dann ist die theologische Ausrichtung um 1517 papsttreu. Auch der studierte und weitgereiste württembergische Kanzler Dr. Ambrosius Volland suchte sein Heil und das seiner Frau im Erwerb einer Mitgliedschaft der Laienbruderschaft des Heilig-Geist-Ordens. In dem Beichtbrief heißt es, dass das Ehepaar Volland Geld für



Pfarrerliste mit Eintrag »sub papatu« von »Doctor Rienhard Gaislin« und dem des ersten protestantischen Pfarrers »Eblin«.

die Versorgung der Armen, Kranken und Waisen stiftete und deshalb Aufnahme in die Laienbruderschaft fand. Hierfür bekamen sie auch den Plenarablass und waren somit aller Sünden ledig. Die reichen Schenkungen an Arme sollten bewirken, dass diese vor Gott um Sühne für die Sünden des Stifters eintraten.

Generell können jedoch zu reformatorischen Diskussionen um 1517 oder 1530 in Markgröningen keine Aussagen getroffen werden, denn Akten hierzu sucht man vergeblich.

Schlussbemerkung zum Nebeneinander von Pfarrei und Ordensniederlassung

Als Landdekan besaß der Stadtpfarrer ein bischöfliches Aufsichts- und Kontrollrecht über das Spital samt den inkorporierten Pfarreien. Gegenüber den Gläubigen war sein höchster Trumpf das exklusive Austeilen der beiden Sakramente Taufe und Ehe. Seine Vertretung war der »Helfer« (Diakon). Auch sorgten die berufsmäßig organisierten Bruderschaften an den zehn Nebenaltären für Solidarität und religiösen Zusammenhalt in der Gemeinde. Jedoch mussten sich Stadtpfarrer und die Kapläne um ihren Lohn, der auch aus Naturaleinkünften bestand, persönlich kümmern, indem sie die Felder bestellten und die Ernte selbst einbrachten. Auch sie waren auf Stiftungen zum Unterhalt der Kirchengebäude angewiesen und diese mussten an Land gezogen werden.

Der Ordensgründer Guido von Montpellier wollte eine Versorgung Armer. Dies behandelt Kapitel 43 der Ordensregel: »Die gewöhnlichen Armen, die im Haus zum Heiligen Geist beherbergt werden wollen, sollen nach dem Vermögen des Hauses gerne aufgenommen und in Nächstenliebe behandelt werden.«¹³¹ Darüber hinaus wurden die Niederlassungen zu Wirtschaftsunternehmen, denn die Statuten sahen vor, dass Mägde und Knechte beschäftigt wurden. Dies machte Spitäler zu Arbeitgebern, die ein umfangreiches Unternehmen managten und sich, modern gesagt, durch Fundraising finanzierten. Geld wurde benötigt für den Bauunterhalt der Gebäude, für sämtliche Sozialleistungen, für Pilger sowie für die Löhne. Andererseits ermöglichte die Arbeitsteilung, dass den Mönchen viel Zeit blieb, sich um das Almosensammeln oder den Verkauf von Ablässen zu kümmern. Darüber hinaus unterstützte die Ordensstruktur die Spitalbrüder. Sie hatten in Rom vor Ort bedeutende Fürsprecher beim Papst, die sich immer wieder um die Erneuerung von Privilegien kümmerten. Man muss kein Materialist sein, um zu verstehen, dass man dort den Ablass erwarb bzw. die Seelenmesse stiftete, wo man am meisten für sein Geld bekam: kurzum dort, wo die größte Anzahl an Tagen im Fegefeuer reduziert wurde. Das konnte die Gläubigen auch in ein Dilemma bringen.

Je nach der Persönlichkeitsstruktur des Landdekans bzw. des Spitalpräzeptors und deren Führungsanspruch kam es häufiger oder nicht so häufig zu Streit. Mit dem Amtsantritt von Dr. Reinhard Gaißlin als Stadtpfarrer trafen zwei wortgewaltige und gebildete Führungspersönlichkeiten aufeinander. Es herrschte im Konkurrenzkampf keine »Waffengleichheit« und die Spitalbrüder waren folglich ertrageicher. So nimmt es nicht Wunder, dass die Vollands nach 1500 der Pfarrkirche keine weiteren Stiftungen mehr tätigten, sondern ihr Geld lieber in Ablässen und Bruderschaftsbriefen des Heilig-Geist-Ordens anlegten.

Anmerkungen

- 1 Gerhard Bott: Vorwort, in: Martin Luther und die Reformation in Deutschland, Ausstellungskatalog des Germanischen Nationalmuseums Nürnberg, Frankfurt 1983, S. 15.
- 2 Linsen brauchen eine »Rankhilfe«, die sie an der Gerste finden. Man kann sie nur mit einer Getreideart zusammen anbauen, die auch zur gleichen Zeit reif wird, und nach der Ernte gilt es, die Körner vor der Einlagerung wieder zu trennen.
- 3 Vom Korn der frühen Jahre. Sieben Jahrtausende Ackerbau und Kulturlandschaft. Begleitheft zur Ausstellung des Landesamtes für Denkmalpflege in Zusammenarbeit mit dem Hohenloher Freilandmuseum Wackershofen, Esslingen 2008, S. 73.
- 4 Ein Hektar erbrachte bei einer Durchschnittsernte 800 kg Ertrag und für die Einsaat eines Hektars brauchte man 150 kg Saat; vgl. Vom Korn der frühen Jahre (wie Anm. 3) S. 84.
- 5 Volker Trugenberger: Der Leonberger Raum an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit, in: Leonberg. Eine altwürttembergische Stadt und ihre Gemeinden im Wandel der Geschichte, Stuttgart 1992, S. 83–120, bes. S. 90.
- 6 Hilde Fendrich u.a.: Müller, Mühlen, Wasserkraft, Markgröningen 1995.
- 7 Hermann Fischer: Schwäbisches Wörterbuch, Bd. 5, Tübingen 1920: Selhaus: Spital für Arme oder Kranke.
- 8 Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS) A 288 Bü 2315.
- 9 Erwähnt sind unter anderem: »siben zehn Bett und acht Deckhbett, item zwölf Hauptpfulben, dreyzehn Küsslin unnd zehen Küsslin Ziechen, item zweintzig Leinlacher, drei Sergen unnd ain Goltter, item dreyzehn Bettladen, ain guten langen Belz, ain Kesselin und vier Pfannen«.
- 10 Dorothee Forstner und Renate Becker: Neues Lexikon christlicher Symbole, Wien 1991, S. 240 f., S. 243 ff.
- 11 Petra Schad: Der Arme Konrad im Amt Markgröningen, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 68 (2014) S. 29–58; Petra Schad: »wie die uffrur daselbst sich zugetragen«. Armer Konrad und Pfarrer Gaißer in Markgröningen, in: Geschichtsforschung, Geschichten und Denkmalpflege in Markgröningen, Markgröningen 2016, Seite 48–71.
- 12 Artikel »Fegfeuer« in: Kleines Lexikon der Kirchengeschichte, München 1998, S. 148.
- 13 Entlang der Glems verlief durch Ditzingen die Grenze zwischen den Bistümern Speyer und Konstanz. Daher besaß der Ort schon immer zwei Pfarrkirchen: im westlich der Glems gelegenen Dorfteil die der heiligen Maria geweihte »Speyrer Kirche«, im östlich der Glems gelegenen Dorfteil die dem heiligen Lambert geweihte »Konstanzer Kirche«.
- 14 Alois Seiler: Studien zu den Anfängen der Pfarrei- und Landdekanatsorganisation in den rechtsrheinischen Archidiakonaten des Bistums Speyer, Stuttgart 1959, S. 138–146, S. 178.
- 15 Ebd. S. 204 f.
- 16 Petra Schad: Häusernamen und was sich dahinter verbirgt. Ein Gang durch Markgröningen, in: Südwestdeutsche Blätter für Familien- und Wappenkunde 25 (2007) S. 25–56, hier S. 30–32. – Im Jahr 1542 hatte Simon Vogt, der als Werkmeister auf der Festung Asperg tätig war, das nicht mehr benötigte Pfründhaus vom Herzog Ulrich als Dienstwohnung erworben. Vogt heiratete um 1545 Barbara Volland. Über dem inschriftlich auf 1545 datierten Eingang sieht man drei Wappen: Unter den Veringer Hirschstangen steht links das sprechende Wappen mit Zimmererbeil und Hacke von Simon Vogt und rechts der Sturzbecher der Barbara Volland. Dies führte zur nicht zutreffenden Bezeichnung »Vollandhaus«.
- 17 700 Jahre Heilig-Geist-Spital Markgröningen, Markgröningen 1997.
- 18 Petra Schad: Markgröningen – Franziskaner Terziarinnen, in: Württembergisches Klosterbuch. Klöster, Stifte und Ordensgemeinschaften von den Anfängen bis in die Gegenwart, Ostfildern 2003, S. 339; Johannes Gatz: Markgröningen/Wtbtg. Terziarinnen, in: Alemania Franciscana Antiqua Band XVII, Ulm 1972, S. 55–76.
- 19 Heyd sah Gemeinsamkeiten zur Regel des Augustinus; vgl. Ludwig Friedrich Heyd: Geschichte der vormaligen Oberamts-Stadt Markgröningen mit besonderer Rücksicht auf die allgemeine Geschichte Wirtembergs, Stuttgart 1829, S. 210. Eine Untersuchung des »Liber Regulae« zeigt jedoch die Nähe zur Johanniterregel auf; vgl. Elsanne Gilomen-Schenkel: Einleitung. Die Hospitaliter vom Heiligen Geist, in: Helvetia Sacra Bd. IV, 4, Basel 1996, S. 175–203, hier: S. 180 f.

- 20 Heyd (wie Anm. 19) S. 212; Gisela Drossbach und Gerhard Wolf (Hg.): *Caritas im Schatten von Sankt Peter. Der Liber Regulae des Hospitals Santo Spirito in Sassia: eine Prachthandschrift des 14. Jahrhunderts*, Regensburg 2015. – Eine Dreiteilung der Einkünfte wird ebenfalls erwähnt bei Hermann Roemer: *Markgröningen im Rahmen der Landesgeschichte I. Urgeschichte und Mittelalter*, Markgröningen 1933, S. 144. Roemer bezieht sich dabei auf eine Papsturkunde von 1295; in der Urkunde selbst (Württembergisches Urkundenbuch Bd. 10, Stuttgart 1978, Nr. 4710) finden sich für eine Dreiteilung jedoch keine Hinweise.
- 21 Nicht korrekt beschrieben bei Heyd (wie Anm. 19) S. 210.
- 22 Die Lage der Ziegelei, bereits 1511 zum ersten Mal genannt, ist erst seit 1528 entlang der Vaihinger Straße zweifelsfrei zu bestimmen. Grabungen im August 2018 bestätigten den Zusammenhang von »äußerem« Spital und Standort der Ziegelei.
- 23 Klaus Militzer: *Das Markgröninger Heilig-Geist-Spital im Mittelalter. Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte des 15. Jahrhunderts*, Sigmaringen 1975, S. 133 und 185.
- 24 HStAS A 288 Bü 2315.
- 25 Hermann Roemer: *Bissinger Heimatbuch*, Bietigheim 1955, S. 17.
- 26 HStAS A 602 WR 904.
- 27 Thomas Schulz: *Altwürttembergische Lagerbücher aus der österreichischen Zeit 1520–1534*, Bd. 5, Stuttgart 1989, S. 31.
- 28 HStAS A 602 WR 8898; Erwin Mickler: *Die Bietigheimer Stadtkirche. Ihre Erbauung und Geschichte*, Teil 1, in: *Blätter zur Stadtgeschichte* 11 (1994) S. 21–74, hier S. 30. Heyd (wie Anm. 19, S. 207) ist zu korrigieren: Die Bietigheimer Kirche wurde nicht von den Herren von Sachsenheim abgekauft.
- 29 Das Kloster Hirsau lag im gleichen Archidiakonat, jedoch im Landdekanat Weil der Stadt. Es war von dem Zwist nicht betroffen.
- 30 Schulz (wie Anm. 27) S. 44.
- 31 HStAS A 602 WR 8902.
- 32 Roemer (wie Anm. 20) S. 61.
- 33 HStAS A 602 WR 8898; Heyd (wie Anm. 19) S. 229.
- 34 HStAS A 602 WR 8910; Mühlhausen/Enz lag im Landdekanat Pforzheim und gehörte zum Archidiakonat des Stiftspropst bei St. Guido in Speyer; vgl. auch Militzer (wie Anm. 23) S. 40.
- 35 HStAS H 14 Bd. 391, fol. 196b.
- 36 Militzer (wie Anm. 23) S. 98–100.
- 37 Ebd. S. 41 f.
- 38 Ebd. S. 43.
- 39 Beim »bösen Geld« handelt es sich vermutlich um nicht mehr gültige Währung, das die Leute aus »Bedrängnis« in den Bettelbeutel geworfen haben; Stadtarchiv Markgröningen (StadtAM) H Bd. 18, fol. 8b.
- 40 Kapitel 65 und 66; vgl. Drossbach und Wolf (wie Anm. 20) S. 266 f.
- 41 Militzer (wie Anm. 23) S. 14.
- 42 Dieter Stievermann: *Die württembergischen Klosterreformen des 15. Jahrhunderts*, in: *Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte* 44 (1985) S. 65–104, hier S. 77.
- 43 Joachim Fischer: »Das die dürfftigen dest bas ir narung haben mögen«. Eine unbekannte Ordnung des Grafen Eberhard im Bart für das Spital Markgröningen aus dem Jahr 1468, in: *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins* 147 (1999) S. 273–287.
- 44 Ebd. S. 276.
- 45 Stievermann (wie Anm. 42) S. 68.
- 46 HStAS A 602 WR 8905; Militzer (wie Anm. 23) S. 20 f.
- 47 HStAS H 14 Bd. 391, Nr. 30 fol. 76a f.
- 48 Bis 1501 war Claus Volland Keller auf dem Asperg, von 1506 bis 1512 ist er als Amtsvogt, Vogt und Keller belegt; Waltherr Pfeilsticker: *Neues württembergisches Dienerbuch*, Bd. 2, Stuttgart 1963, § 2191 und 2438.
- 49 Ebd. § 2591.
- 50 HStAS A 348 Bü 7.
- 51 HStAS H 102/48 Bd. 14, fol. 300a.
- 52 Hartmut Kühne: *Ablässfrömmigkeit am Vorabend der Reformation*, in: *Freiheit, Wahrheit, Evangelium. Reformation in Württemberg, Ostfildern* 2017, S. 38–44, hier S. 38.

- 53 Wie Anm. 12.
- 54 Manfred Heim: Artikel »Kirchenschatz« in: Kleines Lexikon der Kirchengeschichte, München 1998.
- 55 Herbert Immenkötter: Zeit der Entscheidungen. Luther 1517–1520, in: Martin Luther und die Reformation in Deutschland. Ausstellung zum 500. Geburtstag Martin Luthers, Frankfurt 1983, S. 161.
- 56 Kühne (wie Anm. 52) S. 39. 57 Ebd. S. 42.
- 58 Ebd. S. 41. 59 Ebd. S. 41.
- 60 Andreas Rehberg: »Ubi habent maiorem facultatem ... quam papa«. Der Heilig-Geist-Orden und seine Ablasskampagnen um 1500, in: Ablasskampagnen des Spätmittelalters. Luthers Thesen von 1517 im Kontext, Berlin 2017, S. 240.
- 61 Das am 8. Juni ausgestellte Privileg wurde am 7. November durch Notar Johannes Fabri von Urach im Beisein des Spitalmeisters Friedrich Bender vidimiert; HStAS H 14 Bd. 391, Nr. 33 fol. 68 ff.; vgl. Heyd (wie Anm. 19) S. 226.
- 62 HStAS A 602 WR 8892 und 8895; HStAS H 14 Bd. 391, Nr. 33 fol. 81a.
- 63 Manfred Krebs: Die Investiturprotokolle der Diözese Konstanz aus dem 15. Jahrhundert, in: Freiburger Diözesanarchiv 70 (1950) S. 425–546, hier S. 526 f.
- 64 Rehberg (wie Anm. 60) S. 257.
- 65 HStAS H 14 Bd. 391, Nr. 40 fol. 181 f. (Transsumpt vom 10. Juli 1516).
- 66 Rehberg (wie Anm. 60) S. 262.
- 67 Ebd. S. 236 und 240. 68 Ebd. S. 261.
- 69 HStAS H 14 Bd. 391, Nr. 42 fol. 195 f.
- 70 HStAS H 14 Bd. 391, Nr. 44 fol. 198.
- 71 HStAS H 14 Bd. 391; ergänzend die Beschreibung in HStAS A 350 Bü 6.
- 72 HStAS A 350 Bü 3. Heyd (wie Anm. 19, S. 239) und Roemer (wie Anm. 20, S. 150) irren sich bei der Datierung auf (nach) »Ostermontag«.
- 73 HStAS H 14 Bd. 391, Nr. 45a fol. 200.
- 74 Robert Kretzschmar: Der Markgröninger Stadtpfarrer Dr. Reinhard Gaißlin im Aufstand des »Armen Konrad« und in der Reformation, in: Freiheit, Wahrheit, Evangelium (wie Anm. 52) S. 45–53, hier S. 48.
- 75 HStAS A 350 Bü 3.
- 76 Frömmigkeit im Spätmittelalter, in: Andreas Maisch, Daniel Stihler: Schwäbisch Hall. Geschichte einer Stadt, Künzelsau 2006, S. 95.
- 77 Schulz (wie Anm. 27) S. 137.
- 78 HStAS H 14 Bd. 391, Nr. 38 fol. 177 f.
- 79 HStAS H 14 Bd. 391, Nr. 47 fol. 199 f.
- 80 Gilomen-Schenkel (wie Anm. 19) S. 179.
- 81 Rehberg (wie Anm. 60) S. 223.
- 82 HStAS H 14 Bd. 391, Nr. 47 fol. 206–208.
- 83 Es war nicht der Bischof selbst, der entschied. Roemer (wie Anm. 20, S. 150) ist zu korrigieren.
- 84 HStAS A 602 WR 8784, 8790, 8795, 8814 und 8848.
- 85 HStAS H 14 Bd. 391, Nr. 38 fol. 178.
- 86 HStAS A 349 U 1; H 14 Bd. 391, Nr. 40.
- 87 HStAS A 602 WR 8884 und 8794.
- 88 Die Tradition schrieb Gebete für Verstorbene am 3., 9. und 40. Tag nach dem Todestag vor; vgl. Joachim Wollasch: Formen und Inhalte der mittelalterlichen »memoriae«, in: Libri vitae. Gebetsgedenken in der Welt des frühen Mittelalters, Köln 2015, S. 33–55, hier S. 36.
- 89 Ebd. S. 36.
- 90 HStAS A 602 WR 8862. 91 HStAS A 602 WR 8782.
- 92 HStAS A 602 WR 8866; Wilhelm Bertz: Ich, Elisabeth Lyherin, Heinrich Vollands von Grieningen seligen Witwen, in: Durch die Stadtbrille 4, Markgröningen 1989, S. 54–76.
- 93 Walter Bernhardt: Die Zentralbehörden des Herzogtums Württemberg und ihre Beamten 1520–1629, Bd. 2, Stuttgart 1973, S. 699 f.
- 94 Ludwig Hüttl: Marianische Wallfahrten im süddeutsch-österreichischen Raum, Köln 1985, S. 63 f.

- 95 Einen Altar in der Stadtkirche, einen in der Marienkapelle auf dem Benzberg und den in der Spitalkirche.
- 96 HStAS H 14 Bd. 391, fol. 81a.
- 97 Zu den Baumaßnahmen von 1512 zählt auch der imposante Kirchturm. Das würde auch den früher vorhandenen Zugang von der Marienkapelle in die heutige Sakristei erklären. Die Sakristei war früher ein zweigeschossiger Bau.
- 98 In Haberschlacht (Stadtteil von Brackenheim) steht heute eine Jakobskirche mit frühgotischem Turm; vgl. Das Land Baden-Württemberg. Amtliche Beschreibung nach Kreisen und Gemeinden, Bd. 4, Stuttgart 1980, S. 66.
- 99 Ebd., Bd. 3, Stuttgart 1978, S. 393.
- 100 HStAS H 102/48 Bd. 14 (1554), fol. 22b.
- 101 HStAS A 63 Bü 8.
- 102 Im Trierer Codex wird von der Bruderschaft berichtet, hier speziell unter den Wundergeschichten des hl. Matthias; Monumenta Germaniae Historica, Scriptorum Bd. 8, hg. v. Georg Heinrich Pertz, Hannover 1848, S. 233.
- 103 Der heilige Matthias ist der Schutzpatron der Bauhandwerker, Zimmerleute, Schreiner, Schmiede, Metzger, Schweinehirten, Schneider etc.
- 104 Rehberg (wie Anm. 60) S. 225.
- 105 Zum Jahreslohn des Bäckers (1444/45: 3 fl) vgl. Militzer (wie Anm. 23) S. 150.
- 106 Rehberg (wie Anm. 60) S. 225.
- 107 Ebd. S. 226.
- 108 Militzer (wie Anm. 23) S. 20.
- 109 StadtAM, Dendrochronologische Untersuchung durch Burghard Lohrum, Ettenheimmünster, August 2001 (masch.)
- 110 Friedrich Karl Azzola: Die Grabplatte des Spitalmeisters Friedrich Doleator/Bender, 1490, in der Pfarrkirche St. Kilian zu Bissingen und ihr Namenszeichen, in: Blätter zur Stadtgeschichte 12 (1995) S. 97–104.
- 111 HStAS A 350 Bü 3.
- 112 Ludwig Friedrich Heyd: Der württembergische Canzler Ambrosius Volland, Stuttgart 1828.
- 113 Rehberg (wie Anm. 60) S. 243.
- 114 Thomas Schulz: Die ehemaligen Lateinschulen im Landkreis Ludwigsburg. Ihre Geschichte bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, Ludwigsburg 1995, S. 14, 183–196.
- 115 HStAS A 602 WR 8769.
- 116 Robert Risse: Johannes Reinhard alias Hans Grüninger, der Frühdrucker aus Markgröningen, Markgröningen 1990, S. 109.
- 117 Henning Wendland: Die Grüninger-Bibel wird 500 Jahre alt, in: Wandelhalle der Bücherfreunde, Nachrichtenblatt der Gesellschaft der Bibliophilen e. V., Neue Folge 27 (1985) S. 45–48.
- 118 Carl von Lütow: Geschichte des deutschen Kupferstiches und Holzschnittes, Berlin 1891, S. 172.
- 119 Roemer (wie Anm. 20) S. 313. 120 Ebd. S. 201.
- 121 HStAS A 348 Bü 7, Nr. 2, fol. 15b.
- 122 Als Landdekan hatte Gaißlin das Kirchengebet für die neue österreichische Regierung verweigert; Roemer (wie Anm. 20) S. 238.
- 123 Moritz von Campenhausen: Der Klerus der Reichsstadt Esslingen (1321–1531), Esslingen 1999, S. 159 und S. 244 f.
- 124 Zwischen 1520 und 1529 wirkte er bei der Ausfertigung von Urkunden in Esslingen mit.
- 125 Nr. 1310, 5. April 1530. Ines Bechinger: Das Bürgerbuch der Reichsstadt Esslingen 1482–1552, wiss. Zulassungsarbeit für das Lehramt an Gymnasien, März 1981, S. 58 und S. 115.
- 126 450 Jahre Reformation in Esslingen (Ausstellungskatalog), Sigmaringen 1981, S. 119 f.; freundlicher Hinweis von Dr. Monika Balzert.
- 127 Tilmann Matthias Schröder: Das Kirchenregiment der Reichsstadt Esslingen, Esslingen 1987, S. 93.
- 128 Helmuth Krabbe, Hans-Christoph Rublack: Akten zur Esslinger Reformationsgeschichte, Esslingen 1981, S. 165 f.
- 129 Schröder (wie Anm. 127) S. 91.
- 130 Kretzschmar (wie Anm. 74) S. 51.
- 131 Drossbach und Wolf (wie Anm. 20) S. 260.

Freud und Leid

Gräfin Christina Wilhelmina von Würben
(geborene von Grävenitz) und Freudental

von Daniel Schulz

In der kleinen Gemeinde Freudental im Stromberg steht am südlichen Dorfrand das Schloss der Gräfin Christina Wilhelmina von Würben, besser bekannt unter ihrem Geburtsnamen von Grävenitz. Als langjährige Mätresse Herzog Eberhard Ludwigs von Württemberg ging sie unter zweifelhaftem Ruf in die Geschichte ein, noch heute als »Landesverderberin« verkannt. Für den Ort Freudental war sie aber als Bauherrin des heutigen Schlosses von großer Bedeutung.

Die dreiflügelige Gebäudegruppe umfasst einen schmalen Ehrenhof und steht an der Stelle des ehemaligen Unteren Schlosses. Die Anlage besteht aus dem 1729/31 erbauten neuen Schlossgebäude mit seinem markanten Mansardwalm-dach, dem nordwestlich anstoßenden Kavaliersbau und den nordöstlich schräg stehenden Ökonomiebauten. Nach Süden schließt der rechteckige Schlossgarten an, der sich heute überwiegend in Form eines englischen Landschaftsparks präsentiert (Abb. 1). Die Strukturen seiner barockzeitlichen Entstehung sind aber noch immer ablesbar. Jenseits des Parks führt eine Allee über Bietigheim nach Ludwigsburg. Daraus resultiert, dass die Gartenseite und nicht der Ehrenhof als Zufahrt und Haupteingang zum Gebäude angelegt ist.

1727 erwarb die Gräfin von Würben um 47 000 Gulden den Ort Freudental von den Erben des Freiherrn Johann Gottlob Zobel von Giebelstadt.¹ Der Ludwigsburger Schlossbaumeister Paolo Retti renovierte zunächst 1728 den Herrschaftsbau des Unteren Schlosses. 1729 bis 1731 fügte er den neuen Schlossbau an. Die Gräfin stand im Zenit ihrer Macht, als 1730 der preußische König Friedrich Wilhelm I. Ludwigsburg besuchte. Die Ausstattung ihres Schlosses befand sich zum Jahresende vermutlich in den letzten Zügen. Dann kam es im Mai 1731 zum Bruch mit Herzog Eberhard Ludwig. Christina Wilhelmina von Würben wurde auf ihre Güter verbannt. 24 Jahre waren seit ihrer ersten Ankunft in Württemberg vergangen und vor 20 Jahren war sie nach der ersten Trennung vom Herzog als Landhofmeisterin an den Hof zurückgekehrt.

Die Gründe für die Trennung mögen vielfältig gewesen sein.² Neben einem allgemeinen Erkalten der Beziehung waren wohl vor allem dynastische Gründe ausschlaggebend, denn das Ableben des kränklichen Erbprinzen und damit das Aussterben der evangelischen Herzogslinie waren jetzt überdeutlich abzusehen. Sollte Eberhard Ludwig nicht jetzt noch ein neuer Thronfolger geboren werden, würde die Regierung an seinen katholischen Vetter Carl Alexander übergehen. Eberhard Ludwig opferte die langjährige Gefährtin und versöhnte sich mit Herzogin Johanna Elisabetha.



Abb. 1: Luftbild des Freudentaler Schlosses.

Christina Wilhelmina zog sich Mitte Mai 1731 auf ihre Güter Stetten im Remstal und Freudental zurück. Mehrfach versuchte sie an den Hof zurückzukehren. Daraufhin ließ Eberhard Ludwig sie im Herbst 1731 in Freudental verhaften und ins Uracher Schloss in Arrest bringen. Nach einem Fluchtversuch kam sie in verschärfte Haft auf die Festung Hohenurach. Dort blieb sie, bis Ende 1732 durch kaiserliche Vermittlung ein Vergleich getroffen wurde. Die Gräfin von Würben verzichtete auf ihre Güter und wurde dafür mit 125 000 Gulden entschädigt. Sie behielt nur das lebenslange Nutzungsrecht von Welzheim. Im Frühjahr 1733 konnte die Gräfin Hohenurach verlassen und ging nach Berlin.³

Der Ruf der Gräfin war und wurde derart ramponiert, dass rund 90 Jahre später Karl Pfaff über ihr Ende resümierte: »So endete eine Zeit, wie wir sie nur einmal in der Geschichte Wirtenbergs finden, die Herrschaft eines Weibes, deren üble Folgen noch lange schwer auf dem Lande lasteten, und die auch dadurch für Wirtenberg so verderblich wurde, weil durch sie das alte festgegründete Ansehen des Fürsten-Hauses in Teutschland erschüttert ward.«⁴

Portrait der Gräfin von Würben

1707 war Herzog Eberhard Ludwig eine bigamistische Ehe mit Christina Wilhelmina von Grävenitz eingegangen und hatte sie zur Gräfin von Urach ernannt.⁵

Auf äußeren Druck hin musste die Ehe 1708 wieder geschieden werden und die Gräfin ging in die Schweiz, wo sich auch Eberhard Ludwig zeitweilig aufhielt. Dann wurde ein cleverer Plan gefasst: Die Gräfin sollte verheiratet werden und der Ehemann in spe das ranghöchste Hofamt des Landhofmeisters erhalten. Ein geeigneter Kandidat fand sich in Johann Franz Ferdinand Graf von Würben und Freudenthal (ca. 1647–1720), tschechisch Wrbna und Bruntál. Die Familie Würben war ein altherwürdiges schlesisch-böhmisch-mährisches Adelsgeschlecht, aber Graf Johann hatte hohe Spielschulden angehäuft und war finanziell recht ruiniert. Der Graf war Witwer, seine erste Frau Walburga Helena Barbara Holderer von Hohlandorf hatte er 1669 geheiratet. Am 18. Januar 1711 trat der Graf von Würben zum zweiten Mal vor den Traualtar und ehelichte Christina Wilhelmina von Grävenitz.⁶ Franz Ferdinand von Würben war ungefähr 64 Jahre alt – Friedrich August von Württemberg-Neuenstadt bezeichnete ihn als 70-jährigen Greis⁷ –, Christina Wilhelmina zählte 26 Jahre.

Christina Wilhelmina nannte sich jetzt Gräfin von Würben und Freudental (gemeint ist das tschechische Bruntál). 1727 mit der Erwerbung Freudentals im Stromberg kam zusätzlich die Bezeichnung »Frau zu Freudenthal« zu ihren Titeln hinzu. Christina Wilhelmina war ab 1711 die Frau Landhofmeisterin und übte dieses Amt anstelle ihres Gatten aus. Ob und wie oft Graf Würben am Ludwigsburger Hof weilte, ist unbekannt. Seine Gattin scheint jedenfalls nie in Böhmen gewesen zu sein und hatte dort auch keine Rechte am Würben'schen Besitz.

Von der Bauherrin des Freudentaler Schlosses gibt es kein gesichertes Portrait. Eine um 1721 datierte Miniatur im Landesmuseum Württemberg soll sie darstellen (Abb. 2). Bei Recherchen im Jahr 2014 konnte der Autor zwar die Sargtafel der Gräfin entdecken und auch ein Portrait ihrer Adoptivtochter bzw. Nichte Charlotta Wilhelmina von der Goltz ausfindig machen, aber ein Portrait der Gräfin von Würben selbst blieb trotz intensiver Suche aus.⁸

Nun wurde ich ziemlich sicher im Umfeld der Familie von Würben in Tschechien fündig. Das Schloss Jaroměřice nad Rokytnou, westlich von Brünn gelegen, gelangte 1898 in den Besitz der Grafen von Würben. Hier befindet sich ein Portrait des Grafen Franz Ferdinand von Würben (Abb. 2).⁹ Der Orden an seiner Brust verrät, dass es sich bei dem Dargestellten tatsächlich um den Grafen handelt: Es ist der württembergische St. Hubertus Jagdorden, dessen Devise »Amicitiae virtutisque foedus« – ein Bund aus Freundschaft und Tugend – teilweise lesbar ist. Kein anderer Würben war Träger dieses Ordens. Ein offensichtlich dazugehöriges Damenportrait stellt vermutlich Christina Wilhelmina von Würben dar (Abb. 2). Die Bilder gleicher Größe zeigen dieselbe ovale Komposition, die Dame wendet sich leicht dem frontal blickenden Grafen zu, rote Schärpen und blaue Jacke bzw. Umhang sind farblich abgestimmt und fassen beide Personen optisch zusammen.

Der Graf wirkt stark verjüngt, allein die grauen Haare und die Augenpartie verraten ein höheres Alter, während das Damenportrait durchaus eine in der Blüte stehende, wachsamer, selbstbewusste Mitzwanzigerin zeigt. Die dunklen Augen und Brauen haben etwas Anziehendes, während sie sonst eher gewöhnlich schön ist. Die Kleidung ist prächtig, mit Juwelen und Perlen besetzt und an einer



Abb. 2: Oben das Portrait des Grafen Franz Ferdinand von Würben und das mutmaßliche Portrait der Christina Wilhelmina von Würben aus Schloss Jaroměřice nad Rokytnou; unten die Miniatur aus dem Landesmuseum Württemberg mit dem angeblichen Portrait der Christina Wilhelmina von Würben.

Grafenkrone hängt ein Medaillon mit einer Bischofsfigur. Es handelt sich vermutlich um den heiligen Bischof Adelbert von Prag. Er war nicht nur Schutzpatron von Böhmen, sondern als Missionar der Prußen auch von Preußen. Es spricht also alles dafür, dass wir hier Christina Wilhelmina von Grävenitz, geboren im brandenburgisch-preußischen Schilde, als frisch vermählte Gräfin von Würben vor uns haben.

Es gibt sogar eine deutliche Übereinstimmung zwischen dem Portrait in Schloss Jaroměřice nad Rokytnou mit dem mutmaßlichen Grävenitz-Portrait der Miniatur: dunkle Augen und Brauen, Mund-Nasen-Abstand, hohe Stirn und Haaransatz. Allerdings gibt es auch leichte Abweichungen bei der Form des Mundes und der Nasenspitze. Die Gräfin wäre auf der Miniatur rund zehn Jahre älter. Ich denke, wir haben hier mit sehr großer Wahrscheinlichkeit dieselbe Person vor uns und sowohl die Miniatur als auch das Ölbild zeigen eine gewisse familiäre Ähnlichkeit mit dem Portrait ihrer Nichte, der Baronin von der Goltz.¹⁰

Es wäre auch nicht ungewöhnlich, wenn Künstler die Gräfin in der Ausstattung des Ludwigsburger Schlosses verewigt hätten. Eigentlich wäre es sogar zu erwarten, dass sie mindestens als Modell diente, allein schon deshalb, weil Künstler der einflussreichen Frau schmeicheln wollten. Schon Marie Hay hatte in ihrem Roman »Die Grävenitz« diese Vorstellung, als sie die Gräfin in einer stark verkitschten Schlusszene zum letzten Mal Ludwigsburg besuchen und überall ihr eigenes Portrait erblicken ließ: »Die Luft in der Halle war kalt und dumpf, und doch verweilte sie hier länger. Ja, – dort von der Decke sah ihr eigenes Gesicht auf sie herab. Das Antlitz lächelte mit halbgeöffneten, sinnlichen Lippen, und in den Augen spiegelte sich eine ungehemmte Leidenschaft wider. Darunter stand die geflügelte und finster blickende Figur der Zeit mit großen Sichel in den mächtigen Händen. Es durchschauerte sie, als sie die unbarmherzigen Sichel sah. Welcher Teufel hatte dem Italiener Frisoni geraten, in dem Palaste, der zu ihren Ehren erbaut war, ihrem tragischen Schicksal ein Denkmal zu errichten, als sie noch auf der Höhe ihres Triumphes stand?«¹¹

Gemeint ist hier wohl das angebliche Portrait der Gräfin als Allegorie der kaiserlichen Majestät im Gardesaal des Alten Corps de logis von Luca Antonio Colomba 1712 (Abb. 3, unten rechts). Die besagte Figur der Zeit findet sich aber in der westlichen Galerie. Die dichterische Freiheit führt hier beides zusammen. Allerdings zeigt die Figur für Colomba typische, eher stereotype Gesichtszüge. Zwei Göttinnen, die Stevens von Steinfels malte, haben dagegen sehr auffällige, portraithafte Züge: Venus im Venuszimmer der herzoglichen Gemächer des Alten Corps de logis (1709/10; Abb. 3, oben rechts) und Flora im Appartement des Fürsten von Hohenzollern im Erdgeschoss (1714/15; Abb. 3, unten links). Wir sehen drei gleichartige blonde Frauentypen mit einer gewissen Ähnlichkeit zum Portrait der Gräfin, die allerdings dunkelhaarig ist (wobei man Haare schon in der Renaissance in Italien blondieren konnte). Augen, Nase, Mund, die Abstände und die Form der Augenbrauen zeigen Übereinstimmungen, auch wenn hier immer die künstlerische Freiheit, der Malstil und auch die Fähigkeiten, wie gut ein Künstler portraitiert konnte, zu berücksichtigen sind. Es ist nie auszuschließen, dass nur ein bestimmter Typus Frau dargestellt ist und keine tatsächliche Person. Auszuschließen ist aber auch nicht, dass dieser Typus auf dem Gesicht der Grävenitz beruht.

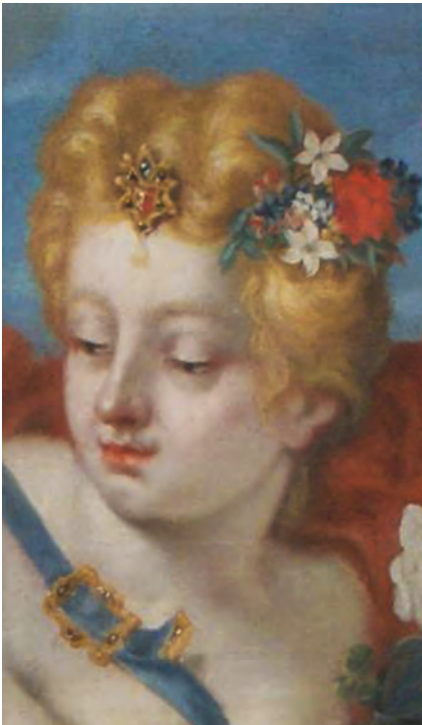
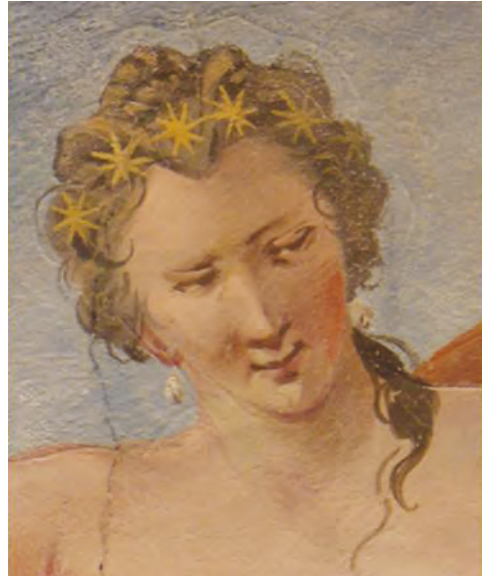


Abb. 3: Das mutmaßliche Grävenitz-Portrait und Figuren aus dem Ludwigsburger Schloss: Venus, Flora und die Allegorie der kaiserlichen Majestät.

Es bleibt noch die Schilderung des Privatsekretärs der Gräfin von Würben, Heinrich August Krippendorf. Er war ihr und den Ereignissen am nächsten. Noch zu Lebzeiten der Gräfin hatte er 1740 seine Memoiren, betitelt als »Anekdoten vom württembergischen Hof«, in verschlüsselter Form niedergeschrieben, die aber nie gedruckt wurden.¹² Weil Krippendorf seit der Verhaftung bei der Gräfin, und zunächst auch beim Herzog, in Ungnade gefallen war, zeichnete er im Nachhinein vielleicht kein völlig korrektes Bild der Christina Wilhelmina, vor allem was ihren Charakter und ihr Aussehen betraf. Schließlich ist auch davon auszugehen, dass Krippendorff mit seinen Schilderungen eigene Ziele verfolgte und sich selbst in ein besseres Licht stellen wollte. Dennoch gibt es bis heute keine andere Quelle, die glaubhafter ist.

Sowohl zu Beginn als auch am Ende seiner Aufzeichnungen zeichnete er fast wortgleich folgendes Portrait der Gräfin: »Es war, wie bereits gedacht, an Fredegonden [Christina Wilhelmina von Grävenitz] gar nichts Schönes, außer der Busen und Hände. Ihre Augen, Haar und Taille von der allergemeinsten Sorte, die Zähne die heßlichsten von der Welt, der Gang negligent [schlampig]. Ihr Angesicht, welches jederzeit mit Farde [Schminke] so stark übergeschmiert war, alß ob sie einem [G]ipser die Arbeit verdungen, gliche ohne diesem Anstrich einem alten Epitaphio, woraus das Gold gekratzt worden, indem es die Blattern gar grob verderbt hatten. Nechst diesem ist es schier unmöglich zu glauben, wie Artamenes [Eberhard Ludwig] Fredegonden die letzten 12 Jahre ihres Dominats über lieben können, denn sie ward durch eine ausgestandene Kranckheit so unförmlich dick, daß es Kunst brauchete, sie einzuschnüren, welches auch sehr selten und nur bey den vornemsten Hoffestins geschahe. Und dann hatte sie eine Schnürbrust an, worinnen ein kay[serlicher] Cuirassier mit allen seinen Schuzwaffen Raum übrig gehabt hätte. [...] So war ihre Schönheit beschaffen. Ihre Conduite [Verhalten] und Manieren hingegen konten und musten nun wohl die Welt verführen und betrügen. Nichts war Angenehmers alß ihre Conversation und Gespräch, alß welches auf das Obligeanteste [verbindlich, zuvorkommend] doch mit einer Air de Qualité vergesellschaftet war. Sie hat würcklich offt hierdurch ihre geschwohrne Feinde von ihrem schädlichen Vorsatz abgebracht und sich dieselben zu Freunden gemacht.«¹³

Krippendorf beschreibt die gealterte Gräfin, eine Beschreibung der jungen Grävenitz bleibt er schuldig. Nach seiner Behauptung war ihr Aussehen recht gewöhnlich, ihre Umgangsart allerdings ganz außergewöhnlich. Sie konnte vermutlich ihr Gegenüber durch Blicke, Gesten und Stimme sowie durch Konversation in ihren Bann ziehen. Hier zeigt sich, dass Attraktivität nicht nur durch Äußerlichkeiten geprägt ist, sondern vor allem auch durch das Auftreten einer Person. Jemand kann uns optisch zunächst kaum berühren, aber dann fesseln, sobald er spricht und lächelt. Umso erstaunlicher ist, dass Krippendorf ihre Gewöhnlichkeit so stark betont. Eigentlich passt all dies zum Damenportrait in Schloss Jaroměřice nad Rokytnou. Wir sehen keine übermäßige Schönheit, aber man spürt doch eine starke Ausstrahlung und fühlt sich zur Konversation animiert.

Was gar nicht zum Bild einer fesselnden Person passt, ist die subjektive Aussage Krippendorfs über ihre Zähne, angeblich die hässlichsten der Welt. Wahrscheinlich ist in dieser Bemerkung eine bewusste Diffamierung zu sehen. Zähne stehen

für Kraft und Vitalität, schlechte Zähne für Misserfolg, Verlust von Lebenskraft, Ansehen und Stärke. Dies alles hatte die Gräfin von Würben tatsächlich verloren. Angeblich hatte auch die sonst als Schönheit gerühmte Kaiserin Elisabeth von Österreich schlechte Zähne, wofür es jedoch keine glaubhaften Belege gibt. Vielmehr scheint die häufige Erwähnung der kaiserlichen Zähne ihren Ruf schädigen zu wollen.¹⁴

Die Gräfin von Würben führte keineswegs ein »liederliches« Leben, sondern »eine reguliere [ordentliche, regelmäßige] Lebensarth und diejenige Plaisirs, denen das weibliche Geschlecht sonst sehr ergeben [...], sahe sie als indifferenten Dinge an und ließe solche nur bloß Artamenen [Eberhard Ludwig] zu Gefallen geschehen.«¹⁵ Die Gräfin hatte eine geschickte Wirtschaftsführung ihrer Güter, die zu den modernsten des Landes zählten, was erheblich zu deren Wertsteigerung beitrug. Doch an anderer Stelle vermittelt uns Krippendorf wieder ein gegenteiliges Bild: »Ihre Höflich- und Freundlichkeit war ein simulirtes Wesen, ihre Gottesfurcht pure Heucheley und die accurate Einrichtung ihrer Oeconomie hatte den Ursprung nicht von einer klugen Menage [Haushalt], sondern von dem leidigen Geize.«¹⁶ Grausam und nachtragend soll sie gewesen sein und angeblich Spione unterhalten haben, die beobachteten, ob man schlecht von ihr sprach.

Die Wahrheit wird in der Mitte liegen und wir wollen uns Christina Wilhelmina von Würben als eine Frau vorstellen, die zwar keine strahlende Schönheit war, nur durch ihr Äußeres glänzend, sondern die ihr Gegenüber durch Benehmen und Umgang in ihren Bann zog. Sie hatte vermutlich, was wir heute Sexappeal nennen, war galant und eine perfekte Schauspielerin. Sie wirtschaftete geschickt und sparsam, war machtbewusst, auf ihren Vorteil bedacht, beherrschte das Spiel der Ränke und Intrigen der höfischen Gesellschaft und konnte Herzog Eberhard Ludwig nach ihrem Willen lenken.

Mit einem hatte Krippendorf aber Recht: Sie war 1731 gealtert, füllig geworden und hatte ihren Einfluss verloren. Lion Feuchtwanger scheint in seinem Roman »Jud Süß« die Ermüdung der Beziehung richtig getroffen zu haben: »Er, Eberhard Ludwig, einem alten Weib verhaftet? Alle Flüche, Drohungen, Beschimpfungen waren an ihm abgeglitten wie Wasser von geöltem Körper. Aber: ein altes Weib?«¹⁷

Laut Krippendorf hatte Christina Wilhelmina einen großen Anteil an den Regierungsgeschäften, aber Sybille Oswald-Bargende weist darauf hin, dass »sich im umfangreichen Quellenmaterial keine direkten Beweise für ihre politische Omnipotenz [finden]. Memoranden oder Stellungnahmen aus ihrer Feder oder ihrer Kanzlei sind genauso wenig bekannt wie Dokumente mit persönlichen Anordnungen an herzogliche Minister oder Beamte. Obwohl ihre Teilnahme an Sitzungen des Ministeriums bezeugt wird, schlug sich ihre Anwesenheit in den Protokollen dieses Gremiums nicht nieder.«¹⁸ Oswald-Bargende sieht das politische Wirken der Gräfin ähnlich wie jenes der Madame de Maintenon am Hof Ludwigs XIV. Sie verstand es, indirekt die Entscheidungen des Königs so zu lenken, dass alles nach ihrem Willen geschah. Wenn der König sie gezielt nach ihrer Meinung fragte, erklärte sie sich sogar lächelnd für unzuständig.¹⁹

Eine der wenigen Quellen über die politischen Aktivitäten der Gräfin von Würben ist das Reisejournal des Grafen Seckendorff. Er begleitete 1730 König Friedrich Wilhelm I. von Preußen auf seiner Reise an verschiedene deutsche



*Abb. 4: Schloss Ludwigsburg, Jagdpavillon:
Herzoglicher Jagdorden an der Decke und
Wandgestaltung nach indianisch-chinesischer
Art. In die Rauten sind Kleeblätter gemalt.*

Höfe, um die Reichsfürsten bei drohender Kriegsgefahr mit Frankreich auf Seiten des Kaisers zu halten. Der König hatte mehrfach mit der Gräfin gesprochen, erwählte sie zu seiner Festbegleitung und schenkte ihr sein mit Diamanten besetztes Portrait. Am Morgen nach dem Fest sprach Seckendorff mit der Gräfin, die ihm klar machte, dass Württemberg sich einerseits gegen die französische Übermacht nicht wehren könne und andererseits durch die Besitzungen in Mömpelgard vom Wohlwollen Frankreichs abhängig sei. Entweder der Kaiser würde seine Truppen in Vorderösterreich verstärken oder man statte Herzog Eberhard Ludwig finanziell so aus, dass er selbst sein Heer vergrößern könne. Für ihre Unterstützung der kaiserlichen Sache forderte die Gräfin für sich und ihre Familie die Erhebung in den Fürstenstand.²⁰

Christina Wilhelmina von Würben hatte sogar um 1714 einen eigenen Kleeblattorden gestiftet. Es war ein goldenes, grün emailliertes Kleeblatt mit der Devise »constant, sincere et fidele« – standhaft, aufrichtig und treu.²¹ Ordenskanzler war Fürst Friedrich Wilhelm von Hohenzollern-Hechingen und am Dreikönigstag wurde dem Orden zu Ehren jeweils ein großes Fest abgehalten. Bisher ist aber weder ein Exemplar dieses Ordens noch eine bildliche Darstellung aufgetaucht. Krippendorf berichtet: »Da aber

Fredegonde [Christina Wilhelmina von Grävenitz] gefallen und von Hofe war, steckte ein jedes Membrum virile aut muliebre [jedes männliche oder weibliche Mitglied] dieses Ordens den Bettel in Schubsack oder verkaufte ihn gar denen Goldschmiden. Sic transit vanitas mundi [so vergeht die Eitelkeit der Welt].«²² Die meiste Orden werden also wohl eingeschmolzen worden sein. Im Jagdpavillon des Ludwigsburger Schlosses findet sich im 1714/22 ausgestatteten Lackkabinett ein interessantes Detail: An der Decke prangt der herzogliche Jagdorden und

darunter sind im Rautengitter des Wandornaments aufgemalte grüne Kleeblätter dargestellt! Dekorationen und Figuren im Kabinett zeigen indianische und asiatische Motive, wozu Kleeblätter eigentlich nicht gehören (Abb. 4).

Baugeschichte des Freudentaler Schlosses

Freudental war ein reichsritterschaftlicher Ort, ein eigenständiger Kleinstaat und damit kein territorialer Bestandteil des Herzogtums Württemberg. Der Ort hatte zahlreiche Besitzerwechsel, bis er 1685 von Herzogadministrator Friedrich Carl von Württemberg erworben wurde. Zu dieser Zeit bestand bereits »oben im Dorf ein fein adlich Haus samt großer Hofraitung, zwei Scheunen und Stallungen [das fürstliche Oberschloss], ein steinern Haus unten im Dorf [das fürstliche Unterschloss], samt Scheunen, Stallung und Schmiede, ein dabei stehendes feines Haus für Maier und Gesind und nicht weit davon einen abgebrannten adeligen Sitz, der jetzt als Schafhaus verwendet ward.«²³

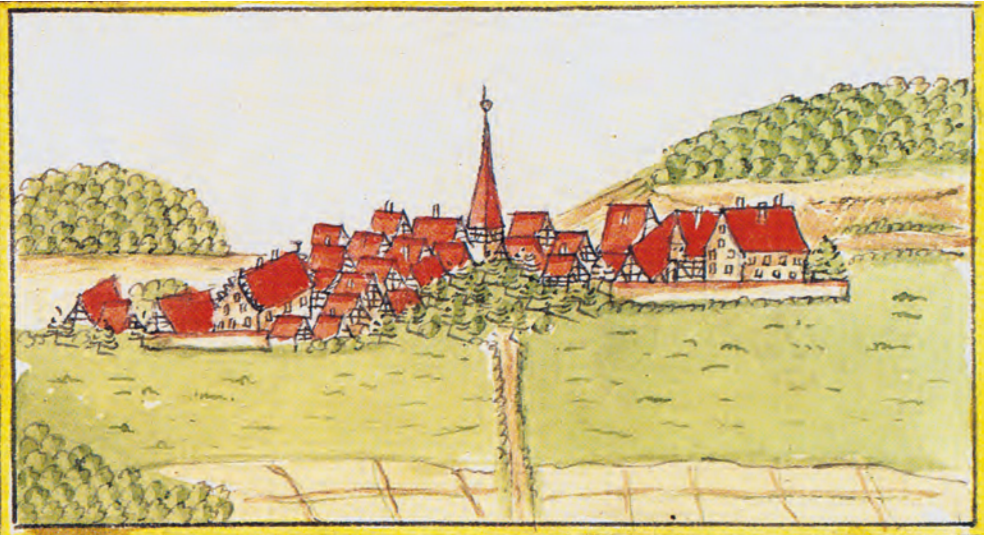
Friedrich Carl ließ 1687 auch die Kirche errichten. 1697 – vier Jahre nach dem Ende seiner Regierung durch die Mündigsprechung Herzog Eberhard Ludwigs – veräußerte er den Besitz an den Generalfeldmarschall Graf von Thüngen. Nach dessen Tod 1709 kaufte die Familie Zobel von Giebelstadt Freudental.²⁴ Von den Erben des Freiherrn Johann Gottlob Zobel von Giebelstadt erwarb dann die Gräfin von Würben 1727 die Herrschaft. »Hier konnte Wilhelmine von Grävenitz frei schalten und walten, zumal sie hier alleinige und ausschließliche Herrin war.«²⁵

Das alte Untere Schloss

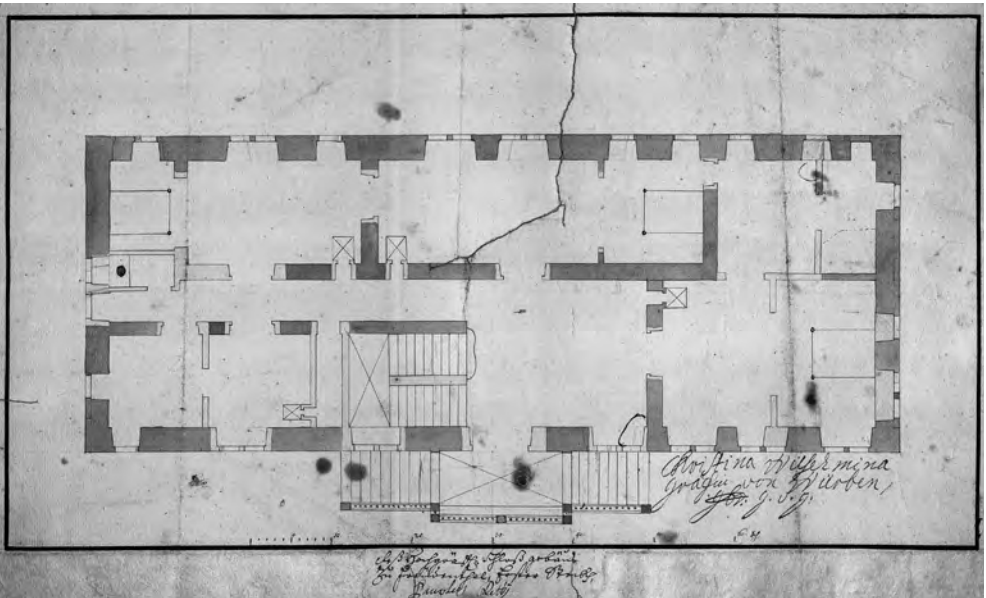
Das Untere Schloss war eine im 16./17. Jahrhundert entstandene Baugruppe eines Herrschaftshauses mit Nebengebäuden (Abb. 5). Von diesem ältesten Herrschaftsbau ist im heutigen Kavalierebau (Westflügel) noch der Keller erhalten. Die Westwand ist vermutlich sogar noch spätmittelalterlich. Die gegenüberstehende Ökonomie besitzt aus dem 16. Jahrhundert noch den Gewölbekeller am Kopfende und Teile der Umfassungsmauern im Erdgeschoss. Ansonsten stammt der Bau aus dem 20. Jahrhundert. An der Nordwestecke trägt ein Wappenstein die Jahreszahl 1592 und das Wappen des Poppo von Witzleben, württembergischer Forstmeister am Stromberg.

Nach der Zerstörung im Dreißigjährigen Krieg (1618–1648) wurde das Untere Schloss wieder aufgebaut. Ein aufklappbarer Plan von Andreas Kieser zeigt mehrere Gebäude, die einen Hofraum umstellen (vgl. unten Abb. 8). Im Südwesten liegt das neue zweigeschossige Herrschaftshaus (heute der Kavalierebau, unter König Friedrich weitgehend abgebrochen und eingeschossig erneuert, im 20. Jahrhundert aufgestockt), im Nordosten leicht schräg stehende Ökonomiegebäude, die im 20. Jahrhundert weitgehend erneuert wurden.²⁶

Aus der Hoffassade des Kavalierebaus ragt am Übergang zum Grävenitzschen Schloss der Rest eines barocken Schweifgiebels hervor. Diese Südwand des heutigen Westflügels stammt vom Wiederaufbau nach dem Dreißigjährigen Krieg. Retti hatte seinen Schlossbau an die alten Gebäudeteile angebaut, so



*Abb. 5: Freudental 1684, Ansicht von Andreas Kieser
im Forstlagerbuch des Stromberger Forstes. Rechts steht das Untere Schloss.*



*Abb. 6: Grundriss von Paolo Retti zum Umbau des alten Unteren Schlosses, 1728.
Der Plan ist um 180 Grad gedreht. Die Freitreppe führte zum Innenhof.*

dass Westflügel (Kavaliersbau) und Ökonomie die Seitenflügel des neuen Schlosses bildeten und einen Ehrenhof umfassten. So erklären sich das Fehlen einer hofseitigen Mittelachse, das in die Ecke gerückte Eingangsportal, der recht schmale Hofbereich, die Schrägstellung der Ökonomie und daraus resultierend die Asymmetrie der ganzen Hoffassade.²⁷

Der Küchenbau mit seinem hohen Kamin ist dem Ökonomiebau vorangestellt. Er stammt aus der Zeit König Friedrichs. Das Gebäude selbst scheint erneuert, es diente der Ortkrankenkasse als Waschküche.²⁸

Am 13. März 1728 wurde Paolo Retti für 5500 Gulden mit der Renovierung des Unteren Schlosses beauftragt. Davon zeugt ein von Retti und der Gräfin Christina Wilhelmina von Würben unterzeichneter Grundrissplan (Abb. 6).²⁹ Auch sollten im Garten die Fontänen und das Pumpenwerk instandgesetzt werden. An der Südfassade des Kavaliersbaus konnte trotz der Umbauten des frühen 19. Jahrhunderts an einem kleinen Bereich die Fassadenfassung des alten Unteren Schlosses nachgewiesen werden. Es hatte einen hellbraunen flächigen Anstrich und aufgemalte mittelbraune Quaderfugen. Diese Farbfassung wurde laut Baubeschreibung Rettis auch für den Neubau übernommen.³⁰

Das neue Schloss

Das Schlossgebäude von 1729 ist ein zweigeschossiger Bau mit leicht vorspringenden Eckrisaliten und Mansardwalmdach (Abb. 7). Das Erdgeschoss ist massiv gemauert, nicht unterkellert, das Obergeschoss wurde in Fachwerk erstellt. Die innere Gliederung bestand ursprünglich aus drei Längszonen und ist heute verändert. Bei der Bauuntersuchung 2014 waren keine einheitlichen bauzeitlichen Querzonen mehr zu erkennen.

Das Schloss wurde nicht nur unter König Friedrich umgebaut, sondern auch später mehrfach. Das Erdgeschoss wird heute »durch eine säulengegliederte Durchfahrthalle gekennzeichnet, aus der ein offenes Treppenhaus ins OG führt. Westlich der Halle befinden sich mehrere Wohnräume und Nebenräume. Der östliche Teil des EG ist durch einen Mittellängsflur erschlossen, an den mehrere Salons anschließen. Das Obergeschoss und das Mansardgeschoss sind durch einen Mittellängsflur jeweils in drei Längszonen gegliedert. An den Mittellängsflur grenzt nördlich das Treppenhaus, während sonst beiderseits des Flurs einzelne Zimmer anschließen.«³¹

Akkord mit Oberbaumeister Paolo Retti 1729

Am 7. April 1729 wurde zwischen dem Ludwigsburger Baumeister Paolo Retti und der Gräfin von Würben ein Akkord zur Errichtung eines neuen Schlossgebäudes in Freudental geschlossen.³² Retti versprach, für 10 000 Gulden Lohn den Bau innerhalb von zwei Jahren schlüsselfertig zu übergeben.

Zudem wurde ihm Wein im Wert von 2000 Gulden verdingt und die Bauherin stellte selbst 136 Zentner Eisen, zwei Fässer Nägel und eiserne Öfen. Das Material ließ sie nach Ludwigsburg bringen. Von dort übernahm Retti auf seine Kosten den Transport nach Freudental. Ferner wurden 42 Eichenstämme von der Gräfin zum Schlagen aus ihren Gütern angewiesen. Allerdings hatte Retti für den Schlossbau bereits trockene Stämme aus seinem in Bietigheim lagernden



Abb. 7: Schloss Freudental von der Gartenseite (oben) und von der Hofseite. Im unteren Bild ist rechts der Kavaliersbau (ehemals das alte Untere Schloss), links die schräg stehende Ökonomie.

Vorrat ausgesucht, den er aber mit den Stämmen der Gräfin wieder füllen wollte.³³ »Alle übrige Materialien aber, sie haben Nahmen, wie sie wollen, soll und will Herr Oberbaumeister Retti einzig und allein auff seinen Costen anschaffen.«³⁴ Kostenlos bekam Retti noch einen Platz zum Brechen der Steine und ein Feld als Werkplatz sowie Unterkunft und Zehrung beim Amtmann, wenn er alle 14 Tage nach Freudental käme, um den Fortschritt des Bauwesens zu kontrollieren. Am 12. Mai 1730 wurde über die Erstellung einer Terrasse und Gartenmauer ein weiterer Akkord abgeschlossen sowie am 26. August 1730 über die Erneuerung des Amtshauses und die Einrichtung einer Wohnung für den Gärtner im alten Pomeranzenhaus.³⁵

Der Neubau schloss sich an das alte Untere Schloss an, das nun zum Westflügel wurde (Abb. 8). Bauzeitlich sind heute noch die Außenwände und der Dachstuhl, während die Raumaufteilung unter König Friedrich weitgehend verändert wurde.³⁶ Die meiste bauzeitliche Substanz findet sich noch in den Zimmern des Westrisalits, sowohl im Erd- wie im Obergeschoss. Das Pomeranzenhaus im Erdgeschoss wurde in einen Mittelgang mit beidseitigen Zimmern umgebaut. Der Saal im 1. Obergeschoss wurde verschmälert, dafür über die ganze Länge des Risalits ausgedehnt. Gemäß dem Umbauplan von 1810 wurden die Wandpfeiler zwischen den Fenstern verstärkt, vor allem auf der ganzen Ostfront. Die gartenseitigen Zimmer der Gräfin wurden neu eingeteilt.³⁷

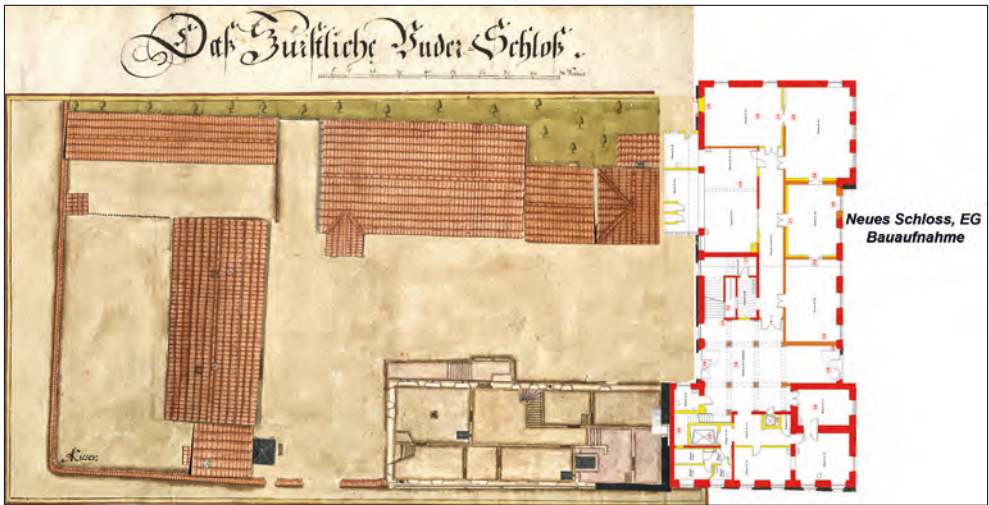


Abb. 8: Die Anlage des Unteren Schlosses mit dem Neubau Rettis zur Zeit der Gräfin von Würben. Grundlage der Darstellung ist der aufklappbare Plan Kiesers von 1685 (links), ergänzt um den Grundriss der Bauten Rettis.

Das alte Schloss, der Westflügel, wurde unter Friedrich »bis zur Oberkante des Untergeschosses abgetragen. Lediglich die Südwand, an die der Schlossneubau von 1729 anschließt, blieb erhalten.«³⁸ An der Stelle, wo die Gebäude zusammenstoßen, sieht man heute noch die Reste eines barocken Volutengiebels – dies war die Außenwand des Unteren Schlosses. An Stelle des Schlosswestflügels ließ Friedrich einen eingeschossigen verputzten Fachwerkbau mit Satteldach errichten, der 1911/12 aufgestockt wurde. »Dieser sog. Kavaliersbau wurde zudem etwa 4,5 m länger als der Schlosswestflügel ausgeführt.«³⁹ Warum der König den alten Schlossflügel abbrechen ließ, ist unbekannt. Vermutlich sollte ein eingeschossiger Kavaliersbau mit der gleich hohen Ökonomie dem Ehrenhof mehr Symmetrie geben. Am nordöstlichen Ökonomiegebäude wurde ein südlicher Anbau erstellt, der an das Hauptgebäude anschloss.

1904 wurde Schloss Freudental vom Hofkammeramt an Wilhelm Schertel von Burtenbach verkauft. Dieser veräußerte die Anlage 1911 an den Verband der Ortskrankenkassen Stuttgart. Dieser ließ das Schloss bis Herbst 1912 durch die Stuttgarter Architekten Suter und Liedecke zu einem Erholungsheim umbauen.⁴⁰ »Dabei wurden zahlreiche Innenwände versetzt oder neu eingebaut. Die ganze Anlage wurde außen und innen neu verputzt und mit neuen Stuckdecken versehen. Auch die Böden und die Ausstattung wurden vollständig erneuert. Der Ostflügel wurde weitestgehend neu gebaut. Am Westflügel wurde der Dachstuhl abgetragen und ein neues OG und DG aufgesetzt.«⁴¹ Beim Umbau zum Alten- und Pflegeheim 1961 wurden Oberflächen, Türen und Fenster erneuert.

Baubeschreibung vom 28. März 1729⁴²

Die Baubeschreibung vermittelt uns die Raumaufteilung, wobei durch die zahlreichen Umbauten die Rekonstruktion zur gräflichen Zeit schwierig ist (Abb. 9). Die Maße im Baubeschrieb sind vielleicht anders ausgeführt worden und die Anzahl der angegebenen Fenster muss auch nicht mit der tatsächlichen Ausführung übereinstimmen.

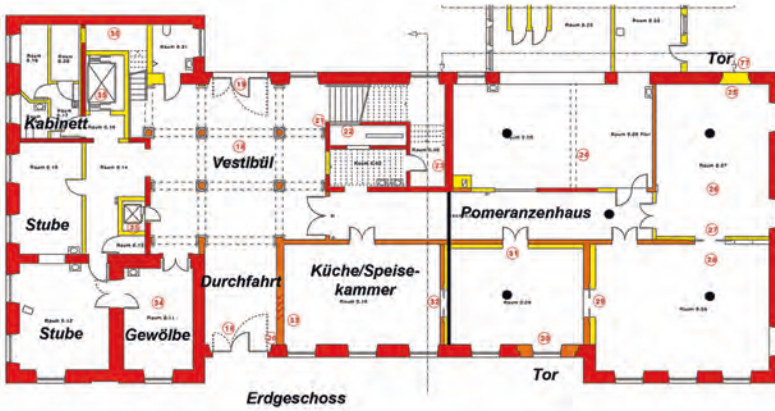
Das Erdgeschoss wurde massiv in Stein ausgeführt und erhielt steinerne Fenstergewände mit Gitterkörben. Dagegen wurde das Obergeschoss in Fachwerk errichtet. Die Fassaden bekamen einen hellbraunen flächigen Anstrich und aufgemalte mittelbraune Quaderfugen.

Fast den ganzen Mittelteil des Erdgeschosses nahmen die offene Durchfahrts-halle (unter König Friedrich verkleinert und mit dorischen Säulen versehen) und das Treppenhaus ein. Der Raum unmittelbar vor der Treppe war das Vestibül mit vier Säulen (Abb. 10). Die Treppenstufen sollten aus Eichenholz oder Stein gemacht werden. Der heute vorhandene Bandelwerkstuck im Vestibül ist nicht bauzeitlich, sondern stammt vom Umbau 1911.

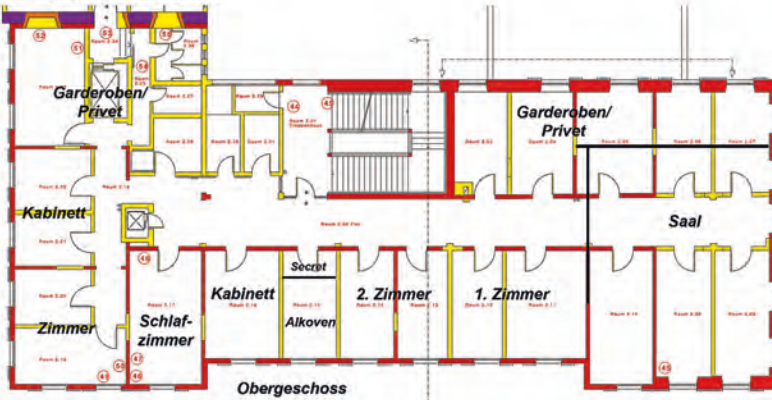
Östlich an die Durchfahrt schloss sich gartenseitig die Küche an, mit einem steinernen Herd unter einem Kamin und einem Wasserstein.⁴³ Im östlichen Gebäudeflügel sowie im ganzen Ostrisalit befand sich ein großes Pomeranzenhaus. Es hatte auf der Gartenseite ein eigenes Tor, das heute zum Fenster umgebaut ist.⁴⁴ Den Raum gliederten fünf Säulen auf Steinpostamenten, der Boden war mit Steinplatten belegt.⁴⁵ Die Säulen, wie auch jene im Vestibül, wurden vermutlich in Stuckmarmor ausgeführt.⁴⁶ Im Sommer, wenn die Pflanzen draußen waren, diente das Pomeranzenhaus als Saal.⁴⁷ Im Westrisalit befanden sich zwei Stuben, ein Kabinett mit französischem Kamin sowie ein Gewölbe, »wo man etwas in Verwahrung setzen kann«.⁴⁸

Im Obergeschoss, erschlossen durch einen mittleren Flur, sollte im nordöstlichen Risalit ein größerer Saal entstehen. Südseitig des Flurs befanden sich zum Garten hin die Räume der Gräfin, nordseitig Garderoben, westseitig ein zweites Appartement.

Der Saal hatte sieben Fenster und ging gemäß den Maßen der Baubeschreibung über die ganze Breite des Risalits, aber nicht über die ganze Länge. Er sollte mit einer Stuckdecke, »in kleine Züg auf chinesische Arth« versehen werden, »wie schon im vorigen Haus zu sehen«. Es gab im Freudentaler Schloss keine Fresko-



Übergang zum alten Schloss



- 17. Jahrhundert
- 18. Jahrhundert
- 19. Jahrhundert
- 20. Jahrhundert
- 023 Befundnummer

Schloss Freudental (LB)
 Baualtersplan
 Stand: 26.03.2014
 Maßstab 1:100
 Bearbeiter: Michael Hermann
 (Plangrundlage: Architekt
 Burkhard Bayer, Sachsenheim)



Abb. 10: Das Vestibül im Erdgeschoss.

malereien, wie z. B. im Schloss des Bruders der Gräfin in Heimsheim.⁴⁹ Das Parkett im Saal war gefeldert, mit Friesen aus Eichenholz und Einlagen aus Tannen- oder Kiefernholz. Zur Heizung diente ein eiserner Ofen.⁵⁰

Es folgten in einer gartenseitigen Enfilade ein Zimmer, dann ein zweites Zimmer mit einem französischen Kamin aus Sandstein mit einem eingesetzten runden Gusseisenofen. Der anschließende Raum wurde als Alkoven bezeichnet und war vermutlich das Schlafzimmer der Gräfin. Seitlich befand sich ein »Secret«, d. h. ein geheimer Raum für einen Nachtstuhl. Die Raumfolge beschloss ein Kabinett mit einem französischen Kamin. Die Decken waren mit Stuck verkleidet, die Parkettböden gefeldert. Im südwestlichen Risalit folgte ein zweites Appartement, bestehend aus einem Schlafzimmer, Eck-Zimmer und Kabinett. Es diente vermutlich als Gastquartier bzw. für den Herzog. Hofseitig befanden sich neben dem Treppenhaus vier Garderoben und zwei Aborte. Das Dachgeschoss enthielt einfache Mansardenzimmer. Die Raumaufteilung wurde wie im Erdgeschoss unter König Friedrich verändert. Dies dokumentiert sowohl der Umbauplan von 1810 als auch eine Skizze von 1827, welche die Raumaufteilung anlässlich eines Aufenthalts König Wilhelms I. in Freudental zeigt.⁵¹

◁ *Abb. 9: Schloss Freudental, Ansicht und Grundrisse. Die Ansicht zeigt die Lage der Zimmer und im linken Risalit die Rekonstruktion der aufgemalten Quaderfugen. In die Grundrisse sind die Zimmer gemäß Rettis Baubeschreibung eingetragen.*

Ausstattung des Freudentaler Schlosses

Von der Ausstattung des Freudentaler Schlosses zur Grävenitz-Zeit ist weder etwas erhalten, noch sind Details bekannt. Krippendorf berichtet: »Ihre Schlösser und Häuser waren auf das Superbeste mit niederländischen sammeten, seidenen, gestickten und allerhand Arten Tapeten, silbernen Tischen, dergleichen Gueridons, Arm- und Wandleuchtern und andern Silberwerk, Spiegeln, item den kostbaresten gestickten Betten, Canapées, Fauteils, Seßeln und dergleichen kostbaren Meubles meublirt, ja allerdings die Feuerböcke in denen Caminen und die Nachtgeschirre waren von Silber«⁵², angeblich sogar aus Massivsilber.⁵³ Schloss Freudental bezeichnete Krippendorf als »superben Pallast«; die Gräfin habe es »dermaßen ausmeublirt, daß ein König darinnen residiren können«.⁵⁴

Zweifellos war die Ausstattung der gräflichen Liegenschaften reich, und tatsächlich gab es die kostbaren Silbermöbel – Spiegel, Tische, Wandleuchter –, Geschirre und dazu noch zahlreiche Juwelen. Einiges dazu ist aus den Prozessakten und Verhören zu erfahren, jenem Verfahren, das Herzog Carl Alexander gegen die Grävenitz angestrebt hatte.

Sie hatte nach ihrer Entfernung vom Hof Möbel aus ihrem Appartement im Ludwigsburger Schloss nach Freudental mitgenommen und beanspruchte weitere Stücke, wie ihr Bett, das mit anderem Mobiliar vom Alten Corps de logis ins Bacchuszimmer im Ordensbau verbracht worden war.⁵⁵ Über das Aussehen dieses Bettes und ihres Schlafzimmers sind wir genau unterrichtet: Es war ein Himmelbett aus Drap d'Or, ein Stoff aus Goldfäden auf grünem Grund, und rotem Damast, mit Laubwerk aus silbernen Fäden, mit Schnüren und Tressen besetzt. Auf die Rückwand waren drei Säulen von silbernem Grund mit Laubwerk umwunden und ein Fürstenhut gestickt. Die Fenstervorhänge waren mit silbernen Tressen besetzt, silbervergoldete Blumengefäße standen auf dem Kamin, drei Spiegel mit massiven Silberrahmen waren aufgehängt und es gab drei massive silberne Tische. Ferner befand sich hier ein Portrait der Gräfin, »so in Ihre Durchl. des Herzogs Schlafzimmer aufgemacht gewesen«.⁵⁶

Über den gräflichen Garten in Freudental ist wenig bekannt. Das Erdgeschoss des Schlosses diente als Pomeranzenhaus, was auf einen großen Bestand an Zitrusbäumen hinweist, die im Sommer den Garten schmückten. Ferner sind im Akkord mit Retti Fontänen erwähnt und der Bildhauer Paolo Groppi hatte 1729/30 Parkskulpturen geliefert.⁵⁷

Ein Plan von 1792 »über den von Freudenthal dem Weisenhof zu nach Bietigheim ziehenden Fahrweg« ist eine der seltenen Bildquellen des Parks vor der Umgestaltung durch König Friedrich (Abb. 11).⁵⁸ Möglicherweise lassen sich hier bauzeitliche Gartenstrukturen fassen. Südlich des Schlosses liegt ein ehemaliges Gartenparterre (?), jetzt mit Sträuchern oder kleinen Bäumen bestanden. Davor befindet sich ein ehemals rechteckig gefasster See, jetzt zum Oval verlandet. Diesen See dürfte Friedrich durch einen Damm zweigeteilt und auf der anderen Seite des Fahrwegs einen dritten Rechtecksee angelegt haben. Westlich des Fahrwegs sind Baumwiesen dargestellt. Die Urflurkarte von 1832 zeigt am Schloss barocke Grundstrukturen eines Gartenparterres, das aber auch unter König

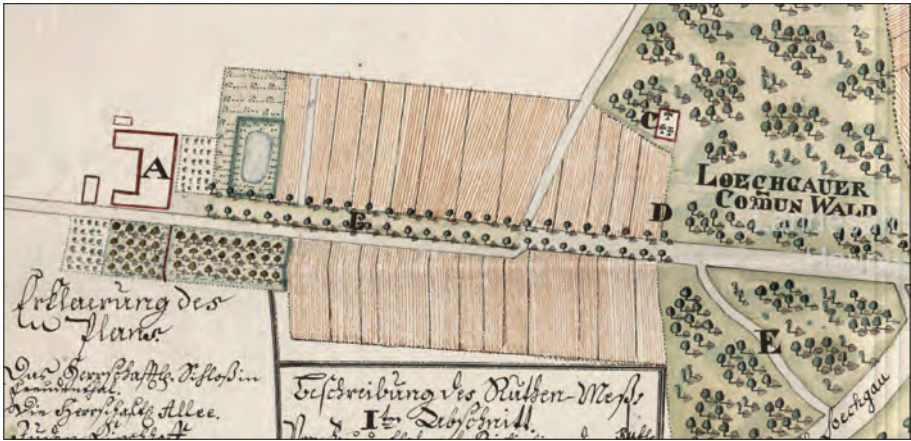


Abb. 11: Plan von 1792 »über den von Freudenthal dem Weisenhof zu nach Bietigheim ziehenden Fahrweg«.

Friedrich angelegt worden sein dürfte.⁵⁹ In der Empirezeit waren in Gebäudenähe formale Blumen- und Rabattenbeete beliebt, wie sie heute wieder vor der Südfront des Ludwigsburger Schlosses zu sehen sind.

In der gegen sie erhobenen Anklage wurde der Gräfin von Würben zur Last gelegt, sie habe sich in großem Stil für das Ludwigsburger Schloss bestimmte Baumaterialien, Bäume, Fontänen, Statuen und Möbel angeeignet und für ihre Zwecke in Freudental verwendet.⁶⁰ Inwieweit das stimmt, ist fraglich. Sicher konnte sie auf die in Ludwigsburg tätigen Künstler zurückgreifen, aber im Fall der Bäume besagt ja der Akkord mit Retti klar, dass die Gräfin ihm Stämme zum Schlagen aus ihren Gütern angewiesen hatte.

Nach ihrem Sturz wollte die Gräfin verständlicherweise ihr Hab und Gut retten. 1734 sollten ihre Möbel von Freudental nach Heilbronn gebracht werden, um sie dort auf dem Neckar einzuschiffen. Württemberg erhielt davon Kenntnis und der Amtmann von Freudental versammelte darauf die Einwohnerschaft, um ihr mitzuteilen, dass der Besitz der Gräfin bei Strafe das Land nicht verlassen dürfe.⁶¹ Doch die Gräfin war gerissen, denn 10 Tage später berichtete der Lauffener Vogt, dass sie längst alles aus Freudental fortgeschafft hatte. Ihr ehemaliger Barbier bezeugte, dass alles »ab- und weggeführt worden, also daß nichts wie dermahlen noch vorhanden, alß das geringe Haußgerät«.⁶²

Besitzungen der Gräfin von Würben

Während ihrer Zeit als herzogliche Favoritin erwarb Christina Wilhelmina zahlreiche Landgüter sowie die damit verbundenen Herrschaftsrechte: 1708 das Gut Gomaringen, das dann 1712 gegen das Schloss Stetten im Remstal getauscht wurde; 1718 die Herrschaft Welzheim (einst reichsfreies Territorium der Schenken

von Limpurg; es ermöglichte 1728 Wilhelmines Bruder Friedrich Wilhelm von Grävenitz die Aufnahme in das Fränkische Reichsgrafenkollegium); 1720 Weibelhub und die Festung Oberleimbach; 1723 die Herrschaften Harburg und Reichenweier im Elsass; 1726/29 Sontheim an der Brenz; 1727 Freudental sowie Schloss und Dorf Brenz; 1728/29 die Herrschaft Gochsheim; 1729 die Grafschaft Eberstein mit allen Rechten als Frauen- und Kunkellehen; 1730 Boihingen; 1731 das Rittergut Lindach.⁶³ In der Residenz Ludwigsburg stand ihr, neben einem Appartement im westlichen Erdgeschoss des Alten Corps des logis, ein Palais in der Marstallstraße zur Verfügung.

Der Besitz der Gräfin war zwar kein zusammenhängendes größeres Gebiet, sondern geographisch weit zerstreut, sicherte ihr aber eine ranggemäße Versorgung. So konnte sie wirtschaftlich und teils auch politisch von Herzog Eberhard Ludwig unabhängig sein, denn die reichsritterschaftlichen Güter unterstanden dem Schutz des Kaisers.

Die Vergabe von Stetten an Christina Wilhelmina war ein großer Gunstbeweis des Herzogs. Damit unterstrich er, dass sie seine eigentliche Ehefrau war, denn Stetten war der Witwensitz der herzoglichen Mutter und hätte nach deren Tod Herzogin Johanna Elisabeth zugestanden.⁶⁴

Für alle diese Besitzungen war eine umfangreiche Verwaltung und Dienerschaft nötig. Krippendorf berichtet darüber: »Ihre eigene Canzley, Räte, Vögte, Amtleuthe, Geistliche, Fräuleins, Cammermenscher, Castellan, Haußschneider, Leibschneidere und Geringere hatte sie vorhin schon gnug, so daß, wenn man ihre Dienerschaft, die auf ihren Güthern hin und wieder mitgerechnet, zusammen zehlete, dieselbe sich über 200 Personen erstreckten.«⁶⁵ Über ihr Personal und ihre Haushaltung führte sie akkurat Buch: »Ihre Hofhaltung war zwar prächtig, doch ging alles sehr ordentlich zu. Und wuste sie ihre Einnahmen und Außgaben accurat und sozusagen auf einen Pfennig, indem sie die Rechnungen selbst abhörete und wie die Kaufleuthe ein Hauptbuch hielt, worinnen alles biß auf das Allerkleinste verzeichnet werden muste.«⁶⁶

Bei der Verwaltung ihrer Güter orientierte sich die Gräfin am absolutistischen Regierungsstil und gab sich als Landesmutter. Sie besetzte die weltlichen und geistlichen Beamtenstellen, ließ sich regelmäßig Bericht erstatten über Konflikte oder den Zustand ihrer Güter, legte Gerichtstage fest und erließ Verordnungen. Seit 1730 war den Beamten vor Ort eine Zentralkanzlei in Ludwigsburg übergeordnet. Die beiden obersten Kanzleibeamten mussten zweimal wöchentlich rapportieren, die Amtsleute gaben vierteljährlich Berichte ab.⁶⁷

Für Paul Sauer war die Gräfin von Würben keine »Landesverderberin«, sondern eine verantwortungsbewusste, auf Fortschritt bedachte Herrin von Freudental, was sich vor allem in ihrem Umgang mit der jüdischen Bevölkerung zeigt. Juden kamen zwar bereits 1723 nach Freudental, als der Ort noch den Zobel von Giebelstadt gehörte, aber die Gräfin Würben hatte am 1. Oktober 1731 einen Judenschutzbrief erlassen: »Wir Christina Wilhelmina, Verwittibte Reichsgräfin von Würben und Freudenthal, regierende Gräfin zu Welzheim und Gochsheim, Frau zu Freudenthal und Neccarbeyhingen, gebohrne Gräfin von Graevenitz pp. Nachdem wir uns auf Ansuchen des allhiesig Hoffactors Levin Fränckel gnädigst entschlossen, in unserem Marcktflecken Freudenthal eine Judenschafft

unter einem Haupt und Vorsteher zu versammeln und anzuordnen [...].«⁶⁸ Paul Sauer schreibt hierzu: »Es gibt im deutschen Südwesten aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts kaum einen Schutzbrief, der in einem ähnlich toleranten Geist abgefasst wurde, der eine ähnlich humane, aufklärerisch-fortschrittliche Gesinnung des Ausstellers, der Ausstellerin bezeugt. In dem Freudentaler Schutzbrief fehlen alle damals sonst noch üblichen diskriminierenden Bestimmungen über die Juden. Diese erhielten vielmehr Freiheit in ihren religiösen und kultischen Angelegenheiten, eine weitgehende Selbstverwaltung in bürgerlich-rechtlicher Hinsicht.«⁶⁹

Sybille Oßwald-Bargende relativiert aber die gräflichen, edlen Absichten: »Das Judenprivileg für Freudental, das sie in Begriff war, auch auf Gochsheim auszuweiten, erließ sie nicht aus humanitären, einer aufklärerischen Menschlichkeit verpflichteten Überlegungen, sondern um jüdisches Kapital und Handels-Know-how zu nutzen.«⁷⁰ Eine Anordnung an ihren Oberamtmann Christian Friedrich Berndes offenbart, dass keineswegs jeder willkommen war. Berndes habe »dahin zu sehen, daß die unnutzen Juden aus Freudenthal je eher je lieber abgeschaffet würden.«⁷¹ Früchte trug dieser Schutzbrief für die Gräfin wohl kaum mehr, denn bereits 15 Tage später endete ihre Herrschaft.

Verhaftung in Freudental

Vielfach wurde die Verhaftung der Gräfin von Würben geschildert, meist dramatisch-atmosphärisch ausgeschmückt. Da ist von eingebrochenen Schlosstüren, Geschrei, Betteln, Ohnmacht und Bedrohung der Gräfin mit der Pistole zu lesen. Das meiste davon ist der Fantasie der Schreiber entsprungen – Hollywood hätte kein dramatischeres Drehbuch schreiben können! Aber schon damals galt, dass eine schlechte Presse – »das Weib«, »die Hexe«, »die Landesverderberin« und schlimmere Bezeichnungen für die Gräfin von Würben – die Auflagen steigerte und zudem Herzog Eberhard Ludwig in ein besseres Licht rückte.

Christina Wilhelmina von Würben hatte sich also nach Freudental in ihr neues Schloss zurückgezogen und wähnte sich dort in Sicherheit. Im Prinzip war dem auch so, denn der Ort war ja als reichsritterschaftliches Gebiet kein Bestandteil Württembergs. Württembergische Truppen waren nicht berechtigt, die Grenzen von Freudental zu überschreiten. Doch Eberhard Ludwig scherte sich nicht um Recht. Am frühen Morgen des 15. Oktober 1731 drang Oberst Friedrich Hermann von Streithorst (1684–1735), Obervogt von Freudenstadt, mit einem Trupp Soldaten in Freudental ein. Krippendorf schilderte die Ereignisse ausführlich:

»Man arrivirte glücklich zu Valligaudio [Freudental] und fand alda nichts Verdächtiges, sondern war nur bekümmert, sich, so gut möglich, zu divertiren. So ging es etwa 8 Tage in Valligaudio zu. Den 14. Octobris 1731 hatte Fredegondens Bruder, der Generalmajor Charlouis [Karl Ludwig von Grävenitz], und Procopius [Krippendorf] ein Lerchenstreichen angestellt und Fredegonden [Christina Wilhelmina von Grävenitz] dahin disponirt, solches mit anzusehen. Der Fang lief wohl ab. Des folgenden Tages früh um 6 Uhr aber ging ein anderer Fang an.

Nemlich es fand sich der Obrist Pugna [Streithorst] mit einem Commando, bestehend in einer Compagnie Reither und einer Compagnie Grenadiers, ein, mit welcher man eine krancke Dame in Arrest nahm, welches wohl mit einer Corporalschafft Philister geschehen können. Von dieser Entreprise ward jedoch hernach ein solches Wesen gemacht, dergleichen die Griechen nicht gethan, alß sie Troja eingenommen, und Pugna hatte des Hof's Meynung nach viel mehr damahlen gewagt und verrichtet, alß Ulysses mit seinem hölzernen Pferde.«

Weiter notierte Krippendorf: »Pugna kahn zu Fredegonden vor ihr Bette, kündigte ihr den Arrest an und bath, daß sie aufstehen und folgen möchte. Sie antwortete, sie wäre nicht im Stande aufzustehen. Zudem wäre sie es auch nicht Willens und befände sie sich in ihrem freyen Schloße, welches unter der immediaten Reichsritterschafft gehörete. Pugna aber zeigte ihr seine Ordre und betheurete, daß er was drum geben wolte, wenn er mit dergleichen Geschäft hätte verschonet bleiben können, tractirete sie also gar nicht unhöflich, wie der Herr von Pölniz in seinen Memoiren geschrieben. Pugna war hierzu viel zu raisonnable, auch sonst ein guter Freund von Fredegonden, hatte ihr auch seine Obristencharge zu dancken, welche er durch die Heurath Fredegondens Cammerfräuleins, der von Tizelboz [Zobeltiz], erhalten. Er tröstete sie also vielmehr und fügte hinzu, daß dieser Arrest ohne Zweifel nicht viel auf sich haben würde. Artamenes [Eberhard Ludwig] wolte nur ihren Gehorsam probiren etc.«⁷²

Dass die Gräfin gebettelt und geweint hätte, wie es Baron von Pöllnitz in seinen Briefen geschrieben hatte, ist eine Legende, um die Geschichte zu dramatisieren.⁷³ Ebenso, dass Streithorst mitten in der Nacht mit der gezogenen Pistole in ihr Schlafzimmer eingebrochen sei und die Gräfin in Ohnmacht fiel.⁷⁴ Vermutlich ist auch der kolportierte Ausspruch von Streithorst falsch: »Die Lerche samt dem Neste werde jetzt ausgehoben werden.«⁷⁵ Die Verhaftung fand nicht bei Nacht und Nebel statt, wie vielfach zu lesen ist, sondern am frühen Morgen. Die ganze Aktion verlief eher ruhig. Krippendorf, der die meisten Soldaten persönlich kannte, ließ sogar ein Frühstück aufstischen und Streithorst war alles scheinbar äußerst unangenehm, denn er verdankte der Gräfin seine Karriere.

Es folgte die Haft der Christina Wilhelmina in Urach, jenem Ort, wo sie 1707 als bigamistische Gemahlin Herzog Eberhard Ludwigs zur Gräfin von Urach ernannt worden war. Vom 19. Oktober 1731 bis 16. Mai 1732 stand sie zunächst unter Hausarrest im Stadtschloss.⁷⁶ Nach einem gescheiterten Fluchtversuch⁷⁷ folgte vom 16. Mai bis 19. Dezember 1732 eine verschärfte Haft auf der Festung Hohenurach. Nachdem am 19. Dezember 1732 der »Uracher Rezess« zwischen der Gräfin und Herzog Eberhard Ludwig geschlossen war, wurde sie im Frühjahr 1733 auf freien Fuß gesetzt und reiste über Mannheim und Heidelberg nach Berlin.⁷⁸

Die Haft wird sicher nicht spurlos an Christina Wilhelmina vorbeigegangen sein und sie aufs Äußerste gedemütigt haben. Vor allem ihren Bruder Friedrich Wilhelm von Grävenitz sah sie als Urheber ihres Sturzes. Krippendorf berichtet, sie habe in ihrem Arrestzimmer mit einem Diamanten Folgendes in eine Fensterscheibe geschnitten: »Schrei nicht zu laut, o Bruder mein, wo ich jetzt bin, kanst du bald seyn.«⁷⁹

Verkauf von Freudental

Die Grävenitzsche bzw. Würben'sche Geschichte Freudentals endete im März 1733 – sie war längst nach Berlin abgereist – mit dem Verkauf von Schloss und Herrschaft für 85 000 Gulden an Herzog Eberhard Ludwig. Der Kaufvertrag umfasste das »freye, eigenthumlich der löbl. Freien Reichsritterschaft in Schwaben Orts am Kocher incorporirt und von derselben collectable RitterGuth Freudenthal, unweit Löchgau und Horrheim in dem Herzogtum Württemberg gelegen, mit seinem ganzen Begriff, bestehend in zwey aneinander gebauten Schlößern, in den untern Schloßhof, samt einem Keller und Orangenhauß darunter, einer Stallung vor die Herrschaftliche Pferd [... sammt allen Gebäuden des Orts und] was in denen Häusern wand- und nagelfest ist«.⁸⁰

Die Kaufsumme von 85 000 Gulden war ein stolzer, guter Preis. Die Gräfin hatte 1727 für die Herrschaft 47 000 Gulden bezahlt, 5500 Gulden in die Renovierung des Unteren Schlosses gesteckt und für den Neubau hatte Retti 12 000 Gulden erhalten. Damit blieb ihr ein Gewinn von 20 500 Gulden, vielleicht weniger, weil die Schlossausstattung mit Tapeten etc. hier nicht berücksichtigt ist.

Die Besitzergreifung durch Württemberg wurde bis 1735 immer wieder hinausgeschoben. Ab 1736 gehörte das Stabsamt Freudental zum Kammerschreibereigut des herzoglichen Hauses. 1742 wurde das Schloss Sitz des Oberforstmeisters am Stromberg und ab 1807 gehörte Freudental zum Hofkammergut des Königshauses.⁸¹ 1810 wurde das Forstamt nach Großsachsenheim verlegt, denn König Friedrich I. erkor Freudental zu seinem Sommer- und Jagdsitz und erweckte die Anlage zu neuem Leben.⁸² Doch davon berichtet Eberhard Fritz im folgenden Aufsatz.

Anmerkungen

- 1 Beschreibung des Oberamts Besigheim, Stuttgart 1853, S. 176.
- 2 Daniel Schulz: Die steinreiche Erbtante. Die Gräfin Christina Wilhelmina von Würben in Berlin, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 68 (2014) S. 59–84, hier S. 64 f.
- 3 Ebd. S. 67 ff.
- 4 Karl Pfaff: Geschichte Wirtenbergs, Bd. 2,2, Reutlingen 1820, S. 325 f.
- 5 Sybille Oßwald-Bargende: Die Mätresse, der Fürst und die Macht. Christina Wilhelmina von Grävenitz und die höfische Gesellschaft, Frankfurt/M., New York 2000, S. 154 ff.
- 6 Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS) A 48/05 Bü 1, Nr. 11, Abschrift des herzoglichen Befehls an den Pfarrer von Thieringen zur Verheiratung der Grävenitz mit dem Landhofmeister von Würben, 18. Januar 1711.
- 7 Oßwald-Bargende (wie Anm. 5) S. 177; vgl. auch Gerhard Raff: Hie gut Wirtemberg allewege, Bd. IV, Schwaigern 2015, S. 170.
- 8 Schulz (wie Anm. 2) S. 74, 78 ff.
- 9 Freundliche Auskunft von Jana Petrová (Jaroměřice nad Rokytnou) und Eduard Vales (Zámek Bílovec).
- 10 Das Portrait der Charlotta Wilhelmina von der Goltz ist abgebildet bei Schulz (wie Anm. 2) S. 74. – Da sowohl das Ölgemälde als auch die Miniatur keine Hinweise auf die Dargestellte enthalten, habe ich versucht, mit kriminalistischen Mitteln weiterzukommen. Zur eindeutigen Gesichtserkennung sind aber nur Fotografien brauchbar. Kunstwerke und gemalte Portraits haben zu viele Abweichungen und sind nie 1:1-Abbildungen einer Person, sondern sind oft geschönt oder idealisiert. Bei allen Gemälden sind zwangsläufig, wenn manchmal auch nur

marginale Abweichungen in der Darstellung und somit in den Proportionen des Gesichts vorhanden. Festzustellen war aber bei einer ersten Anfrage 2016 eine Ähnlichkeit zwischen der Portraitminiatur und dem Portrait der Nichte. Dies kann – muss aber nicht zwingend – auf eine Verwandtschaft hinweisen, da es auch Ähnlichkeiten bei nicht verwandten Personen gibt (Auskunft von Udo Mayerle, Landeskriminalamt Baden-Württemberg). Bei einer neuerlichen Anfrage bezüglich des jetzt entdeckten Portraits im Vergleich zur Miniatur konnte aus den oben genannten Gründen keine gesicherte, fundierte Aussage gemacht werden (freundliche Auskunft von Jürgen Glodeck, Landeskriminalamt Baden-Württemberg).

- 11 Marie Hay: Die Grävenitz. Eine deutsche Pompadour, Stuttgart 1927, S. 414.
- 12 Joachim Brüser (Bearbeiter): Heinrich August Krippendorf. Anekdoten vom württembergischen Hof. Memoiren des Privatsekretärs der herzoglichen Mätresse Christina Wilhelmina von Grävenitz (1714–1738), Stuttgart 2015.
- 13 Ebd. S. 244.
- 14 Kay Lutze: Sissis schöne Zähne, in: Zahnärztliche Mitteilungen 02/2015; Walter und Renate Hain: Kaiserin Elisabeth und die historische Wahrheit, Norderstedt 2015, S. 211 f.
- 15 Brüser (wie Anm. 12) S. 12.
- 16 Ebd. S. 245.
- 17 Lion Feuchtwanger: Jud Süß, Frankfurt 1988, S. 11 f.
- 18 Oßwald-Bargende (wie Anm. 5) S. 111 f.
- 19 Ebd. S. 112 f.
- 20 Hans Wagner: Das Reisejournal des Grafen Seckendorff, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 1957, S. 186–243, hier S. 217 f. und 220; vgl. auch Schulz (wie Anm. 2) S. 62 f.
- 21 Brüser (wie Anm. 12) S. 28, 253.
- 22 Ebd. S. 28 f.
- 23 Theodor Boley: Freudental, Brackenheim 1963, S. 6; Staatsarchiv Ludwigsburg (StAL) GL 135 Bd. 17, Stabsamt Freudental.
- 24 Boley (wie Anm. 23) S. 8 f.
- 25 Paul Sauer: Wilhelmine von Grävenitz, die schwäbische Pompadour, Freudental 2009 (Freudentaler Blätter 5), S. 17.
- 26 StAL GL 135 Bd. 18.
- 27 Freundliche Auskunft von Evangelia Ntouni, Landesamt für Denkmalpflege. Siehe: Schloss Freudental, bauhistorische Untersuchung, <http://www.bauforschung-bw.de/objekt/id/182012767014/schloss-freudental-in-74392-freudental/>; Bericht: Michael Hermann: Schloss Freudental. Bauhistorische Untersuchung, April 2014.
- 28 StAL F 154/II Bü 3923, Lageplan Ortskrankenkassen-Verband Stuttgart 1917. Die Küche befand sich damals im Verbindungsbau zwischen Schloss und Ökonomie.
- 29 StAL GL 130 Bd. 192, Nr. 4, Akkord mit Retti vom 13. März 1728.
- 30 Hermann (wie Anm. 27) S. 13 und 31 (Befund 36). Da keine vertikalen Fugen beobachtet wurden, dürfte es sich um eine Bandrustika gehandelt haben, die vermutlich nur das Erdgeschoss gliederte.
- 31 Schloss Freudental, bauhistorische Untersuchung (wie Anm. 27) S. 7.
- 32 StAL GL 130 Bd. 192, Akkord mit Oberbaumeister Paolo Retti; abgedruckt bei Boley (wie Anm. 23) S. 11 ff.
- 33 Dass Retti tatsächlich seinen Vorrat verwendete, belegen die Hölzer am Dachstuhl, die zwischen 1722 und 1729 geschlagen wurden; Hermann (wie Anm. 27) S. 18.
- 34 StAL GL 130 Bd. 192, Akkord vom 7. April 1729.
- 35 StAL GL 130 Bd. 192; vgl. auch Boley (wie Anm. 23) S. 14.
- 36 Schloss Freudental, bauhistorische Untersuchung (wie Anm. 27) S. 4 f.
- 37 Zum Umbauplan von 1810 vgl. den Aufsatz von Eberhard Fritz im vorliegenden Band der Ludwigsburger Geschichtsblätter. Hermann (wie Anm. 27, S. 35) nimmt an, dass bereits zur Bauzeit die Außenwand ab dem Treppenhaus bis um den Saal herum auf die Südseite massiv ausgeführt war, was aber offensichtlich nicht der Fall war.
- 38 Schloss Freudental, bauhistorische Untersuchung (wie Anm. 27) S. 5.
- 39 Ebd.
- 40 Hermann (wie Anm. 27) S. 17.

- 41 Schloss Freudental, bauhistorische Untersuchung (wie Anm. 27) S. 5.
- 42 StAL GL 130 Bd. 192, Bauschreibung über den »Neuen Bau zu Freudenthal« von Retti vom 28. März 1729 und vom 7. April 1729, unterzeichnet von der Gräfin.
- 43 Die Lage der Würben'schen Küche ist nicht eindeutig zu klären. Rettis Baubeschreibung erwähnt die Küche rechts der Durchfahrt; Hermann (wie Anm. 27, S. 30) rekonstruiert die Küche rechts des Treppenhauses an der Hofseite. Er bezieht sich auf einen Unterzug einer mutmaßlichen Brandwand zwischen Küche und Pomeranzenhaus. Gemäß dem Umbauplan von 1810 wurde die Wand aber erst dann eingezogen. Statt einer Küche rechts der Durchfahrt nimmt Hermann hier ein offenes Vestibül an. Die östliche Wand der südseitigen Einfahrt weist er dem Umbau 1810 zu, da kein Mauerwerksverband mit der Außenwand besteht. Aber der Umbauplan zeigt, dass diese Wand 1810 schon bestand. Aus der Bauphase 1911 stammt die Wand jedenfalls nicht, da sie nicht neu verputzt wurde, sondern noch mehrere alte weiße und hellgraue Tüncheschichten aufweist. Da es eine Bruchsteinmauer ist und kein Fachwerk, wie aus der Bauphase 1810, scheint die Wand von Retti nachträglich eingesetzt worden zu sein, um die Küche von der Durchfahrt zu trennen. Dann zeigt der Umbauplan von 1810 im Einfahrtsraum des ehemaligen Pomeranzenhauses unmittelbar neben der Küche die Neuanlage eines Herdes. Die Küche wurde scheinbar um einen Raum verschoben.
- 44 Rettis Baubeschreibung spricht von drei Öffnungen. Ein zweites, vermauertes Tor wurde in der Nordseite des Risalits entdeckt (1911 verkleinert, 1912 vermauert); vgl. Hermann (wie Anm. 27) S. 45. Die dritte Öffnung wurde bisher nicht nachgewiesen.
- 45 Wo genau sich die Säulen befanden, ist nicht nachgewiesen.
- 46 StAL GL 130 Bd. 192, Überslag über Stuckmarmorsäulen vom 7. März 1730. Die Säulen sollten gemacht werden wie im Kabinett der Gräfin im Neuen Corps des logis des Ludwigsburger Schlosses.
- 47 Bereits 1718 hatte die Gräfin von Würben in ihrem Schloss Stetten im Remstal eine Orangerie bauen lassen. Dort tragen mit Ranken bemalte Holzsäulen die Decke.
- 48 StAL GL 130 Bd. 192, Baubeschreibung 28. März 1729.
- 49 Im dortigen Saal befindet sich ein Deckenfresko von Carlo Carlone 1730; vgl. Werner Fleischhauer: Barock im Herzogtum Württemberg, Stuttgart 1958, S. 244.
- 50 StAL GL 130 Bd. 192, »Überslag über eine neye Behausung« von Retti, ohne Datum.
- 51 StAL E 20 Bü 349.
- 52 Brüser (wie Anm. 12) S. 116.
- 53 Ebd. S. 14.
- 54 Ebd. S. 95.
- 55 HStAS A 48/05 Bü 15, Schreiben vom 27. Juli 1731.
- 56 HStAS A 48/05 Bü 15, »Ludwigsburg. Extractus außer dem fürstl. Castellaney Inventario«, 1. August 1731.
- 57 Fleischhauer (wie Anm. 49) S. 244.
- 58 HStAS A 249 Bü 3612.
- 59 Vgl. die Abbildung im Aufsatz von Eberhard Fritz in diesem Band.
- 60 Paul Sauer: Musen, Machtspiel und Mätressen. Eberhard Ludwig – württembergischer Herzog und Gründer Ludwigsburgs, Stuttgart 2008, S. 133.
- 61 HStAS A 48/05 Bü 53, Nr. 29 1/3, Schreiben vom 3. September 1734.
- 62 HStAS A 48/05 Bü 53, Nr. 30, Schreiben vom 14. September 1734.
- 63 HStAS A 48/05, Besitzungen der Grävenitz.
- 64 Oßwald-Bargende (wie Anm. 5) S. 123 f.
- 65 Brüser (wie Anm. 12) S. 116.
- 66 Ebd. S. 245.
- 67 Oßwald-Bargende (wie Anm. 5) S. 133 ff.
- 68 HStAS A 434 L Bü 8, Nr. 7; abgedruckt bei Boley (wie Anm. 23) S. 14 ff.; vgl. Sauer (wie Anm. 25) S. 18 ff.
- 69 Ebd. S. 17.
- 70 Oßwald-Bargende (wie Anm. 5) S. 135.
- 71 Ebd. S. 286, Anm. 218.
- 72 Brüser (wie Anm. 12) S. 124.

- 73 Ebd. S. 256; vgl. Karl Ludwig Baron von Pöllnitz: Des Freyherrn von Pöllnitz Briefe, 1. Teil, Frankfurt 1738, S. 389–391.
- 74 Raff (wie Anm. 7) S. 321, Am. 762.
- 75 Ebd. S. 230 (Eintragung von Pfarrer Dr. Johann Friedrich Ostertag im Kirchenbuch Freudental 1851).
- 76 Von Krippendorf erfahren wir darüber (Brüser, wie Anm. 12, S. 126): »In Rucha [Urach] wurden die Arrestanten sehr wohl gehalten. Fredegonde [Christina Wilhelmina von Grävenitz] hatte dieselbe Zimmer, alwo sie sonst, wenn Artamenes [Eberhard Ludwig] sich der Hirschprunfft zu gefallen in Rucha aufhielte, alß welches die besten, innen, Procopius [Krippendorf] logirte in einem bequehmen Zimmer und Terret [Rötter] auf der alten Schloßseithen. Artamenes hatte solche gute Verfügungen machen laßen, daß an Wildpret, Fischen und allerhand Victualien nicht der geringste Mangel erschien. Mann ließe auch sogar Austern von Francopolis [Frankfurt] kommen. Wein von allerhand Sorten hatte Fredegonde überflüßig von ihren Güthern kommen laßen, denn sie hatte solchen weith beßer, alß mann am Hofe hatte. Ihre Köche, welche die Speisen appetirten, und Laquais, die über Tafel aufwarteten, gingen sonst frey auf dem Schloße, wo sie auch logirten, herum. Wenn sie aber in die Statt gehen wolten, musten sie Soldaten bey sich haben. [...] Enfin, es erschien in allem nicht der geringste Mangel oder Abgang, alß die Freyheit.«
- 77 Laut Krippendorf hatte die Gräfin ein Loch in die Mauer hinter ihrem Bett im Uracher Stadtschloss gebrochen, das entdeckt wurde; Brüser (wie Anm. 12) S. 165.
- 78 Oßwald-Bargende (wie Anm. 5) S. 187.
- 79 Brüser (wie Anm. 12) S. 137.
- 80 HStAS A 48/05 Bü 1, Nr. 33, Kaufvertrag vom 23. und 26. März 1733; vgl. auch Boley (wie Anm. 23) S. 17 f.
- 81 Boley (wie Anm. 23) S. 18.
- 82 Bereits für Sommer 1809 sind Umbauten dendrochronologisch nachgewiesen; Hermann (wie Anm. 27) S. 16.

Das königliche Jagdschloss am Stromberg

König Friedrich von Württemberg in Freudental

von Eberhard Fritz

Durch die Initiative eines privaten Unternehmers wird das Schloss Freudental seit einigen Jahren als Veranstaltungsort für private und betriebliche Feiern genutzt.¹ Man kann die Räume mieten oder im historischen Schlosspark feiern. Damit knüpft der Eigentümer und Betreiber bewusst an die Tradition des 18. und frühen 19. Jahrhunderts an, als Schloss Freudental ein Land- und Jagdschloss der württembergischen Herzöge war. Unter König Friedrich erlebte das Schloss seine letzte Blütezeit als herrschaftliche Residenz. Der Nachfolger König Wilhelm I. gab es auf, weil er seine Hofhaltung einschränkte und andere Schlösser bevorzugte. Danach erlebte die Anlage eine wechselvolle Geschichte als Wohnhaus der Pensionärinnen des Katharinenstifts Stuttgart, Erholungsheim der Allgemeinen Ortskrankenkasse Stuttgart und schließlich als Altenheim des Landkreises Ludwigsburg. Im Lauf dieser verschiedenen Phasen wurde das Schloss innen stark verändert und umgebaut.² Als das Seniorenheim nicht mehr den Anforderungen der modernen Altenpflege entsprach und aufgegeben werden musste, wusste man längere Zeit nicht, wie man die Immobilie nutzen sollte. Mit der gastronomischen Nutzung ist das Schloss Freudental wieder ein Ort der Feste und Feiern geworden. Wo einst Mitglieder der württembergischen Regentenfamilie residierten, kann man heute die Räume und den Garten für Veranstaltungen mieten.

Über die Baugeschichte des Schlosses in seiner zweiten Blütezeit des frühen 19. Jahrhunderts war bisher eher wenig bekannt. Die Bauunterlagen schienen verschollen, Pläne über den Umbau für König Friedrich gab es nicht. Durch eine Wiederentdeckung von Bauakten im Archiv des Hauses Württemberg im Schloss Altshausen kann die kurze Phase genauer rekonstruiert werden, in der das Schloss wieder zum repräsentativen Ort höfischen Lebens umgebaut werden sollte. Bedauerlich ist freilich, dass sich bislang kein Plan des Schlossgartens gefunden hat, in dem die Häuser und Anlagen eingezeichnet sind.³

Schlösser in Stuttgart und Ludwigsburg

Im Dezember 1797 trat der 43-jährige Herzog Friedrich II. nach dem Tod seines Vaters Herzog Friedrich Eugen die Regierung im Herzogtum Württemberg an.⁴ Im Gegensatz zu seinen Vorgängern, den Brüdern Herzog Karl Eugen († 1793), Herzog Ludwig Eugen († 1795) und Friedrich Eugen († 1797), bestieg nun ein Regent im mittleren Alter den württembergischen Thron. Wenige Monate vor

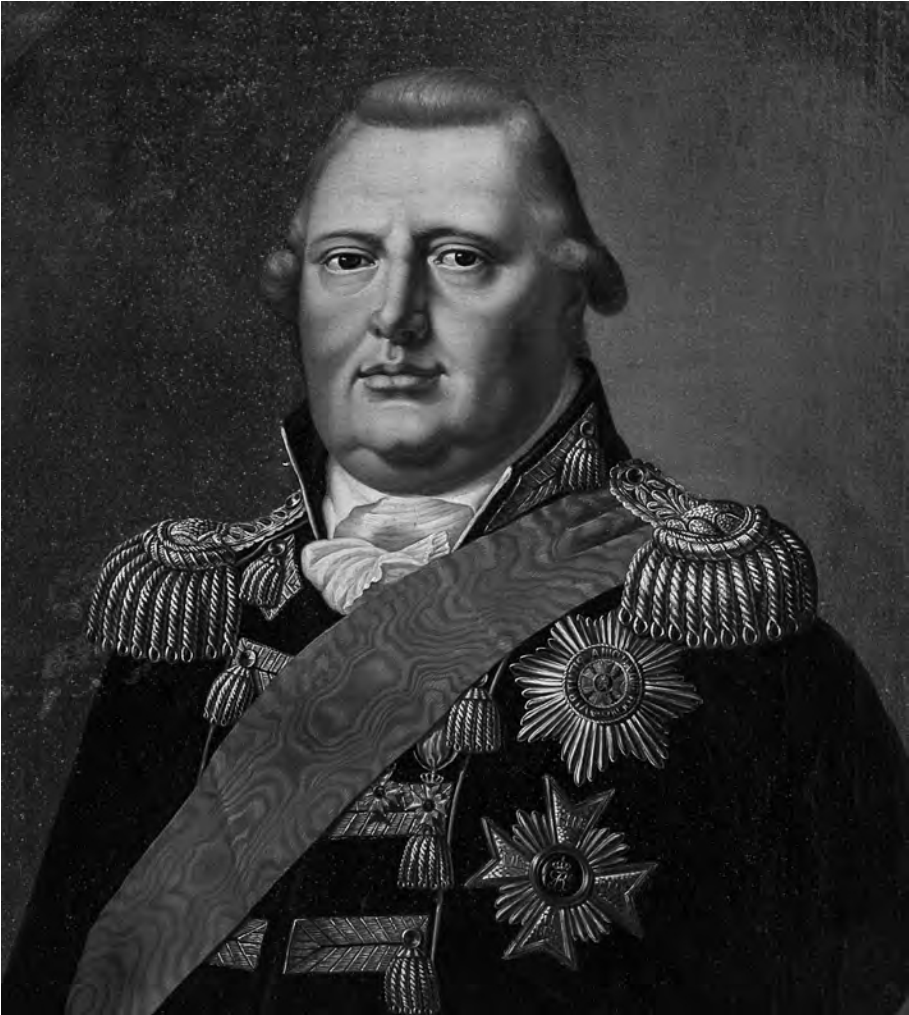
seinem Regierungsantritt hatte er in zweiter Ehe Prinzessin Charlotte Auguste Mathilde von Großbritannien und Irland geheiratet. Nun bezog das herzogliche Paar das Residenzschloss in Stuttgart. Von Ostern bis Ende September wurde der gesamte Hof zum Sommeraufenthalt nach Ludwigsburg in das weitläufige Schloss verlegt. Dort ließ Herzog Friedrich II. umfangreiche Bauarbeiten vornehmen, um die barocken Räume im damals modernen Empirestil einzurichten.⁵ Für Anlässe im kleineren Rahmen stand das Jagdschloss Favorite unweit des Schlosses Ludwigsburg zur Verfügung. Ein nicht voll ausgebautes barockes Seeschlösschen mit einem viereckigen Bassin lag am Eglosheimer See.

Zwei Jahre nach dem Regierungsantritt Herzog Friedrichs II. mussten die Bauarbeiten im Schloss Ludwigsburg und an den Gärten eingestellt werden. Im Zuge der französischen Revolutionskriege kamen ausländische Heere ins Land und bedrohten die herzogliche Familie. Der Herzog und die Herzogin flohen zunächst in die württembergische Nebenresidenz Weitingen und dann nach Erlangen. Erst nach einem Jahr war die Gefahr vorüber, das Regentenpaar kehrte nach Württemberg zurück und das Leben normalisierte sich. Nun wurden die Bauarbeiten im Schloss Ludwigsburg fortgesetzt. Neben den Gartenanlagen im englischen Stil mit »gotischen« Gebäuden richtete der Herzog seiner Gemahlin einen Musterbauernhof ein und hielt auch selbst schönes Vieh.⁶ Seit dem späten 18. Jahrhundert betrieben viele Fürsten eine »musterhafte« Landwirtschaft als Prestigeprojekt.

Nach der Rückkehr wandte Herzog Friedrich II. dem Schlösschen am Eglosheimer See seine Aufmerksamkeit zu. Herzog Karl Eugen hatte 1764 an diesem idyllischen Ort ein barockes Schloss in Auftrag gegeben. Als er wenig später einen noch schöneren Platz bei Gerlingen fand und dort das Schloss Solitude errichten ließ, verlor er das Interesse am Seeschloss.⁷ Friedrich II. wollte es nun durch seinen Hofbaumeister Nikolaus Thouret vollenden lassen.⁸ Das Seeschlösschen grenzte an einen großen Tiergarten, in dem der jagdbegeisterte Herzog seiner Leidenschaft nachgehen konnte. Man unterschied einen »roten Tiergarten« mit Rotwild und einen »weißen Tiergarten« mit Damwild.⁹ Außerdem bot sich das kleine Schloss als intimer Rückzugsort an. Begleitet von einer kleinen Gesellschaft, entging der Herzog in der idyllischen Umgebung dem strengen Zeremoniell des höfischen Alltags.

Durch die Erhebung zum Kurfürsten und eine umfangreiche Erweiterung seines Landes erlebte Herzog Friedrich II. 1803 eine Rangerhöhung. Nach der Vollendung des Seeschlösschens im Jahr 1804 gab ihm Friedrich II. den Namen »Monrepos«. In goldenen Buchstaben ließ er diesen Namen über dem Eingangportal anbringen. Dagegen nutzte der Herzog das von seinem Onkel errichtete Schloss Solitude kaum mehr. Dort verwilderten die Gärten, einige Gebäude wurden abgebrochen.

Zum 1. Januar 1806 nahm Kurfürst Friedrich unter der Protektion des französischen Kaisers Napoleon die Königswürde an. Erneut fielen mediatisierte und säkularisierte Gebiete an den König. Diese bedeutende Aufwertung unter den deutschen Fürsten musste der neue Monarch auch in seiner Repräsentation demonstrieren. Die Schlösser wurden noch einmal durch Reparaturen und Umbauten aufgewertet. Im Residenzschloss Stuttgart ließ König Friedrich einen Marmorsaal einbauen, damit auch die Winterresidenz einen angemessenen Rahmen bot. In Oberschwaben erwarb er 1807 nach der Säkularisation und Mediatisierung der Deutschordenskommande Altshausen das dortige große Barock-



König Friedrich.

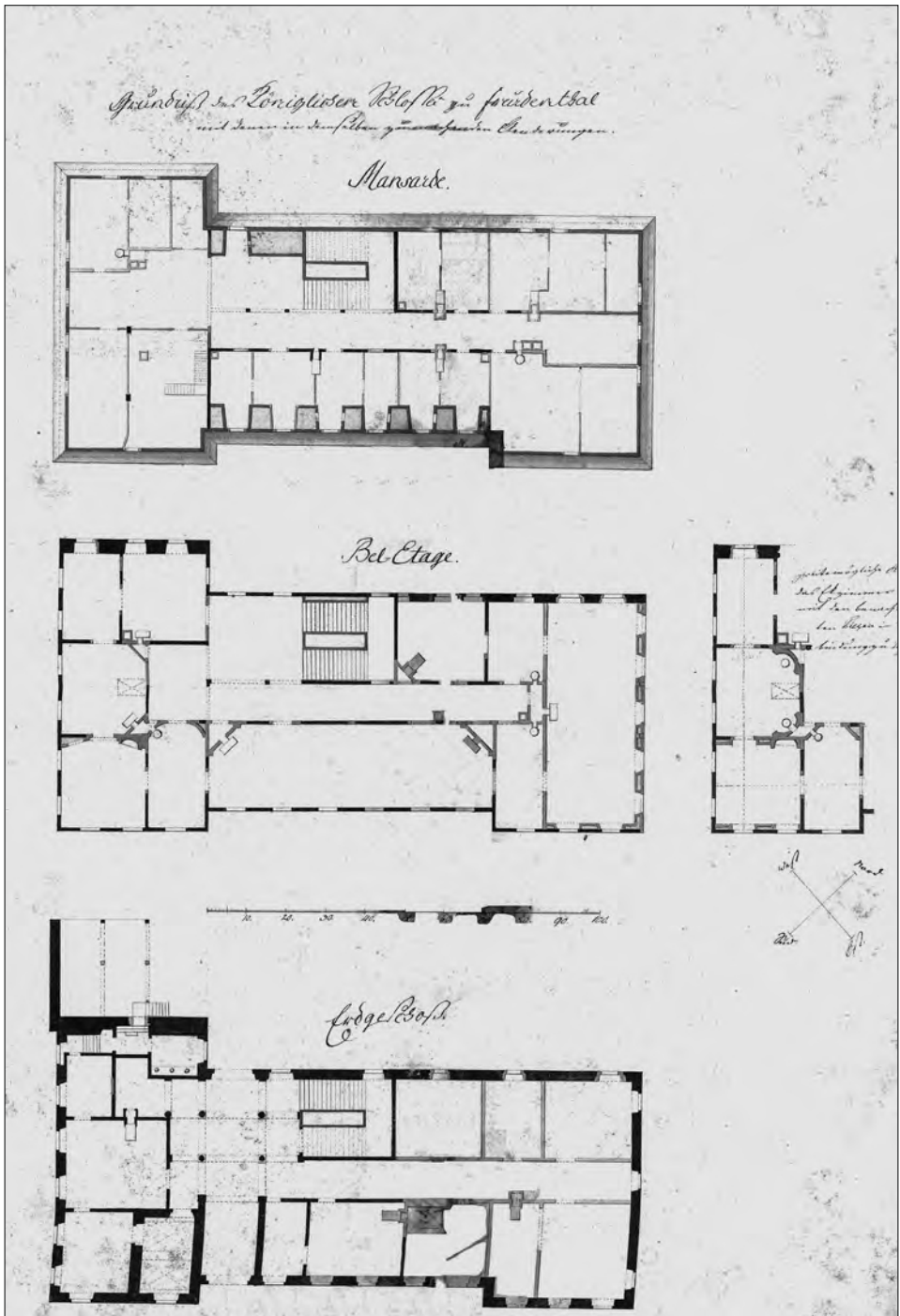
schloss für sein Privatvermögen. Drei Jahre später brachte er die dazugehörige kleine Herrschaft in seinen Besitz. Damit war der König Eigentümer des Dorfes Altshausen. Vom Schloss führte eine lange Allee zu einem Waldgebiet, in dem noch zu Zeiten des Deutschen Ordens ein Seepark angelegt worden war. Neben den repräsentativen Residenzschlössern Stuttgart und Ludwigsburg unterhielt König Friedrich weiterhin das kleine Schloss Monrepos. Dorthin führte er auch wichtige Besucher. Unmittelbare Vorbilder für die Gestaltung der Gärten gab es mit den weitläufigen Parks in Ludwigsburg, Monrepos und Altshausen genügend. Aber König Friedrich wollte in Freudental einen weiteren Rückzugsort auf dem Land schaffen.

Ein neues Schloss

In dem kleinen Ort Freudental am Stromberg lag ein kleineres barockes Schloss.¹⁰ Es war 1729 für die Mätresse des Herzogs Eberhard Ludwig von Württemberg, Christina Wilhelmina von Grävenitz, errichtet worden. Wenige Jahre nach der Fertigstellung fiel das Schloss jedoch an Württemberg und wurde später als Amtssitz eines Oberforstmeisters genutzt. Die Gärten, Wiesen und Äcker im Schlossbezirk wurden verpachtet. Allerdings gehörten sowohl das Schloss als auch der Ort Freudental zum privaten Eigentum der württembergischen Regentenfamilie. Seit dem 16. Jahrhundert hatte die herzogliche Familie ein privates Vermögen erworben und selbständig verwalten lassen. Nach einer Verwaltungsreform richtete König Friedrich im Jahr 1806 die Hof- und Domänenkammer als Verwaltungsbehörde für sein privates Vermögen ein.¹¹ Der weit zerstreute Besitz wurde von Hofkameralämtern verwaltet. Ein solches Hofkameralamt errichtete man 1807 im Freudentaler Schloss. Bei den Hofkameralverwaltern gab es eine hohe Fluktuation. Nur wenige Monate blieb Christoph Friedrich Ammermüller in Freudental. Zur Zeit des Schlossbaus wurde dieses Amt von Hofkameralverwalter Christoph Ludwig Herzog geleitet. Er versah es jedoch nur ein Jahr lang. Sein Nachfolger Karl Amandus Friedrich Stockmayer wurde nach dreijähriger Tätigkeit 1814 versetzt. Zwar trat Friedrich Feucht den Dienst als Hofkameralverwalter an. Aber noch im selben Jahr verfügte König Friedrich, dass das Hofkameralamt Freudental aufgelöst und mit dem Hofkameralamt Lauffen unter der Leitung Feuchts vereinigt werden sollte.¹²

Im Frühjahr 1810 entschloss sich König Friedrich, ein weiteres Bauprojekt in Angriff zu nehmen. Er wollte das Schloss Freudental als Jagdschloss nutzen. Von der Sommerresidenz Ludwigsburg aus benötigte man etwa zwei Stunden, um die 20 Kilometer lange Strecke zurückzulegen. Für die Fahrt von Stuttgart musste man für etwa 35 Kilometer Fahrstrecke die doppelte Fahrzeit veranschlagen und dabei noch die Zeit für einen eventuellen Pferdewechsel dazurechnen. Über die Gründe für den Entschluss des Monarchen, eine weitere Schlossanlage ausbauen zu lassen, welche im Grunde demselben Zweck wie Monrepos gewidmet war, lässt sich nur spekulieren. Aus den Quellen geht nicht hervor, inwieweit er die Absicht hatte, auf längere Sicht die Anlage in Monrepos aufzugeben. Als passioniertem Jäger gefielen dem König sicher die Jagdgebiete am Stromberg. Vielleicht reizte ihn das hügelige Gelände mehr als der auf einer Ebene gelegene Tiergarten in Monrepos.

Mit großer Energie ging der König das neue Bauprojekt in Freudental an. Zunächst musste er das Schlossgelände durch den Kauf und Tausch von Grundstücken arrondieren lassen. Er wollte auf seinem eigenen Grund jagen und erwarb von den umliegenden Gemeinden Waldflächen. Diese Aufgaben hätten den in Freudental amtierenden Hofkameralverwalter überfordert. Deshalb unterstellte König Friedrich die Schlossverwaltung seinem engen Freund, dem General-Ober-Intendanten der königlichen Schlösser, Generalleutnant Carl Ludwig Emanuel von Dillen (1777–1841).¹³ Bei einem Besuch des Königs am 4. Juni 1810 erhielt der Hofkameralverwalter Christoph Friedrich Ammermüller den Auftrag, das Pachtverhältnis der Gärten am Schloss aufzukündigen. Auch



Plan des Schlosses Freudental, 1810.

die Wiesen und Äcker im Umfang von 157 Morgen (etwa 50 Hektar) wurden auf Herbst 1810 den Pächtern entzogen und in eigene Verwaltung genommen. Für die unmittelbare Schlossverwaltung sollte ein Hausschneider angestellt werden, ebenso ein Gärtner für den neu anzulegenden Schlossgarten.¹⁴

Mit dem Umbau und der Modernisierung des Schlosses beauftragte König Friedrich den Landbaumeister Karl Kümmerer.¹⁵ Dieser legte Pläne vor, die der König bei einem Besuch in Freudental am 22. Juni 1810 mit dem Architekten besprach. Die Kosten schätzte Kümmerer auf 11 200 bis 12 500 Gulden, je nachdem, ob das Bauholz kostenlos zur Verfügung gestellt werden würde oder nicht. Er sah aber die Errichtung einer neuen Hofküche aus Brandschutzgründen als notwendig an und schlug vor, dazu die vorhandene herrschaftliche Obstdörre abzubringen. Man baute die Hofküche vor dem Schloss, gegen den Ort zu, so dass weder Brandgefahr drohte noch die Geruchsentwicklung störte. Der finanzielle Aufwand für den Umbau des Schlosses Freudental entsprach etwa dem doppelten Jahresertrag, der vom Hofkammeramt Freudental in einem Durchschnittsjahr an die Hofkasse abgeliefert wurde.

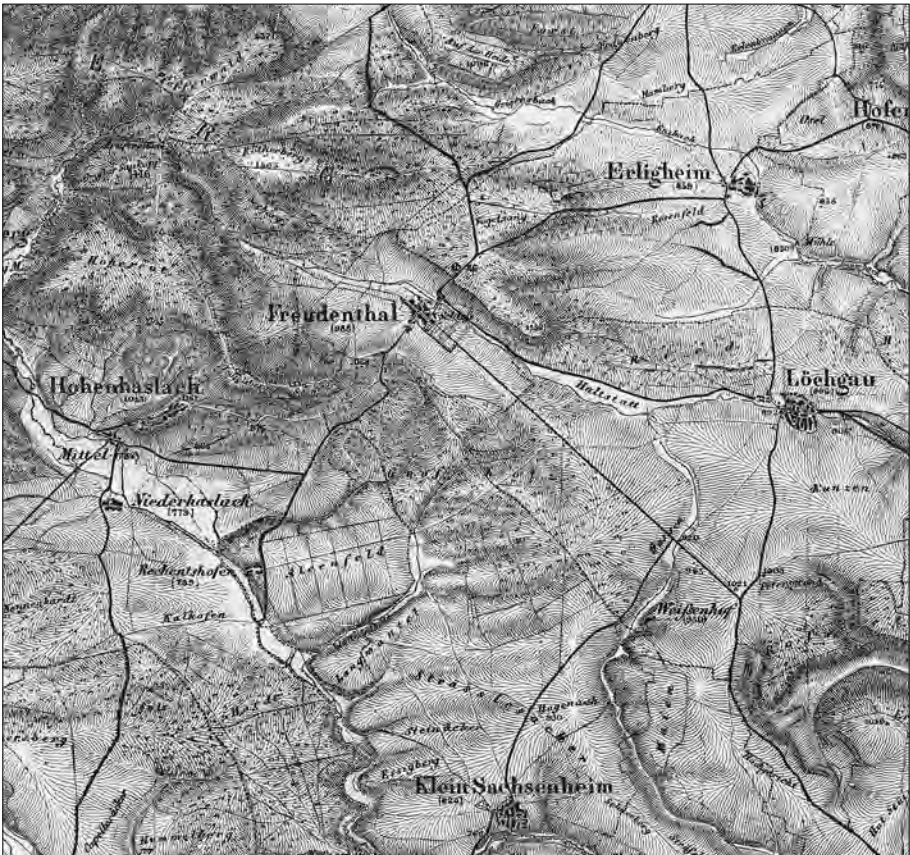
Landbaumeister Kümmerer erweiterte durch den Anbau weiterer Gebäude das Schloss zu einer dreiflügeligen Anlage mit einem Ehrenhof. Die Innenräume wurden im klassizistischen Stil umgestaltet. Im Zuge des Umbaus veränderte Kümmerer den Haupteingang so, dass der König mit der Kutsche einfahren und direkt an der breiten Treppe zur Beletage aussteigen konnte. Aus statischen Gründen errichtete man eine Säulenhalle als tragendes architektonisches Element. In der Orangerie im Erdgeschoss schuf der Landbaumeister durch die Einziehung von Wänden eine Anzahl von einzelnen Zimmern.¹⁶ Im ersten Stock befand sich die Beletage mit den Gemächern des Königs und einem großen Saal für Bälle und größere Tafeln. Neben dem Schloss sollten weitere Gebäude gebaut werden. Der Kavalierebau an der nordwestlichen Ecke des Schlosses bestand schon und wurde für Jagdgäste eingerichtet. An der nordöstlichen Ecke errichtete man ein Stallgebäude für bis zu 27 Pferde.¹⁷ Westlich vom Schloss wurde der so genannte Prinzenbau als Residenz für die Angehörigen der königlichen Familie aufgeführt.¹⁸

König Friedrich war mit der Planung seines Landbaumeisters einverstanden und ließ ihm jegliche Unterstützung zukommen.¹⁹ Für den Umbau und die Renovierung des Schlosses Freudental verwendete man bereits vorhandene Fenster aus dem Baumagazin in Stuttgart und aus dem Schloss Hohenheim. Zur Befuhr der Baumaterialien aus Stuttgart durfte Landbaumeister Kümmerer Pferdefuhrwerke der Artillerie nutzen.²⁰ Von Anfang an trieb König Friedrich den Architekten und die beteiligten Bauunternehmer zu größter Eile an.²¹ Man war von ihm nichts anderes gewöhnt.

Umgehend begann man mit den Bauarbeiten, und bereits im Sommer bereiteten die verantwortlichen Beamten, dass das »Schloß-Bauwesen zu Freudenthal mit allem Nachdruck betrieben werde«. Deshalb hatte man aus den Oberämtern Vaihingen, Bietigheim und Brackenheim zusätzliche Arbeiter angestellt.²² Da man vorhandenes Baumaterial und Einrichtungsgegenstände aus dem Schloss Freudental und aus dem Baumagazin nutzte, ging die Arbeit rasch voran, denn man konnte überwiegend lokale Handwerker dazu verpflichten. Beispielsweise

benötigten die Schlosser und Glaser nur drei Wochen zur Ausführung ihrer Arbeiten.²³ Statt der altmodischen Queröfen baute man in die repräsentativen Zimmer modernere und effizientere Kanonenöfen ein.²⁴ Um die Zimmer zu trocknen, heizte man sie einen Monat lang stark ein und verbrannte dabei ungeheure Mengen an Buchenholz.²⁵

Als Zugang zum Schloss wurde exklusiv für den König eine Allee vom Schloss bis zur Löchgauer Straße gebaut. Dafür musste das unebene Gelände planiert werden.²⁶ Zum anstrengenden Straßenbau brachte man auf Befehl des Königs Häftlinge von der Festung Hohenasperg, so genannte »Gallioten«, nach Freudental.²⁷ Für sie richtete man ein »Galliotenhaus« ein.²⁸ Hier griff König Friedrich auf Erfahrungen aus den Umbauarbeiten am Schloss Monrepos zurück, wo ebenfalls Festungsgefangene einen großen See ausgehoben und zwei künstliche Inseln aufgeschüttet hatten.²⁹ In Freudental arbeiteten 100 Sträflinge, bewacht von 100 Soldaten.³⁰ Je drei Offiziere und 35 Soldaten taten abwechselungsweise Dienst.³¹



*Freudental und Umgebung.
Die schnurgerade auf das Schloss zulaufende Allee ist gut erkennbar.*

Legendär geworden ist die Geschichte der Schimmelstute Helene. Der stark übergewichtige König hatte Mühe, ein Pferd zu besteigen. Sein Leibreitpferd Helene war so dressiert, dass es niederkniete und seinen Herrn aufsteigen ließ. Im Jahr 1813 verendete das Tier, an dem König Friedrich außerordentlich hing. Er ließ es im Freudentaler Wald begraben und ihm um 150 Gulden ein Denkmal errichten.³² Lange Zeit später wurde das Denkmal abgebaut und in einer Hofeinfahrt verwendet. Dort fand es nach Jahrzehnten der Freudentaler Bürgermeister, ließ es restaurieren und wieder aufstellen. So blieb dieses eigenartige Denkmal bis heute erhalten.³³

Spätestens im Jahr 1814 war das Schloss soweit ausgebaut und eingerichtet, dass es als vollwertige Residenz dienen konnte. Ein »Hof-Post-Stall« ermöglichte den Postverkehr mit den anderen Schlössern und mit den württembergischen Behörden.³⁴ So konnte König Friedrich in Freudental seine Regierungsgeschäfte ausüben. Wie Inventare aus diesem Jahr belegen, handelte es sich um ein stilvoll gestaltetes Jagdschloss nach der Mode der damaligen Zeit. In den meisten Räumen hingen Gemälde mit Darstellungen von wilden Tieren oder von Jagden. Aber auch mythologische Entwürfe durften nicht fehlen. Ein mit über 1700 Flaschen reich bestückter Weinkeller³⁵ belegt, dass König Friedrich durchaus längere Zeit in seinem Schloss am Stromberg verbringen wollte. Wenn er sich dort aufhalten wollte, reiste rechtzeitig vorher ein Wagentross von Angestellten an, die alles vorbereiteten. Deshalb genügten für die restliche Zeit zwei Schlossmägde zum laufenden Betrieb des Schlosses.³⁶

Zu einem Schloss gehörte unbedingt ein Theater, zumal für einen theaterbegeisterten Monarchen wie König Friedrich. Hofbaumeister Nikolaus von Thouret, der sich bereits in Monrepos bewährt hatte, wurde beauftragt, ein Theatergebäude zu planen. Im Frühjahr 1815 begann man mit dem Bau und stellte ihn innerhalb weniger Monate fertig.³⁷ Die Maße entsprachen genau dem Ludwigsburger Schlosstheater, damit man dortige Kulissen verwenden konnte. Aus den Quellen geht hervor, dass bis zum Tod König Friedrichs noch einige Opern im Theater aufgeführt wurden. Eine Eisgrube wurde an einem schattigen Platz im Wald angelegt. Sie lag zwar etwas weiter entfernt vom Schloss, aber man hatte das ganze Jahr über Eis zum Kühlen der Getränke und Lebensmittel.³⁸

Leider sind die Ludwigsburger Hofdiarien der Jahre 1810 bis 1814 nicht mehr erhalten. Lediglich die Bände aus dem Jahr 1815 existieren noch. In diesem Verwaltungstagebuch wurde der offizielle Ablauf bei Hof notiert. Dort sind auch die Aufenthalte in Freudental vermerkt, wobei man nur wenige Einzelheiten erfährt. Analog zum Schloss Monrepos entsteht der Eindruck, als ob der König immer ohne seine Gemahlin nach Freudental gereist sei. Gelegentlich ist erwähnt, er habe sich mit einem kleinen Gefolge oder mit der ganzen Suite dort aufgehalten. Zwei Mal nutzte er das Schloss nach offiziellen Anlässen zum Übernachten. Am 4. Juni begleitete er Zar Alexander I. von Russland, der zu einem Besuch nach Ludwigsburg gekommen war, bis Besigheim und blieb dann über Nacht in Freudental. Am 27. Juni kam Großfürstin Katharina von Russland, die ein Jahr später den Kronprinzen Friedrich Wilhelm von



Schloss Freudental. Zeichnung von Johann Spahr, 1811.

Württemberg heiraten sollte, in Heilbronn an. König Friedrich reiste ihr entgegen, begrüßte sie und hielt sich dann zwei Tage lang in Freudental auf. Gäste empfing er nur äußerst selten in seinem Jagdschloss. Am 13. September fuhr er wieder einmal nach Freudental, wahrscheinlich um dort zu jagen. Die Mittagstafel war im Pavillon im Tiergarten angerichtet, und dazu wurde Graf Erbach eingeladen.³⁹

Im August 1815 kam es zu einem Aufstand unter den Gallioten. Einer der Sträflinge, Johann Bühler, gab bei den Bewachern an, dass sechs seiner Mitgefangenen demnächst ausbrechen wollten. Mehrere Sträflinge misshandelten Bühler, weil sie ihn der Falschaussage bezichtigten. Als der zuständige Offizier, Leutnant Bruckmann, dem in seinen Augen Hauptschuldigen, Franz Joseph Maier, 25 Stockschläge verabreichen lassen wollte, weigerten sich die anderen Beteiligten, das Zimmer zu verlassen und forderten mit »tumultuarischem Geschrei« ein Verhör auf der Festung Hohenasperg. Wegen dieser Widersetzlichkeit wurden die beteiligten Sträflinge zu je 50 Stockschlägen verurteilt, und ihre Strafzeit wurde je nach dem Grad der Beteiligung verlängert.⁴⁰

Nachdem das Landschloss Freudental fertiggestellt war, nutzte es König Friedrich, um sich von der Regierungstätigkeit zu erholen. Verschiedene Krankheiten und familiäre Probleme setzten ihm so zu, dass er nervlich angegriffen und zeitweise sehr übellaunig war. Nach Freudental begleiteten ihn einige hübsche junge Höflinge, die ihn mit ihren Späßen aufzuheitern versuchten.⁴¹ Der König schätzte ihre derben Possen und lustigen Streiche. Ob auch eine erotische Komponente mitspielte, wurde immer wieder diskutiert.⁴²

Schlossgarten und Tiergarten

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts befand sich der Freudentaler Schlossgarten in einem verwilderten und verwaorsten Zustand. Der Oberforstmeister am Stromberg, Karl Friedrich von Seckendorff, übernahm ihn pachtweise und kultivierte ihn wieder. Als sich König Friedrich zur Nutzung des Schlosses



*Freudental mit dem Schloss und dem Schlosspark.
Ausschnitt aus der Urflurkarte von 1832.*

entschloss, übernahm er den Schlossgarten gegen eine Entschädigung von Oberforstmeister von Seckendorff. Durch Tausch und Kauf von Grundstücken wurde der Schlossgarten im Zuge der Umgestaltung auf eine Fläche von 32 Morgen (etwa 10 Hektar) erweitert.⁴³ König Friedrich ordnete bei einem Besuch in Freudental an, dass die Mauern des Schlossgartens abgebrochen werden sollten. Damit gewährte der Garten eine schönere Aussicht und es entstand ein großes ungeteiltes Gelände.⁴⁴ Aus demselben Grund verlegte man den Weg durch den

Schlossgarten aus dem Schlossbereich hinaus. Nach Vorbildern aus der englischen Gartenarchitektur flossen an der Grenze des Gartens Kanäle.⁴⁵ Nachdem der Garten hergerichtet war, berief der König den Mergentheimer Schlossgärtner Appelt nach Freudental.⁴⁶ Dieser führte die Aufsicht über zwei Gärtnergesellen und einen Bau- und Gartenknecht. Im Frühjahr 1811 wurde nach den Plänen von Landbaumeister Kümmerer hinter dem Prinzenbau ein Gewächshaus mit einer darüber liegenden Wohnung für den Hofgärtner errichtet. Diese Wohnung war so geräumig, dass bei einem Aufenthalt des Königs ein Teil der Dienerschaft darin untergebracht werden konnte.⁴⁷ Unter der Aufsicht des Kastellans standen eine Menagerie, in der seltene Tiere gehalten wurden.⁴⁸

Über die Gestaltung des Gartens ist nicht allzu viel bekannt, nachdem bislang ein Plan nicht aufgefunden werden konnte. Das Schloss war von Terrassen umgeben, auf denen man Blumen in Töpfen aufstellte. Man bezog die Sträucher und Blumen für die Bepflanzung des Gartens aus dem Botanischen Garten in Stuttgart.⁴⁹ Erwähnt ist ein »Fortuna-Spiel« an der Allee.⁵⁰ Im Park pflanzte man 150 Platanen.⁵¹ Über eine doppelte Teuchelleitung wurde der Schlosspark vom »Kohlhaufen« an mit Wasser versorgt, damit die Brunnen und Bassins gespeist werden konnten.⁵² Im Schloss befand sich ein Brunnen, der jedoch kein gutes Wasser führte⁵³, im Schlossgarten lagen drei Wasserbassins. Zwei Brunnen deckten den Wasserbedarf des Gestüts.⁵⁴ Inmitten des Gartens fuhr man auf der Allee zwischen zwei Weihern mit künstlich aufgeschütteten Inseln hindurch. Auf einer Insel stand ein Billardhaus⁵⁵, auf der anderen ein Vogelhaus mit einer Voliere.⁵⁶ Ein »Vogelbub« war für die zahlreichen Vögel in der Voliere verantwortlich.⁵⁷ König Friedrich ließ ein Schiff bauen, mit dem er sich auf dem See herumrudern ließ.⁵⁸ In den Anlagen befanden sich zwei weitere Seen in natürlichen Formen, der lange See und der Entensee. Alle vier Seen im Schlosspark waren durch Strafgefangene mit Steinplatten – »rauhes Blättchen« – ausgekleidet worden.⁵⁹

Weite Areale wurden als Jagdgebiete hergerichtet, damit der Monarch bequem jagen konnte. Zunächst wollte König Friedrich eine Fasanerie errichten. Dafür wählte er den Platz aus, auf dem sich der ehemalige jüdische Friedhof befand, und ließ das große Areal von 70 Morgen (etwa 22 Hektar) einzäunen.⁶⁰ In der Fasanerie sollten 500 bis 600 Vögel gehalten werden.⁶¹ Die Fläche wurde eingeebnet, die Grabstelen und die Steine der Ummauerung als Baumaterial genutzt.⁶² Auf der Markung Bönningheim wurde am anderen Ende des Tals ein neuer jüdischer Friedhof angelegt.⁶³ Obwohl mehrere Grundstücksbesitzer gegen die Beanspruchung ihrer Flächen für die Fasanerie protestierten⁶⁴, setzte der König seine Wünsche durch.

Zur Anlegung eines großen Jagddistrikts ließ König Friedrich 1812 den Wald »Großholz« für die Hofdomänenkammer als private Vermögensverwaltung der königlichen Familie erwerben.⁶⁵ Dafür tauschten die Gemeinden Kleinsachsenheim und Löchgau ihre Gemeindewaldungen gegen Walddistrikte der Hofdomänenkammer ein.⁶⁶ So kam ein geschlossenes Mischwaldgebiet von 1091 Morgen (343 Hektar) Fläche in den königlichen Besitz.⁶⁷ Wie in Monrepos legte man auch in Freudental einen »roten« und einen »weißen« Tiergarten an. Mit hohem Aufwand musste ein Brunnen zur Wasserversorgung des Tiergartens gebaut werden.⁶⁸

Im »Roten Tiergarten« ließ der König einen Jagdpavillon errichten: »Ein 8eckiges Gebäude, im Durchschnitt 50 Schuh lang, mit zwei Nebenzimmern, jedes allweg 17 Schuh, hat 3 Glashüren, jede mit 2 Flügeln ..., 7 viertel Fenster ... mit feinem Glas und Beschläg, 8 ovale Fenster oberhalb angebracht, ... 2 runde eiserne Oefen, ... 1 runden Ofen ohne Aufsatz, worauf eine Gyps-Figur steht, 5 Kronleuchter von Hirschstangen. Das große Zimmer ist mit gemahlten Jagdstücken im Rahmen behangen, die 2 Nebenzimmer haben zizene⁶⁹ Tapeten. Die Böden sind eingelegt. Auf dem Gebäude ist ein Bliz-Ableiter vorhanden. Außerhalb ist an jeder Eke ein hölzerner Hirschkopf mit natürlichen Geweihen. Das Haus hat ein Strohdach und ist mit aichenen Rinden von außen überzogen.«⁷⁰ Zahlreiche Gemälde mit Jagdmotiven waren im neuen Pavillon aufgehängt.⁷¹ Für den Bau nutzte man Steine vom jüdischen Friedhof und wie beim Schloss bereits vorhandenes Baumaterial aus dem Baumagazin des königlichen Hofes.⁷²

Westlich des Ortes Freudental ließ König Friedrich einen Kohlenmeiler als Attrappe – den bereits erwähnten »Kohlhaufen« – bauen und darin ein Zimmer einrichten.⁷³ Neben dem »Kohlhaufen« lag ein kleiner See mit einem kleinen künstlichen Wasserfall.⁷⁴ Nicht weit entfernt davon stand ein »Mooshaus« mit zwei Zimmern.⁷⁵ Südwestlich des Dorfes Freudental hatte die Frau von Grävenitz einen »Kugelsee« anlegen lassen. Für die Jagdgesellschaft wurde im Sommer 1815 auf dem Schönenberg, einem südwestlich von Freudental gelegenen Aussichtspunkt auf einer Bergspitze des Strombergs, ein prächtig ausgestatteter Pavillon »Belvedere« gebaut.⁷⁶ Dieses sechseckige, dreistöckige mit Baumrinde überzogene Gebäude wurde auch »Schlösschen« genannt. Der Saal im dritten Stock war mit Spiegeln ausgestattet und bot eine schöne Aussicht, zumal man auf eine Galerie ins Freie hinaustreten konnte.⁷⁷

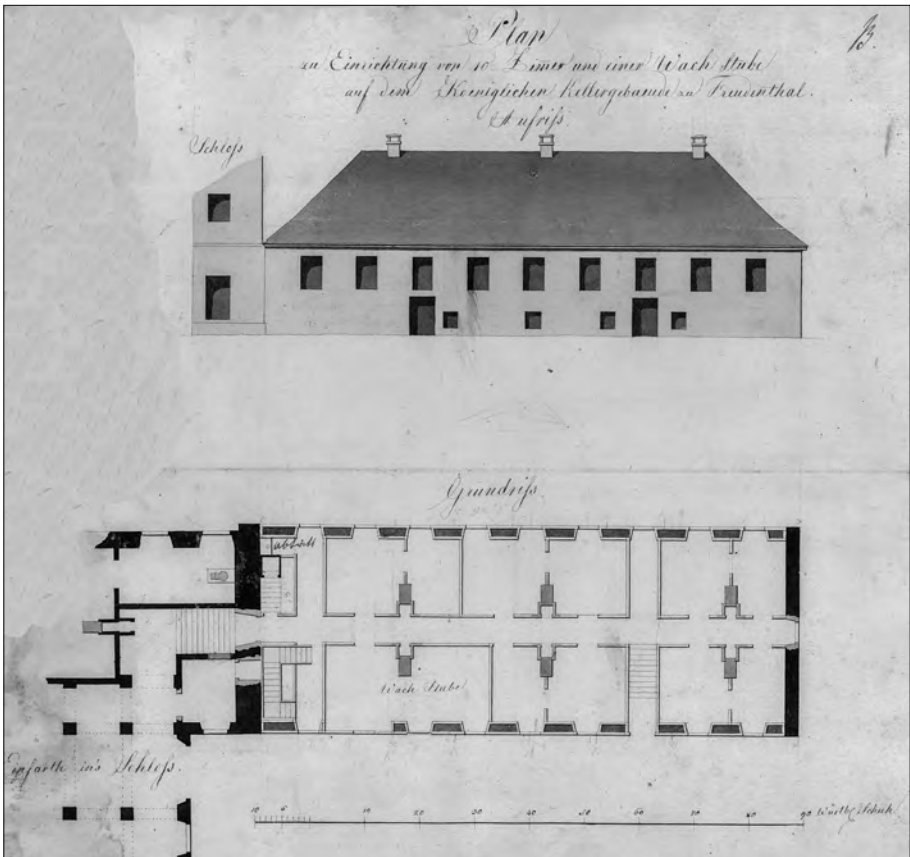
Das Bauprogramm orientierte sich stark an der Anlage in Monrepos, wo in der Nähe des Schlösschens ebenfalls eine Meierei betrieben wurde. Im Tiergarten von Monrepos standen das »Dianenhaus« als kleines Jagdhaus sowie das »Boudoir«, ein kleiner Pavillon an einem See. Im Schlosssee von Monrepos lagen zwei künstlich aufgeschüttete Inseln mit einer Kirche und einem Amortempel. Der Seegarten in Monrepos war noch im damals modernen »gotischen« Stil gebaut worden. In Freudental fehlt dieses Element, weil es vermutlich innerhalb weniger Jahre aus der Mode gekommen war. Aber auch hier gab es zwei Inseln in einem See. Als weiteres Vorbild für die Gestaltung der Landschaft um Schloss Freudental sind die Anlagen in Altshausen denkbar. In Altshausen führte eine 3,7 Kilometer lange gerade Allee vom Schloss hinab bis zur Grenze der ehemaligen Deutschordensherrschaft. Man kam in einen Wald mit einem Weiher, in dem der Deutsche Orden nach 1780 einen Landschaftspark angelegt hatte. Dort gab es ein Chinesisches Haus, eine Köhlerhütte, ein Entendorf sowie Spielgeräte. Einmalig war dort ein kilometerlanges Kanalsystem, auf dem sich die höfische Gesellschaft in einer idyllischen Waldumgebung herumrudern lassen konnte.⁷⁸

Wie das gesamte Bauprojekt Freudental trieb König Friedrich auch den Ausbau der Anlagen zügig voran. Im Frühjahr 1815 kaufte man bei Hofrat von Kerner für die Gärtnerei Pappeln und Platanen.⁷⁹ Als letztes Gebäude entstand

ein Feigenhaus.⁸⁰ Damit verfügte König Friedrich über ein voll ausgebautes Land-
schloss. Es bot alle Annehmlichkeiten, die man von einer kleineren Residenz
eines württembergischen Monarchen erwartete.

Meierei Freudental

Wie in Monrepos sollten nach dem Willen des Königs auch in Freudental eine
königliche Meierei zur Versorgung des Schlosses mit Lebensmitteln sowie ein
Gestüt eingerichtet werden. Gleichzeitig sollte die Meierei mit einer vorbildli-
chen Landwirtschaft und schönem Vieh das Interesse König Friedrichs für die
Landwirtschaft demonstrieren. Seit dem späten 18. Jahrhundert konnten Fürsten
mit solchen landwirtschaftlichen Vorzeigebetrieben renommieren. Allerdings bot
Freudental keine idealen Voraussetzungen für eine Meierei. Zwar besaß die Hof-
domänenkammer einen großen zusammenhängenden Komplex an Acker- und



*Plan des Meiereigebäudes, 1810. Das Gebäude wurde 1817 von der Gemeinde
Freudental erworben und wird seitdem als Rathaus genutzt.*

Wiesenflächen, der sich leicht arrondieren ließ. Die Ertragsfähigkeit des Bodens galt jedoch als mittelmäßig.⁸¹ Zudem lagen die landwirtschaftlichen Gebäude zerstreut im Dorf, und der Bau eines Gebäudekomplexes wäre zu teuer geworden.⁸²

Trotzdem wollte König Friedrich auf die Meierei nicht verzichten. Er ließ die Zehntabgaben in Freudental und Löchgau dafür einziehen.⁸³ Mit der Errichtung der landwirtschaftlichen Betriebe wurde der Markgröninger Oberumgelter Karl Amandus Friedrich Stockmayer beauftragt.⁸⁴ Gemeinsam mit Landbaumeister Kümmerer besichtigte er die vorhandenen Gebäude und entwarf einen Plan für die Einrichtung der Meierei. Im Gestüt sollten 40 Mutterstuten gehalten werden, in den Ställen der Meierei 66 Stück Zug-, Nutz- und Zuchtvieh.⁸⁵ Durch den Verkauf einiger entfernt liegender Äcker und durch Grundstückserwerbungen von Freudentaler Einwohnern wurde die landwirtschaftliche Nutzfläche des Meiereiguts arrondiert und umfasste eine Fläche von 195 Morgen (61 Hektar) Land.⁸⁶ Schließlich fasste man die herrschaftlichen Agrargebäude als Meiereigebäude zusammen: den Schlossstall, den Schlosskeller, das Bandhaus mit dem Fruchtkasten, die ehemalige Gärtnerwohnung, die Zehntscheuer, den so genannten »langen Stall« und die Meiereischeuer.⁸⁷ Dazu wurden Schweineställe und ein Wohnhaus für den Schlossgärtner gebaut. Zwischen dem Billardsee und dem Entensee lag das Geflügelhaus. Im Ostteil der Parkanlage legte man eine Obstplantage an, in der Bäume mit neuen Apfel- und Birnensorten gepflanzt wurden.⁸⁸

In einem Stallgebäude fanden 28 Stuten Platz, daneben gab es zwei heizbare Zimmer, zwei Kammern sowie eine Geschirr- und eine Futterkammer. Im Obergeschoss befanden sich elf Zimmer für das Stallpersonal, eine Küche und eine Speisekammer.⁸⁹ Die Verwaltung der Meierei übernahm der Kameralverwalter. Er führte die Rechnungen und berichtete regelmäßig an den Oberbeamten von Dillen. Ihm unterstand der für den landwirtschaftlichen Betrieb verantwortliche Ökonomieinspektor Johannes Keck aus Löchgau. Keck wiederum war der Vorgesetzte des elfköpfigen Dienstpersonals.⁹⁰ Der Stutenmeister leitete das Gestüt, in dem sechs Stutenknechte und während der Zeit der Sommerweide ein Hirte angestellt waren.⁹¹ Zunächst wurden jedoch statt der 40 vorgesehenen Stuten nur 30 Tiere und 42 Stück Rindvieh, darunter acht Ochsen, gehalten.⁹² Für die Pferdeweide trat die Gemeinde Freudental gegen eine Entschädigung ihr Recht zur Beweidung und zum Laubrechen in einem Waldgebiet von 367 Morgen (115 Hektar) ab.⁹³

Das Gestüt verursachte einen erheblichen Aufwand, da man erst nach Jahren auf Erträge hoffen konnte.⁹⁴ Als Grund für das Defizit wird angegeben, dass die Pferde aus dem Gestüt an den königlichen Leibstall abgegeben wurden. Deshalb verbuchte man keinen Gewinn.⁹⁵ Dagegen konnte die Meierei ihren Aufwand zu 85 Prozent decken.⁹⁶ Die Beamten der Hofdomänenkammer sahen den Grund für das Defizit darin, »daß ein großer Theil dieser Maierei zu den Anlagen gezogen worden ist und daher für die Maierey nicht benützt werden konnte«.⁹⁷ Insgesamt verursachte das Schloss Freudental mit seinen Betrieben einen jährlichen Aufwand von 21 148 Gulden.⁹⁸ Als Gestütsdirektor fungierte zunächst Bergrat Major von Kettler. Im Jahr 1814 übertrug der König die Stelle dem Major von Gemmingen.⁹⁹

Nicht einfach zu beantworten war die Frage, ob man die Schäferei beibehalten oder aufgeben sollte. Zwar gehörte zu einer ordentlichen Meierei eine Schafherde dazu, aber in Freudental fehlte es an geeigneten Weiden. Da jedoch die durch die Schafe eingebrachte Düngung zur Verbesserung der Felder wichtig war, verlegte man auf Befehl des Königs jedes Jahr eine Herde von 150 Tieren aus der nahegelegenen herrschaftlichen Schäferei Sachsenheim zwei bis drei Monate lang nach Freudental.¹⁰⁰

Aufgabe des Jagdschlusses

Am 30. Oktober 1816 starb König Friedrich unvermutet und sein Sohn König Wilhelm I. trat die Regierung an. Eine der ersten Maßnahmen des neuen Regenten bestand darin, den Hof bedeutend zu verkleinern und die aufwändige Hofhaltung seines Vaters einzuschränken.¹⁰¹ Als moderner Monarch seiner Zeit setzte er andere Schwerpunkte und wollte nicht mehr in den alten Schlössern wohnen. Eine schwere Notzeit in den Jahren 1816/17 bildete ein weiteres Motiv für die Sparmaßnahmen. Das Königreich Württemberg erlebte eine dramatische Wirtschaftskrise, und in solchen Zeiten wirkte eine pompöse Hofhaltung deplatziert. Zwar blieb das Neue Schloss in Stuttgart die Hauptresidenz, aber das Schloss Ludwigsburg wurde nicht mehr als Sommerresidenz genutzt. Dort hatte die Witwe König Friedrichs, Königin Charlotte Mathilde, ihren Witwensitz und es wurde ihr auch Schloss Monrepos zugewiesen.



*Blick auf die ehemalige Schlossanlage und den alten Ortskern von Freudental.
Ausschnitt aus einer Postkarte, um 1935.*

Nachdem König Wilhelm I. das kleine Schloss Bellevue auf einer Neckarinsel in Cannstatt als ländlichen Wohnsitz wählte und für die Jagd andere Wald-distrikte nutzte, benötigte er Schloss Freudental nicht mehr. Noch im Dezember 1816 wurde das Gestüt Freudental aufgelöst, weil der König sein Privatgestüt Weil im Neckartal ausbaute. Dadurch bestand auch kein Bedarf mehr für die Freudentaler Hofschmiede.¹⁰² Ebenso befahl der König, die Hofpost aufzuheben.¹⁰³ In den »Landschlössern« Freudental, Stetten, Winnental und Altshausen



*Das königliche Landhaus am Bärensee (»Bärenschlössle«)
auf einer Zeichnung aus der Mitte des 19. Jahrhunderts.
Der Pavillon stand ursprünglich im »Roten Tiergarten« in Freudental.*

wollte Wilhelm I. den Aufwand auf das Nötigste begrenzen. Er ordnete einen Personalabbau an und die Schlösser sollten nur noch »notdürftig möbliert« bleiben.¹⁰⁴ Entsprechend wurden entbehrliche Möbel und Einrichtungsgegenstände an andere königliche Schlösser abgegeben.

Durch die Aufgabe der Hofhaltung wurden einige Nebengebäude in Freudental überflüssig. König Wilhelm I. beendete den Arbeitseinsatz von Festungssträflingen in den königlichen Schlössern.¹⁰⁵ Deshalb benötigte man das zweistöckige unterkellerte »Gallioten-Blockhaus«, die Küche für die Sträflinge und die Kaserne für das Wachpersonal nicht mehr. Weil auch die Meierei aufgegeben und verpachtet

wurde, erwiesen sich das Wohnhaus des Pächters, die Scheune und die dortigen Stallungen als überflüssig. Man hielt jedoch das Schloss betriebsfähig, indem die wichtigen Gebäude beibehalten wurden, darunter das Theater.¹⁰⁶

Sämtliche Anlagen, in denen Tiere gehalten wurden, stellten ihren Betrieb ein: die Menagerie, die Volieren und die Fasanerie.¹⁰⁷ Wilhelm I. hatte im Herdtle bei Weilimdorf eine neue Fasanerie errichten lassen. Dorthin brachte man die Fasanen aus Freudental und verkaufte die Fasaneriegebäude – ein Wohnhaus mit Holzschopf, ein Hühnerhäuschen und ein Fasanenhäuschen – zum Abbruch.¹⁰⁸ Da die Gemeinde Freudental mit damals knapp 600 Einwohnern über kein Rathaus verfügte, zeigte sie Interesse an der Erwerbung des Meiereigebäudes.¹⁰⁹ Bei der Versteigerung erwarb die Gemeinde dieses Gebäude um 3005 Gulden.¹¹⁰ Andere Gebäude wurden von ortsansässigen Bürgern ersteigert, wobei es offenbar trotz der Notzeit ein reges Kaufinteresse gab. Der Gesamterlös überstieg mit 9502 Gulden den Anschlag für die Gebäude um über 500 Gulden.¹¹¹

Ebenso räumte man alle einzeln stehenden Gebäude, beispielsweise den Pavillon im »Roten Tiergarten«, aus, um die Kosten für die Bewachung einzusparen.¹¹² Kurze Zeit später wurde der Pavillon an den Bärensee in die Nähe des Schlosses Solitude umgesetzt.¹¹³ Man brach das dortige Schlösschen ab und errichtete eine Terrasse, um darauf den Freudentaler Pavillon aufzurichten.¹¹⁴ Das »Mooshaus« ließ der König versteigern.¹¹⁵

Der Hausschneider Johann Christoph Lutscher war nun als Hausverwalter für die Instandhaltung des Schlosses verantwortlich. Er richtete ein Bittgesuch an den König, eine Magd zur Reinigung der Zimmer anstellen zu dürfen. Normalerweise wurden diese Arbeiten im Taglohn vergeben, aber Tagelöhner waren damals schwer zu bekommen. Dieses Gesuch wurde abgewiesen, »da die Reinigung der Zimmer und Meubeln zu seiner Dienst-Obliegenheit gehört und er für seine ohnedieß sehr unbedeutenden Dienst-Verpflichtungen hinreichend belohnt ist.«¹¹⁶

Es stellte sich die Frage, welche Gebäude und Anlagen im Garten und im aufgegebenen Wildpark erhalten werden sollten. Bezüglich des »Schlösschens« auf dem Schönenberg beantragte die Hofdomänenkammer, das Gebäude wegen seiner schönen Lage zu erhalten. Auf Kosten der umliegenden Oberämter waren invalide Männer als Wächter angestellt. Sie bedienten im Notfall eine dort aufgestellte Alarmkanone.¹¹⁷ König Wilhelm I. stimmte der Erhaltung des Schlösschens auf dem Schönenberg zu.¹¹⁸ Wenige Jahre später überlegte er es sich anders. Im November 1824 wurde das Gebäude zum Abbruch um 501 Gulden an den Freudentaler Bürger Samuel Marx verkauft.¹¹⁹

Mit dem Tod König Friedrichs war auch die Bedeutung des königlichen Jagd-schlosses Freudental am Stromberg erloschen. Die kurze Phase einer königlichen Hofhaltung hatte nur wenige Jahre gedauert. König Wilhelm I. nutzte das Schloss nur noch selten, so dass es in eine Art Dornröschenschlaf fiel, ähnlich wie das große Schloss Altshausen in Oberschwaben. Gelegentlich übernachteten König Wilhelm I. und Königin Katharina eine Nacht lang in Freudental, wenn sie auf Reisen waren. Zwei Mal kam der König zur Jagd in den »Roten Tiergarten«.¹²⁰ Seine Abwendung von den Schlössern, in denen sein Vater residiert hatte, könnte auch persönliche Gründe gehabt haben. König Friedrich und der Kronprinz Friedrich Wilhelm hatten ein sehr gespanntes persönliches Verhältnis zueinander.¹²¹

Anmerkungen

Abkürzungen

- AHW = Archiv des Hauses Württemberg, Schloss Altshausen
Hdk = Hofdomänenkammer
HStAS = Hauptstaatsarchiv Stuttgart
OAB = Beschreibung des Oberamts Besigheim, Stuttgart 1853
StAL = Staatsarchiv Ludwigsburg

- 1 Rudolf Bayer: Schloss Freudental, Bietigheim-Bissingen 2018.
- 2 Ebd. S. 118.
- 3 Für die freundlichen Hinweise auf Akten zum Schloss Freudental bedanke ich mich herzlich bei Dr. Daniel Schulz, Döttingen/Schweiz.
- 4 Paul Sauer: Der schwäbische Zar. Friedrich – Württembergs erster König, Stuttgart 1984.
- 5 Rolf Bidlingmaier: Klassizismus und Empire in Schloss Ludwigsburg. Der Umbau der Sommerresidenz unter König Friedrich I. von Württemberg und Königin Charlotte Mathilde, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 62 (2008) S. 67–110.
- 6 Eberhard Fritz: »Ich kann es kaum erwarten, bis wir nach Ludwigsburg gehen«. Schloss und Gärten in den Briefen der Charlotte Mathilde von Württemberg an ihren Vater König Georg III. von England, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 71 (2017) S. 87–122.
- 7 Eberhard Fritz: Das Schloss in der Einsamkeit. Herzog Karl Eugen und sein Jagdschloss Solitude, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 68 (2014) S. 99–134.
- 8 Hans Eugen: Monrepos. Baugeschichte eines Lustschlosses, Stuttgart 1933; Eberhard Fritz: Vom »Seehaus« zu »Monrepos«. Studien zur Funktion des Seeschlosses am Anfang des 19. Jahrhunderts, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 49 (1995) S. 67–92.
- 9 Eberhard Fritz: Tiergarten Monrepos, Domäne Seegut. Jagd und Viehzucht unter den Königen Friedrich und Wilhelm I. von Württemberg, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 64 (2010) S. 81–112.
- 10 Zur Geschichte von Freudental vgl. Theodor Bolay: Freudental, Brackenheim 1963.
- 11 Eberhard Fritz: Die Hofdomänenkammer im Königreich Württemberg. Zur Vermögensverwaltung des Hauses Württemberg, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 56 (1997) S. 127–180.
- 12 Heinz Winterhalder: Ämter und Amtsleiter der Kameral- und Steuerverwaltung in Baden-Württemberg, Freiburg im Breisgau 1976, S. 377 f.
- 13 AHW, Hdk Bü 2313 (Dekret König Friedrichs, 5.6.1810).
- 14 Ebd.
- 15 Immer wieder wird behauptet, der Hofbaumeister Nikolaus von Thouret habe die Baumaßnahmen am Schloss Freudental geleitet; vgl. beispielsweise Sauer, Der schwäbische Zar (wie Anm. 4) S. 361. Thouret erscheint jedoch nirgends in den Quellen, nur das Theater stammt von ihm.
- 16 Bayer (wie Anm. 1) S. 64.
- 17 AHW, Hdk Bü 2313 (Landbaumeister Kümmerer an Oberintendant von Dillen, 18.6.1810; Protokoll über die Abstreichs-Verhandlungen für die Meierei, 20.–22.11.1810; Königliche Genehmigung über die Ausgaben für die Einrichtung der Meierei und des Stuterei-Gebäudes, 5.12.1810).
- 18 OAB S. 168.
- 19 AHW, Hdk Bü 2313 (Oberintendant von Dillen an die Bau- und Gartenkommission Stuttgart, 28.6.1810).
- 20 AHW, Hdk Bü 2313 (Landbaumeister Kümmerer an Oberintendant von Dillen, 27.6.1810).
- 21 Vgl. AHW, Hdk Bü 2313 (Landbaumeister Kümmerer an Oberintendant von Dillen, 5.10.1810).
- 22 AHW, Hdk Bü 2313 (Landbaumeister Kümmerer und Hofkameralverwalter Christoph Ludwig Herzog an Oberintendant von Dillen, 4.8.1810).
- 23 AHW, Hdk Bü 2313 (Landbaumeister Kümmerer an Oberintendant von Dillen, 29.8.1810, und Genehmigung des Königs, 4.9.1810).
- 24 AHW, Hdk Bü 2313 (Landbaumeister Kümmerer an Oberintendant von Dillen, 5.10.1810).

- 25 Bolay (wie Anm. 10) S. 27, 29.
- 26 AHW, Hdk Bü 2313 (Stabshauptmann Arlt an Oberintendant von Dillen, 12.6.1811): Bericht über die Fertigstellung der Allee am 12. Juni 1811; vgl. auch StAL E 166 Bü 6375.
- 27 StAL D 48b Bü 571 (Kostenberechnung des Kameralverwalters Herzog, 2.2.1811).
- 28 Erwähnt in AHW, Hdk Bü 2313 (Königliches Dekret, 9.4.1811).
- 29 Eberhard Fritz: »Auf die Vestung Hohen-Asperg condemnirt«. Leben und Alltag der Gefangenen in der Regierungszeit Friedrichs von Württemberg (1797–1816), in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 67 (2013) S.67–92.
- 30 AHW, Hdk Bü 2313 (Hofkameralverwalter Herzog an Oberintendant von Dillen, 16.5.1811).
- 31 HStAS E 271d Bü 218 (Major von Enzberg, Festung Hohenasperg, an das Infanterieregiment No. 11, 5.5.1816).
- 32 AHW, Hdk Bü 2163a (Bericht des Hofkameralamts Freudental über den Aufwand von Georgi 1813 bis Georgi 1815, 20.4.1815).
- 33 Bayer (wie Anm. 1) S. 70–72.
- 34 AHW, Hdk Bü 2163a (Beamte der Hofdomänenkammer an König Wilhelm I., 3.12.1816).
- 35 HStAS A 21 Bü 859 (Inventar des Schlosses Freudental, 1814): Johannisberger 1783er (98 Flaschen); Nierensteiner 1783er (86 Flaschen); Hochheimer 1783er (133 Flaschen); Rüdesheimer 1783er (89 Flaschen); Foerster 1783er (51 Flaschen); Tauberwein (1 Fässchen, 53 Flaschen); Heilbronner (177 Flaschen); Neckarwein (1 Fass); Vin de Château Margaux (125 Flaschen); Vin de Graves (93 Flaschen); Hermitage (189 Flaschen); Champagne (23 Flaschen weiß, 52 Flaschen rot); Muscat de Lunel (144 Flaschen); Muscat de Frontignan (60 Flaschen); Muscat (1 Fässchen, 50 Flaschen); Ungar-Wein (6 Flaschen); Malaga (1 Fass, 1 Fässchen, 56 Flaschen); Madeira (4 Flaschen); Bordeaux Gallo (163 Flaschen); Colignac (6 Flaschen); Johannisbeerwein (19 Flaschen); Rum (40 Flaschen); Französischer Likör (6 Halbmaß-Flaschen, 14 Schoppen-Flaschen).
- 36 AHW, Hdk Bü 2163a (Summarischer Überschlag über den Aufwand und Ertrag von Freudental und Rechentshofen, Georgi 1814/15). – Das Jahresgehalt einer Schlossmagd betrug 121 Gulden 40 Kreuzer.
- 37 AHW, Hdk Bü 2313 (Hofdomänenkammer an Oberintendant von Dillen, 5.7.1815; Abrechnungen über die Einrichtung und die Vergoldung des Theaters, 20.7.1815); StAL E 18 I Bü 163 (Abrechnung über die Anfertigung von Dekorationen).
- 38 AHW, Hdk Bü 2257 (Kameralverwalter Herzog an Oberintendant von Dillen, 8.1.1811; Königliches Dekret, 15.1.1811).
- 39 AHW: Hofdiarien Stuttgart und Ludwigsburg 1815, unverzeichnet. Aufenthalte in Freudental: 9./10. Januar; 8.–11. Februar (Jagd); 1./2. März; 30./31. März; 5.–7. April; – Sommeraufenthalt (3. Mai bis 14. Oktober); 5./6. Mai (Revue in der Gegend von Freudental am 5. Mai); 16.–18. Mai (mit Suite); 4./5. Juni; 27.–29. Juni; 6./7. Juli; 17.–20. Juli; 31. Juli–3. August; 9. August (ohne Suite); 16.–19. August; 28./29. August; 5.–7. September; 13./14. September; 4. Oktober; 18./19. Oktober; 31. Oktober/1. November; 8./9. November (mit Suite); 16.–18. November (mit großer Suite zur Revue der aus Frankreich kommenden Truppen); 20.–22. November (mit Suite zur Revue über das aus dem Feld zurückkehrende Armeekorps); 29. November–2. Dezember; 14.–16. Dezember.
- 40 HStAS E 270a Bü 363 (Graf Dillen an den König, 27.8.1815). Die Strafzeiten wurden wie folgt verlängert: Johann Bühler 2 Jahre; Joseph Rauner 18 Monate; Franz Joseph Maier 1 Jahr; Konrad Kaiser und Johann Georg Höschele je 6 Monate. Gegen Johann Michael Kreeb wurde keine Strafzeitverlängerung verhängt.
- 41 Sauer, Der schwäbische Zar (wie Anm. 4) S. 450.
- 42 Ebd. S. 388 f.
- 43 OAB S. 168.
- 44 AHW, Hdk Bü 2313 (Landbaumeister Kümmerer und Hofkameralverwalter Herzog an Oberintendant von Dillen, 8.10.1810). – Das Abbruchmaterial wurde für die neuen Gebäude in der Meierei und im Gestüt verwendet; AHW, Hdk Bü 2257 (Kameralverwalter Herzog an Oberintendant von Dillen, 23.12.1810).
- 45 Bayer (wie Anm. 1) S. 67.
- 46 AHW, Hdk Bü 2257 (Königliches Dekret, 27.1.1811).
- 47 AHW, Hdk Bü 2313 (Landbaumeister Kümmerer an Oberintendant von Dillen, 23.3.1811).

- 48 AHW, Hdk Bü 2163a (Beamte der Hofdomänenkammer an König Wilhelm I., 3.12.1816).
- 49 StAL E 19 Bü 997 (Liste des Hofgärtners Johann Friedrich Leitner über die Pflanzen, die aus dem Botanischen Garten Stuttgart abgegeben werden können, undatiert, September 1815).
- 50 AHW, Hdk Bü 2313 (Königliches Dekret, 9.4.1811).
- 51 AHW, Hdk Bü 2313 (Hofkammerverwalter Herzog an Oberintendant von Dillen, 23.4.1811).
- 52 Es könnte sich dabei um das noch erhaltene »Altertum« handeln, denn nach Bayer (wie Anm. 1, S. 67) entspringt dort die erwähnte Quelle.
- 53 OAB S. 171.
- 54 AHW, Hdk Bü 2310 (Bericht des Kameralamts Freudental, 16.10.1817).
- 55 Nach HStAS A 21 Bü 859 (Inventar des Schlosses Freudental, 1814) befand sich im Billardhaus folgendes Inventar: Billard mit 21 Bällen; 34 Queues; ein Queue in einer Kapsel; sechs Maßen; zwei Geigen; eine Rassel; eine Schiefertafel; eine Tafel von Mahagoniholz; 22 Stifte aus Messing; eine Staubdecke; drei Anstoßtische aus Tannenholz; ein Tischchen; vier Tranchiertische; acht Guéridons (Beistelltische, die für das Servieren dienen); ein Nachtstuhl aus Hartholz mit Kupferhafen.
- 56 OAB S. 169. – Vgl. auch Klaus Merten: Nikolaus Friedrich von Thouret als württembergischer Hofbaumeister 1798–1817, in: Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons. Ausstellungskatalog, Band 2, Stuttgart 1987, S. 427.
- 57 AHW, Hdk Bü 2163a (Beamte der Hofdomänenkammer an König Wilhelm I., 3.12.1816).
- 58 StAL E 19 Bü 997 (Schreiben von Oberst Bartruff, 9.5.1812).
- 59 AHW, Hdk Bü 2310 (Bericht des Kameralamts Freudental, 16.10.1817).
- 60 StAL E 19a Bü 100, E 245 I Bü 1164, F 105 I Bü 61. – Vgl. Joachim Hahn: Erinnerungen und Zeugnisse jüdischer Geschichte in Baden-Württemberg, Stuttgart 1988, S. 65.
- 61 StAL E 245 I Bü 1164 (Erlass des Finanzministeriums, 5.12.1811).
- 62 Ludwig Bez/Haim Goren/Situtunga Michal Antmann/Ulrich Gräf: Der jüdische Friedhof in Freudental, Stuttgart/Berlin/Köln 1996, S. 15 (mit Hinweis auf eine königliche Verfügung vom 5.12.1811).
- 63 Ebd. S.18.
- 64 StAL F 105 I Bü 61.
- 65 AHW, Hdk Bü 2099 (Königliches Dekret, 13.8.1812).
- 66 AHW, Hdk Bü 2099 (Königliche Dekrete, 3. und 16.6.1812; Abschrift des Tausch- und Kaufvertrags mit der Gemeinde Löchgau, 17.6.1812).
- 67 AHW, Hdk Bü 2099 (Oberforstrat v. Jäger und Kameralverwalter Stockmayer an den König, 28.5.1812). Am Wald »Großholz« besaß die Gemeinde Löchgau 500 Morgen (157 Hektar), die Gemeinde Kleinsachsenheim 540 Morgen (170 Hektar), die Oberfinanzkammer 37 Morgen (23 Hektar); der Rest des Waldes befand sich im Besitz von Privatleuten.
- 68 AHW, Hdk Bü 2310 (Bericht des Kameralamts Freudental, 16.10.1817).
- 69 Zitz ist eine feinere Sorte des Baumwollgewebes Kattun.
- 70 StAL GL 200 Bü 1 (Verzeichnis der durch die Aufhebung des Tiergartens entbehrlichen Gebäude, 6.2.1818).
- 71 AHW, Hdk Bü 2313 (Konsignation der Gemälde im Pavillon): Die 19 Gemälde zeigten folgende Motive: Brunft-Plan mit drei Gruppen Hochwild; sechs Edelhirsche in der Fristzeit; Hirschhetze; Hatzhunde; Hühnerhunde; Gamsbock; Blaswild Spießfer; gescheckter Rehbock; schwarzer Rehbock; Fischotter; Dachs; Gruppe von wilden Katzen; verendender Hirsch; Perückenbock; Gruppe von Damwild; Gruppe von Rehen; Gruppe von Säuen; Wolf, der ein Edelkalb zerreißt; Fuchs mit Jungen.
- 72 Der Orient. Berichte, Studien und Kritiken für jüdische Geschichte und Literatur, Band 6, Leipzig 1845, S. 408.
- 73 OAB S. 169.
- 74 AHW, Hdk Bü 2310 (Bericht des Kameralamts Freudental, 16.10.1817).
- 75 OAB S. 169.
- 76 AHW, Hdk Bü 2313 (Kameralverwalter Herzog an den König, 5.6.1811, mit königlichem Dekret, 18.7.1811; Oberleutnant Bruckmann an Oberintendant von Dillen, 9.7.1815). – Die Baukosten betragen 3063 Gulden 49 Kreuzer; HStAS E 221 I Bü 108 (Königliches Dekret über die Genehmigung des Kostenüberschlags, 16.7.1815).

- 77 AHW, Hdk Bü 2073 (Beschreibung und Taxation des Schlosschens auf dem Schönenberg durch Werkmeister Johann Friedrich Link, 7.11.1821).
- 78 Eberhard Fritz: Die »Anlagen« in Altshausen. Ein herausragendes Beispiel repräsentativer Landschaftsgestaltung, in: Altshauser Hefte 14 (2017) S. 53–63.
- 79 AHW, Hdk Bü 2264 (Bau- und Gartendirektion an die Hofdomänenkammer, 17.8.1815: Ersatz von 104 Gulden 37 Kreuzer aus der Gartenkasse für den Kauf von 54 Stück Balsampappeln, 70 Stück Silberpappeln und 60 Platanen).
- 80 AHW, Hdk Bü 2313 (Oberleutnant Bartruff an Oberintendant von Dillen, 5.9.1815; Genehmigung des Königs um die Summe von 969 Gulden 8 Kreuzer, 8.9.1815). – Dass das Feigenhaus gebaut wurde, belegt AHW, Hdk Bü 2163a (Beamte der Hofdomänenkammer an König Wilhelm I., 3.12.1816).
- 81 AHW, Hdk Bü 2257 (Anträge des Oberumgelters Stockmayer, 22.10.1810, fol. 2b).
- 82 AHW, Hdk Bü 2257 (Vorschlag des Kameralverwalters Herzog zur Selbstadministration der Güter in Freudental und Löchgau, 26.6.1810). – Die herrschaftlichen Güter in Freudental hatten folgenden Umfang: 151 Morgen 3 Viertel (etwa 47 Hektar) Äcker, 61 Morgen 1 Viertel (etwa 19 Hektar) Wiesen und Gärten, 2 Viertel (etwa 0,15 Hektar) Weinberge.
- 83 AHW, Hdk Bü 2257 (Königliches Dekret, 25.7.1810).
- 84 AHW, Hdk Bü 2257 (Königliches Dekret, 16.9.1810).
- 85 AHW, Hdk Bü 2257 (Landbaumeister Kümmerer an Generaladjutant von Dillen, 27.9.1810).
- 86 AHW, Hdk Bü 2257 (Königliches Dekret, 3.10.1810); Flächenangabe in Bü 2163a (Beamte der Hofdomänenkammer an König Wilhelm I., 3.12.1816): 160 Morgen Äcker, 35 Morgen Wiesen, ein Meiereihaus, zwei Scheunen und Stallungen.
- 87 AHW, Hdk Bü 2257 (Anträge des Oberumgelters Stockmayer, 22.10.1810, fol. 7–10; Bericht des Generalintendanten von Dillen über die künftige Nutzung der Ökonomiegebäude, 10.11.1810).
- 88 Bayer (wie Anm. 1) S. 66.
- 89 AHW, Hdk Bü 2313 (Landbaumeister Kümmerer an Oberintendant von Dillen, 13.2.1811; Anbringen an den König, 16.2.1811; Kameralverwalter Herzog an Oberintendant von Dillen über den Beginn der Inneneinrichtung, 12.4.1811).
- 90 Das Dienstpersonal umfasste zwei Pferdeknechte (Ober- und Unterknecht), einen Melker, einen Kuhknecht, einen Rinderknecht, vier Ochsenknechte, einen Schäfer und eine Magd; AHW, Hdk Bü 2257 (Anträge des Oberumgelters Stockmayer, 22.10.1810, fol. 11b).
- 91 AHW, Hdk Bü 2257 (Anträge des Oberumgelters Stockmayer, 22.10.1810, fol. 11b, 12).
- 92 AHW, Hdk Bü 2257 (Königliche Dekrete, 3.11.1810 und 29.1.1811).
- 93 AHW, Hdk Bü 2257 (Oberumgelter Stockmayer an Oberintendant von Dillen, 7.12.1810; Oberintendant von Dillen an den König, 13.12.1810).
- 94 AHW, Hdk Bü 2163a (Berechnung über Aufwand und Ertrag des Gestüts Freudental, 1814/15): Die Kosten im Wirtschaftsjahr 1814/15 betragen 14 284 Gulden 41 Kreuzer. Der Gestütsdirektor hatte ein Jahreseinkommen von 1200 Gulden.
- 95 AHW, Hdk Bü 2163a (Summarischer Überschlag über den Aufwand und Ertrag von Freudental und Rechentshofen, Georgi 1814/15).
- 96 Ebd. – Der Aufwand betrug 9156 Gulden, der Ertrag 7865 Gulden. Zum Vergleich sollen die Jahresgehälter des Personals dienen: Ökonomieinspektor 300 Gulden; Melker 160 Gulden; Rossknecht 168 Gulden; zweiter Rossknecht 130 Gulden; drei Ochsenknechte je 130 Gulden; zwei Kuhknechte je 130 Gulden; Eselbub 108 Gulden; Meiereimagd 80 Gulden.
- 97 AHW, Hdk Bü 2163a (Beamte der Hofdomänenkammer an König Wilhelm I., 3.12.1816).
- 98 AHW, Hdk Bü 2163a (Summarischer Überschlag über den Aufwand und Ertrag von Freudental und Rechentshofen, Georgi 1814/15).
- 99 AHW Bü 2163a (Königliches Dekret, 24.4.1814).
- 100 AHW, Hdk Bü 2257 (Abschrift der Note an den Finanzminister von Mandelsloh, 10.12.1810).
- 101 Paul Sauer: Reformen auf dem Königsthron. Wilhelm I. von Württemberg, Stuttgart 1997, S. 141 f.
- 102 AHW, Hdk Bü 2163a (Bericht des Kameralamts Freudental, 4.3.1817: Zweimonatiger »Gnadenlohn« als Abfindung für die Angestellten der Hofschmiede).
- 103 AHW, Hdk Bü 2163a (Beamte der Hofdomänenkammer an König Wilhelm I., 3.12.1816).
- 104 AHW, Hdk Bü 1177 (Königliches Dekret, 30.9.1817).
- 105 Fritz, Vestung (wie Anm. 29).

- 106 Kavaliersbau mit dem darunterliegenden Stall; Verwaltungsgebäude; sämtliche Ställe neben dem Schloss; Theater; Kutschenremise; Leibjägerbau mit dem darunterliegenden Stall; Geflügelhof; Eisgrube; Hofküche.
- 107 AHW, Hdk Bü 2163a (Beamte der Hofdomänenkammer an König Wilhelm I., 3.12.1816).
- 108 AHW, Hdk Bü 2190 (Dekret an das Hofkammeramt Freudental, 22.5.1817; vgl. auch »Taxations-Urkund« über die zum Verkauf bestimmten Gebäude, und Versteigerungsprotokoll, 28.7.1817). – Verkauft wurden zur weiteren Benutzung: bisherige Hofschmiede mit Anbau; Sträflings-Menage-Küche mit Holzschopf; bisheriges Meiereihaus; Meierei-Scheuer; Gallioten-Blockhaus; Beschälhütte mit dem Brunnen; 15 Schweinestallungen von Stein; an die Meierei-Scheuer anstoßende Kaserne. Auf den Abbruch: Fasanerie-Wohngebäude; Goldfasanen-Häuschen; Hühner-Häuschen; Holzschopf und die Bretterhütten bei der Fasanerie; erster und zweiter Holzstall an der Beschälhütte; Anbau an die Kelter.
- 109 AHW, Hdk Bü 2190 (Schultheiß und Magistrat der Gemeinde Freudental an den König, 30.5.1817).
- 110 AHW, Hdk Bü 2190 (Versteigerungsprotokoll, 28.7.1817).
- 111 AHW, Hdk Bü 2190 (Anbringen der Hofdomänenkammer, 22.8.1817, mit einer Übersicht über den Gesamterlös der verkauften herrschaftlichen Gebäude in Freudental).
- 112 AHW, Hdk Bü 2161 (Dekret an das Hofkammeramt Freudental, 20.4.1817).
- 113 StAL GL 200 Bü 1 (Königliches Dekret, 12.3.1818).
- 114 StAL GL 200 Bü 1 (Bericht, 18.9.1817; Bericht der Hofdomänenkammer an das Präsidium, 18.9.1817).
- 115 StAL GL 200 Bü 8 (Präsidium der Hofdomänenkammer an die Hofdomänenkammer, 18.3.1817; Einsendung des Aufstreichs-Protokolls durch das Hofkammeramt, 16.4.1817).
- 116 AHW, Hdk Bü 1177 (Bittschrift von Hausverwalter Lutscher an den König, 27.4.1818; Bescheid an das Hofkammeramt Lauffen, 4.5.1818).
- 117 AHW, Hdk Bü 2073 (Anbringen der Hofdomänenkammer, 28.2.1817).
- 118 AHW, Hdk Bü 2073 (Königliches Dekret, 20.3.1817).
- 119 AHW, Hdk Bü 2073 (Erlass an die Hofdomänenkammer, 7.12.1824).
- 120 Eberhard Fritz: König Wilhelm und Königin Katharina von Württemberg. Studien zur höfischen Repräsentation im Spiegel der Hofdiarien, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 54 (1995). S. 175.
- 121 Sauer, Reformen (wie Anm. 101) S. 11–32.

Ernst Leube

Das tragische Schicksal eines Ludwigsburgers im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71

von Tobias Arand

Betritt man Ludwigsburgs »Alten Friedhof« vom Eingang an der Schorndorfer Straße aus, stößt man 20 Schritte hinter der alten neogotischen Friedhofskapelle – heute Mahnmal für die Toten des Zweiten Weltkriegs – auf eine Familiengruft. Drei Grabsteine stehen in Nord-Süd-Ausrichtung nebeneinander, deren Zusammengehörigkeit durch eine gemeinsame, mit Efeu überwucherte Umfriedung erkennbar ist. Im »Verzeichnis der Begräbnis-Plätze für Erwachsene auf dem Friedhof in Ludwigsburg vom 19.11.1870 an« ist die Lage der Gruft mit »Feld A, Reihe III« bezeichnet.¹ Links auf der Gruft sieht man die von einem antikisierenden Henkelpokal gekrönte Grabstele von Luise Leube, welche die Inschrift »Luise Leube/geb. Dieterich/Witwe des/Oberst Max von Leube/*6. Oct. 1816/ † 3. März 1905/in Ulm« trägt. Rechts auf der Gruft steht ein schlichtes, hohes Kreuz auf einem quaderförmigen Unterbau. Auf einer hellen Platte am Sockel liest man: »Marie Leube/geb. den 28. September 1840/gestorben den 12. Juli 1861«. Neben dem Grab Marie Leubes sieht man eine kleine, etwa 50 cm hohe, auf dem Boden liegende, mit Moos überwucherte Steinplatte. Kratzt man das Moos behutsam ab, liest man auf dem Stein den Namen »Adolph« ohne weitere Angaben zum Geburts- oder Todestag.

Zwischen den Gräbern Luise und Marie Leubes fällt ein etwas mehr als 2 Meter hohes weißes Marmorgrab auf, das aus einem Kreuz und einem Postament besteht. Ein über das Kreuz gelegter marmorner Eichenlaubkranz sowie zwei links und rechts auf den Seiten des Unterbaus zu sehende, nach unten gehaltene Fackeln – nach antikem Vorbild Symbole des verloschenen Lebenslichts – bilden den Schmuck des Grabmals. Die Grabinschrift auf dem Unterbau klärt über das Schicksal des Verstorbenen auf: »Ernst Leube/Geboren am 14. Juni 1846./ Als Freiwilliger der Artillerie/am 21. Dez. 1870 bei Noisy le grand/schwer verwundet, am 22. Dez. zu/Noisiel gestorben./Beerdigt am 27. Dez. 1870«. Diese Gruft erzählt vom bewegenden Schicksal einer heute längst vergessenen Ludwigsburger Familie und dem Leid, das der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71 auch in Württemberg hinterlassen hat.

Die Familie Leube²

Die Familie Leube stammte ursprünglich aus Ulm, wo auch der auf dem Grabstein Luise Leubes erwähnte Oberst Max von Leube, der Vater Ernst Leubes, als

siebtes von acht Kindern am 17. September 1809 geboren wurde. Max Leube heiratete am 17. Mai 1838 Johanna Luise Dieterich, eine Tochter des Ulmer Senators und Kirchenstiftungsverwalters Conrad Daniel von Dieterich. Drei weitere Brüder Max Leubes heirateten ebenfalls Töchter des Senators von Dieterich!

Max Leube wurde Berufssoldat bei der Königlich Württembergischen Artillerie. Von 1861 bis 1867 war er Kommandeur des in Ludwigsburg und Ulm stationierten Artillerieregiments. Der König von Württemberg adelte Max Leube 1850 für seine erfolgreiche militärische Laufbahn mit dem Namenszusatz »von«, der allerdings als persönlicher Adelstitel nicht vererbbar war. Im »Deutschen Krieg« von 1866 war Max von Leube als »Regimentskommandeur und Kommandant der Divisionsartillerie« der ranghöchste Offizier der württembergischen Felddivision, die in mehreren Gefechten gegen preußische Truppen zum Einsatz kam.³ 1868 ging er im Rang eines Oberst in den Ruhestand.

Das erste Kind des Ehepaars Leube war der am 17. Februar 1839 in Ludwigsburg geborene Max, der als Leutnant der württembergischen Artillerie am 22. Mai 1860 in Wildbad während eines Kuraufenthalts zur Behandlung seiner Tuberkulose starb.⁴ Auch die am 28. September 1840 in Ulm geborene Tochter Marie⁵ wurde ein Opfer der hoch infektiösen Tuberkulose, die Mitte des 19. Jahrhunderts noch unheilbar war und an der allein in Deutschland jedes Jahr circa 100 000 Menschen starben. Sie starb am 12. Juli 1861 in Baden-Baden, eventuell hatte sie sich bei der Pflege des Bruders angesteckt. Der am 18. August 1844 in Ulm geborene Adolph Leube starb am Tag seiner Geburt im Kindbett.⁶



*Die Leube-Gruft auf dem »Alten Friedhof« in Ludwigsburg.
In der Mitte das Grabmal für Ernst Leube.*

Die Säuglingssterblichkeit in Deutschland lag Mitte des 19. Jahrhunderts bei ca. 25 Prozent. An Adolph erinnert die kleine Steinplatte auf der Ludwigsburger Leube-Gruft.

Ernst Leube wurde am 14. Juni 1846 als viertes und jüngstes Kind des Ehepaars Max und Luise Leube in Ludwigsburg geboren.⁷ Nach dem Besuch des Gymnasiums studierte er zwei Jahre am Polytechnikum Stuttgart und dann nochmal zwei Jahre auf der landwirtschaftlichen Akademie Hohenheim. Die besorgten Eltern wünschten, dass das letztgeborene und einzige noch lebende Kind Landwirt und nicht Soldat wie Vater und Bruder oder Ingenieur, wie das Studium am Polytechnikum nahelegt, werden sollte. Offensichtlich beugte Ernst Leube sich dem Willen der Eltern.⁸ Anlässlich der noch zu schildernden Beerdigung Ernst Leubes berichtete der Garnionsprediger Hermann Georg Ludwig Schweizer⁹ bei seiner Grabpredigt anschaulich von der Rücksichtnahme des Sohnes: »Gleichwohl entschloss er sich als ein gehorsamer Sohn auf den Wunsch der zärtlich besorgten Eltern, welche von der bei seinem Studium unvermeidlich sitzenden Lebensweise Gefahr für seine Gesundheit fürchteten, aus dem Polytechnikum auszutreten und der Landwirtschaft sich zu widmen.«¹⁰ Nach Abschluss des Studiums in Hohenheim studierte Leube noch kurz in München und Berlin Naturwissenschaften.¹¹ Als im Juli 1870 der Krieg gegen Frankreich begann, arbeitete Ernst Leube bereits als Landwirt auf der Königlich Württembergischen Staatsdomäne Ganterhof bei Ravensburg.¹²

Das Königreich Württemberg und der Krieg von 1870/71¹³

Württemberg hatte im Jahr 1866 in Erfüllung seiner Bundespflicht an der Seite Österreichs und Bayerns gegen Preußen gekämpft. Im Gefecht von Tauberbischofsheim am 24. Juli 1866 war auch Max von Leubes württembergische Artillerie beteiligt. Nach dem Sieg Preußens wurde das Königreich Württemberg durch den preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck nicht nur zur Zahlung einer Reparation gezwungen, sondern auch zum Abschluss eines »Schutz- und Trutzbündnisses«. Dieses Zwangsbündnis sah eine württembergische Beistandspflicht im Falle eines Angriffs auf Preußen vor. In Württemberg befürworteten viele Menschen noch bis 1870 eine großdeutsche Lösung der ungeklärten Nationalstaatsfrage, also unter Einbezug Österreichs und ohne preußische Dominanz. Auch König Karl und Königin Olga waren keineswegs davon überzeugt, dass ein künftiger deutscher Nationalstaat eine Art »Großpreußen« sein müsse. Württemberg wollte sich nicht »borussifizieren« lassen.

Als es dann aber im Juli 1870 zur von Bismarck provozierten französischen Kriegserklärung an Preußen kam, musste Württemberg ebenfalls zu den Waffen greifen. Im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 wurden nun die Bestimmungen des »Schutz- und Trutzbündnisses« wirksam. Die Begeisterung über den Krieg hielt sich in Württemberg zunächst in Grenzen. Doch auch hier ging man schließlich wie in den anderen süddeutschen Ländern mehr oder minder freudig mit gegen einen Feind, der die Heimat bedrohte und von dem sich viele Bürger in einen Krieg um Ehre und Nation genötigt fühlten. Wie in Preußen, Bayern

oder Sachsen stürmten nun auch in Württemberg die überwiegend jugendlichen und städtischen Massen auf die Straßen und forderten in nationaler Emphase den Krieg gegen Frankreich. Vielen, vor allem höhergebildeten Württembergern schien der Krieg das richtige Mittel zu sein, um die Zeit der deutschen Kleinstaaterei nun endlich zu überwinden. Sie erhofften sich vom Krieg an der Seite Preußens die Schaffung des schon 1848/49 ersehnten Nationalstaats. Die 1868 gegründete kleindeutsch und propreußisch gesinnte »Deutsche Partei« organisierte agitatorische Volksversammlungen und patriotische Unterschriftensammlungen. Der »Schwäbische Merkur« bearbeitete offensiv die Öffentlichkeit im Sinne Preußens. Schließlich konnten sich auch die großdeutschen und demokratischen Parteien im Land dem Druck der Straße nicht mehr entgegenstellen. König Karl ordnete die Mobilmachung an und die Kriegskredite wurden im Stuttgarter Landtag beinahe einstimmig verabschiedet. In einem Bericht von seiner Abschiedsaudienz am Stuttgarter Hof schilderte der französische Gesandte Charles Raymond de Saint-Vallier die Verbitterung des württembergischen Königs und seiner Gattin Königin Olga, die beide stets Wert auf gute Beziehungen zu Napoleon III. gelegt hatten. Sie ahnten das Ende der althergebrachten württembergischen Freiheit. Die beiden Monarchen fühlten sich von Preußen hintergangen, von Volk und Regierung verlassen. Unter Tränen versicherten Karl und Olga Saint-Villiers ihren Schmerz, nun Partei für Preußen und gegen Napoleon ergreifen zu müssen. Man schien im Stuttgarter Schloss nicht vergessen zu haben, dass es Napoleon I. war, der 1806 den Herzog Friedrich von Württemberg um den Preis tausender toter Württemberger, die den Russlandfeldzug von 1812 nicht überlebten, erst zum Kurfürsten und dann zum König erhoben hatte.

Württemberg zog zu Beginn des Feldzugs gegen Frankreich mit 29 410 Mann und 823 Offizieren in die Kämpfe. Die württembergische Felddivision wurde der 3. deutschen Armee zugeteilt, die unter dem Kommando des preußischen Kronprinzen Friedrich Wilhelm, dem späteren Kaiser Friedrich III., stand.¹⁴ Das erste Gefecht des Krieges bestritten die Württemberger unter hohen Verlusten am 6. August 1870 bei der Schlacht von Wörth im Elsass.

Ab September waren Württemberger Truppen auch bei der Belagerung der französischen Hauptstadt Paris beteiligt. Sie hielten den östlichen Abschnitt des Zernierungsrings an der Marne, einem Seitenarm der Seine. Die zunehmend verzweifelte Lage der in Paris Belagerten führte im Herbst zu einem massiven, mit großer Kraft ausgeführten Durchbruchversuch.¹⁵ 80 000 bis 150 000 Franzosen – die zeitgenössischen Angaben schwanken stark – griffen am 30. November an. Hauptziel des Vorstoßes war der südöstliche Teil des Belagerungsrings, der unter anderem von württembergischen Truppen gehalten wurde. Auf einer Linie der Dörfer von Champigny nach Brie, östlich des Marne-Ufers und westlich eines Plateaus sowie auf der dahinter liegenden Linie Noisy-Villiers erfolgten die Hauptattacken der überwiegend unerfahrenen, ungestümen und schlecht geführten französischen Truppen. Mit 15 000 Mann waren die Württemberger deutlich unterlegen, so dass ihnen sächsische Truppen zur Seite springen mussten. Am ersten Tag schlugen die Württemberger und Sachsen unter hohen Verlusten den Angriff zurück, verloren dabei aber die erste Linie. Die zweite



Das Taube-Denkmal in Pleidelsheim.

Linie Noisy–Villiers wurde gehalten und so ein Durchbruch verhindert. Nach einem Ruhetag gingen beide Seiten am 2. Dezember wieder in die Offensive. Den Deutschen gelang die teilweise Wiedereinnahme von Champigny, der französische Vorstoß endete ohne Erfolg. Wenige Tage später zogen sich die Franzosen wieder auf das rechte Marne-Ufer zurück. Die Verluste an Toten, Verwundeten und Vermissten beider Seiten betragen während der Kämpfe am 30. November und 2. Dezember insgesamt circa 14 000 Mann. Die württembergischen Verluste am 30. November beliefen sich auf »35 Officiere und 795 Mann todt und verwundet, 10 Vermisste. Hiervon entfallen auf die Artillerie: 1 Officier und 56 Mann.«¹⁶ Am 2. Dezember betragen die württembergischen Verluste 40 Offiziere und 794 Mann.¹⁷

Die Verluste waren auf württembergischer Seite mit insgesamt über 1600 Mann so groß, dass der Kämpfe von Villiers und Champigny noch bis zum Ersten Weltkrieg im ganzen Königreich jährlich aufwendig gedacht wurde. Ein Württemberger Kämpfer berichtete: »Mein Bruder wurde hart an meiner Seite getötet und nahezu alle Kameraden sind gefallen. [...] Das Gemetzel unterhalb des Parks von Villiers und die Verluste waren furchtbar. Dem Kommandeur unserer Brigade, dem General v. Reitzenstein, wurden zwei Pferde unter dem Leib getötet; ich selbst hatte 200 Mann unter meinem Befehl, davon existieren nur noch 30. Von 21 Offizieren meines Regiments sind 15 kampfunfähig.«¹⁸ Viel Beachtung in Literatur und Kunst fand später in Württemberg auch der tragische Tod der 19- und 21-jährigen adeligen Brüder Axel und Erich von Taube aus Stuttgart, die innerhalb von kurzer Zeit in Champigny fielen. Der eine verwundete Bruder starb in den Armen des anderen, der dabei ebenfalls eine tödliche Kugel empfing. Noch heute erinnert ein Denkmal aus Carrara-Marmor in Pleidelsheim an dieses traurige Ereignis. Das gemeinsame Grabmal der Brüder ist noch immer auf dem Hoppenlaufriedhof in Stuttgart zu sehen.

Der Krieg endete nach einem Vorfrieden im Februar am 10. Mai 1871 mit der Unterzeichnung des Friedens von Frankfurt. Das Königreich Württemberg war bereits zum 1. Januar 1871 Teil des Deutschen Reichs geworden. Am 29. Juni 1871 konnte dann der Hauptteil der in Ludwigsburg stationierten Truppen unter großer Anteilnahme und patriotischem Jubel der Bevölkerung in die Stadt zurückkehren.

Ernst Leube im Krieg

Als Sohn eines ranghohen Militärs aus privilegiertem Hause und mit guter Bildung konnte Leube als »Offiziers-Aspirant« in die Armee eintreten. Er trat seinen Dienst in der 7. Feldbatterie der 3. Feldartillerieabteilung der württembergischen Felddivision an.

Seit Mitte Juli 1870 hatte die württembergische Regierung aktiv um Freiwillige geworben und damit vor allem unter den Studenten der Hochschulen in Tübingen, Hohenheim und Stuttgart so großen Erfolg gehabt, dass bald nicht mehr alle aufgenommen werden konnten. Der gleichzeitig gegründete »Verein für Freiwillige« warb auch unter Arbeitern um kampfbereite Patrioten, indem mittellosen Männern im Gegenzug für eine freiwillige Meldung materielle Unterstützung zugesagt wurde.

Ernst Leube machte es sich wegen der verstorbenen Geschwister und mit Rücksicht auf die Gefühle der Eltern nicht leicht, sich zur Armee zu melden, wie wieder Prediger Schweizer in pathetischen Worten am Tag der Beerdigung berichtete: »Wie schwer er damals mit sich gerungen, bis er, der treue, brave, gehorsame Sohn, der immer nur seinen Eltern Freude gemacht, [...] der wusste, wie das Lebensglück der Eltern gleichsam in seine Hände gelegt war, – Welch großen Kampf es ihn gekostet, bis er seinen Wunsch, in's Feld zu ziehen, den Eltern mitgeteilt, das weiß nur Gott.«¹⁹ Nach einigem Zögern meldete er sich aber doch zum Dienst. Dass Ernst Leube nach der einmal gefällten Entscheidung, in den Krieg zu ziehen, wie sein Vater und Bruder zur Artillerie ging, war sicherlich kein Zufall. Doch erst musste der ungediente Leube noch ausgebildet werden und vorerst auf einen Kampfeinsatz fürs »Vaterland« warten.

Das traurige Kinderschicksal der Familie Leube war in der ganzen Garnisonstadt Ludwigsburg bekannt und eine Zeitgenossin, die bekannte Ludwigsburger Schriftstellerin Tony Schumacher, erinnerte sich noch Jahre später an das Bangen um den letzten, nun so gefährdeten Sohn, welches die ganze Stadt erfasst hatte: »Jedermann hatte sich verwundert, dass die Eltern ihn, den jungen Studenten, unter diesen Verhältnissen als Freiwilligen fortziehen ließen, aber der frische, prächtige Mensch hatte es durchgesetzt. Zufällig waren wir wenige Wochen vorher bei seiner Abfahrt nach Frankreich auf dem Bahnhof gewesen, und ich sehe noch, wie er so frisch und glücklich über die Erfüllung seines Wunsches fort fuhr. Merkwürdig war uns damals die ruhige Haltung der Eltern dabei, und es sprach sich herum, dass eine Dame, die der Frau Oberst Leube eine diesbezügliche Meldung machte, die Antwort erhielt: Ich glaube, wir können getrost sein, denn das wird uns Gott doch nicht antun, dass er uns auch noch den letzten nimmt.«²⁰ Ernst Leube zog nach seiner Ausbildung voll »Lebenslust und Lebenskraft, hocheifrig und dankbar gerührt über die Liebe der Eltern, welche ihm dieses schwere Opfer gebracht«²¹ in den Krieg, wie Prediger Schweizer berichtete.

Doch auch Max von Leube und seine Frau Luise wurden im Krieg gegen Frankreich tätig. Im August 1870 gründete sich in Ludwigsburg ein »Sanitätsverein«, dessen 23 Mitglieder aus dem gehobenen Bürgertum stammten und der durch den 2. Vorsitzenden des Vereins, Max von Leube, entscheidend mitgeführt wurde.²² Luise Leube wurde ebenfalls Vorsteherin des Sanitätsvereins und war verantwortlich für die zahlreichen freiwilligen und meist ungelerten Helferinnen. Rasch organisierte der Sanitätsverein 113 Pflegebetten in sieben privaten Spitälern der Stadt, die dringend neben den Betten des überforderten Militär-lazaretts benötigt wurden. 260 Verwundete und Erkrankte wurden bis Frühjahr 1871 insgesamt von privater Hand in Ludwigsburg gepflegt. Über 100 Freiwillige, Männer, Frauen, Mädchen, pflegten Deutsche wie Franzosen, organisierten u. a. 1199 weiße Hemden, 4 Zentner Scharpie, 1233 Paar Socken, 3800 Flaschen Wein und 7270 Flaschen Bier zur Stärkung der Erkrankten. Auch Prothesen wurden privat beschafft.²³

Ernst Leubes Batterie kämpfte Anfang September 1870 in der Nähe von Sedan und im Oktober bei Nogent-sur-Seine. Verluste gab es keine, da die Kanonen bei beiden Gefechten aus sicherer Entfernung feuern konnten. Am 30. November nahm Ernst Leube an den Kämpfen zur Abwehr des schon erwähnten französi-

schen Ausfalls teil. Mit sechs Bataillonen griffen französische Truppen bei Mont Mesly zwischen Marne und Seine an, wobei der Ort in die Hände der Angreifer fiel. Leubes 7. Batterie wurde gegen 9 Uhr 3 km nach Süden entfernt zwischen Valenton und Brévannes aufgestellt. Von dort nahmen die Württemberger Artilleristen ohne Verluste die Franzosen unter Feuer. Mont Mesly konnte von den Deutschen zurückerobert werden.²⁴ Während des Feldzugs schrieb Leube regelmäßig

seinen besorgten Eltern, wie erneut Prediger Schweizer berichtete:

»Oft und viel erfreute er aus Feindesland die Seinen mit der Nachricht seines Wohlergehens und seines unter Gefahren und Entbehrungen ungeschwächten Lebensmuts.«²⁵ Leider sind die Briefe Leubes heute verschollen.

Ein indirektes Zeugnis der Briefe konnte jedoch gefunden werden. Am 24. Oktober 1870 schrieb Max von Leube seinem Neffen Gustav in Ulm und berichtete auch von Ernst Leubes Briefen:

»Ernst geht es Gott sei dank gut, er rühmt, dass du ihn freundlichst mit Zigarren und Chocolate erfreust [...]. Er schreibt regelmäßig und kommen seine Briefe immer am 4., höchstens 5. Tage an.« Im gleichen Brief schilderte der Vater aber auch Ernst Leubes jugendliche Unbekümmertheit im Kriege und zugleich die Identifikation des Württembergers mit der kleindeutschen

Sache: »Du hast vielleicht schon gehört, dass wir ihm 2 Luftballons mit schwarz, weiß, roten Farben geschickt haben, die sie in ihrem Übermut, und um die Franzosen zu erzürnen, bei günstigem Winde nach Paris fliegen lassen wollen.«²⁶

Zeitgleich mit einem französischen Ausfall gegen Le Bourget im Norden von Paris fand am 21. Dezember östlich der Hauptstadt ein im Gesamtrahmen des Krieges unbedeutendes Artilleriegefecht zwischen den Orten Noisy-le-Grand an der Marne, wo Leubes Batterie nun stationiert war, und Neuilly statt. Diese Orte lagen im sächsischen und württembergischen Abschnitt des Belagerungsringes. Das genannte Artilleriegefecht war Teil eines Infanterieangriffs auf sächsische Stellungen, der vom französischen Vorstoß auf Le Bourget ablenken sollte. Bei diesem Angriff bestand für die deutsche Seite die Gefahr, einen kleinen Bahnhof an der strategisch wichtigen Eisenbahnlinie nach Straßburg zu verlieren. In den großen kaiserzeitlichen Erinnerungsbüchern zum Krieg von 1870/71 wurde das »Gefecht von Ville-Evrart« beziehungsweise »Gefecht von Maison Blanche«



Ernst Leube im Jahr 1870.

allerdings häufig nicht einmal erwähnt. So wie Paul Bäumer in Erich Maria Remarques Weltkriegsdrama sollte auch Ernst Leube an einem Tag fallen, an dem der Heeresbericht eigentlich »Im Westen nichts Neues« zu berichten hatte. Knapp heißt es über das Gefecht in einem zeitgenössischen Schlachtenatlas: »Gegen Maison-Blanche marschierte die Brigade Salmon mit 7 Bataillonen und 4 Batterien. Auch dieser Ort wurde von den sächsischen Vorposten geräumt [...], sie wurde jedoch von der südlich der Marne aufgefahrenen württembergischen Artillerie vertrieben.«²⁷

Die württembergische Artillerie musste also den sächsischen Kameraden helfen und griff in das Gefecht ein. Leube, mittlerweile zum »Premierlieutenant« in der 9. Feldbatterie avanciert, und seine Einheit hatten sich auf der Terrasse des kleinen Schlosses von Noisy-le-Grand mit ihren Geschützen aufgebaut, die bei trübem, dunstigem, zugleich kaltem Wetter seit 11 Uhr 45 auf die im Schlachtenatlas erwähnten vier französische Batterien feuerten, die etwa 2 km östlich von Neuilly, 3 km nördlich der württembergischen Kanonen, postiert waren. Die Marne trennte die beiden feindlichen Stellungen. Die Württemberger hatten von ihrem erhöhten Standpunkt aus guten Blick über das zum Fluss hin abfallende Gelände. Allerdings wurden Leube und seine Kameraden von den Pariser Festungen des Mont Avron, des Fort de Nogent und des Fort de Rosny heftig beschossen. Die Württemberger feuerten also unter Lebensgefahr. Links und rechts von ihnen schlugen Granaten ein. Bald lag ein Kamerad mit abgerissenem Kopf vor den württembergischen Geschützen. Nach einer Stunde zogen sich die Franzosen zurück und die württembergische Batterie ging wieder in Reserve. Sie hatte in der kurzen Zeit 429 Granaten verschossen.²⁸

Zwei Württemberger waren tot, sechs verwundet, davon einer tödlich – Ernst Leube. Diese Männer waren die ersten Verluste der Batterie im Krieg. Leube hatte einen Schuss in den Oberarm erhalten – eventuell von einer Frühform des Maschinengewehrs, der französischen Mitrailleuse.²⁹ Tödlich war jedoch der Granatsplitter oder Schuss, der Leube den Unterleib zerschmetterte.³⁰ Eilig wurde der noch lebende Leube von der Terrasse des Schlosses fortgetragen, verbunden, dann auf einen Wagen gepackt und in das 7 km entfernte 4. Königlich Württembergische Feldspital in Noisiel an der Marne, östlich hinter dem Pariser Belagerungsring, verbracht. Das »Kriegs-Tagebuch« des III. Württembergischen Sanitätszugs berichtet von der Evakuierung in knappen Worten: »Artilleriegefecht bei Noisy le Grand. Aufnahme und Abtransport von 6 Verwundeten nach Noisiel.«³¹ Leubes ebenfalls verwundete Kameraden – sie hatten leichtere Verletzungen durch Schüsse und Granatsplitter – hießen Karl Kuttroff, Wilhelm Blocher, Jakob Katzmeier, Joseph Schärmann und Gottlieb Weippert.³²

Die Räume des Lazarets waren mit Beginn der Belagerung in den Hallen der direkt am Fluss liegenden Schokoladenfabrik Menier eingerichtet worden. In der privaten Villa des Fabrikanten Émile-Justin Menier wohnten nun die deutschen Ärzte. Dr. Karl Stoll, Militärarzt im 4. Feldspital und angeheirateter Cousin Ernst Leubes³³, gab in einem späteren Erinnerungsbüchlein über die medizinische Versorgung in Noisiel ein anschauliches Bild der seit dem 29. September 1870 als Lazarett eingerichteten Anlage: »in einem anmutig am linken Ufer der Marne gelegenen Dörfchen, in welchem sich die berühmte Chokoladenfabrik

von Menier samt einer Anzahl den Arbeitern als Wohnungen und zu gemeinsamen Zwecken dienende Gebäude, ferner ein stattliches Schloss mit Ferme und großem Park, einige Landhäuser mit schönen Gärten und außerdem eine geringe Zahl unansehnlicher kleiner Häuser befinden«. ³⁴ In der Fabrik gab es neun große und 12 kleine Krankensäle mit insgesamt 350 Betten ³⁵, die von je einem Oberkrankwärter, zwei Wärtern und einer Schwester versorgt wurden. Die zu Krankensälen umgebauten Fabrikhallen beschreibt Stoll als »sauber gehaltene, freundliche, langgestreckte Räume«. ³⁶ Der große Röstofen für den Kakao zur Schokoladenproduktion diente zur Beheizung einiger Krankenzimmer. ³⁷ Die Säle waren nach Art der Behandlungsbedürftigkeit getrennt. In einigen Sälen lagen Verwundete, in anderen an Seuchen, vor allem Typhus, Erkrankte. Eine Apotheke, mehrere Oberärzte und zwei Geistliche beider großen christlichen Konfessionen waren ebenfalls Teil des Lazarett in Noisiel.

Das Feldspital versorgte deutsche, aber auch französische Verwundete. Julie Freifräulein von Wöllwarth, Diakonissin im Diakonissenhaus Stuttgart, war als freiwillige Helferin im Spital tätig. Die Pflegerin erinnerte sich später in einem Erinnerungsbüchlein an ihre schwere Arbeit in Noisiel: »Die Amputierten [...] dauerten mich am meisten. Sahen sie doch entweder einem schmerzhaften Tode oder im besten Falle einem krüppelhaften Leben entgegen; die meisten hatten irgendein Handwerk oder ein Gewerbe getrieben, zu dem sie nun untauglich geworden waren. Trotzdem hörte ich sie selten murren oder klagen. Das Bewusstsein treuer Pflichterfüllung und wohl auch das erhebende Gefühl, Sieger zu sein, wenngleich sie es mit ihrem Blute bezahlen mussten, hat die Leute aufgerichtet. [...] Bei nicht wenigen sprach sich auch eine wahrhaft christliche Gesinnung aus.« ³⁸ Selbstverständlich pflegte Julie von Wöllwarth deutsche und französische Verwundete mit gleicher Kraft und Aufmerksamkeit, innerlich war sie jedoch parteiisch. Ganz dem nationalistischen Geist ihrer Zeit verpflichtet, unterschied sie im Rückblick zwischen den Leidenden beider Länder: »Bewundernswert war die Geduld und Standhaftigkeit, mit der sie ihre Schmerzen ertrugen, namentlich die Deutschen. Schwerer wurde dies Stillehalten den Franzosen mit ihrem leicht erregbaren Temperament.« ³⁹

Am Abend des 30. November kamen gleich 300 Verwundete der Kämpfe im Südosten von Paris im nahe gelegenen Noisiel an und verlangten verzweifelt nach Hilfe. Eilig wurde der Maschinenraum der Fabrik leergeräumt, um einen weiteren Krankensaal zu schaffen. Auf Strohhallen konnten so weitere 150 Verletzte versorgt werden. ⁴⁰ Vom 30. November bis 2. Dezember wurden insgesamt 655 Verwundete in Noisiel eingeliefert, wie Karl Stoll berichtet. Die Diakonisse von Wöllwarth gibt ein anschauliches Bild von den chaotischen Zuständen, die im Lazarett von Noisiel während der Tage des großen Ausbruchversuchs herrschten, nachdem eine so große Menge Schwerverwundeter sofort versorgt werden musste: »Nie werde ich den Eindruck vergessen, den diese Stunden auf mich machten. Wie viele Seufzer wurden laut, bis diese leidenden Glieder eine ruhige Lage gefunden hatten. Wie so mancher wurde in der Dunkelheit und Eile am verwundeten Gliede erfasst. Mancher auch, und wohl ihm, hatte seine Seele schon vorher ausgehaucht. Nachdem eingeladen war, teils Württemberger, teils Sachsen, auch Franzosen, ging ich mit einer Laterne und einem Korbe am Arm,

in dem Verbandszeug gerichtet war, hinter dem Arzte her, welcher einen nach dem anderen verband, aber, o Gott!, es mussten ja erst die eng anliegenden Uniformen ausgezogen werden, und wenn es nicht sorgfältig geschah, wie viele Schmerzen für die Unglücklichen!«⁴¹ Selbst in diesen dramatischen Stunden, in denen es doch nur um Menschlichkeit gehen kann, pflegte die Diakonisse ihre Abneigung gegen Franzosen: »Die Franzosen, welche hier lagen, heulten förmlich, und wenn sie mich nicht gedauert hätten, wären sie mir in diesem Augenblick verachtenswert erschienen.«⁴²

Auch der württembergische evangelische Felddiakon Gottlob Dettinger, der die Verwundeten und Sterbenden geistlich betreute, bestätigt in einem später verfassten Bericht die Schrecken im Lazarett von Noisiel. Er berichtet von einem Schwerverwundeten: »Ein Verwunderter, dem beide Beine abgenommen waren, machte einen Selbstmordversuch; er war sehr dankbar, als ich ernst mit ihm redete, auch mit ihm betete, und er versprach mir, einen solchen Versuch nicht mehr machen zu wollen. Nach einigen Tagen wurde er durch den Tod von seinen Leiden erlöst.«⁴³ Auch Dr. Stoll berichtet von den Leiden des Amputierten, der als Gustav Adolph Schreyer aus Taucha bei Leipzig, Soldat in der 9. Kompanie des Königlich Sächsischen Infanterie-Regiments Nr. 107, identifiziert werden kann.⁴⁴ Schreyer erhielt die Verletzung am 30. November im Kampf um Brie und starb am 11. Dezember 1870: »Eine Granate hatte ihm den rechten Unterschenkel unter dem Knie zerschmettert und den linken Fuß abgerissen, der nur noch durch eine Weichteilbrücke mit dem gleichfalls zerrissenen Unterschenkel zusammenhing. Um ihm die sehr notwendige Erholung zu gönnen, wurde erst am anderen Morgen zur Amputation des rechten Ober- und linken Unterschenkels geschritten [...]. Patient, welcher psychisch im höchsten Grade deprimiert war, erholte sich nicht mehr, bekam nach 5 bis 6 Tagen nervöse Erscheinungen, Delirien, machte einen durch die Dazwischenkunft des Lazarettgehilfen vereitelten Selbstmordversuch durch Strangulation und starb 10 Tage nach der Operation an Erschöpfung.«⁴⁵

Dr. Berthold Fetzer, Oberarzt im 4. Feldspital, gehörte neben Stoll ebenfalls zu den Ärzten, die in der Fabrikantenvilla wohnten und die Verwundeten von Noisiel medizinisch versorgten. In seinen Erinnerungen beschrieb er die Arbeit im Lazarett: »[...] wird ein Spital von 300 Betten etabliert, in welchem wir während unseres 3 1/2 monatigen Aufenthalts 1600 bis 1700 Patienten (darunter ca. 700 Verwundete, die übrigen z. größten Teil schwer Typhus) behandelten. Die schwerste Zeit ist für die innerliche Abteilung der Monat Oktober, November, wo wir außerordentlich viele schwere Typhus zu behandeln bekommen, für die Verwundetenstation die ersten Wochen des Dezembers 1870, wo wir eine sehr große Anzahl an Verwundeten von den Schlachttagen bei Brie, Champigny, Villiers bekommen.«⁴⁶ Fetzer, der insgesamt 300 bis 400 Patienten betreute, führte insgesamt 18 Operationen, hauptsächlich Amputationen an Schwerverwundeten, durch, musste aber feststellen, dass »leider die meisten an Pyämie« starben. Der Arzt führte die häufigen Fälle von tödlicher Blutvergiftung darauf zurück, dass das Spital »colossal überfüllt«⁴⁷ gewesen sei. Auch Stoll bestätigt die große Zahl an Typhuserkrankten. Im Zeitraum vom 29. September bis 10. Oktober 1870 wurden 333 Patienten in Noisiel eingeliefert, von denen 156 an Typhus

erkrankt waren.⁴⁸ Stoll bestätigt auch die hohe Zahl an Verwundeten, die eine Operation nicht überlebten: Er konstatiert »eine Sterblichkeit unter den Verwundeten und besonders auch unter den Operierten, wie wir sie nicht erwartet hatten.«⁴⁹

Ernst Leube wurde nach seiner Einlieferung in einem Krankensaal im Schloss von Noisiel untergebracht, wo er sich den Raum mit sechs Leidensgenossen teilen musste. Bis auf ein wenig Bouillon konnte er nichts mehr zu sich nehmen.⁵⁰ Leube musste nicht mehr lange leiden. Eine Operation erfolgte ebenfalls nicht mehr. Seine Verletzungen waren so schwer, dass er schon am 22. Dezember 1870 »um 11 Uhr nachts an den Folgen seiner Verwundung«⁵¹ starb, wie der Totenschein festhält. Dass Leube tatsächlich, wie Prediger Schweizer bei der Beerdigung suggerierte, nach der Einlieferung ins Spital »nicht an sich selbst, sondern an die große Sache, der er sich geweiht,« dachte und »sein erstes dringendstes Fragen« darin bestanden hat, zu wissen, »wie es im Kampfe stehe«⁵², darf allerdings bezweifelt werden. Doch Schweizer wusste noch mehr eher Spekulatives über Leubes Tod zu berichten. Vielleicht wollte der Geistliche die Eltern mit seiner Darstellung auch nur trösten: »Seine letzten Gedanken weilten bei Gott und bei den teuren Eltern in der fernen Heimat; nicht sich selbst, nicht sein frühes Scheiden aus einem Leben, das so schön und reich vor ihm gelegen, beklagte er, sondern den Schmerz, welchen sein Hingang den Eltern bereiten musste.«⁵³

Stoll führt in seiner Auflistung der Todesfälle in Noisiel 25 Verwundete mit »penetrierten Bauchschüssen und Beckenschüssen mit Eingeweideverletzung«⁵⁴ an, von denen 20 gestorben sind – darunter Ernst Leube, der aber nicht namentlich erwähnt wird. Von elf mit Schussfrakturen des Arms Eingelieferten starben nur drei Verwundete, von denen allerdings »1 bei seiner Ankunft moribund war.«⁵⁵ Stoll nennt auch hier nicht den Namen seines Cousins, kann aber nur diesen meinen, da Leube eine Schussverletzung des Arms hatte und noch zusätzlich tödlich verwundet war.

An Ernst Leubes Todestag verdunkelte eine Sonnenfinsternis den Belagerungsring um Paris, wie ein Zeitzeuge zu berichten wusste: »Die Sonnenfinsternis, die wir am 22. Dezember gehabt haben, war ein entsprechendes Bild unserer weihnachtlichen Feier. Die Sonne schien wohl, aber sie war verdunkelt durch den darüber sich legenden Schatten.«⁵⁶

Dass der Oberst a. D. Max von Leube bei den württembergischen Truppen vor Paris trotz seiner Pensionierung noch ein bekannter Mann war, zeigt die Bemerkung eines württembergischen Kriegskommissärs, Rudolph Gansser, der am 23. Dezember 1870 in einem Brief aus dem 8 km von Noisiel entfernten Emerainville an seine Frau knapp, wenngleich nicht ganz korrekt im Datum, bemerkt: »Oberst Leubes (einziges) Kind, Freiwilliger, ist heute gestorben.«⁵⁷

Ernst Leube war einer der letzten Krieger, die noch mit tödlichen Verwundungen ins Feldspital von Noisiel gebracht wurden. Vor ihm waren bereits 97 deutsche und französische Soldaten im Lazarett verstorben. Ab dem 28. Dezember 1870 mussten im Spital keine »Kriegsverwundeten« mehr, sondern nur noch Erkrankte aufgenommen werden.⁵⁸

Das württembergische 4. Feldspital war an 159 Tagen im Dienst und hat insgesamt 1533 Menschen behandelt, darunter 718 Verwundete; es wurden 71 Operationen durchgeführt und 127 Menschen sind in Noisiel gestorben.⁵⁹ Am 11. März 1871 zogen die württembergischen Ärzte, Pflegerinnen und Pfleger wieder aus Noisiel ab.⁶⁰

Ernst Leubes Beerdigung

Berthold Fetzer berichtet, dass an Heiligabend 1870 im Lazarett von Noisiel ein »großes Weihnachtsfest abgehalten«⁶¹ worden sei. An festliche Weihnachtstage konnten die Eltern Ernst Leubes jedoch nicht denken. Sie mussten während der Feiertage die Beerdigung ihres letzten Kindes vorbereiten. Am 27. Dezember 1870 wurde Ernst Leube in Ludwigsburg neben seiner Schwester beerdigt.

Der Leichnam des Offizierssohns war am 23. Dezember mit einem Sanitätszug nach Ludwigsburg gebracht worden, wie der an diesem Tag ausgestellte Totenschein präzise festhält: »die Leiche wurde in die Heimat transportiert«.⁶² Während die Mehrheit der in Noisiel Gestorbenen auf dem dortigen Friedhof bestattet wurde, konnte der Offizierssohn den trauernden Eltern übergeben werden. Die Eltern waren dem Zug entgegengefahren und dann zugestiegen, um die sterblichen Überreste ihres Sohnes nach Ludwigsburg zu begleiten. Tony Schumacher erinnerte sich an die Ankunft der Leiche im Ludwigsburger Bahnhof und an die »plötzlich alt und weiß gewordenen« Eltern Leube: »Als ich in den Wartesaal trat, sah ich eine Frau wie irrsinnig herumlaufen und ich erkannte in ihr die Vorsteherin unseres Sanitätsvereins, Frau Oberst Leube. Ihr Mann und einige Freunde gesellten sich zu ihr und sprachen in sie hinein. [...] Nicht weit von Paris kreuzte sich ihr Zug mit einem, der von Paris kam, und der den, den sie wenigstens noch lebend zu treffen hofften, bereits im Sarge mit sich führte. Da stiegen sie über zu den teuren Resten, und mit der Leiche ihres ›Einzigem‹ fuhren die in der Nacht plötzlich alt und weiß gewordenen wieder der Heimat zu. [...] Eine der letzten französischen Kugeln hatte ihn getroffen.«⁶³

Die Leichenpredigt am Tag der Beerdigung eröffnete Garnisonspfarrer Schweizer mit einem naheliegenden alttestamentarischen Vers: »Fürwahr, du bist ein verborgener Gott«.⁶⁴ Der Pfarrer drückte den Schmerz der Eltern, den die zahlreich zur Beerdigung erschienenen Bürger Ludwigsburgs teilten, offen aus: »Will es uns da nicht scheinen, als habe der Herr den Eltern zu Schweres auferlegt, mehr als ein Menschenherz zu tragen vermag?«⁶⁵ Doch selbstverständlich konnte Schweizer keinen Gotteszweifel im Raum stehen lassen. Leubes Tod wird in der Predigt im zeitüblichen Duktus ein tieferer patriotischer Sinn zugewiesen: »Ehre dem Manne und wohl ihm für Zeit und Ewigkeit, der in edler Begeisterung festhaltend an den Idealen seiner Jugend ein schönes, genussreiches, sorgenfreies und behagliches Leben nicht achtet, um den Drang seines Herzens genügen zu können, und wohl den Eltern, die einen solchen Sohn haben, ja selbst gehabt haben, und denen es wenigstens vergönnt ist, mit beruhigtem Herzen ihm nachzuschauen in die Ewigkeit. Er ist ja aus heldenmütigem Kampf und Streit des Lebens eingegangen zum Frieden seines Herrn.«⁶⁶

Im Ludwigsburger Tagblatt erschien zwei Tage nach der Beerdigung die Traueranzeige, in welcher die Eltern den Schmerz über den Tod auch des letzten Kindes in für eine zu Haltung und diszipliniertes Strenge erzogene Militärfamilie ungewöhnlich offener Weise deutlich machen: »Unser noch einziges Kind Ernst ist, als Freiwilliger der Artillerie schwer getroffen in einem Gefecht vor Paris, am 22. Dezember im Lazarett zu Noisiel seinen Wunden erlegen und uns der bravste Sohn genommen worden. Tiefgebeugt geben wir Verwandten und Freunden hiervon Kenntnis.«⁶⁷

In derselben Ausgabe des Ludwigsburger Tagblatts erschien zudem ein anonymes, nur mit »H. W.« unterschriebenes Gedicht mit dem Titel »Ein Lorbeerzweig auf das Grab des deutschen Helden Ernst Leube«, das ebenfalls offen den Verlust der trauernden Eltern ausspricht und während der Beerdigung vortragen worden sein könnte: »Wer misst den Kummer, wer den Schmerz / Der nun durchbohrt der Eltern Herz? / Das Teur'ste in dem Erdental / Zernichtet und geraubt zumal! / Schon oft traf sie dies jähe Loos / Sie liegen in der Erde Schoß / Die teuren Kinder insgemein / Wer könnte da noch Tröster sein!« Doch der unbekannt Dichter deutete den Kummer der Eltern in eine religiös-nationale Narration um und passte sich so der allgemeinen Stimmung an, die im Krieg bei allen Opfern einen übergeordneten Sinn erkennen wollte: »Dich aber, braver Kriegesheld / Der Du Dich frei zum Dienst gestellt / Ein Opfer für das Vaterland / Dich führte Gottes Vaterhand / Aus dieses Lebens Streit und Krieg / Durch Nacht zum Licht, durch Kampf zum Sieg / Geführt zum reinsten Himmelslanz / Strahlt nun Dein Geist im Siegerkranz!«⁶⁸

Erst zwölf Tage nach Leubes Beerdigung wurde die 18. württembergische Verlustliste veröffentlicht, in der auch Leubes Tod Mitteilung fand: »Am 21. Dez. bei dem Artilleriegefecht in Noisy le Grand, 7. Batterie, Verwundet: Offiz. Asp. Leube E., Ludwigsburg, S. durch den O.A. und U.L. (am 22. Dez. im Spital Noisiel gest.).«⁶⁹

Erinnerung an Ernst Leube

Auf der Rückseite des Postaments, auf dem Leubes Grabkreuz steht, ist ein Gedicht zu lesen, das den ganzen Schmerz der Eltern über den Tod des letzten Kindes zum Ausdruck bringt: »Es ist bestimmt in Gottes Rat / dass man vom Liebsten / was man hat / muss scheiden.« Diese Zeilen zitieren den Anfang des 1825 von Ernst von Feuchtersleben verfassten und 1839 von Felix Mendelssohn-Bartholdy romantisch vertonten Gedichts »Es ist bestimmt in Gottes Rat«, in dessen 3. Strophe es noch vielsagend für die Gefühle der Eltern Leube heißt: »Und hat dir Gott ein Lieb beschert / Und hältst du sie recht innig wert / Die Deine, die Deine / es wird nur wenig Zeit wohl sein / dann lässt sie dich so ganz allein / dann weine, dann weine, ja weine.«

Am 2. Dezember 1876, dem 6. Jahrestag der Schlacht von Villiers-Champigny, ließ die Stadt Ludwigsburg an der Friedhofskapelle eine marmorne Erinnerungstafel zu Ehren der sieben gefallenen Ludwigsburger anbringen und einweihen.⁷⁰ Der Name Ernst Leubes ist noch heute dort vermerkt; er steht an erster Stelle.

Dankbar
ehrt die Stadt Ludwigsburg
diejenigen ihrer Söhne
welche im Kampfe für das Vaterland
im Jahr 1870
ihr Leben gelassen haben.

Ihre Namen sind:

Leube, Ernst Freiwilliger der Feldartillerie
† 22. Decbr. in Noisiel.

Mante, Carl Friedrich Christian I. Inf. Reg.
† 8. Decbr. in Noisiel.

Mante, Heinrich Carl Christian VIII. Inf. Reg.
† 21. Decbr. bei Champigny.

Rögele, Herrman Gustav Conrad VIII. Inf. Reg.
† 6. Decbr. in Pontault.

Rode, Gottlob Albert VIII. Inf. Reg.
† 25. Novbr. in Noisiel.

Schott, Sigmund Adolph Oberlieut. der Feldart.
† 9. Decbr. bei Champigny.

Wagner, Gustav Adolph Rendant der Feldart.
† 28. Novbr. in Ludwigsburg.



Erinnerungstafel auf dem »Alten Friedhof« in Ludwigsburg.

Auch die Stadt Ulm ließ eine Erinnerungstafel für ihre Gefallenen von 1870/71 anbringen. Diese Tafel befindet sich noch immer im Ulmer Münster und nennt unter den acht Namen auch Ernst Leube, der jedoch nach allen bekannten Unterlagen Ludwigsburger und kein Ulmer war. Wieso auf der Ulmer Tafel, die ausdrücklich den »hiesigen Söhnen« gewidmet ist, auch Ernst Leube vermerkt wurde, bleibt trotz der Ulmer Herkunft der Familie Leube vorerst rätselhaft.

Auf dem großen Denkmal, das der Sanitätsverein unter Mitarbeit Max von Leubes schon 1872 zur Erinnerung an die in den diversen Ludwigsburger Lazaretten verstorbenen deutschen Krieger auf dem Alten Friedhof einweihen ließ, fehlt der Name Leubes, da er schließlich in Frankreich und nicht in seiner Heimatstadt gestorben ist.⁷¹

Max von Leube starb am 24. April 1881 in Ulm, seine Frau Luise folgte ihm am 5. März 1905. Sie wurde 88 Jahre alt, überlebte ihren Mann um 24 Jahre und ihren Sohn Ernst um 35 Jahre. Obwohl in Ulm gestorben, ließ sie sich neben ihren Kindern in Ludwigsburg beerdigen.

Anmerkungen

- 1 Stadtarchiv Ludwigsburg L 180 Bd. 13c, Verzeichnis der Begräbnis-Plätze für Erwachsene auf dem Friedhof von Ludwigsburg vom 19.11.1870 an, S. 7. Vgl. auch Tobias Arand: Gestorben für »Vaterland« und »Patrie«. Die toten Krieger aus dem Feldzug von 1870/71 auf dem »Alten Friedhof« in Ludwigsburg, Ludwigsburg 2012, S. 41.
- 2 Zur Familiengeschichte Leube vgl. Hans Gies: Die württembergischen Leube, Konstanz 1927; Herbert Leube: Unveröffentlichtes Manuskript zur Familiengeschichte der Leubes, 2017.
- 3 Die genaue militärische Laufbahn Max von Leubes lässt sich erschließen aus Major Geßler u.a.: Geschichte des 2. Württembergischen Feldartillerie-Regiments Nr. 29 »Prinzregent Luitpold von Bayern« und seiner Stammtroppenteile, Stuttgart 1892, S. 228, 360 ff. und Anlage 7: 1838 Leutnant, 1845 Oberleutnant, 1850 jetzt als von Leube Hauptmann und Adjutant des Bataillonskommandanten, 1856 Major und Bataillonskommandant, 1868 nicht mehr im Dienst.
- 4 Gies (wie Anm. 2) S. 97.
- 5 Ebd.
- 6 Ebd.
- 7 Ebd. S. 98
- 8 Worte am Grabe des Ernst Leube. Freiwilliger der Artillerie. Gesprochen von Garnisonsprediger Schweizer, Ludwigsburg 1870, S. 4.
- 9 Zum Garnisonsprediger Schweizer vgl. Arand, Gestorben (wie Anm. 1) S. 11 f.
- 10 Schweizer (wie Anm. 8) S. 4.
- 11 Zum Studienweg Ernst Leubes vgl. Leube (wie Anm. 2) S. 81; Schweizer (wie Anm. 8) S. 4; Universitätsarchiv Stuttgart 10/1, Übersicht aller Polytechniker von 1829 bis 1879.
- 12 Leube (wie Anm. 2) S. 81; Schweizer (wie Anm. 8) S. 4.
- 13 Vgl. zum Folgenden Tobias Arand: 1870/71. Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71 erzählt in Einzelschicksalen, Hamburg 2018 (in Druck).
- 14 Vgl. Heinrich Sahlbach: Württembergs Anteil an dem Kriege gegen Frankreich, nebst den Staatsverträgen mit dem ehemaligen Norddeutschen Bund und den amtlichen Verlustlisten der Königlich Württembergischen Felddivision, Stuttgart 1871.
- 15 Vgl. zum Folgenden Arand, 1870/71 (wie Anm. 13).
- 16 General-Major von Sternegg: Deutsch-Französischer Krieg 1870/71. Schlachten-Atlas des 19. Jahrhunderts, Bd. 10. Die Einschließung von Paris und die Kämpfe während der Belagerung September 1870 bis Januar 1871. VII. Der große Durchbruchversuch gegen Osten vom 29. November bis 3. Dezember, Leipzig, Wien, Iglau o. J., S. 14.

- 17 Ebd. S. 23; Sahlbach (wie Anm. 14) S. 15 f.
- 18 Zitiert nach Theodor Fontane: Der Krieg gegen Frankreich, Bd. 3, Berlin 1873, S. 500.
- 19 Schweizer (wie Anm. 8) S. 5.
- 20 Tony Schumacher: Was mein einst war. Erinnerungen aus späteren Jahren, Stuttgart 1925, S. 140.
- 21 Schweizer (wie Anm. 8) S. 5.
- 22 Zum Sanitätsverein vgl. Tobias Arand: »Sie fielen für Vaterland's Einheit und Recht«. Das Denkmal für die in Ludwigsburg gestorbenen und begrabenen deutschen »Krieger« aus dem »Feldzug« von 1870/71, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 65 (2011) S. 125–149; Ders.: »Dann aber werden die Schmerzen wieder so stark, dass Patient sich wie wahnsinnig geberdet«. Die auf dem Denkmal des Sanitätsvereins in Ludwigsburg genannten toten »Krieger« aus dem »Feldzug« von 1870/71, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 66 (2012) S. 167–190.
- 23 Arand, Gestorben (wie Anm. 1) S. 23.
- 24 Geßler (wie Anm. 3) S. 272 ff.
- 25 Schweizer (wie Anm. 8) S. 5.
- 26 Württembergische Landesbibliothek Stuttgart, Cod. hist. fol. 892 I.
- 27 Sternegg (wie Anm. 16), VIII. Die Kämpfe um Le-Bourget an der Nordfront vom Ende September bis Ende Januar, Leipzig, Wien, Iglau o. J., S. 5.
- 28 Geßler (wie Anm. 3) S. 295 ff.
- 29 Vgl. Gies (wie Anm. 2) S. 61, der sich vermutlich auf Schumacher (wie Anm. 20, S. 140) bezieht.
- 30 Die Quellen sind nicht ganz ohne Widersprüche: Arand, Gestorben (wie Anm. 1, S. 41, Anm. 289) nennt einen »Granatsplitter«, während in dem »Tagebuch über eingelieferte kranke oder verwundete Soldaten der verschiedenen Regimenter des Lazarets von Noisiel« (Hauptstaatsarchiv Stuttgart E 296b Bü 107) von einem »Schuss in den Unterleib« die Rede ist. Auch auf dem Totenschein wird ein Schuss angegeben, vgl. »Verzeichnis der Totenscheine des 4. Feldspitals« (Hauptstaatsarchiv Stuttgart E 296b Bü 109, Nr. 98).
- 31 Hauptstaatsarchiv Stuttgart E 296b Bü 72, K. Württ. III. Sanitätszug Kriegs-Tagebuch, angefangen am 17. Juli 1870, beendet am 5. Juli 1871.
- 32 Ebd.
- 33 Gies (wie Anm. 2) S. 55. Karl Stoll hatte 1864 Helene Leube, Tochter Ernst Gustav Leubes, eines Bruders von Max von Leube, geheiratet.
- 34 Karl Stoll: Bericht aus dem K. Württembergischen 4. Feldspital 1870–71, Separatdruck aus der deutschen militär-ärztlichen Zeitschrift 1874, S. 3.
- 35 Ebd. S. 4.
- 36 Ebd.
- 37 Ebd.
- 38 Julie von Wöllwarth: Unter den Verwundeten von 1870/71. Aufzeichnungen aus einer großen Zeit, o. O., o.J. (1890), S. 77 f.
- 39 Ebd. S. 77.
- 40 Stoll (wie Anm. 34) S. 4.
- 41 Wöllwarth (wie Anm. 38) S. 80.
- 42 Ebd. S. 81.
- 43 Hauptstaatsarchiv Stuttgart M 22 Bü 331, Bericht des Felddiakons Gottlob Dettinger an die Feldpropstei Stuttgart vom 30. September 1871, fol. 18.
- 44 C. Jul. Jüchtzer: Verzeichnis der im Deutsch-Französischen Krieg von 1870 und 1871 bis zum Präliminar-Friedensschlusse gefallenen und verstorbenen Offiziere und Mannschaften des XII (Koenigl. Saechs.) Armeecorps nach den amtlichen Verlustlisten und sonstigen öffentlichen Nachrichten, Leipzig 1871, S. 33.
- 45 Stoll (wie Anm. 34) S. 52.
- 46 Hauptstaatsarchiv Stuttgart Q 2/3 Bü 1, Dr. Berthold Fetzer, Erinnerungen. 17. April 1868 bis 5. Nov. 1883.
- 47 Ebd.
- 48 Stoll (wie Anm. 34) S. 5.
- 49 Ebd.

- 50 Vgl. Listen der im 4. Feldspital unterschiedlich verpflegten verwundeten oder kranken Soldaten,
Hauptstaatsarchiv Stuttgart E 296b Bü 123, Aktenbündel »Schloss«.
- 51 Hauptstaatsarchiv Stuttgart E 296b Bü 109, Totenschein Nr. 98.
- 52 Schweizer (wie Anm. 8) S. 6.
- 53 Ebd.
- 54 Stoll (wie Anm. 34) S. 22.
- 55 Ebd. S. 33.
- 56 Zitiert nach Fontane (wie Anm. 18) S. 577.
- 57 Hauptstaatsarchiv Stuttgart Q 2/48 Bü 3, Brief 123.
- 58 Stoll (wie Anm. 34) S. 6.
- 59 Ebd. S. 7 und S. 61.
- 60 Ebd. S. 9.
- 61 Wie Anm. 46.
- 62 Wie Anm. 51
- 63 Schumacher (wie Anm. 20) S. 140.
- 64 Jesaja 45.15.
- 65 Schweizer (wie Anm. 8) S. 3.
- 66 Ebd. S. 7 f.
- 67 Ludwigsburger Tagblatt, 29.12.1870.
- 68 Ebd.
- 69 Der Beobachter. Ein Volksblatt aus Schwaben, 8.1.1871.
- 70 Zur Erinnerungstafel vgl. Arand, Gestorben (wie Anm. 1) S. 17.
- 71 Zum Kriegerdenkmal des Sanitätsvereins vgl. Arand, Vaterland's Einheit (wie Anm. 22) S. 125 ff.
und Arand, Gestorben (wie Anm. 1) S. 8 ff.

»Der leichte Sinn des halben Städters ist ihnen geblieben«

Neckarrems in den Jahrzehnten
zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg

von Thomas Schulz

1882 hielt der seit einem Jahr in Neckarrems amtierende Pfarrer Dr. Christoph Julius Schwartz in seinem amtlichen Pfarrbericht fest: »Mit der Gemeinde ist seit 10, 20, 30 Jahren eine große Veränderung vor sich gegangen. Während der kleine Ort durch seine Lage an zwei Flüssen und einer frequenten Landstraße und mit einem großen herrschaftlichen Holzgarten früher von ziemlicher Bedeutung war, ist er, nachdem alle diese Vorteile durch die neuen Verkehrsverhältnisse abhandengekommen sind, auf die Bedeutung eines gewöhnlichen Dorfes herabgesunken, das jetzt wie viele andere einzig auf seine Markung angewiesen ist.«

Es war in der Tat ein grundlegender Wandel, der sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in Neckarrems vollzogen hatte und im Jahre 1882 noch lange nicht zum Abschluss gekommen war. Der Vergleich mit den Mitteilungen in der Oberamtsbeschreibung von 1850 macht überdeutlich, welche negativen Auswirkungen der Ausbau des württembergischen Eisenbahnnetzes auf die Entwicklung des Dorfes Neckarrems gezeitigt hatte. Denn dort können wir lesen: »Auf der Rems wird der hiesige Holzgarten mit Holz versehen; auf dem Neckar gehen Holzflöße für den Rhein. Am unmittelbaren Ausflusse der Rems finden drei bis vier Schiffe Haltplatz und Schutz. Oberhalb der Neckarbrücke halten gewöhnlich Schiffe zum Übernachten, manchmal drei bis vier mit je zwei bis drei Beinachen.« Die Flößerei und der Holzgarten waren für Neckarrems von zentraler Bedeutung. Sie garantierten Beschäftigung und brachten Geld ins Dorf. Doch 1862 war plötzlich Schluss mit der Brennholzflößerei auf der Rems und dem Holzgarten; den Holztransport besorgte nun die im Jahr zuvor eröffnete Remstalbahn.

Auch sonst bot die Lage des Ortes am Zusammenfluss von Neckar und Rems lange Zeit große wirtschaftliche Vorteile: Hier querte – wie es in der Oberamtsbeschreibung heißt – »die gute und lebhafteste Straße von Waiblingen nach Ludwigsburg« über eine gedeckte Holzbrücke den Neckar, und Richtung Winnenden ging es auf einer steinernen Bogenbrücke über die Rems. Die Situation, dass sich mehrere verkehrsreiche Straßen im Ort kreuzen, kennt Neckarrems auch heute noch – mit allen negativen Folgen wie Dauerstau, Lärm und Luftbelastung. Im 19. Jahrhundert war die heute so nachteilig empfundene Verkehrsführung hingegen ein Segen: Die Fuhrwerke machten im Ort halt, sei es, weil

die Fuhrleute sich in den Gasthäusern stärkten, sei es, weil man für die steilen Anstiege Richtung Hegnach und Schwaikheim Vorspanntiere benötigte. Beides bedeutete Arbeit und Einkommen.

Man kann sich also gut vorstellen, mit welch gravierenden wirtschaftlichen Umbrüchen die Neckarremser zu kämpfen hatten, nachdem sich einerseits durch die Eisenbahn die allgemeinen Verkehrsverhältnisse zunächst nur allmählich, dann aber immer schneller verändert hatten – und andererseits der Ort von diesen Veränderungen nicht profitieren konnte, weil er eben abseits der Eisenbahnlinien lag. 1882 scheint das Schlimmste jedoch bereits überstanden gewesen zu sein. Denn Pfarrer Schwartz schreibt in seinem Bericht: »Anfänglich machten sich diese Veränderungen sehr empfindlich für Nahrungsstand und Vermögen bemerkbar, und die Leute kamen zurück [= wurden ärmer], während sie jetzt, seit eine neue Generation heranwächst, welche die jetzige Lage begreift und – an frühere bessere Zeiten nicht gewöhnt – sich in dieselbe schickt und ihr wenigstens das Mögliche noch abzugewinnen sucht, wieder vorwärts kommen.« Zu Beginn seiner Amtszeit habe er noch befürchtet, »die Bevölkerung komme immer mehr zurück und werde schließlich noch ganz verarmen«. Doch »ein glaubwürdiger und einsichtiger Gewährsmann« habe ihm versichert, dass »die Verhältnisse sich gegenwärtig bessern, trotz nicht allzu fruchtbaren Jahren, dass sie vielmehr früher viel schlechter gewesen seien und die Bevölkerung wieder mehr zu Mitteln und Vermögen komme. Die Hauptsache ist nun die Landwirtschaft, welche sich, früher bei anderwärtigem Verdienst vernachlässigt, auch in intensiver Weise hebt. Hierzu trägt – außer der Not – der Pächter auf dem Schlossgut bei, ein gelernter Landwirt, von welchem manche, vor allem die jüngeren Bürger, Belehrung und guten Rat annehmen.« In ökonomischer Hinsicht erweise



Die Remsbrücke mit ihren vier Brückenbögen, um 1900.

sich nach wie vor die Nähe zu großen Städten als Vorteil: einmal »zur leichten und guten Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse«, und zum anderen, weil dort »diejenigen, welche sich nicht oder nicht ausschließlich der Landwirtschaft widmen«, Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten finden könnten.

Der Wegfall von Holzgarten und Flößerei hatte Neckarrens ohne Zweifel großen wirtschaftlichen Schaden zugefügt, den zu kompensieren nicht leicht war. Pfarrer Schwartz wollte und konnte das Ganze freilich nicht nur negativ bewerten: »In moralischer Hinsicht ist manches von den angeführten Verlusten nicht zu bedauern. Wenn früher abends die Schiffe und die Flöße ankamen, so hörte die Arbeit auf und Alt und Jung sprang zu der Lände; in den Wirtshäusern entwickelte sich ein buntes Leben. Als der Berichterstatter [Pfarrer Schwartz] sein Bedauern aussprach, dass auch der Holzgarten eingegangen sei, der doch der Gemeinde nicht zum Verderben habe gereichen können, sagte mir ein Bürger: ›O Herr Pfarrer, sind Sie froh, dass der aufgehört hat, was da gestohlen und geflucht worden ist, ist nicht zu sagen‹. Von der Holzgartenzeit soll auch ein fast hereditärer, wenigstens traditioneller Hang zum Stehlen herrühren, welcher heutzutage noch namentlich in der Form des Felddiebstahls, leider auch bei Bemittelten teilweise, vorkommt. Man kann heute noch hören, damals hat alles gestohlen. Und ebenso geht hier die Rede: Reich wird man nicht vom Stehlen, aber gut tut es.«

Die Pfarrberichte enthalten regelmäßig auch Bemerkungen über den Schultheißen und den Gemeinderat, wobei es üblicherweise vorrangig darum ging, wie gut oder weniger gut diese mit dem Pfarrer zusammenarbeiteten, ob sie »kirchlich gesinnt« seien, fleißig die Gottesdienste besuchten und von Seiten der bürgerlichen Gemeinde das Erforderliche in der Armenfürsorge geschah. Aber in manchen Fällen geben die Pfarrberichte auch interessante Einblicke in den allgemeinen Zustand der Gemeindeverwaltung. So auch der Pfarrbericht von 1882, in dem Pfarrer Schwartz konstatiert, der seit einigen Jahren amtierende Schultheiß Jakob Widmann sei »in Handhabung der Polizei nicht energisch und streng genug«. Aus dem Munde eines Pfarrers, der großen Wert auf Zucht und Ordnung legte, klingt das noch wenig spektakulär. Aufhorchen lassen aber die nachfolgenden Sätze: Da Schultheiß Widmann »vollständig par inter pares ist und er sich innerhalb und außerhalb Amtes Schwächen zuschulden kommen lässt, so hat sein Ansehen stark gelitten. Doch ist es mehr der böartige Charakter seiner persönlichen Feinde, welche schon seine Wahl ungern sahen und jetzt seine Autorität untergraben und ihn zu stürzen suchen. Vor einigen Wochen ist er wegen falscher Beurkundung der Gemeindeführung in Gemeinschaft mit dem Gemeinde- und Stiftungspfleger zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Sein Vergehen bestand jedoch, wie auch bei dem Stiftungspfleger, mehr in Fahrlässigkeit als in böser Absicht, nach ihrer Ansicht sogar in guter Absicht, um dem Gemeindepfleger keine Verlegenheit zu bereiten.«

Der Gemeindepfleger selbst hatte seine Tätigkeit »mit einem bedeutenden Bankrott« abgeschlossen und war »vorläufig mit zwei Monaten Gefängnis bestraft« worden. Auch wenn der Gemeinde offensichtlich kein unmittelbarer materieller Schaden entstanden war, so hatte der Fall doch, wie Pfarrer Schwartz notierte, »große Unordnung und Aufruhr in die Gemeinde« gebracht.

Auch die Pfarrberichte der Folgejahre zeichnen ein gemischtes Bild von Schultheiß Widmann, der – wie damals bei Orten in der Größe von Neckarremms allgemein üblich – nur im Nebenamt als Ortsvorsteher fungierte und im Hauptberuf eine Landwirtschaft betrieb. 1884 hieß es auf der einen Seite, seine Stellung, die ins Wanken gekommen war, habe sich wieder gefestigt, seitdem in den Gemeindefausthalt mehr Ordnung gekommen sei. Andererseits lesen wir, dass es ihm »an Tatkraft, Mut und Festigkeit« fehle. 1888 schreibt Pfarrer Schwartz: Schultheiß Widmann »ist ein Mann von guter Gesinnung und besucht den Gottesdienst regelmäßig. Er verwaltet sein Amt gewissenhaft. Die Polizei jedoch sollte schärfer gehandhabt werden. Vor wenigen Jahren noch wurde der Ort häufig von fahrenden Leuten, Schaustellern, Komödianten, Musikern, Karussellbesitzern, Zigeunern aufgesucht, die sich teilweise wochenlang aufhielten, in Wirtshäusern und bei Privaten nur zu leicht Unterschlupf fanden, die den Ort brandschatzten und die Sitten verderbten.« Und nicht ganz frei von Eigenlob merkte Pfarrer Schwartz noch an, dass »diese Landplage, welche sich namentlich auch vor und nach dem Cannstatter Volksfest zeigte, nun durch das Bemühen des Geistlichen fast gänzlich verschwunden« sei. Im Pfarrbericht von 1896 ist schließlich über Widmann zu lesen: »Dem Ortsvorsteher fehlt es an Charakter und sittlichem Halt, doch scheint er sich seit dem Trunk- und Rauf-Exzess, durch welchen er sich im Winter 1893/94 eine Disziplinaruntersuchung, Geldstrafe und nachdrückliche oberamtliche Bedrohung zugezogen hatte, zusammengenommen zu haben.«

Was in den Pfarrberichten mehr oder weniger deutlich anklingt, wird durch andere Aktenstücke bestätigt: Schultheiß Widmann war sowohl hinsichtlich seiner Person als auch seiner Amtsführung alles andere als unumstritten. So musste sich im September 1892 das Oberamt in Waiblingen mit einer Eingabe befassen, in der Widmann von seinem 40 Jahre alten ledigen Bruder Christian bezichtigt wurde, er trachte diesem nach dem Leben, um an dessen Vermögen zu kommen. Neben persönlichen Anschuldigungen aus dem familiären Bereich brachte Christian Widmann auch vor, dass sein Bruder als Schultheiß die Neckarremser Bürger drücke, wo immer er könne. Er sei rücksichtslos in seinem Verhalten gegen die Bürgerschaft, stehe aber andererseits auch ganz unter dem Einfluss seiner Frau und seiner beiden Söhne, die »arg grob und unkultiviert« seien und tun und lassen könnten, was sie wollen. So gebe der 27-jährige Sohn des Schultheißen den Wirten nach Gutdünken Polizeistundenverlängerung, wenn er selbst im Wirtshaus sitze.

Am 6. April 1893 stellte das Oberamt hierzu fest: Es sei bekannt, dass sich Christian Widmann längere Zeit in Amerika aufgehalten habe »und dort in Verbindung mit seiner auch nach seiner Rückkehr fortgesetzten Trunksucht sein Nervensystem in einen Zustand gebracht hat, der zeitweise in Geistesstörung übergeht«. Die Eingabe zeuge davon, dass sie in einem solchen Zustand verfasst worden sei und auf Glaubwürdigkeit keinen Anspruch habe.

Die Sache wurde daher auch nicht weiterverfolgt. Für uns ist die Eingabe dennoch interessant. Denn selbstverständlich wurde zunächst untersucht, ob die Behauptungen des Christian Widmann ernst zu nehmen seien und eventuell Maßnahmen ergriffen werden müssten. In diesem Zusammenhang kamen in die

Akte auch andere Schriftstücke, die belegen, dass die Familie des Schultheißen Widmann zumindest nicht mit allen Neckarremser Familien zurechtkam. Namentlich zur Familie Volz scheint eine regelrechte Feindschaft bestanden zu haben. So zeigen in der Akte überlieferte Auszüge aus Gerichtsakten, dass sich die beiden Familien gegenseitig mit Privatklagen überzogen haben, bei denen es unter anderem um Beleidigungen und Körperverletzung ging.

Als Hauptgegner des Schultheißen Widmann erweist sich Gottlob Volz, ein Schuhmacher, der körperlich versehrt war, nachdem er 1860 im Alter von 26 Jahren »durch unvorsichtiges Schießen« seine linke Hand verloren hatte. Volz bekleidete zahlreiche öffentliche Ämter, war Kirchenpfleger, Stiftungspfleger und Schulfondsverwalter, Mitglied im Kirchengemeinderat und Abgeordneter für Neckarrems in der Bezirkssynode, zeitweise auch Mitglied des Gemeinderats. Aus seiner Zeit als Gemeinderat ist auch der erste größere Streit zwischen



Blick in die zur Remsbrücke führende Dorfstraße, um 1930.

ihm und dem Schultheißen überliefert. Der Anlass war eher nebensächlich: Als Widmann 1882 für längere Zeit sein Amt nicht versehen konnte, musste aus der Mitte des Gemeinderats ein Schultheißenamtsverweser bestellt werden. Widmann hat hierfür den Gottlieb Wurst vorgeschlagen und rechnete offenbar damit, dass dieser Vorschlag im Gemeinderat ohne weitere Diskussion durchgewinkt würde. Doch Volz zeigte sich widerborstig: In seinen Augen eignete sich Wurst für die Aufgaben eines Gemeindeamtsverwesers »so wenig als der Teufel zu einem Apostel«, überhaupt sei das ganze Vorgehen Widmanns »eine jener Finten, deren er sich so gern benützt, um seine eigenmächtigen Pläne durchzuführen«. Auf Betreiben des Volz und gegen den Widerstand des Schultheißen bestand der Gemeinderat auf geheime Abstimmung und dabei ging Wurst leer aus und wurde Gottlob Volz mit Stimmenmehrheit gewählt.

Volz war ganz offensichtlich mit der Art und Weise, mit der Widmann sein Amt versah, überhaupt nicht einverstanden. Und Kritik an der Amtsführung des Schultheißen war, wie ja auch aus den Bemerkungen in den Pfarrberichten geschlossen werden kann, zumindest nicht völlig unberechtigt. Vielleicht wäre Volz auch gerne selbst Ortsvorsteher gewesen und neidete Widmann das Amt. Unklar bleibt jedoch, weshalb die unübersehbar vorhandenen Differenzen in Sachfragen in eine regelrechte Familienfehde ausarteten, in der nahezu jeder jeden aus allen möglichen Anlässen wüst beschimpfte und es bisweilen sogar zu körperlichen Attacken kam. Da die Frau des Gottlob Volz eine geborene Widmann war, lag der Ausgangspunkt des mit einem unglaublichen Hass ausgetragenen Konflikts vielleicht in Erbstreitigkeiten.

Der Streit zwischen den Familien eskalierte, als im Oktober 1892 in aller Öffentlichkeit – im Gasthaus Lamm – die beiden Söhne des Schultheißen den gleichnamigen Sohn des Gottlob Volz auf übelste Weise beleidigten und dieser mit der Behauptung konterte, vor einigen Jahren mit ihrer Mutter Geschlechtsverkehr gehabt zu haben. Man braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, wie die Schultheißen-Söhne darauf reagiert haben – und wie schnell diese Sache im Dorf die Runde machte. Luise Widmann stritt das Ganze natürlich entschieden ab und der junge Volz hatte schnell ein Verfahren wegen übler Nachrede am Hals. Aber als die Angelegenheit vor Gericht zur Verhandlung kam, weigerte sich Luise Widmann, ihre Aussage, sie habe nie geschlechtlichen Umgang mit Volz gehabt, eidlich zu beschwören, woraufhin Schultheiß Widmann die Verleumdungsklage wieder zurückzog. Das ohnehin ramponierte Ansehen Widmanns hat durch diese Geschichte sicherlich weiteren Schaden genommen.

Freilich waren nicht nur einzelne Familien wie die Volz und Widmann heillos untereinander zerstritten. Wichtige kommunalpolitische Themen sorgten dafür, dass zeitweise regelrecht ein Riss durchs ganze Dorf ging, weil die jeweiligen Interessen völlig unterschiedlich lagen. Beispielhaft sei hier der Streit um den Ausbau der Wasserversorgung genannt, der in den frühen 1870er Jahren zu erheblichen Störungen des lieben Dorffriedens führte. Dieser Streit loderte schon länger und erhielt neue Schärfe, als im März 1872 dem Gemeinderat eine von rund 60 Bürgern unterzeichnete Eingabe präsentiert wurde, in der es hieß:

»Ein dringendes Bedürfnis, man darf es eine Not nennen, treibt uns, mit einer Bitte vor unsere Gemeindebehörden zu treten – ein Notstand, der vergangenen

Winter fühlbar genug wurde, in einem trockenen Sommer sich noch bedeutend steigert. Unser Flecken, die Rems vor ihrer Mündung in den Neckar zu beiden Seiten einfassend, zieht sich rechts bis auf die Ebene hinaus, weil das enge Tal eine größere Ansiedlung nicht gestattet. Das Quellenlager unseres Gesteins ist um seiner splittrigen Beschaffenheit willen erst fast in gleichem Niveau mit der Rems. Längs des Ufers derselben treten viele, zum Teil reiche Quellen zu Tage. Daher haben die Pumpbrunnen der Koppengasse und der Hintergasse bei geringer Tiefe immer Wasser, weil ihre Sohle das Wasserlager erreicht. Aber der Pumpbrunnen an der Winnender Straße versiegt deshalb die meiste Zeit über, weil er nicht bis in diese Tiefe niedergeht. Aber eben auf diesen Brunnen ist ein großer Teil unseres Orts mit seinem Wasserbedürfnis angewiesen, und wenn derselbe, wie gewöhnlich, versiegt, so müssen vierzig Haushaltungen ihr Trink-, Koch- und Waschwasser, auch das Tränkwasser für das Vieh vom unteren Dorf den Berg hinauf tragen. Um zu begreifen, was das für eine Aufgabe ist, laden wir unsere im unteren Dorf wohnenden, in dieser Beziehung glücklichen Gemeindegossen ein, sich die Scharen anzusehen, die sich abends vor den Brunnen der Hintergasse sammeln: die von der Feldarbeit ermüdeten Männer, die zitternden Knie der alten Frauen zu beobachten, die nach des Tages Last und Mühe noch dieses unentbehrliche Labsal für Mensch und Tier 300 bis 600 Schritte weit den Berg hinauf schleppen müssen. Kommt vollends ein Glatteis, so ist es ein wahres Wunder, dass nicht mehr Unglücksfälle durchs Wasserholen zu beklagen sind. Aber ins Schreckliche würde sich diese Not steigern, wenn – was Gott verhüte – ein Brand da oben ausbräche. Würden unsere paar Feuerbüten, unsere Frauzimmer mit ihren Golten im Stande sein, auch nur eine einzige Feuerspritze im Gang zu erhalten? Würden sie nicht ermatten, wenn sie nur einige Male mit einer Last Wasser den Gang den Berg hinauf gemacht hätten?»

Die Verfasser der Eingabe hatten jedoch nicht nur eine Verbesserung der aktuellen Situation für einen größeren Teil der Einwohnerschaft im Blick, sondern auch künftige Entwicklungsmöglichkeiten des Dorfes. Denn, so ihre Argumentation, »einer Erweiterung unseres Orts, die bei manchen so eng gebauten Gassen und dem großen Wohnungsmangel sehr wünschenswert wäre, steht das gänzliche Fehlen des Wassers hier oben entgegen. Und doch sind nirgends wie hier so bequeme, für Landwirtschaft und Gewerbe taugliche Bauplätze zu finden.« Konkret vorgeschlagen wurde, das Wasser der knapp einen Kilometer von den letzten Häusern entfernten Seebrunnen-Quelle zu fassen und in einer Teuchelleitung ins obere Dorf zu führen, wo man etwa auf dem ohnehin »überflüssig großen Kelterplatz« bequem einen Brunnen und »noch ein besonderes Wasserbassin« aufstellen könnte. Die hierdurch entstehenden Kosten wurden als »nicht sehr bedeutend« bezeichnet.

Wenn man diese Eingabe liest, sollte man meinen, dass es eigentlich keinen vernünftigen Grund gegeben haben kann, diesen Antrag abzulehnen. Und dennoch stieß er auf heftigen Widerstand. Zunächst wurde er von Schultheiß Wilhelm Seitter, dem seit 1848 amtierenden Vorgänger Jakob Widmanns, im Gemeinderat überhaupt nicht zur Beratung gestellt. Dann wurde das Vorhaben regelrecht torpediert. So beklagten die Befürworter im Januar 1873, dass eigentlich Geld genug für den Leitungsbau vorhanden sei. Man habe eben erst – auf Betreiben weniger Bauern – für 700 Gulden einen Feldweg erneuern lassen; dieses Geld

hätte für die Wasserleitung ausgereicht. Dann kam die Neuwahl zum Bürgerausschuss dazwischen. »Durch Agitation« sei es gelungen, dass mehrheitlich Widersacher des Leitungsbaus in das Gremium gewählt wurden. Der Verschleppung diene auch der Vorschlag, für die Wasserleitung statt der Seebrunnen-Quelle eine andere, weiter entfernte Quelle zu verwenden. Denn diese Lösung würde



Das alte Rathaus an der Dorfstraße mit Zierfachwerk von 1914.

um die Hälfte höhere Kosten bedeuten und überdies sei fraglich, ob das Wasser dieser Quelle ausreichen würde. Und schließlich wollte auch noch der eine oder andere Bürger seinen ganz persönlichen Profit aus dem Bau der Wasserleitung ziehen: Für das Verlegen der Leitung über die einzelnen Grundstücke benötigte man die Erlaubnis und Zustimmung der Eigentümer und diese forderten dafür zum Teil völlig überzogene Summen als Schadenersatz.

Erst im Herbst 1873 – und nach massivem Druck von Seiten des Oberamts – wurde mit dem Bau der Wasserleitung begonnen. Der mit den Planungen beauftragte Oberamtsbaumeister Wälde hatte noch Ende August fast resigniert festgestellt, »die total falsche Ansicht einiger hartnäckiger Mitglieder des Gemeinderats geht darauf aus, das für einen großen Teil der Einwohner so wohltätige Projekt zu vereiteln«. Im Mai 1874 konnte dann Schultheiß Widmann, der in der Zwischenzeit dem Wilhelm Seitter im Amt des Ortsvorstehers nachgefolgt war, an das Oberamt Vollzug melden: »Beehrt man sich anzuzeigen, dass die fragliche Wasserleitung vollständig nach dem revidierten Plan ausgeführt ist und dass es 1100 bis 1200 Gulden weiter gekostet hat.« 1909/10 erhielt Neckarremms dann seine Hauswasserleitung mit 170 Hausanschlüssen, so dass fortan das mühsame Wasserholen aus den Brunnen entfiel.

Ein wenig schmeichelhaftes Bild der Neckarremser zeichnete Pfarrer Schwartz in seinem Pfarrbericht von 1890, in dem er schrieb: »Was das Verhältnis der Gemeindeglieder untereinander angeht, so bilden sie keine geschlossene, kompakte Gemeinde. Es ist kein Zusammenhalten, jeder lebt und sorgt für sich nach seiner Art. Leider ist viel Falschheit, Untreue, Neid, Rachsucht unter den Leuten anzutreffen, häufig mit Anwendung gemeiner Mittel, z. B. anonymer Briefe zum Zweck der Verleumdung bei Ämtern und Privaten, z. B. in Heiratsangelegenheiten, Darlehensgesuchen usw. In Beziehung auf Gemeindevertretung und -verwaltung herrscht Parteisucht und Egoismus; jeder spricht mit und jeder rät. Der geringere, aber zahlreichere Teil gilt mehr als der bessere und vermöglichere und hat die Herrschaft an sich gerissen. Der letztere zieht sich meist zurück und überlässt den anderen Ansehen und Gewalt. So trägt der Ort im Kleinen das Bild der Zeit an sich. Die Wahlen, die Reichs-, Landes- und Ortswahlen, fallen daher ziemlich demokratisch aus, so dass die besseren und auch einsichtigeren Elemente der Bürgerschaft aus den Ortskollegien verdrängt werden. Die Kirche wird zwar dadurch nicht unmittelbar geschädigt, doch wird das kirchliche Bewusstsein und die gute christliche Sitte durch solch freien Geist, der am liebsten gar keine Autorität über sich hätte, auch nicht gehoben.«

In dem Bericht heißt es weiter: »Der Neckarremser hält seinen Ort für den ersten auf zwei bis drei Stunden im Umkreis. Es sei hier wie in einem Städtchen. Daher mag es auch kommen, dass es fremden Leuten von zweideutigem Charakter hier so gut gefällt, die sich gerne einnisten und kaum mehr hinauszubringen sind. Auf andere Orte sieht daher der Remser mit Stolz und Verachtung herab, z.B. auf Hegnach oder Hohenacker; die einen tragen Hörner, die anderen leben ›hinterm Espich‹. Im Gebrauch des Zeitlichen sind die Leute, abgesehen von dem übertriebenen Kleiderluxus, worin sie es ganz der Stadt nachmachen, einfach und sparsam, so dass die Kleiderpracht wenig zu der übrigen Lebensführung in Speise und Wohnung passt. Sparsam zu sein lehrt hier freilich auch die gegenwärtige Notzeit von selbst, umso mehr, da sie zu ihren kleinen Betrieben auch fremde Mittel nötig haben. Darum ist auch der Wirtshausbesuch und die Beteiligung an Hochzeiten sehr schwach, so dass die Wirte klagen, was wenigstens in moralischer Hinsicht ein gutes Zeichen ist.«

Gewissermaßen als Fazit hielt Pfarrer Schwartz fest: »Werden schließlich die ökonomischen und sittlichen Zustände in der Gemeinde zusammengehalten, so sind die letzteren durch die ersteren in günstiger und ungünstiger Weise bedingt. Auf der einen Seite erzeugt der geringe Vermögensstand und der saure Erwerb des Zeitlichen manchen Schaden, z. B. hinsichtlich des Familienlebens, Übertretungen des siebten Gebots, die häufig in Felddiebstahl bestehen, dessen die umliegenden Ortschaften die Remser beschuldigen, indem sie ihnen ›Rems nemms‹ nachsagen und nachrufen. Auf der anderen Seite verbietet und verhindert der geringe Nahrungsstand Üppigkeit, Leichtsinn und Exzesse, wozu manche Lust hätten. Von den meisten, auch geringeren Familien kann daher gesagt werden, dass sie sich ritterlich wehren, um sich in ihrem Stand zu erhalten und nicht der Verarmung, dem Ruin und dem Proletariat anheimzufallen.«

Der aus Waiblingen zur Pfarrvisitation angereiste Dekan Christian Theodor Gess urteilte 1892 weniger nachsichtig: »Die Gemeinde bietet das betrübende Bild ökonomischen, kirchlichen, sittlichen Verfalls. Es ist eine von pietätlosem Weltsinn beherrschte, gegen Gottes Wort gleichgültige Gemeinde, in welcher geistliches Leben erst wieder neu geweckt werden müsste.« Wesentlich positiver fällt sein Zeugnis für den damals bereits 63 Jahre alten, aber immer noch unverheirateten Pfarrer Schwartz aus: Er habe »ziemlich gute Gaben, gute realistische und pädagogische, mittelmäßige theologische Kenntnisse, hat sich übrigens theologisches Interesse bewahrt. Er ist ein überaus gutherziger, wohlwollender Mann, freundlich und dienstfertig gegen jedermann, in seiner Amtsverwaltung sorgfältig, pflichteifrig, fürsorglich. Aber zu tiefer dringender pastoraler Wirksamkeit fehlt es ihm an eigener geistiger und geistlicher Tiefe. Auch ist sein Junggesellenleben und seine etwas unordentliche Junggesellenhaushaltung seinem pastoralen Wirken nicht förderlich. Er lebt übrigens ganz zurückgezogen, einfach und solid. Sein Wandel ist ganz geordnet.«

Im Pfarrbericht von 1896 ist als Randnotiz des Dekans Gess zu lesen: »Die Bevölkerung von Neckarrems charakterisiert sich durch einen äußerlichen, oberflächlichen, vorherrschend weltlichen Sinn, verbunden mit einem geistig beweglichen, weltgewandten Naturell. Vor der Eisenbahnzeit ein Knotenpunkt geschäftlichen Verkehrs und Erwerbs ist Neckarrems durch die Ablenkung des Verkehrs ökonomisch gesunken, aber der leichte Sinn des halben Städters ist ihnen geblieben. Das kirchliche Bewusstsein der Gemeinde ist sehr gesunken, auch durch die seit Jahrzehnten eingerissene Sektiererei verflacht und verödet.« Und über den 48-jährigen Pfarrer Dr. Alfred Schüz, der im Januar 1894 mit seiner Familie das Pfarrhaus neben der Michael-Sebastiankirche bezogen hatte, schrieb der Dekan, er sei »ein musikalisch hoch begabter, wissenschaftlich und ästhetisch fein gebildeter Mann von gediegenem christlichem Charakter. Von schwächerer Konstitution und sehr zartem Nervensystem, von mystisch kontemplativer Anlage. Seine persönliche Art hat etwas Stilles, Vorsichtiges, mild Verbindliches. Heraustretende Schneidigkeit ist seine Sache nicht, aber stille, gehaltene Würde. Ein leicht verletzbares Selbstgefühl tritt leicht hervor und legt dem Verkehr mit ihm schonende Vorsicht auf. Er ist treu besorgt um Seelsorge und Armenfürsorge und sucht die Gemeinde mit freundlichem, ruhigem Ernst zu gewinnen, was ihm auch zu gelingen scheint. Bei der Predigt wäre etwas mehr

Salz und packende Frische zu wünschen.« Pfarrer Schüz hatte übrigens in den Jahren, bevor er in Neckarremms aufzog, mehrere wissenschaftliche Abhandlungen veröffentlicht, so 1884 eine Arbeit mit dem Titel »Philosophie und Christentum« und 1891 das Buch »Die Geheimnisse der Tonkunst«.

Bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts geben die Pfarrberichte auch regelmäßig – mal mehr, mal weniger ausführlich – Auskunft über die Lehrer und die allgemeinen Verhältnisse in der Schule. So erfahren wir aus dem Bericht des Jahres 1886, dass die Schule damals insgesamt 170 Schüler zählte, die in zwei Klassen aufgeteilt waren. In der vom 56 Jahre alten Schulmeister Hermann Babel unterrichteten oberen Klasse saßen 74 Schüler (je 37 Knaben und Mädchen) im Alter von 10 bis 14 Jahren. Der junge Unterlehrer Hafner hatte in der unteren Klasse 96 Schüler (45 Knaben und 51 Mädchen) im Alter von 6 bis 10 Jahren. Über Schulmeister Babel, der gebürtig aus Niedernhall bei Künzelsau stammte und seit Juli 1881 an der Neckarremser Schule war, schrieb Pfarrer Schwartz:

»Sein Lebenswandel ist im Ganzen geordnet, jedoch kommen nach glaubwürdigen Zeugen auch Exzesse und Unordnungen vor. Sein Fleiß in der Schule ist gut, aber sein Lehrverfahren ungeschickt, auch vermag er die Disziplin nicht zu handhaben, daher seine Schule vom K. Bezirksschulinspektorat immer ein weniger günstiges Zeugnis erhält. Dies ist, da Babel sehr ehrsüchtig und selbstgerecht ist, hauptsächlich der Grund, warum Babel sich hier nicht glücklich fühlen will und warum er den Ortschaftsinspektor seit der ersten Visitation durch den Bezirksschulinspektor anfeindet. Jedoch ist er selbst ein empfindlicher, schwer traktabler Charakter, kriechend, wo er es für angemessen hält, aber auch herrschend, wo er kann, und vornehm. Durch sein eigenes Wesen hat er sich auch von seinen Kollegen im ganzen Bezirk isoliert. Überhaupt vermochte er sich als Franke, und zwar als Neckarfranke, nicht mehr in das schwäbische Volkstum einzuleben, weder in noch außerhalb der Schule. Er ist überhaupt vollständig ein Mann des opus operatum, hält sich rein an das Vorgeschriebene, soweit es für ihn günstig ist, und hat nicht den Zweck der Sache im Auge, sondern immer nur seine eigene Person, damit dieser nichts geschieht und ihr die erforderlichste Ehre zuteilwird, worauf er sehr erpicht ist. Als Kantor hat er eine schwache, dazu unangenehme Stimme, und es ist fast gut, dass er als Kantor häufig ganz verstummt. Als Organist ist Babel ziemlich gut.«

Über Babels Nachfolger Immanuel Gottlieb Weiß, der 1887 die Neckarremser Schulstelle erhalten hatte, heißt es im Pfarrbericht von 1892: »Die Zucht ist zwar äußerlich gut, wird aber mehr in knechtischer als in pädagogischer Weise betrieben und gehandhabt. Sein Lebenswandel ist nicht immer gleich, periodisch abwechselnd, mehr außerhalb des Hauses, wo er sich einem aufreibenden, vielleicht originell sein sollenden Treiben hingibt. Als Kantor ist er zu alt, als Organist ist er nicht gut.« Und Dekan Gess ergänzte knapp: »Ein aufgeblasener, zerfahrener, unlauterer, unglücklicher Mann.«

Weiß wurde 1894 von Wilhelm Seeger abgelöst, dem Pfarrer Schüz im Pfarrbericht von 1896 ebenso ein gutes Zeugnis ausstellte wie dem Unterlehrer Wilhelm Ritz. Seeger sei »in der Amtsführung treu und eifrig, im Lebenswandel durchaus geordnet« und Ritz »tüchtig in der Amtsführung, im Wandel tadellos«.

Dekan Gess bestätigte diese Einschätzung: »Die beiden Lehrer machen einen guten Eindruck. An dem tüchtigen, christlich biederem Schullehrer Seeger hat die Gemeinde nach langer Verlotterung der Schule einen Segen gewonnen.«

Bemängelt wurden einzig die völlig unzureichenden räumlichen Verhältnisse der Schule. Es dauerte jedoch noch einige Zeit, bis hier Abhilfe geschaffen werden konnte. Im Gemeinderatsprotokoll vom 12. Oktober 1901 ist festgehalten: »Die Gemeinde Neckarrens sah sich nach längerem Zögern genötigt, ein neues Volksschulgebäude zu errichten, da das bisherige Schulhaus zu engräumig war, sofern trotz des zur Einführung gelangten Abteilungsunterrichts von wöchentlich vier Stunden der Luftraum für den einzelnen Schüler in der Oberklasse nur 1,4 cbm, in der Unterklasse nur 1,9 cbm beträgt, während nach § 5,5 der Ministerialverfügung vom 28. Dezember 1870 betr. die Einrichtung der Schulhäuser für jeden Schüler unter 14 Jahren ein Luftraum von mindestens 3 cbm verlangt ist, auch die Lage der Unterklasse über einer offenen Wagenremise und neben einer großen Dunglege mit Güllenloch ein baldiges Verlassen dieses Lokals geboten erscheinen lässt.«

Auf dem Kelterplatz entstand ein neues Schulhaus mit zwei Klassenräumen und zwei Lehrerwohnungen; im April 1903 wurde es festlich eingeweiht. Im Oktober 1903 konnte Schultheiß Ludwig Eppinger dem Gemeinderat berichten, dass sich die Baukosten auf insgesamt 41 449 Mark bezifferten und somit um 890 Mark oder 2,2 Prozent über dem Kostenvoranschlag lagen. Die Finanzierung erfolgte hauptsächlich durch Entnahme aus dem gesetzlich vorgeschriebenen Grundstocksvermögen, da – so die Begründung – ein Betrag dieser Größenordnung »aus laufenden Mitteln der Gemeindepflege nicht bestritten werden kann, da sonst der Gemeineschaden, der ohnedies schon bei einem Staatssteuerfuß von 3348 Mark die Höhe von 6000 Mark erreicht hat, sich noch mehr steigern würde, was bei den jetzigen niedrigen Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse für die Steuerzahler empfindlich wäre«. Den dadurch entstehenden Grundstocksabmangel wollte man dann in jährlichen Raten von 500 Mark wieder ergänzen. Auf diese Weise sollte sichergestellt sein, dass die Kosten für den Schulhausbau »die jetzige Generation nicht zu sehr zu Gunsten der späteren Generation belasten«.

Ludwig Eppinger hatte am 24. November 1897 die Nachfolge von Schultheiß Widmann angetreten, der am 13. Oktober nach längerem Magenleiden verstorben war. Wie sein Vorgänger versah auch Eppinger das Schultheißenamt im Nebenamt. Als Ortsvorsteher erhielt er ein Jahresgehalt von 380 Mark; hinzu kamen 120 Mark für die Tätigkeit als Ratsschreiber und 27 Mark als pauschale Entschädigung für Schreibmaterialien. Eppinger war mit den Angelegenheiten der Gemeinde bestens vertraut: Vor seiner Wahl zum Schultheißen hatte er bereits 14 Jahre dem Gemeinderat angehört und überdies mehrere Jahre die Stelle des Gemeindepflegers bekleidet.

An der Wahl des neuen Schultheißen am 30. Oktober 1897 durften von den insgesamt 808 Einwohnern des Dorfes 133 teilnehmen, nämlich ausschließlich alle Männer, die mindestens 25 Jahre alt waren. Laut Wahlprotokoll hatten 98 Männer von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Davon stimmten 73 für Eppinger und 24 für Stiftungspfleger Gottlob Volz; eine weitere Stimme ging an

den Bäcker Gustav Boger. Ludwig Eppinger war übrigens der letzte Neckarremser Schultheiß, der noch auf Lebenszeit gewählt worden ist. Erst 1906 wurde in Württemberg die Lebenslänglichkeit des Ortsvorstehers beseitigt und die Wahlperiode auf zehn Jahre festgelegt. Eppinger gab sein Amt allerdings Mitte

1913 aus gesundheitlichen Gründen auf, im Alter von 70 Jahren und sieben Jahre vor seinem Tod am 20. Dezember 1920.

Die in den Wahlakten noch erhaltene Wählerliste von 1897 ermöglicht interessante Einblicke in die Sozialstruktur des Dorfes. Das für das aktive Wahlrecht erforderliche Mindestalter von 25 Jahren wies lediglich ein einziger Wähler auf, der Schreiner Gottlob Benzinger. Sechs weitere Wahlberechtigte waren jünger als 30; 29 waren zwischen 30 und 39 Jahre alt, 31 zwischen 40 und 49, 32 zwischen 50 und 59, 21 zwischen 60 und 69, elf zwischen 70 und 79 sowie zwei über 80. Der Anteil der Nichtwähler war in allen Altersgruppen ungefähr gleich hoch, wobei auffällt, dass sowohl der jüngste als auch die beiden ältesten Einwohner – der Schuhmacher Gottlieb Räuchle (89) und der Bauer Johannes Mannsperger (87) – nicht zur Wahl gegangen sind.

Auf der Wählerliste finden sich auch Angaben zu »Stand, Beruf oder Gewerbe«. Demnach gab es im Dorf 58 Bauern, vier »Bauern und Händler«, zwei Weingärtner, drei Händler sowie je einen »Gänsehändler« und »Milchhändler«, neun Schreiner, vier Zimmerleute, vier Maurer, drei Schmiede, zwei Wagner, sieben Schuhmacher, vier Schneider, zwei Straßenwarte sowie je einen Metzger, Bäcker, Glaser, Kübler, Küfer, Sattler,



*Ludwig Eppinger (1842–1920),
1897 bis 1913 Schultheiß von Neckarrems.*

Schlosser, Weber und Ziegler. Hinzu kamen der Molkereibesitzer Wilhelm Friedrich Müller, der Müller Gottlob Bäder, der Ölmüller Christian Obergfäll, der Mühlbauer Karl Friedrich Klotz, die »Kunstmüller« Karl und Georg Christian Schiedt, der »gewesene Schiffer« Wilhelm Rösch (72 Jahre alt) sowie die Wirte Karl Mayer (Krone), Albert Mannsperger (Lamm) und Gottlieb

Mergenthaler (Ochsen). Weiter sind genannt: Gemeindepfleger Ludwig Eberle, Amtsdienner Gottlob Eberle, Kirchenpfleger Gottlob Volz, Nachtwächter Friedrich Blumhardt sowie Tagelöhner und Totengräber Christian Zimmer. Jakob Boger, Gottlieb Blumhardt, Ludwig Eppinger und Gottlieb Wurst werden in der Liste ohne weitere Angaben als »Gemeinderat« bezeichnet und der 44 Jahre alte ledige Christian Widmann, den wir bereits als Bruder des nunmehr verstorbenen Schultheißen kennengelernt haben, als »Privatier«.



*Blick von der »Holzsteige«, der Straße von Neckarrens nach Hegnach,
auf die Mühle und das Mühlwehr, 1927.
Der imposante Fachwerkkomplex wurde 1964 durch ein Großfeuer zerstört.*

In der Stellungnahme des Oberamts zum Wahlausgang ist zu lesen, Eppinger sei »gut prädisiert« und stehe »in sehr guten Vermögensverhältnissen«, er taue »zweifelloso für den Ortsvorsteherposten«. Drei Jahre später, im Pfarrbericht des Jahres 1900, heißt es dann, der Ortsvorsteher »hat guten Willen, aber zu wenig Schneid und Unabhängigkeit, auch zu wenig Zeit für sein Amt, so dass in der Gemeinde weniger Zucht und Ordnung ist als in seinem Haus«.

Eppinger scheint ein sehr geschäftstüchtiger Mann gewesen zu sein, wobei er es mit den Vorschriften und namentlich der Steuerehrlichkeit offenbar nicht immer ganz genau nahm. 1903 musste er sich sogar vor der Finanzjustiz verantworten und wurde er »wegen einer in den Jahren 1883 bis 1901 verübten fortgesetzten Kapitalsteuergefährdung« zu einer Geldstrafe von 6642 Mark verurteilt.

Eppinger war bereit, auf Verlangen sein Amt niederzulegen. Die vorgesetzten Behörden – das Oberamt in Waiblingen und die Kreisregierung in Ludwigsburg – sahen hierzu freilich keine Notwendigkeit und verzichteten auf eine Disziplinaruntersuchung gegen Eppinger. Denn, so die Begründung, »die ihn belastende Defraudation liegt in ihrem Beginn vor seiner Dienstzeit als Ortsvorsteher«. Zudem sei zu berücksichtigen, dass in Neckarrems »zur Zeit kein geeigneter Ersatz sich finden lässt. Außer der an Geiz grenzenden Erwerbssucht lässt sich gegen Eppinger nichts einwenden.«

Drei Jahre später musste sich das Oberamt erneut mit Schultheiß Eppinger befassen. In einer anonymen Zuschrift vom 9. Juni 1906, die mit »die Neckarremser Bürgerschaft« unterzeichnet war, wurde die Amtsführung des Schultheißen scharf kritisiert und konnte Oberamtmann Kaufmann lesen:

»Es herrschen auf dem hiesigen Rathaus Zustände, wo wir Herrn Oberamtmann dringend bitten möchten, selbige gründlich aufzuheben. Erstens ist hier der Büttel über Herrn Schultheiß, da er dermaßen unverschämt, grob und brutal ist gegen die Bürger. Es ist der einzige und dazu sehr große Fehler von Herrn Schultheiß, dass er diesen frechen, naseweisen Menschen so herrschen lässt. Es ist möglich, dass Herrn Schultheiß seines Büttels Tun und Treiben nicht alles bekannt ist. Es mag sein auf dem Rathaus, was nur will, so ist der Büttel überall vorne dran, bei Sachen, wo er unbedingt nicht in das Amtszimmer gehört. Es ist schon längst die allgemeine Klage, dass niemand mehr ungeniert auf das Rathaus kann. Was noch die größte Liederlichkeit ist: Der Vater von dem Büttel, Christian Hahn senior, ist der allerintimste Freund zu Herrn Schultheiß und vertritt seines Sohnes Stelle sehr oft. Da wird dann alles Mögliche vom ganzen Rathaus ausgesprochen und die größten Schwätzereien gemacht. Hahn senior spricht von Herrn Schultheiß nur stets per »wir«. Wir können absolut nicht, wir lassen doch niemand stecken! Daher heißt es immer hier, man haben drei Schultheißen. Herr Schultheiß weiß wohl nicht, welche Schlangen er an seinem Busen nährt. [...] Alles Mögliche, was nicht ausgesprochen werden soll, wird von diesen gemeinen Schwätzern ausgestreut. Dem alten Hahn seine Schwester, sogenannte Fleckenpost und Tränenweib, wird je von allem in Kenntnis gesetzt. [...] Soll sich eine ganze Gemeinde von einem Büttel und Bürgerausschuss tyrannisieren lassen? Nein, sagt ein jeder ernster Bürger, unter keinen Umständen mehr.«

Der ganze Ort wundere sich schon jahrelang über die »dicke Freundschaft« zwischen Schultheiß Eppinger und dem alten Hahn. »Dieses alles stellt Herrn Schultheiß in gar kein gutes Licht, da Hahn senior als allgemeiner niederträchtiger Wüstling bekannt ist und Sittlichkeitsverbrechen in Unmenge auf dem Gewissen hat. Er lässt heute noch die Schulkinder nicht in Ruhe, zeigt ihnen ungeniert seine unnatürlich großen Geschlechtsteile, rempelt die Mädchen an, [...] fragt sie, ob sie noch keusch, erklärt einer jeden ganz genau die Zeugung des Menschen sowie den geschlechtlichen Verkehr. Es ist ihm einerlei, ob die Mädchen 12, 14, 16 oder 18 Jahre alt sind. [...] Die hiesige Bürgerschaft ist jetzt auf dem Standpunkt, dass endlich einmal diesem Wüstling gründlich das Handwerk gelegt wird.«

Schultheiß Eppinger verwahrte sich am 30. Juni in einem ausführlichen Schreiben an das Oberamt entschieden gegen die erhobenen Vorwürfe. Wäre auch nur ein Körnchen Wahrheit dran, müssten sich die Beschwerdeführer nicht

hinter der Anonymität verstecken. Bei ihnen handle es sich auch keineswegs um »die Bürgerschaft«, sondern lediglich »um einzelne Unzufriedene, welche stets im Wirtshaus zu finden sind und sich sehr nach dem sozialdemokratischen Zukunftsstaate sehnen und welche denen, die etwas besitzen, es nicht vergönnen und sie wo möglich auch um ihr Habe bringen möchten«. Die ganze Sache beruhe »auf Missgunst, Neid und Gehässigkeit«. Von einer »Herrschaft des Büttels auf dem Rathaus« könne keine Rede sein, und selbstverständlich werde auf strenge Vertraulichkeit geachtet: »Der Amtsdienner ist im Ratszimmer nur, wenn er erforderlich ist, und wenn es sich um eine nichtöffentliche Sache handelt, ist der Schultheiß so vernünftig, seinen Büttel wegzuschicken.« Und weiter schreibt Eppinger: »Ein Ortsvorsteher braucht heutzutage einen richtigen Amtsdienner, indem sich die Geschäfte täglich mehren. Außerdem braucht er in einem so verkehrsreichen Ort wie Neckarrems, wo fünf öffentliche Straßen und drei Oberamtsbezirke zusammenführen, einen Polizeidiener, der das Maul nicht in der Tasche hat, namentlich mit den Zigeunern. Dieser Büttel, der zugleich Polizeidiener ist, wird den Beschwerdeführern manchmal unbequem und lästig, wenn er sie nach eingetretener Polizeistunde im Wirtshaus nach Hause weist oder nötigenfalls zur Anzeige bringt.«

Zwar treffe es zu, dass der alte Hahn seinen Sohn gelegentlich in dienstlichen Angelegenheiten vertritt, aber ausschließlich in unwichtigen Sachen, eigentlich fast nur bei Botengängen, und schon gar keine Rede könne davon sein, dass es auf dem Rathaus drei Schultheißen gebe. Hahn senior sei Mitglied des Bürgerausschusses und nehme in dieser Funktion wie jeder andere an den Sitzungen teil. Die Anschuldigungen gegen ihn rührten vor allem daher, dass man ihm das Gratial von jährlich 250 Mark, das er als Veteran des Krieges von 1870/71 erhalte, neide. Auch für die angeblich »dicke Freundschaft« zu Hahn senior hatte Eppinger eine plausible Erklärung: »Ich bin seit 30 Jahren Vorstand des hiesigen Kriegervereins. Hahn ist Kassier desselben und kommt es öfters vor, dass Hahn in mein Haus kommt, aber nicht um Geschwätz und Neuigkeiten hereinzutragen, sondern lediglich nur wegen Vereinsangelegenheiten.«

Eppinger schloss seine Stellungnahme mit einem Bibelzitat: »Die Beschwerdeführer sehen die Splitter in ihres Bruders Auge und werden nicht gewahr des Balken in ihrem Auge. Sie sollten zuerst den Balken aus ihrem Auge ziehen und hernach besehen, wie sie den Splitter aus ihres Bruders Auge ziehen.« Zu den angeblichen sittlichen Verfehlungen des Hahn sen. verlor Eppinger übrigens kein Wort. Das war allerdings auch nicht mehr erforderlich, wie ein Randvermerk auf seinem Bericht belegt, wo es heißt: »Durch Beschluss der Staatsanwaltschaft Stuttgart vom 28. Juni ist das Verfahren gegen Christian Hahn wegen Sittlichkeitsverbrechens eingestellt worden, da die angestellten Erhebungen die Grundlosigkeit der in dem anonymen Schreiben enthaltenen Gerüchte ergeben haben.«

In den Neckarremser Pfarrberichten der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sind so gut wie keine Klagen über Trunksucht und das »leidige Wirtshausgehen« zu lesen. Das mag sich daraus erklären, dass in Neckarrems die finanziellen Mittel lange Zeit knapp waren und man halt sparen musste. Doch spätestens um 1900 änderten sich ganz offensichtlich die Verhältnisse und jetzt waren auch in Neckarrems die Wirtshäuser den Pfarrern ein Dorn im Auge. So schrieb Pfarrer

Walcker 1904: »Die acht hiesigen Wirtschaften werden besonders sonntags sehr fleißig besucht von Jung und Alt. Die Folge davon ist viel Lärm und Händel, auch der Ruin mancher Häuser.«

Doch trotz des Angebots bzw. eigentlich Überangebots von acht Wirtschaften – drei Gastwirtschaften und fünf Schankwirtschaften – bei nicht einmal 800 Einwohnern sah mancher Zeitgenosse noch eine Versorgungslücke und eine Chance für einen Zusatzverdienst. So beantragte im Oktober 1911 Karl Maier beim Oberamt die Erteilung einer Wirtschaftskonzession zum Ausschank von Bier. In seinem Gesuch schreibt er: »Infolge Errichtung der gleislosen Straßenbahn in Neckargröningen und der damit verbundenen Haltestelle für Neckarrems hat sich der Fremdenverkehr für hier auch ziemlich gesteigert und werden besonders die Wirtschaften hier bedeutend mehr in Anspruch genommen gegen früher. Da ich schon länger ein Flaschenbiergeschäft betreibe, so wäre es den bei mir kaufenden Kunden sehr angenehm, wenn sie das Bier auf der Stelle genießen könnten, ganz besonders auch die in den umliegenden Gütern und Weinbergen arbeitenden Personen. Ich selbst bin genötigt, Arbeit auswärts zu suchen und kann meine Frau durch dieses nicht viel vornehmen. Jedoch wäre es ihr möglich, den Bierschank zu führen, da sie doch wegen dem Flaschenbierhandel zu Hause bleiben muss, und sie könnte mir dann doch zu meinem Verdienst auch noch etwas beitragen.« Maier, Vater von vier Kindern und damals 35 Jahre alt, war ein gelernter Müller, arbeitete aber die Woche über als Bauarbeiter in Stuttgart. Er kam jeden Samstagabend nach Hause und ging montags wieder nach Stuttgart. Sein Antrag wurde vom Oberamt »mangels Bedürfnisses« abgewiesen.



Die gedeckte Holzbrücke über den Neckar, um 1930.

Im gleichen Jahr musste sich das Oberamt auch noch mit einer anderen Eingabe aus Neckarrems befassen. Schultheiß Eppinger schrieb am 18. Februar 1911 namens der Gemeinde nach Waiblingen: »Es ist hier schon seit Jahren der gewiss nicht unberechtigte Wunsch, dass die von hier nach Ludwigsburg und Cannstatt führende bedeckte Neckarbrücke beleuchtet würde. Da gegenwärtig hier elektrisches Licht und Kraft eingerichtet wird, wäre Gelegenheit geboten, auch diese Brücke endlich einmal zu beleuchten. Denn es ist als ein wahres Wunder anzusehen, dass bei finsternen Nächten in derselben noch keine Unglücksfälle oder räuberische Überfälle vorgekommen sind. Die Gemeinde Neckarrems wurde ja auch angehalten, ihre offene steinerne Remsbrücke, welche doch heller ist als die bedeckte Neckarbrücke, zu beleuchten, ebenso sollte diese Staatsbrücke auch beleuchtet sein.« Das Oberamt verwies den Antrag an die zuständige Straßenbauinspektion und von dort kam prompt eine ablehnende Stellungnahme: Es sei Sache der Gemeinde Neckarrems, für Licht auf der Neckarbrücke zu sorgen, »indem die Beleuchtung als ein Gegenstand polizeilicher Fürsorge mit der Brückenbaulast in keiner Verbindung steht«. Sollte die Gemeinde beabsichtigen, die Brückenbeleuchtung auf ihre Kosten einzurichten und zu unterhalten, habe man dagegen nichts einzuwenden.

Dies wollte die Gemeinde dann aber doch nicht, und so heißt es im Gemeinderatsbeschluss vom 5. Februar 1912: »Da die Beleuchtung der Staatsbrücke zum allerwenigsten Teil der Gemeinde Neckarrems dient, sondern im großen Ganzen dem Fremdenverkehr zu Gute kommt, auch in undenkbarer Zeit kein nächtlicher Un- oder Überfall in derselben vorgekommen ist, ferner die Fuhrwerke zur Nachtzeit beleuchtet sein müssen und endlich die Beleuchtung nicht vom Staat übernommen wird, es das Beste ist, diesen neuen Kostenaufwand, welcher durch die Einrichtung und die Unterhaltung dieser Brückenbeleuchtung entstehen würde, dadurch abzuwenden, dass diese Beleuchtung auf Gemeindegeldern wiederholt abgelehnt und überhaupt auf dieselbe verzichtet wird.«

In diesem Zusammenhang sei wenigstens kurz erwähnt, dass die 1767 erbaute Remsbrücke in Neckarrems die letzte Brücke in Württemberg war, an der von fremden Fuhrwerken beim Passieren ein Brückengeld erhoben wurde. Schon im April 1914 wurde dies in der Waiblinger Amtsversammlung als »alter verkehrsfreundlicher Zopf« bezeichnet, den es endlich abzuschneiden gelte. Doch in der Frage, wie die Gemeinde für das dann wegfallende Brückengeld zu entschädigen sei und wer künftig die Baulast der Brücke zu tragen habe, gingen die Meinungen weit auseinander. Die Lösung kam erst neun Jahre später mit Inkrafttreten des neuen württembergischen Gemeindesteuergesetzes, das in Artikel 33 kurz und knapp bestimmte: »Brücken- und Pflastergeld dürfen vom 1. April 1923 ab nicht mehr erhoben werden.«

Als weitere Neckarremser Besonderheit ist die Gänsezucht zu nennen. Die Martins- oder Weihnachtsgänse aus Neckarrems waren weithin bekannt und äußerst beliebt. Der Gänsehandel reichte bis nach Frankreich und brachte ordentlich Geld ins Dorf. Es wundert daher nicht, dass die Gänse zu manchen Jahreszeiten geradezu das Ortsbild prägten und den Lebensrhythmus zahlreicher Einwohner bestimmten. So ist dem Pfarrbericht von 1904 zu entnehmen, dass vor Weihnachten, »zur Zeit des Gänsestopfens«, der Kirchenbesuch »ein



Gänsesteigen (Lattenkäfige für die Gänse) an der Remsbrücke, um 1930.

ziemlich geringer« war und rund ein Drittel unter dem Jahresdurchschnitt lag. Und 1912 heißt es: »Der Christfestbesuch leidet unter dem Umstand, dass die zahlreichen Geflügelhändler um diese Zeit Tag und Nacht fortarbeiten und so zu müde zum Gottesdienst sind.«

In den Pfarrberichten finden sich immer wieder kritische Bemerkungen zu dem Geschäft mit den Gänsen. Pfarrer Hermann Walcker, der von 1900 bis 1921 die Neckarremser Pfarrstelle versah, schrieb 1904: »Was die Berufs- und Erwerbsverhältnisse anbelangt, so sind die Mehrzahl der Bewohner kleine Bauern und Weingärtner und haben deshalb kein glänzendes Auskommen. Zur Vermehrung ihrer Einnahmen betreiben sie leider als Nebenbeschäftigung in immer zunehmendem Maße das Gänsestopfen, das die hiesigen Gänsehändler mit Ausnahme von drei, die in die methodistische Stunde gehen, in großem Maße ausüben und was als ein Hauptschaden der Gemeinde bezeichnet werden muss, insofern dadurch Rohheit und Gewalttätigkeit, auch Gewinnsucht gefördert wird. Bis jetzt war aller Kampf dagegen vergeblich. Die Geldgier ist zu übermächtig und das Gesetz versagt.«

Pfarrer Walcker blieb in seinem Kampf gegen das Gänsestopfen jedoch hartnäckig und konnte schließlich auch zumindest teilweise Erfolg verzeichnen. 1912 berichtete er, dass der Geflügelhandel zwar weiter zugenommen habe, da »die Kinder den Beruf der Eltern ergreifen und diese ihn für sich noch fortführen. Doch gibt es jetzt doch mehrere, welche die Gänse nur noch mästen und nicht mehr stopfen. Manche haben zu großen Schaden an der eigenen Gesundheit und auch durch Gänsesterben erlitten. Es wäre wünschenswert, wenn durch Tierschutzgesetz das Stopfen verboten wäre. Die Leute geben zum Teil selbst zu, dass es verroht.«

Abschließend seien noch einige Passagen aus den Pfarrberichten von 1904, 1908 und 1912 zitiert, die verdeutlichen mögen, wie sehr auch in Neckarremms die allgemeinen Umbrüche der Zeit ihren Niederschlag fanden und in welcher unterschiedlichen Facetten sich dieser Wandel – natürlich aus dem speziellen Blickwinkel des Ortsgeistlichen – im Dorf und Dorfleben bemerkbar machte. Vorab jedoch noch ein paar statistische Angaben: 1910 wurden 780 Einwohner gezählt (377 männliche, 403 weibliche), von denen 769 evangelisch, sieben katholisch und vier »von anderem christlichen Religionsbekenntnis« waren. Es gab insgesamt 184 Haushalte, darunter elf Single-Haushalte, in 158 Wohnhäusern; acht weitere Wohnhäuser wurden als »unbewohnt« bezeichnet.

Im Pfarrbericht von 1912 heißt es einleitend: »Die Gemeinde zerfällt in einen kirchlichen und unkirchlichen Teil. Einzelne betreten nicht einmal zum Trauergottesdienst das Gotteshaus. Die männliche ledige Jugend hält sich meist fern. Entweder schläft sie noch oder putzt ihre Fahrräder. Der zunehmende Besuch von Fabriken macht sich ungesund geltend. Bei der weiblichen Jugend ist das weniger der Fall.« An gewöhnlichen Sonntagen zählte man rund 100 erwachsene Kirchgänger, an Festtagen bis zu 300.

Pfarrer Walcker beklagt schon 1904 den Zerfall der traditionellen familiären Strukturen. Bei der Erziehung der Kinder sei »Gewöhnung an die Arbeit die Hauptsache«. Auch seien die Kinder allzu oft sich selbst überlassen und verführen dann »innerhalb und außerhalb des Orts (besonders im Schlossgarten und auf dem Berg, auch in der Neckarbrücke) allen erdenklichen Unfug«. 1908 schreibt er: »Was das Familienleben anbelangt, dürfte es in manchen Familien liebevoller und inniger werden. Manche Väter kümmern sich nichts um die Erziehung ihrer Kinder und sitzen lieber im Wirtshaus. Darum herrscht auch eine fast allgemeine, zum Teil ganz schreckliche Unbotmäßigkeit der heranwachsenden Kinder gegen die Eltern.« Und 1912 fügt er noch an: »Wenn sie einmal verdienen und mit einem Teil des Verdiensts die Eltern zu unterstützen haben, wächst der »Grettel« ins Ungemessene. Die meisten Eltern wagen nicht mehr, gegen ihre Kinder aufzutreten.«

Als »erfreulich« bezeichnete Pfarrer Walcker die Arbeit der »Kleinkinderschule«, die am 1. April 1903 durch maßgebliche Förderung der Gräfin Fanny zu Inn- und Knyphausen auf Schloss Remseck eingerichtet werden konnte. 1908 notierte er: »Die Kinderschüler sind sichtbar gesitteter geworden gegen früher und man hört auch von manchem guten Einfluss auf die elterlichen Häuser.« Kindergärtnerin Kathrin Reeß sei jedoch »etwas anspruchsvoll und unfreundlich«, so dass es schon »manche Reibereien zwischen ihr und Frau Gräfin gegeben hat. Im Übrigen gehen die Kinder gern zu ihr.«

Im September 1898 hatte Neckarremms gemeinsam mit Neckargröningen eine mit einer Haller Gemeindegewerkschwester besetzte Diakonissenstation gegründet, aus der dann 1907 der Krankenpflegeverein »Remseck« hervorging. Die Finanzierung erfolgte je zur Hälfte durch die Gemeinde und halbjährliche Hauskollekten. Die Kassenverwaltung besorgte der Pfarrer, der 1904 schrieb: »Die Tätigkeit der Schwester wird jetzt fast allgemein anerkannt, nachdem sie anfänglich als überflüssig angesehen worden war. Es gibt aber immer noch manche, die bei der Kollekte nichts geben wollen, weil sie die Schwester nicht gebraucht

hätten, wie ja überhaupt das Geben nicht die starke Seite der Remser ist, die sich selbst die ›Nemser‹ heißen und mit vollem Recht. Denn das Nehmen ist vielen, besonders den Händlern und Kaufleuten ihr Gott, daher auch die Sonntagsarbeit. Damit hängt zusammen, dass sie ganz abscheulich neidisch sind, wenn es irgendeinem besser geht als den anderen oder er etwas geschenkt bekommt. Damit hängt zusammen, dass jedermann über jedermann schimpft und damit, dass die Leute unter sich sehr misstrauisch sind und sich vor einander fürchten – nur die Jugend nicht vor den Eltern und der Obrigkeit. Auch die besseren Elemente wagen sich nicht hervor aus Furcht vor der Nachrede der anderen.«

Hinsichtlich der Erwerbs- und Berufsverhältnisse teilte Pfarrer Walcker 1908 mit, die Mehrzahl seien nach wie vor »kleine Bauern und Weingärtner, die kein glänzendes Auskommen haben«. Mit der Zeit gewann aber auch die Fabrikarbeit zunehmend an Bedeutung. Hat es 1904 noch geheißen, »in Fabriken oder Ziegeleien gehen nur wenige«, so ist vier Jahre später zu lesen, »das Laufen in die Fabriken« nehme immer mehr zu. »Der Umstand, dass viele junge Leute sich Räder angeschafft haben – es gibt hier einen Radfahrverein mit Sportanzügen –, erleichtert ihnen die Arbeit in Waiblingen, Cannstatt, sogar Stuttgart und Esslingen.« Dadurch komme zusätzlich Geld ins Dorf. Doch »der bessere Verdienst, der den Leuten ja zu gönnen wäre«, werde leider »nur selten zur Verbesserung der Familienverhältnisse benutzt, sondern meistens vergeudet«. Auch würden die »Fabrikler«, so die Klage des Pfarrers, »keinen guten Geist ins Ort zurückbringen«.

Pfarrer Walcker geht in seinen Berichten auch auf politische Entwicklungen ein. Insbesondere galt sein Augenmerk potentiell »kirchenfeindlichen« Strömungen, die namentlich bei Sozialdemokraten vermutet wurden. 1904 schreibt er: »Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen ist bei der letzten Wahl ganz bedeutend gewachsen, doch dürften die wenigsten eigentliche Sozialdemokraten sein. Die meisten sind unzufriedene Leute.« 1908 konstatiert er, dass die Zahl der sozialdemokratischen Wähler weiter gestiegen sei, was ihn freilich wenig überraschte, denn »der Eigennutz der bürgerlichen Kollegien«, also von Gemeinderat und Bürgerausschuss, »spendet den unzufriedenen Elementen immer neue Nahrung«. Im Pfarrbericht von 1912 heißt es dann: »Auf politischem Gebiet macht sich der sozialdemokratische Arbeiterverein ausschlaggebend geltend. Er bringt seit einigen Jahren seine Kandidaten für Rathaus, Landtag und Reichstag durch, weil er stramm zusammenhält, während die anderen Parteien zu gleichgültig sind. Doch darf gesagt werden, dass der Führer der Partei ein ganz ordentlicher Mensch ist, den ich sogar auf dem Gebiet der Nächstenliebe sehr hoch schätze. Er ist da immer vorne dran mit Wort und Tat. Er ist auch keineswegs kirchenfeindlich, las während seines Krankseins religiöse Blätter, ging auch heuer bei der Konfirmation seiner Tochter zum Abendmahl. Ich glaube, wenn er sich nicht vor anderen und dem Verschwätztwerden fürchten würde, käme er sogar fleißig zur Kirche. Wenn alle Mitglieder so wären wie ihr Führer, so wollte ich sogar froh sein.«

Da klingt durchaus ehrliche Anerkennung durch, die umso höher einzuschätzen ist, wenn man sich vor Augen hält, was Pfarrer Walcker 1912 gleichsam als Fazit schrieb: »Das Verhalten der Gemeindeglieder zueinander ist im Allgemeinen ein recht unbrüderliches. Es ist eine ganz ausgeprägte Charaktereigenschaft der

Neckarremser, dass Arm und Reich einander nichts Gutes gönnen. Einzelne Ausnahmen sind natürlich auch da. Aber auch bei den Methodisten menschelt es in dieser Beziehung stark, während sie unter sich mehr zusammenhalten. Aus diesem Grundübel heraus versteht man auch die Abgeneigtheit der bürgerlichen Kollegien, irgendetwas zum Besten von anderen zu bewilligen, während jeder einzelne herzlich gern seine Taschen füllt auf Kosten des Gemeindegelds, den man sonst so schonen muss. Bessere Elemente wagen sich infolgedessen gar nicht hervor; sie fürchten, von den anderen begehrt zu werden. Im Wirtshaus finden sich dann all die edlen Seelen, Alt und Jung, zusammen, um miteinander gegen die Abwesenden und besonders gegen die Obrigkeit loszuziehen.«

Quellen- und Literaturhinweise

- Landeskirchliches Archiv Stuttgart: A 29 Bü 3040 I und 3040 II, Pfarrberichte Neckarrems.
Staatsarchiv Ludwigsburg: F 210 I Bü 445; F 210 II Bü 281, 296, 308, 309, 313.
Beschreibung des Oberamts Waiblingen, Stuttgart 1850.
Gerhard Bickel: Neckarrems, das Tor zum Remstal. Eine illustrierte Ortsgeschichte, Schwaikheim 2015.
Jürgen Hagel: Vom früheren Holzgarten in Neckarrems, in: Heimatkundliche Schriftenreihe der Gemeinde Remseck am Neckar 13 (1993) S. 6–29.
Heinz Pfizenmayer: Remsecker Bilderbogen. Erinnerungen an längst vergangene Zeiten, Remseck a. N. 1985.
Eduard Theiner: Remseck am Neckar, Erfurt 2000.

1918 – Das Revolutionsgeschehen in Marbach*

von Hermann Schick

Man kann in Marbach eigentlich nicht von Revolutionsgeschehen reden, denn es hat hier keine Revolution stattgefunden. Aber die Revolution, die anderswo, etwa in Berlin, Kiel oder München, zum Umsturz geführt hat, hat sich auch in Marbach ausgewirkt und auch hier Spuren hinterlassen. Wenn wir aber das hiesige Geschehen als Fernwirkung von auswärtigen Ereignissen sehen, dann müssen wir zuerst untersuchen, auf welche Weise Nachrichten nach Marbach kamen und was die Marbacher Bürger vom auswärtigen Geschehen wissen konnten.

Wichtigste Quelle vor hundert Jahren war zweifellos die örtliche Zeitung, der »Postillon«. Sie erschien viermal in der Woche, montags, mittwochs, freitags und als Wochenendausgabe etwas reicher an Umfang samstags. Sie bezog die Nachrichten von verschiedenen Presseagenturen und druckte sie gewöhnlich unkommentiert ab. Eine redaktionelle Bewertung der Wichtigkeit ist nicht erkennbar, und es gab zwar einzelne Überschriften, aber keine Schlagzeilen. Für das örtliche Geschehen sind wir zusätzlich über Anzeigen unterrichtet; allerdings erschien nicht über alles, was angekündigt wurde, dann auch ein Bericht. Die Erscheinungsweise und die damaligen Kommunikationsmöglichkeiten ließen die Zeitung dem aktuellen Geschehen immer ziemlich hinterherhinken. Mit der Aktualität war es nicht weit her. Man konnte die Zeitung nur im Abonnement beziehen, es gab keinen Einzelverkauf. Wir können daher auch davon ausgehen, dass die einzelnen Ausgaben von mehreren Personen gelesen und vielfach auch an Nachbarn weitergegeben wurden.

Neben der Lokalzeitung bezogen einzelne Marbacher auch auswärtige Blätter wie den liberal-konservativen »Schwäbischen Merkur« oder die sozialdemokratische »Schwäbische Tagwacht«. Diese hingen auch in einigen Gaststätten für die Kunden aus.

Marbacher Zeitungsleser konnten daher im Sommer 1918 wissen, dass die Kriegslage schlecht war und dass die Reichsregierung sich um einen günstigen Friedensschluss bemühte. Aber noch standen deutsche Truppen in Frankreich, hatten nahezu ganz Belgien besetzt und das revolutionäre Russland zum Frieden von Brest-Litowsk gezwungen. Die Beurteilung der Lage durch die Oberste Heeresleitung, die nicht mehr an einen deutschen Sieg glaubte, war freilich nicht allgemein bekannt. Aber man spürte die schlechte Versorgungslage am eigenen Leibe.

Der am 3. Oktober vom Kaiser zum Reichskanzler ernannte Prinz Max von Baden versuchte, durch eine Verfassungsreform den inneren Frieden zu bewahren und zugleich den Forderungen der Feindmächte entgegenzukommen. Worum

* Leicht überarbeitete Fassung eines am 15. Oktober 2018 beim Schillerverein Marbach gehaltenen Vortrags.

es dabei ging, erläuterte der »Postillon« am 2. Oktober 1918 seinen Lesern: »Das Volk soll in seinen nach allgemeinem und gleichem Wahlrecht gewählten Vertretern seine Regierung selbst in die Hand nehmen in der Weise, dass der Block der zusammen stimmenden Mehrheit die Regierung bildet, der der Block der Minderheit gewissermaßen als verfassungsmäßige Opposition gegenübersteht. Diese grundsätzliche Umformung des Verfassungslebens soll in der Reichsverwaltung, sodann aber auch in den Bundesländern und vor allem in Preußen zur Geltung gebracht werden.« Für die Zeitgenossen war von besonderer Bedeutung, dass eine Opposition nicht mehr nur erlaubt, sondern vom Gesetz vorgesehen war. Wer die Regierung kritisierte, war damit nicht mehr schon von vornherein ein Staatsfeind. Eine so grundsätzliche Änderung konnte jedoch nicht innerhalb kurzer Zeit ins allgemeine Bewusstsein dringen.

Dies alles konnte man in Marbach wissen, aber wie stand es mit der allgemeinen Stimmung? Hier sind wir ganz auf den »Postillon« angewiesen, und dessen Berichterstattung und Stellungnahmen waren nach wie vor national und regierungstreu. Es gab noch keine Meinungsumfragen, und wer sich in Kriegszeiten gegen die Regierung stellte und dies öffentlich kundtat, der brauchte eine feste Überzeugung und eine gehörige Portion Mut. Deshalb ist es kein Wunder, dass aus Marbach aus den letzten Kriegsmonaten nur Stimmen überliefert sind, die nicht an einem deutschen Sieg zweifelten und zum Durchhalten aufforderten.

Im Sommer 1918 stiftete Otto Güntter, der Direktor des Schillermuseums und Marbacher Ehrenbürger, ein sogenanntes Kriegswahrzeichen, das am 2. Juni in einem feierlichen Akt vor dem Rathaus aufgestellt wurde. Dazu zog ein Festzug, bestehend aus Militärmusik, den in Marbach einquartierten Soldaten, dem Kriegerverein, dem Militärverein und der Sanitätskolonne, vom Wilhelmsplatz zum Rathaus. Das Kriegswahrzeichen wird beschrieben als eine große Tafel mit einem Schillerkopf im Relief in der Mitte, umrandet von dem Sinnspruch aus Schillers »Jungfrau von Orleans« (II,10): »Was ist unschuldig, heilig, menschlich gut, wenn es der Tod nicht ist fürs Vaterland?« Leider ist die genaue Konstruktion dieses »Wahrzeichens« nicht bekannt, aber es muss die Möglichkeit bestanden haben, irgendwo gegen eine Spende Nägel einzuschlagen. Der Erlös der Nagelaktion sollte der Marbacher Kriegshilfe und dem Roten Kreuz zugutekommen.

Ein Vierteljahr später lud am 4. September das Stadtschultheißenamt zu einem Vortrag »Der Weg zum Frieden« des Privatdozenten Dr. Hans Henning von der Technischen Hochschule Braunschweig in den Saal des Hotels »Post« ein. Der Redner war im Hauptberuf Gymnasiallehrer in Berlin-Charlottenburg und muss bei seinem Besuch in Marbach ziemlich jung gewesen sein. Der »Postillon« nannte ihn einen in ganz Deutschland bekannten Redner, weshalb anzunehmen ist, dass er in offiziellem Auftrag als Propagandaredner durch das Land reiste. Der Saal im Hotel »Post« sei bis auf den letzten Platz gefüllt gewesen, wobei die damaligen Zeitungsleser allerdings wussten, dass der Saal in der »Post« zu den kleineren Sälen in Marbach gehörte.

Aus dem Zeitungsbericht sei zitiert: »Man kann ohne Übertreibung sagen, dass in unserer Stadt ein solcher Vortrag noch nicht gehört wurde. Mit allen Mitteln rednerischer Kunst und mit aller Kraft überzeugender Sprache, die sich überall auf Tatsachen stützte, zeigte uns der Redner in 1 ½ Stunden dauernden, stets



Marbacher Nagelbild mit Schiller-Portrait.

fesselnden Ausführungen, dass der Weg zum Frieden durch den Sieg führt – Hindenburg und die Tapferen an der Front haben Russland zertrümmert, England durch den U-Bootkrieg in die größten Schwierigkeiten gebracht und führen überall den Krieg im Herzen der feindlichen Länder. In einer meisterhaften Charakteristik unseres großen Feldmarschalls Hindenburg, in einer glücklich gezeichneten Übersicht über den bisherigen Verlauf des Krieges versuchte Dr. Henning überzeugend darzutun, dass wir keinen Grund zur Verzweiflung oder Besorgnis haben. Wie die Feinde uns nicht klein kriegen können, so haben sie uns auch wirtschaftlich nicht zu vernichten vermocht. Deutschland kann überhaupt nur besiegt werden, wenn seine Bewohner Deutschlands Untergang wollen. Darum müssen wir alle vor der Welt unseren Willen zum Sieg dartun, indem wir den Kleinglauben in der eigenen Brust bekämpfen, wie das kritiklose oder böswillige Gerede all der Kummerziegen und Grinspudel, deren miesmacherische Reden uns nichts nützen, oder die Geschäfte der Feinde besorgen. [...] Nur der gewinnt den Krieg,

der die stärksten Nerven behält, und dazu können wir uns zwingen. [...] Und nun folgte eine wundervolle Charakteristik des größten Sohnes unserer Stadt, den der Redner mit feinem Verständnis und großer Sachkenntnis als den Bannerträger im Kampf gegen innere Schwäche, Kleinmut und innere Genussgier hinstellte, als ein großes Beispiel heiligster Pflichterfüllung und eines tatkräftigen Idealismus feierte. [...] Mit einem jubelnd und begeistert aufgenommenen Hoch auf das ganze deutsche Volk schloss unter nicht enden wollendem Beifall der Redner seine nicht genug zu beherzigenden Ausführungen.«

Weil man nun den Propagandaredner am Ort hatte und dieser auch noch ein Schulmann war, nutzte man seine Anwesenheit am folgenden Samstag zu einer Schillerfeier für die Schüler aller Schulen am Schillerdenkmal. Die Feier war öffentlich, außer sämtlichen Lehrern und Lehrerinnen erschienen dazu auch der Stadtschultheiß und »mehrere Damen und Herren der Stadt«. Wieder sprach Dr. Henning, der, so berichtete die Zeitung, in einer dreiviertelstündigen Ansprache »in glücklicher Vermischung von Ernst und Scherz« ein Bild vom Weltkrieg gab. Am Schluss seiner mit großer Aufmerksamkeit aufgenommenen Rede forderte er alle Anwesenden auf, getreu im Geiste Schillers auszuhalten und »dem Vaterland zu geben, was das Vaterland von uns zu fordern berechtigt ist«. Da keiner der anwesenden Schüler älter als 14 Jahre gewesen sein dürfte, werden diese kaum eine Vorstellung davon gehabt haben, was das Vaterland von ihnen forderte.

Drei Wochen später erschien im »Postillon« fettgedruckt ein Aufruf mit der Überschrift »Michel wach auf!«. In leidenschaftlichen Worten wurde darin der deutsche Michel, was wohl heißen sollte: das deutsche Volk, aufgerufen, sich aufzuraffen und den Sieg zu erringen. Am Schluss des Aufrufs heißt es: »Wach auf! Es mahnt der Tag. Steh auf! Nimm' deine Waffen und schlage drein, dass die Lappen fliegen und bald wird der Friede kommen. Und ihr törichten, verblendeten Franzosen, Engländer und Amerikaner, euch werden die Augen aufgehen, wenn der deutsche Michel wieder erwacht wie anno 1914. Er erwacht sicher wieder und wenn er erst erwacht, wenn ihr am Rheine stehet. Dann wehe euch! Dann werdet ihr den deutschen Zorn und Löwenmut von neuem kennen lernen, dass euch Hören und Sehen vergeht. Ihr Heuchler! Ihr betrogenen Betrüger!! Ihr täuscht euch! Es war nicht Schwäche und Feigheit, die uns die Friedenshand ausstrecken ließ, sondern echte Friedensliebe. Deutscher Michel wach auf! Die Entscheidung naht! Es geht nach wie vor um Haus und Hof, um Weib und Kind!« Der Verfasser des mit »Ernst« gezeichneten Aufrufs glaubte wohl, die Kräfteverhältnisse seien im September 1918 noch die gleichen wie zu Beginn des Krieges und mit dem nötigen Einsatz werde der deutsche Sieg möglich sein.

Mitte Oktober wurde die in Marbach stationierte Ersatzkompanie wegverlegt und Marbach hatte, wie der »Postillon« berichtete, nach drei Jahren keine Garnison mehr. Gleichzeitig sollte das als Lazarett dienende Bezirkskrankenhaus mit weiteren Verwundeten belegt werden. Darauf war das Krankenhaus aber nicht vorbereitet, deshalb erging ein Aufruf an die Einwohnerschaft, man möge Bettstellen, Matratzen und Strohsäcke zur Verfügung stellen.

Die Offiziere der abrückenden Kompanie trafen sich mit Honoratioren der Stadt zu einem Abschiedsabend im Hotel »Post«. Der »Postillon« zitierte aus der Ansprache, die Stadtschultheiß Forstner dabei hielt, und daraus wird deutlich,

dass man sich in diesem Kreis des Ernsts der Lage noch nicht bewusst war. Forstner wird zitiert, »er hoffe, dass mit der Verlegung der Kompanie die Beziehungen zum Regiment ›Altwürttemberg‹ nicht abgebrochen seien und gedachte des Weiteren der ruhmreichen Taten des Regiments während des Krieges, das zu den weiteren Ruhmesblättern neue glorreiche Waffentaten der Geschichte des Regiments anreihete«.

Einer der Anwesenden in der »Post« war der Fabrikant Ernst, vermutlich der Verfasser des Aufrufs »Michel wach auf!«, und mit »Ernst« ist auch ein Leserbrief gezeichnet, der am 4. November gegen die Ankündigung eines Tanzkurses durch einen Stuttgarter Tanzlehrer protestierte. Er schrieb u.a.: »Tanzkurs! Man greift sich an den Kopf. Welche Herren und Damen wagen es mit gutem Gewissen, jetzt zu tanzen, in der Schicksalsstunde des Vaterlandes. Draußen bluten und sterben sie, und zu Hause wird getanzt nach den Schandklängen undeutscher Musik. Kein Wunder, dass die Stimmung der Feldgrauen ist: Wucher, Lug und Trug, Ungerechtigkeiten, Leichtsinn und Genussucht. Für solche Menschen soll man noch mit Begeisterung kämpfen. Dem Herrn Tanzlehrer könnte von der Militärverwaltung eine bessere Beschäftigung gegeben werden. Den Teilnehmern sei Körners Gedicht ›Männer und Buben‹ empfohlen. [...] Die ganze Erscheinung ist ein Zeichen des Niedergangs und trägt weiter dazu bei, den Geist des Leichtsinns und der Gleichgültigkeit zu verbreiten. Warum wird das geduldet?«

Das angeführte Gedicht von Theodor Körner, auf das der empörte Leserbriefschreiber verweist, kennt heute niemand mehr, deshalb seien wenigstens zwei Strophen daraus zitiert:

Das Volk steht auf, der Sturm bricht los!
Wer legt noch die Hände feig in den Schoß?
Pfui über dich Buben hinter dem Ofen,
Unter den Schranzen und unter den Zofen!
Bist doch ein ehrlos erbärmlicher Wicht;
Ein deutsches Mädchen küßt dich nicht,
Ein deutsches Lied erfreut dich nicht,
Und deutscher Wein erquickt dich nicht. –
Stoßt mit an, Mann für Mann,
Wer den Flamberg schwingen kann!

Wenn wir vorm Drange der würgenden Schlacht
Zum Abschied ans ferne Treuliebchen gedacht,
Magst du zu deinen Mätressen laufen
Und dir mit Golde die Lust erkaufen.
Bist doch ein ehrlos erbärmlicher Wicht;
Ein deutsches Mädchen küßt dich nicht,
Ein deutsches Lied erfreut dich nicht,
Und deutscher Wein erquickt dich nicht. –
Stoßt mit an, Mann für Mann,
Wer den Flamberg schwingen kann.
(Flamberg: beidhändig geführtes Schwert)

Der patriotische Leserbrief erschien am Montag im »Postillon«, am Samstag darauf dankte der Kaiser ab. Wie dieses Ereignis den Leserbriefschreiber getroffen hat, wissen wir natürlich nicht. Dass jedoch große Veränderungen in der Luft lagen, spürte man auch in Marbach, und wir sehen es daran, dass an jenem Sonntag keine Feiern zu Schillers Geburtstag stattfanden.

Die Zeitung berichtete von der Meuterei von Matrosen der Kriegsmarine, sie meldete auch, dass in Bayern die Republik ausgerufen worden war und von der Flucht des bayerischen Königs. Am Samstag, 9. November, wurde in Berlin die Republik proklamiert und die Abdankung des Kaisers wurde verkündet. Der folgende Sonntag war Schillers Geburtstag, an den aber wegen der Zeitverhältnisse in Marbach nur durch das Läuten der Schillerglocke erinnert wurde. An diesem Sonntag überschritt der Kaiser die niederländische Grenze. Seine Wahl fiel deshalb auf die neutralen Niederlande, weil die Gefahr bestand, dass er auf dem Weg vom belgischen Spa in die Schweiz von meuternden Soldaten aufgehalten werden würde. Außerdem konnte er nicht sicher sein, dass ihn die Schweiz nicht an die Feindmächte ausliefern würde, wenn diese es verlangten. Dies konnte man also am Montag, dem 11. November, in Marbach wissen.

Die erste Reaktion am Ort auf das Geschehen in Berlin und Stuttgart scheint auf Einladung der SPD eine Volksversammlung am Dienstagnachmittag auf dem Wilhelmsplatz gewesen zu sein. Bürger aus allen Kreisen sowie Arbeiter und Arbeiterinnen in großer Zahl hätten sich beteiligt, so berichtete die Zeitung. Eröffnet wurde die Versammlung von dem Bildhauer Schenk im Namen des Arbeiterrates. Schenk war Holzbildhauer in einer der Marbacher Möbelfabriken und schon vor dem Krieg der führende Kopf der Marbacher Sozialdemokraten, und er blieb es bis 1933. Nach dem Zweiten Weltkrieg machten ihn die Amerikaner zum Bürgermeister.

An dieser Stelle ist nun eine Abschweifung erforderlich. Im Laufe des Krieges war es innerhalb der Arbeiterbewegung zu Spaltungen gekommen, die zunächst 1914 durch die Zustimmung der Mehrheit der SPD-Fraktion im Reichstag zu den



*Wilhelm Schenk (1879–1953)
als Soldat im Ersten Weltkrieg.*

Kriegskrediten ausgelöst wurde. Die erfolgreiche russische Revolution von 1917 konnte dann den radikalen Abweichlern als Vorbild dienen. Die russischen Revolutionäre hatten Räte (russisch: Sowjets) gebildet, die den Willen der Basis umsetzen sollten. Aus der Gesamtheit der Sowjets entstand dann die Sowjetunion. Diesem Beispiel folgten auch die Revolutionäre in Deutschland, und die Bildung von Räten der verschiedensten Art wurde 1918 in Deutschland ein Kennzeichen der Revolution. Zuerst entstanden in den Kriegshäfen Soldatenräte, dann gründeten radikale Arbeiter in Berlin und anderen Industriestädten Arbeiterräte. In München gab es einen Rat der geistigen Arbeiter, in Hannover gab es einen Bauernrat, in Hessen gab sich der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat den Namen Volksrat, und die neue Reichsregierung unter Friedrich Ebert nannte sich »Rat der Volksbeauftragten«.

Schon am 4. November wurde in Ludwigsburg ein Soldatenrat gegründet, und in Marbach bezeichnete das Lokalblatt den Bildhauer Schenk bei der genannten Versammlung vom 12. November als »Vorsitzenden des Arbeiterrates«. Dieser Arbeiterrat nannte sich »provisorisch«, weil er als Zusammenschluss einiger engagierter Arbeiter entstanden war. Diese Männer wussten aber, dass sie eigentlich keine Legitimation hatten, weshalb sie für den folgenden Sonntag, den 17. November, zu einer Wahl aufriefen. Sie sollte im Gasthaus »Stern«, dem traditionellen Lokal der Sozialdemokraten in der Niklastorstraße 11, mittags um halb ein Uhr stattfinden. Wahlberechtigt waren alle Arbeiter, die älter als 20 Jahre waren. Über weitere Modalitäten ist nichts bekannt. So viel zunächst zum Arbeiterrat.

Nun aber zurück zu Schenk und der ersten Versammlung. Er führte aus, dass mit dem Ende des Krieges die Autokratie und der Militarismus in Deutschland zusammengebrochen seien und dass damit die Gewaltherrschaft ein Ende gefunden habe. Hauptredner war dann der Landtagsabgeordnete Albert Pflüger, der zu der Stuttgarter Parteiführung gehörte und schon 1914 als Gegner des Krieges hervorgetreten war.

Die allgemeine Verwirrung und Ungewissheit jener Tage ist daraus zu ersehen, dass Pflüger eine Meldung gehört hatte, in Paris sei Ministerpräsident Clemenceau gestürzt worden, was er als den Ausbruch der Weltrevolution deutete. Für diesen Fall, hoffte er, würden die barbarischen Waffenstillstandsbedingungen hinfällig, die zur Vernichtung des deutschen Wirtschaftslebens, zu Kohlennot und Arbeitslosigkeit, Hungersnot und Elend führen würden. Was Pflüger als Gerücht referierte, fand sich übrigens auch als redaktionelle Nachricht in der gleichen Ausgabe des »Postillon«. Der Redner ging jedoch nicht weiter darauf ein, sondern beschäftigte sich im Folgenden mit der Entwicklung des Krieges und der Revolution. Die Sozialdemokratie sei gegen den Krieg gewesen, habe ihn aber nicht verhindern können. Durch einen »Verständigungsfrieden«, wie ihn Philipp Scheidemann schon 1914 forderte, hätten Hunderte von Millionen Kriegskosten eingespart werden können. Dass dabei die Millionen von Kriegsopfern nicht erwähnt wurden, mag an dem Berichterstatter des »Postillon« liegen. Pflüger befürwortete eine Vermögensabgabe zur Tilgung der Kriegsschulden, und er beruhigte die Bauern, die von der SPD keine Enteignung befürchten müssten, doch sollten sie auch ihre Pflicht gegenüber der Gesamtheit

Sozialdemokratischer Verein Marbach.
Samstag Abend 8 Uhr
Versammlung
im Stern.
Neueintretende sind willkommen.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein und
Vereinigte Gewerkschaften Marbach a. N.

Wahl des Arbeiterrats
Sonntag Nachm. 12¹/₂ Uhr im „Stern“.
Alle über 20 Jahre alten Arbeiter sind wahlberechtigt.

Anzeigen im »Postillon« vom 15. November 1918.

völkerung erfüllen. Er kündigte ein neues Wahlrecht an, durch das auch Frauen über 21 am Staatsaufbau Anteil nehmen könnten, nachdem sie im Krieg fast Übermenschliches an Männerarbeit geleistet hätten. Mit der Aufforderung, Ruhe zu bewahren, damit im Interesse des Volkes die erstrittene Staatsverfassung sich entwickeln könne, schloss er seine Rede.

Es war insofern eine merkwürdige Revolutionsrede, als an ihrem Schluss nicht ein flammender Appell zu irgendwelchen Taten stand, sondern die Aufforderung, Ruhe zu bewahren. Es gab freilich in Marbach auch nichts, an dem revolutionäre Empörung sich hätte austoben können.

Eine Woche später erfuhren die Zeitungsleser das Ergebnis zur Wahl des Arbeiterrates. Aus 13 Kandidaten waren sechs Räte gewählt wurden. Ihre Namen waren alle schon vor dem Krieg auf sozialdemokratischen Wahlzetteln erschienen. Zu ihrem Vorsitzenden wählten sie Wilhelm Schenk.

Über die Funktion des Arbeiterrates konnte man lesen, dieser habe die Aufgabe, in der schweren Zeit der Übergangswirtschaft mitzuwirken, vor allem in der Lebensmittelversorgung, um Störungen, die verhängnisvoll wirken könnten, zu verhüten. Weiter hieß es: »Einer gerechten Verteilung ist vor allem Beachtung zu schenken. Die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für vom Heere Entlassene ist bereits geregelt, da von den Herren Fabrikanten in einer gemeinsamen Sitzung dem provisorischen Arbeiterrat die Zusicherung gegeben wurde, die früher Beschäftigten wieder einzustellen. In dieser Angelegenheit waren bereits vorher schon mit Herrn Oberamtmann Bertsch Anfragen an sämtliche Arbeitgeber des Oberamts gestellt, die erfreulicherweise fast restlos in zustimmender Weise beantwortet wurden.« Bei eintretender Wohnungsnot wende man sich an den Arbeiterrat. Über die Aktivitäten des Arbeiterrates konnten bis jetzt keine Aufzeichnungen gefunden werden.

Aber nicht nur unter den Marbacher Arbeitern hielt man die Einrichtung von Räten für ein geeignetes Mittel, um mit den anstehenden Problemen fertig zu werden. In einer gemeinsamen Versammlung der Volkspartei und der Nationalliberalen wurde gefordert, dass die Bürgerschaft sich enger zusammenschließen und einen Bürgerrat gründen solle, ehe es dafür zu spät sei. Warum es zu spät sein könnte, wird allerdings nicht klar. Auch fehlen alle Angaben darüber, worin die Aufgaben eines Bürgerrates denn bestehen sollten. Es kam dann nicht zu einer solchen Gründung.

In den folgenden zwei Wochen tat sich in Marbach nicht viel. Das Leben ging seinen gewohnten Gang, und nur der »Postillon« berichtete in einer eigenen Spalte über die »Umwälzungen im Reich«. Zwei Wochen nach der Ausrufung der Republik veranstalteten die Sozialdemokraten in der »Krone« eine Versammlung, von der es hieß, dass sie von Männern und Frauen aus allen Berufskreisen so zahlreich besucht war, dass der geräumige Saal bis auf den letzten Platz dicht gedrängt voll war. Angekündigt als Redner war der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Keil, der den Wahlkreis seit 1910 im Reichstag vertrat. Er gehörte zu den führenden Genossen in Stuttgart und war nach dem Zweiten Weltkrieg noch Mitglied des Landtags von Württemberg-Baden, zuletzt bis 1952 als dessen Präsident.

In jenen Tagen war Keil als Redner so gefragt, dass die Marbacher Versammlung an jenem Tag seine neunte war, zu der er dann mit dreiviertelstündiger Verspätung erschien. Der »Postillon« berichtete ausführlich über die einstündige Rede mit den Schwerpunkten Ursachen des Krieges und der Revolution, die augenblickliche Lage und die künftige politische Gestaltung im Reich. Die Ursachen der Revolution seien, so Keil, nicht allein in dem unglücklichen Ausgang des Krieges, sondern auch darin zu suchen, dass aus dem deutschen Agrarstaat ein Industriestaat geworden sei, in dem die Arbeiterklassen nicht die ihnen gebührenden Rechte genossen, ferner das preußische Klassenwahlsystem und die während des Krieges aufgetretenen Missstände. Nach der Heimkehr der Soldaten müssten in Land und Reich rasch gesetzgebende Körperschaften

geschaffen werden, um den Feindmächten keinen Vorwand für einen Einmarsch ins Reich zu geben. Unter den Maßnahmen für die Zukunft nannte er die Verstaatlichung großer Betriebe, eine restlose Beschlagnahme der Kriegsgewinne und den Ausbau der Erbschaftssteuer. Unter den Sachgebieten der sozialen Gesetzgebung zählte er auf: Arbeiterschutz gegen Ausbeutung, Arbeitszeit-Beschränkung, Erwerbslosen-Unterstützung und Fabrikaufsicht. Er schloss mit der Aufforderung zur kräftigen Unterstützung und Mitarbeit »an dem bisher Errungenen und dem noch zu Erstrebenden«.

Im Marbacher Alltag war danach von der Revolution wenig zu spüren. Das Leben ging einfach weiter. Schon bei der ersten Versammlung endete der sozialdemokratische Redner mit der Aufforderung, Ruhe zu bewahren. Ähnlich brav verhielten sich die Liberalen, die eine Versammlung ankündigten und am Schluss mahnten: »Wegen der Polizeistunde um 9 Uhr ist pünktliches Erscheinen erwünscht«. Das klingt nicht gerade revolutionär.

Der noch von der königlichen Regierung ernannte neue Oberamtmann Hermann Grimm saß weiterhin in Welzheim, trat sein Amt aber am 1. Februar 1919 an. Noch am 22. November, als der König schon zwei Wochen in Bebenhausen war, meldete der »Postillon«, dass dem ausgeschiedenen Anwalt Rath in Siegelhausen das Wilhelmskreuz verliehen worden sei, ein 1915 vom König gestiftetes Verdienstkreuz für nichtmilitärische Verdienste im Krieg. Wie es zu dieser verspäteten Mitteilung kam, lässt sich nicht mehr klären.

Ende November musste in Marbach noch eine bayerische Kavallerieeinheit mit etwa 100 Soldaten und Pferden untergebracht werden. Der »Postillon« berichtete: »Zu würdigem Empfang der heimkehrenden Krieger hat auch unsere Stadt Festschmuck angelegt. Von den Giebeln wehten Fahnen, während die Häuser mit Tannengrün, Blumen, Girlanden und Fähnchen geschmückt sind. Ein herzliches Willkommen unseren tapferen Kriegern, die die Heimat vor den Schrecken und Gräueln des Krieges bewahrt haben.« Noch war offenbar nicht ins allgemeine Bewusstsein gedrungen, was die Niederlage in diesem Kriege bedeutete. Als wenige Tage später eine weitere Einheit anrückte, konnten nicht mehr alle Soldaten im Schulhaus untergebracht werden und mussten Einzelquartiere akquiriert werden.

Der herrschende Kohlenmangel führte dazu, dass der Eisenbahnverkehr eingeschränkt wurde. Außerdem kam es zu Stromabschaltungen an einzelnen Tagen bis zum Einbruch der Dunkelheit. Schließlich kam die Silvesternacht, in der geschossen wurde wie noch nie und »das Gejohle in den Straßen nichts weniger als den Ernst der Zeit« bekundete, wie der »Postillon« kritisierte.

In den Untergang der Hohenzollerndynastie im Reich und in Preußen wurden auch sämtliche anderen Herrscherhäuser in den deutschen Bundesländern hineingezogen. Und so verlor auch der im Grunde ganz populäre König Wilhelm II. von Württemberg seinen Thron. Dies hatte für Marbach ganz besondere Konsequenzen, weil der König mit Marbach ein besonders enges Verhältnis hatte. Schon als Thronfolger kam er 1890 hierher, um den Oberamtsarzt Dr. Schwandner, seinen Freund, zu besuchen. Im gleichen Jahr besuchte er auch die Ausstellung schwäbischer Dichter in Stuttgart, die ihn als König 1895 zu dem Brief an den Marbacher Stadtschultheißen Haffner anregte, der zur Gründung

des Schwäbischen Schillervereins und dem Bau des Schillermuseums in Marbach führte. Im Jahre 1896 ließ er sich von Stadtschultheiß Haffner mögliche Bauplätze für das geplante Museum zeigen, und nach dessen Fertigstellung im Jahre 1903 kam Wilhelm II. wiederholt in die Stadt, was für diese immer ein Festtag war. Die Bindung der Stadt an den Monarchen war so eng, dass man auch die Erlaubnis einholte, das 1908 fertiggestellte Krankenhaus »Bezirkskrankenhaus König Wilhelm« nennen zu dürfen. Die Erlaubnis wurde erteilt, und zur Einweihung kam der König wieder in die Stadt.

Diese häufigen Besuche des Königs erfüllten natürlich die Einwohner mit Stolz, wie sie andernorts auch mit Neid gesehen wurden. Im Land war Wilhelm II. sehr beliebt, und nicht einmal die württembergischen Sozialdemokraten wollten seinen Sturz. Vielmehr wurde er in den Strudel hineingezogen, den der Sturz der Hohenzollern als deutsche Kaiser und Könige von Preußen verursacht hatte. Er musste auch nicht fliehen, wie seine Kollegen in Bayern und Sachsen, vielmehr stellte ihm die revolutionäre Regierung sogar eine Schutztruppe, als er am Abend des 9. November Stuttgart verließ und nach Bebenhausen fuhr, weil er sich im Wilhelmspalais nicht mehr sicher gefühlt hatte.

Am 28. November 1918 unterzeichnete König Wilhelm II. in Bebenhausen die Abdankungsurkunde. In einem Antwortschreiben schrieb die Regierung: »Die provisorische Regierung dankt im Namen des Volkes dem Könige, dass er in allen seinen Handlungen von der Liebe zur Heimat und zum Volke getragen war und dass er durch seinen freiwilligen Verzicht dazu beigetragen hat, die Bahn für die freiheitliche Entwicklung zu ebnen. Das württembergische Volk vergisst nicht, dass der König mit seiner Gemahlin in Werken der Nächstenliebe stets edel und hilfreich gehandelt hat.« Auf diese Worte hin könnte man fragen, warum er dann überhaupt gehen musste. Aber es war eben das monarchische System, das unterging.

Aus Marbach gibt es keine Zeugnisse, dass der Verlust der königlichen Gnaden-sonne besonders zur Kenntnis genommen worden wäre. Die Zeitung berichtete ziemlich knapp über die Vorgänge im Land, bezog sie jedoch nicht auf die Stadt. Nur der Hofrat Dr. Bickes, ein führender Funktionär im Roten Kreuz, drückte in einer Versammlung der Liberalen auf die Tränendrüsen. Von ihm wird berichtet, er habe in bewegten Worten bedauert, »dass die Revolution nicht Halt gemacht habe vor dem Greis im Silberhaar, der Zeit seines Lebens nur die Wohlfahrt seines Volkes im Auge hatte«. Bei Bickes mag allerdings eine Rolle gespielt haben, dass der König ihn erst wenige Monate vorher zum Hofrat gemacht hatte. Aber auch er sprach sich nicht für einen Erhalt der Monarchie aus.

Für den einzigen damals lebenden Marbacher Ehrenbürger, Otto Güntter, den Direktor des Schillermuseums, waren die Veränderungen allerdings von einschneidender Bedeutung. Er verlor mit dem König seinen wichtigsten Förderer und zugleich den direkten Draht zur Regierung. Der König war die Nummer eins auf der Mitgliederliste des Schwäbischen Schillervereins, und nach stillschweigender Übereinkunft fungierte sein Kabinettschef als Erster Vorsitzender des Vereins. Seit 1917 wirkte in dieser Funktion Konstantin von Neurath, der am Ende seines Lebens noch zu den Angeklagten im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess gehören sollte. Er wollte den Vereinsvorsitz, den er doch wegen

seiner Stellung im Dienste des Königs innegehabt hatte, abgeben und forderte Gütter, der seit längerem als »geschäftsführendes Vorstandsmitglied« gewirkt hatte, auf, jetzt auch den Vereinsvorsitz zu übernehmen. Nachdem die Ausschussmitglieder alle zugestimmt hatten, wurde Gütter Erster Vorsitzender des Schwäbischen Schillervereins. Er war jedoch so sehr ein Mann des Alten, dass er kein Verständnis für die in Weimar geleistete Verfassungsarbeit zeigte, als er im Frühjahr 1919 sagte: »Unendlich wichtiger als neue Formen des Zusammenlebens und Zusammenwirkens ist eine Erneuerung des Menschen selbst, sind Menschen, von denen die Gesundung des kranken Volkskörpers ausgehen kann, deutsche Männer und Frauen, in denen jene lebendige Kraft des sittlichen Idealismus wirksam ist, der stets die Besten unseres Volkes beseelte, vor allem unseren Schiller.« Gütter sah nicht, dass eine sorgfältig ausgearbeitete Verfassung die Voraussetzung ist für ein geregeltes Zusammenleben der Menschen in Freiheit und Menschenwürde.

Die Abdankung des Königs wirkte sich aber auch noch in ganz anderer Weise aus, und dies galt nicht nur für Marbach, sondern betraf das ganze Land. Bekanntlich war es Martin Luther nicht gelungen, die christliche Kirche als Ganzes zu reformieren. Der Streit um den rechten Glauben hatte zu schweren Kämpfen geführt, und seit dem Augsburger Religionsfrieden von 1555 galt im Heiligen Römischen Reich der Grundsatz »cuius regio eius religio«: wer die Herrschaft hat, der bestimmt den Glauben. Dieser Grundsatz war 1648 im Westfälischen Frieden noch einmal bestätigt worden. Und so war das Herzogtum Württemberg ein rein (und streng) evangelisches Land gewesen, in dem die evangelische Kirche gewissermaßen ein Teil des Staates war und der Herzog als Notbischof ihr weltliches Oberhaupt. Bei einem Konfessionswechsel des Landesherren konnte dies zu heftigen Auseinandersetzungen führen.

Dieses Problem kannte man in Württemberg, denn 1733 nach dem Tode von Herzog Eberhard Ludwig folgte diesem sein Vetter Karl Alexander, der in kaiserlichen Diensten katholisch geworden war, weil er ursprünglich keine Aussicht auf die Thronfolge gehabt hatte. Noch zu Lebzeiten Eberhard Ludwigs hatte er in den sogenannten Religionsreversalien auf jede Veränderung der konfessionellen Verhältnisse verzichtet. Während seiner Regierungszeit und der seiner Söhne stand der Geheime Rat an der Spitze der Kirche, bis 1797 wieder ein evangelischer Fürst auf den Thron kam. Doch im folgenden Jahrzehnt, es war die Zeit Napoleons, gewann Württemberg große Gebiete mit katholischer Bevölkerung, von der ein Konfessionswechsel nicht mehr erzwungen werden konnte. Jetzt musste man Kompromisse finden, musste sich arrangieren.

Als in den 1890er Jahren deutlich wurde, dass der evangelische König Wilhelm II. nicht mehr mit einem männlichen Nachkommen rechnen konnte und der katholische Herzog Albrecht aus einer Seitenlinie sein Nachfolger werden würde, wurde 1898 ein Gesetz verabschiedet, das eine Regelung vorsah für den Fall, dass der König nicht mehr in der Lage sein würde, sein Bischofsamt auszuüben. Welche Stellung jedoch die evangelische Kirche in einer Republik einnehmen sollte, das musste erst noch ausgehandelt werden.

In dieser Situation waren jetzt aber auch die einzelnen Gemeinden gefordert. Hier musste geklärt werden, wie man sich die Zukunft der Kirche vorstellte und

welche Partei bereit war, in der Gesetzgebung diese Vorstellungen zu verwirklichen. Vier Wochen nach der Abdankung des Königs fand nach dem Sonntagsgottesdienst in der Stadtkirche eine Versammlung statt, zu der alle Männer eingeladen waren. Ohne Bezug auf die politischen Parteien sollte erörtert werden, welche Stellung die Kirche in Zukunft haben sollte und welche Aufgaben für ihre Mitglieder aus der augenblicklichen Lage entstünden. Dabei forderte Dekan Vollmer die evangelische Männerwelt auf, sich enger zusammenzuschließen, um die Interessen der Kirche zu wahren. Für Frauen war am darauffolgenden Sonntag eine eigene Versammlung vorgesehen, nachmittags um 2 Uhr, damit die Frauen nach dem Vormittagsgottesdienst zum Kochen nach Hause gehen konnten. Nach weiteren Versammlungen im Bezirk beschloss eine Männerversammlung zum Beginn des neuen Jahres eine Resolution, die im »Postillon« abgedruckt wurde:

»Die Versammlung nimmt Kenntnis von den Erklärungen der politischen Parteien über ihre Stellung zu der Trennung von Staat und Kirche. Sie begrüßt es, dass der Bauern- und Weingärtnerbund, die deutsche demokratische Partei und die Württembergische Bürgerpartei für die Anerkennung der Kirche als öffentlich-rechtliche Korporation, für eine gerechte und wohlwollende Auseinandersetzung über das Kirchengut und für Erhaltung des konfessionellen Religionsunterrichts in den Schulen eintreten. Dagegen hat der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei auf eine entsprechende Anfrage geantwortet, dass alle Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiöse Zwecke abzuschaffen und die Kirchen nur als private Vereinigungen zu betrachten seien, dass die Schule eine öffentliche Einrichtung sei und die für den konfessionellen Religionsunterricht erforderlichen Einrichtungen von den religiösen Gemeinschaften zu schaffen seien.« Damit waren die Positionen klar und die Versammlung konnte ihre Konsequenzen daraus ziehen.

Das tat sie auch, denn die Resolution ging weiter: »Die Versammlung stellt mit Bedauern fest, dass dieses sozialdemokratische Programm die Entfaltung der Kräfte des Christentums im Volksganzen unmöglich machen und dazu führen müsste, dass viele Kinder ohne eine Kenntnis der Geschichte Jesu aufwachsen. Es droht also eine große Gefahr und es ist eine heilige Pflicht für christlich gesinnte Männer und Frauen, der Wahl nicht fernzubleiben und ihre Stimme nur einer solchen Partei zu geben, welche die Kirche nicht auf die Stufe eines Privatvereins herabdrücken und den Religionsunterricht nicht aus dem Lehrplan beseitigen will.« Von katholischer Seite gab es in Marbach keine Reaktionen, da es in Marbach noch gar keine katholische Gemeinde gab. Anders war die Lage für die Methodisten, die immer Außenseiter gewesen waren und jetzt auf Gleichberechtigung drängten. Ihre Prediger sollten landeskirchlichen Pfarrern gleichgestellt werden. In Gremien mit kirchlicher Beteiligung sollten künftig auch freikirchliche Vertreter beteiligt sein. Und an den Volksschulen, die ja alle Konfessionsschulen waren, sollten künftig auch Methodisten unterrichten dürfen. Zugleich mit diesen Forderungen ließ man von methodistischer Seite wissen, dass sowohl die bürgerlichen Parteien als auch die SPD bereits Zustimmung signalisiert hätten. Diese Stellungnahmen erfolgten natürlich ganz speziell im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen.

Ziel der Revolution war die Schaffung eines demokratischen Staatswesens. Kennzeichen eines solchen Staatswesens war eine Verfassung, die staatliches Handeln nach festen und immer gleichen Regeln ermöglichte. Um ein solches Instrument auf demokratischem Weg zu schaffen, brauchte man Körperschaften, deren einzige Aufgabe es war, eine Verfassung auszuarbeiten.

Im Januar 1919 wurde deshalb zuerst eine verfassungsgebende Landesversammlung gewählt und eine Woche später eine Nationalversammlung. Gewählt werden sollte nach dem Verhältniswahlssystem, das als das gerechteste galt. Zum ersten Mal waren alle Männer und Frauen über 20 stimmberechtigt, weshalb die Zahl der Wahlberechtigten auf eine vorher nie erreichte Höhe stieg. Die Parteien mussten die vielen Neu-Wähler und vor allem die Wählerinnen dazu bringen, an der Wahl überhaupt teilzunehmen und sie dazu noch für die jeweils eigene Partei zu gewinnen. Diesen Zielen dienten vor hundert Jahren hauptsächlich Versammlungen und Zeitungsanzeigen, so dass der Wahlkampf damals wesentlich anders aussah als heute.

Der »Postillon« war in dieser Auseinandersetzung keineswegs neutral. In einem redaktionellen Beitrag wurde die Arbeit der neuen DDP (Deutsche Demokratische Partei) gelobt, die aus der Vereinigung der Volkspartei mit der Nationalliberalen Partei entstanden war. Die DDP wurde folgendermaßen

Oeffentliche Versammlung!
Am Sonntag, 5. Jan. 1919, abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr, spricht im Kronensaal
Dr. Heuß von der
Deutschen Demokratischen Partei.
Männer, Frauen und Jugend erscheint vollzählig!
Deutsche Demokratische Partei.
Ortsgruppe Marbach.

Frauen-Versammlung!
Am Donnerstag, 9. Januar, abends 7 Uhr, spricht im Kronensaal
Frl. Dr. med. Hölder von der
Deutschen Demokratischen Partei.
Auch Männer sind eingeladen. — Kein Eintrittzwang.
Deutsche Demokratische Partei.
Ortsgruppe Marbach.

Anzeigen im »Postillon« vom 4. Januar 1919.

charakterisiert: »In dieser Verwirrung, die das alte Regime verschuldet und das neue gesteigert hat, sucht der schwäbische Geist nach einer Führung auf bürgerlich-demokratischer Linie und verlangt von der neuen Partei mit der 48er Tradition und dem alten ernsten Liberalismus eine soziale, aber nicht sozialistische Richtung.« Die DDP, für die auch der spätere Bundespräsident Heuss in Marbach sprach, übertraf alle anderen Parteien in der Zahl der Anzeigen und war sehr um Abgrenzung gegenüber anderen Parteien bemüht. Aus einer Anzeige mit der Überschrift »Brief an eine Landfrau« sei ein Punkt zitiert: »Wenn du willst, dass es noch eine Kirche gibt und einen Pfarrer, der deine Kinder tauft, die Brautpaare traut und die Toten einsegnet, so musst du wählen. Denn es gibt Leute, die allen Pfaffen, wie sie sie heißen, den Untergang geschworen haben. [...] Und somit auf Wiedersehen am Wahltag bei der deutschen demokratischen Partei.«

Gegen die DDP wandte sich eine Einsendung: »Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte! Leider haben auch wir den Sturm spüren müssen, den die jetzige DDP durch die mit ihr jetzt verkörperten Kapitalisten und Kriegstreiber als Wind gesät haben. Darum wählen wir sozialdemokratisch und nicht demokratisch. Einige nicht sozialdemokratische Arbeiter.«

Als eine reine Interessenvertretung erscheint der württembergische Bauern- und Weingärtnerbund, der in einer Anzeige das Verhalten der sogenannten Mehrheitsparteien im alten Reichstag beklagte: »Bei den wichtigsten Fragen, wie Höchstpreise, Milderung der Zwangsvorschriften usw. nahmen die Mehrheitsparteien, die Demokratie, die Sozialdemokratie und das Zentrum oft in schroffer Weise Stellung gegen die Anträge des Bauernbundes, die vielfach rücksichtslos niedergestimmt wurden.«

Weniger konkret waren die Töne, die von der konservativen württembergischen Bürgerpartei kamen. Aus zwei Anzeigen sei zitiert; zuerst ein Vorspruch zu einem Programm: »Des Vaterlandes heilige Not pocht in unserem Herzen und rüttelt an unserem Gewissen. Unser stolzes deutsches Reich, das Lebenswerk unseres Bismarck, ist zertrümmert. Unordnung, Klassenherrschaft und Gewalt triumphieren.« Eine Woche später konnte man lesen: »Die württembergische Bürgerpartei sammelt diejenigen Kreise, welche auch heute noch den Mut haben, sich zu treuer Vaterlandsliebe und zu einem lebendigen, praktischen Christentum zu bekennen. Sie will den wachsenden Händlergeist bekämpfen, welcher den Lohn werktätiger Arbeit zu verringern trachtet, die wahre Sozialisierung hemmt und den Mittelstand preisgibt.«

An diesem Wahlkampf durch die Presse nahmen die Sozialdemokraten kaum Anteil. Vermutlich setzten sie mehr auf persönliche Begegnungen. Nur am Tag vor der ersten Wahl, der zur verfassunggebenden Landesversammlung, erschien eine Anzeige der SPD, aus der noch zitiert sei: »Habt acht vor falschen Freunden! Die Religion ist in Gefahr! schreien sie und haben vier Jahre lang trotz ihrer Religion den Massenmord verherrlicht und Elend über Millionen von Menschen gebracht. Nicht gegen die Religion, sondern gegen den Missbrauch der Religion wendet sich die Sozialdemokratie [...] Darum ihr Bürger und Frauen, lasst euch nicht betören. Wer die Schaffung eines dauernden Friedens, eines freien Volkes, eines wahren Christentums will, der wähle sozialdemokratisch!«

Das absolut Neue bei diesen Wahlen war jedoch, dass zum ersten Mal Frauen wählen durften. Auf allen Ebenen und wo immer gewählt wurde, waren Frauen bis dahin von der Wahl ausgeschlossen. Die Forderung nach einer Beteiligung von Frauen an allgemeinen Wahlen wurde in Europa erstmals 1791 während der französischen Revolution erhoben. Die Verfasserin, Olympe de Gournay, wurde zwei Jahre später enthauptet. Im Jahre 1832 scheiterte im britischen Parlament zum ersten Mal ein Gesetzesantrag, der Frauen das Wahlrecht verleihen wollte. In Deutschland vertraten im 19. Jahrhundert bürgerliche Schriftstellerinnen wie Hedwig Dohm und Luise Otto-Peters die Forderung nach dem Wahlrecht für Frauen, fanden jedoch keine große Resonanz. Die Sozialdemokraten nannten 1891 erstmals in einem Parteiprogramm das Wahlrecht für Frauen als eines ihrer Ziele.

Jetzt erließ der Rat der Volksbeauftragten zur Vorbereitung der Wahl zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung einen Aufruf, in dem es hieß: »Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens zwanzig Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.« Damit hatten nun plötzlich Millionen von Frauen ein Recht, das die Mehrheit von ihnen gar nicht gewollt hatte, und sie stellten eine Macht dar, auf die sie nicht vorbereitet waren. Zwar herrschte in Württemberg seit 1649 Schulpflicht für Jungen und Mädchen, die aber für Mädchen gewöhnlich auf sieben Jahre beschränkt war. Sie konnten dann genügend Schreiben, Lesen und Rechnen, um als tüchtige Frauen durch das Leben zu kommen, sei es verheiratet als Hausfrauen und Mütter, sei es unverheiratet als Dienstmägde. Höhere Bildung für Mädchen gab es in Marbach seit 1899 in einer privaten Höheren Töchterschule, in der jedoch nicht die Wissensvermittlung die Hauptsache war, sondern die Pflege von Weiblichkeit und Anstand. In die Marbacher Realschule wurden 1911 erstmals Mädchen aufgenommen.

Das philosophisch und juristisch begründete Wahlrecht für Frauen brachte für die bestehenden politischen Parteien große Probleme. Die Mehrzahl der nun stimmberechtigten Frauen hatte kaum eine Vorstellung von der Bedeutung der anstehenden Wahlen und den Problemen, die durch diese gelöst werden sollten. Weil aber jede Stimme in der Wahlurne das gleiche Gewicht hatte, war Aufklärung nötig. Die Frauen mussten davon überzeugt werden, dass ihre Stimmen zählten, dass sie also überhaupt zur Wahl gingen, und dass sie dann auch noch die unterschiedlichen Ziele der Parteien erkannten und sich für eine entschieden.

Über das Geschehen in Marbach sind die Berichte im »Postillon« die Hauptquelle. Da diese aber hauptsächlich Zusammenfassungen sind und durch Männer verfasst wurden, so kann nicht erwartet werden, dass die Autoren dem Thema Frauenwahlrecht besondere Aufmerksamkeit schenkten.

Vom Wahlrecht für Frauen war in Marbach bereits in der ersten von der SPD einberufenen Volksversammlung am 12. November 1918 die Rede. Da erschien das Thema bei der Aufzählung von sozialdemokratischen Forderungen. Und es gab in Marbach durchaus politisch interessierte Frauen, denn in den Versammlungsberichten der folgenden Wochen ist wiederholt von anwesenden Frauen die Rede. Nach der Vereinigung der Bürgerpartei mit den Nationalliberalen zur

Wo bleibt Jhr?!

Es darf nicht mehr heißen: „Ich will nichts von Politik wissen, nichts von einer Partei!“ Politik bedeutet heute persönlichen und wirtschaftlichen Schutz eines jeden Einzelnen gegen Unordnung und Umsturz. Nicht alle können sich tätig an der politischen Arbeit beteiligen, aber jeder Deutsche ob Mann oder Frau muß der Partei, die in seinem Sinne arbeitet, beitreten und diese in der heutigen schweren Zeit mit allen Mitteln unterstützen. Nur so kann die Werbe- und Parteiarbeit für alle erfolgreich durchgeführt werden. Deshalb ihr

Bürger, Bürgerinnen ob alt oder jung erklärt sofort Eueren Eintritt in die

Deutsche Demokratische Partei.

Anmeldungen nimmt Präzeptor Weber in Marbach a. N. entgegen.

Anzeige im »Postillon« vom 21. Dezember 1918.

DDP wurden in deren achtköpfigen Ausschuss auch zwei Frauen berufen. Beide erhielten ihre Stellung allerdings durch ihre Ehen, denn aufgeführt wurden sie in der Zeitung als Frau Kaufmann Bäurle und Frau Amtsrichter Cleß Witwe.

Die erste Wahl nach dem neuen Wahlrecht war die zu einer »gesetzgebenden württembergischen Landesversammlung«, die am 12. Januar 1919 stattfand. Dafür gab es in Marbach 1668 Wahlberechtigte. Der Anteil der Frauen ist nicht überliefert, doch es ist anzunehmen, dass ihre Zahl die der Männer leicht übertrifft hat, also über 834 lag. Um diese Frauenstimmen wurde hart gekämpft. Zwischen dem 18. Dezember und dem 9. Januar fanden vier Versammlungen speziell für Frauen statt, wobei nicht immer klar ist, wer als Veranstalter dahinter stand. Auffallend ist, dass drei der vier Rednerinnen den Dokortitel trugen und unverheiratet waren; die vierte, Frau Pfarrer Giese, trug, lange vor der Frauenordination, den Pfarrertitel ihres Ehemannes.

Wie verschieden die Bemühungen um die Frauenstimmen waren, lässt sich an zwei Beispielen zeigen. Am 20. Dezember 1918 erschien ein Beitrag im »Postillon« mit dem dicken Titel »An die Marbacher Frauen!«. Der Text begann mit folgendem Satz: »Lasst eine Marbacher Frau, die das Geschick weit gen Norden geführt hat, in der Not unseres Vaterlandes auch ein kurzes Wort sagen.« Diese Frau denkt dann »an mein gutes altes Marbach, das so gesegnet ist unter den deutschen Städten, weil es Schiller, den reinen, herrlichen, geistigsten Deutschen zu seinen Kindern zählen darf«. Diesem Marbach-Bild hält sie gegenüber die »Berliner Frauen, die sich oft so unwürdig den schlimmsten Feinden des eigenen Volkes, die aus seinen eigenen Reihen hervorgehen, anschließen, ohne zu wissen, dass sie in ihr Verderben rennen«. Ihnen, den Berlinerinnen, möchte sie zurufen: »Dort [in Marbach] verehren die Frauen Schiller, sie lernen von ihrem größten Mitbürger, der ihnen zuruft über alle Zeiten hinweg: der Menschheit Würde ist in Eure Hand gegeben!« Daraus leitet sie dann für die Marbacher Frauen eine Wahl-Pflicht ab. Sie behauptet, dass »Feinde von innen und von außen am Werk sind, unser liebes, mit so teurem Blut verteidigtes Vaterland in den Schmutz zu ziehen und es in Not und Schmach für immer zu vernichten«.

Sie zählt dann auf, weshalb wirklich alle Frauen zur Wahl gehen sollen und kommt dann wieder auf Schiller: »Jetzt können wir zeigen, dass wir etwas von Schillers deutschem Geist in uns aufgenommen haben, dass sein Geist heute in uns lebendig ist, der uns aufruft, unsere Pflicht an unsrem Volk zu tun in echt deutschem Geist.« Und sie schließt ohne konkrete Wahlempfehlung: »Schillers Geist leite Euch! Dann wählt Ihr auch echt deutsch und würdig des herrlichen Sohnes Eurer Stadt!« Viel politische Information war aus diesem Erguss nicht zu gewinnen, und wie eine echt deutsche Wahl aussehen sollte, das verriet die Verfasserin, von der wir nur die Initialen »J.U.« haben, auch nicht.

Konkreter und auch politischer dürften die Reden der Frauen gewesen sein, die in Marbach sprachen. Den Anfang machte Dr. Johanna Mellinger, die bis zum Frühjahr 1918 als Bibliothekarin im Schillermuseum gearbeitet hatte. Sie sprach über »Die Bedeutung des Frauenwahlrechts«, Dr. Geffeken erläuterte

Oeffentliche Versammlung.

Am Samstag, den 18. Januar, nachmittags $\frac{1}{2}$ 5 Uhr,
 im Kronensaal

Redner: Redakteur u. feith. Reichstagsabgeordneter **Wilh. Keil.**
 Männer, Frauen und Jugend erscheint vollzählig!

Sozialdemokratische Partei Württembergs.

Württembergischer Bauern- u. Weingärtnerbund.

Für die außerordentlich gute Wahlbeteiligung am letzten Sonntag allen Wählern und Wählerinnen herzlichen Dank.

Da die allerwichtigsten Fragen durch die Reichsversammlung entschieden werden, ist es dringend notwendig, am nächsten Sonntag fest zusammenzuhalten und den vereinigten Wahlzettel der Württembg. Bürgerpartei und des Württembg. Bauern- und Weingärtnerbunds mit den altbewährten Namen

Kraut, Vogt u. f. w.

abzugeben.

Gutspächter **Hornung.**

Anzeigen im »Postillon« vom 17. Januar 1919.

»Politische Grundbegriffe«, und das Thema der Pfarrfrau Giese war »Wahlrecht und Wahlpflicht der Frauen«. Am Nachmittag des Neujahrstages 1919 fanden gleich zwei Versammlungen statt, zunächst um 3 Uhr im »Kronensaal« eine Versammlung der SPD, bei der Anna Bloss angekündigt war. Eine halbe Stunde später sollte im »Bärensaal« die schon erwähnte Rede von Dr. Geffeken beginnen. Dazu schrieb der »Postillon«: »Es soll durch den Vortrag den Frauen Gelegenheit gegeben werden, sich Aufklärung zu verschaffen über so manche politische Frage, deren Beantwortung vor den bevorstehenden Wahlen wohl jeder Frau am Herzen liegt. Da uns auf dem Lande nur selten die Möglichkeit gegeben ist, uns in dieser Beziehung Klarheit zu verschaffen, wäre es ganz besonders wünschenswert, wenn Frauen jeden Alters und jeden Standes sich reichlich beteiligen würden. Anschließend an den Vortrag soll eine Besprechung stattfinden. Es wäre sehr wertvoll, wenn durch die Aufstellung verschiedener Fragen eine lebhaftige Diskussion entstände.«

Ausführlich berichtete der »Postillon« über die SPD-Versammlung, vielleicht weil als Rednerin die Frau des neuen Staatspräsidenten Wilhelm Bloss angekündigt war. Dass die Partei eine so bedeutende Frau, die sich als Frauenrechtlerin einen Namen gemacht hatte, nach Marbach schicken wollte, zeigt, wie wichtig die sozialdemokratische Parteiführung das Marbacher Wahlergebnis nahm. Anna Bloss war dann aber verhindert, und für sie sprach Christine Evert vor »einer dicht gedrängten Zuhörerschaft« über »Frauenwahlrecht und Frauen-Aufgaben«. Auch sie nannte das Wahlrecht ein Geschenk für die Frauen, die sich nun dieses Geschenkes würdig zu erweisen hätten. Hauptsächlichen Gewinn von der politischen Gleichberechtigung der Frau hätten die Arbeiterinnen und Bauernfrauen, dann aber auch die weiblichen Angestellten aller Berufe. Im Krieg hätten die Frauen Männerarbeit ersetzen müssen, in Zukunft sei es ihre Aufgabe, an politischen und sozialen Tagesfragen mitzuarbeiten. Ihre folgende Darstellung drängender Tagesfragen begann die Rednerin geschickt mit den Gebieten, die den Frauen besonders wichtig sein mussten, weil sie ihnen nahelagen. Sie begann mit der Verbesserung der Wohnverhältnisse, kam dann zum Hebammenwesen und zur Verbesserung und Vermehrung von Entbindungs- und Säuglingsanstalten. Verbesserungen versprach sich Evert von der Mitwirkung von Frauen in der Schule, in der Finanz- und Justizverwaltung. Als weitere Gebiete, auf denen die Mitwirkung von Frauen segensreich sein werde, nannte sie die Wohlfahrtspflege, die vom Staat übernommen werden müsse. Über den Schluss der Rede schrieb die Zeitung: »Zusammenfassend richtete die Rednerin an die anwesenden Frauen die Aufforderung, es als ihre Aufgabe und ihre Pflicht anzusehen, in allen politischen Angelegenheiten mitzuarbeiten, sich gleiche Rechte wie die Männer zu sichern und sich der Partei anzuschließen, in welcher die Gleichberechtigung der Frau am meisten gewährleistet ist, denn die Politik verderbe die Frau nicht.«

Der Bericht erwähnt Schiller mit keinem Wort, nennt aber dafür konkrete Gegenstände, mit denen sich die Politik befassen müsse und geht davon aus, dass mindestens die anwesenden Frauen auch zur Wahl gehen würden.

Bis zum letzten Tag wurde mit Zeitungsanzeigen leidenschaftlich um Wählerstimmen gerungen. Bei der ersten Wahl, jener zur verfassungsgebenden Landesversammlung, war dann die Wahlbeteiligung außerordentlich hoch. Von den

1668 Wahlberechtigten in Marbach gaben 1564 ihre Stimmen ab, das waren 93,99 Prozent. Selbst wenn sämtliche Männer gewählt hätten, dann müssen immer noch mehr als 700 Stimmen von Frauen abgegeben worden sein, die erstmals dazu berechtigt waren.

Bei diesen ersten beiden Wahlen, die nach dem Verhältniswahlrecht durchgeführt wurden, mussten die Wähler Parteilisten ankreuzen, auf deren Zusammensetzung nur die Mitglieder oder gar nur der Vorstand der jeweiligen Partei Einfluss hatten. Wenn wir aber nach den Marbacher Verhältnissen fragen, wenn wir wissen wollen, wie es am Ort mit dem passiven Wahlrecht für Frauen aussah, dann müssen wir noch weiter ins Jahr 1919 hineingehen bis zu der Wahl zum Gemeinderat, die am 18. Mai 1919 stattfand. Damals waren in Marbach 16 Sitze zu vergeben, die nach dem d'Hondtschen System den vier angetretenen Gruppierungen zugeteilt wurden. Vorschriften, wie diese Gruppierungen zu ihren Kandidatenlisten kamen, gab es nicht. Und hier zeigte sich nun, dass die maßgebenden Marbacher Lokalpolitiker mit dem Frauenwahlrecht ihre Schwierigkeiten hatten. Unter den 43 Namen, die auf der amtlichen Bekanntmachung zur Wahl aufgeführt wurden, befand sich ein einziger Frauename, nämlich der von Emma Arnold. Sie war 43 Jahre alt, unverheiratet und betrieb seit 1907 in der Marktstraße ein »Putzgeschäft«, also eine Art Hutladen. Aufgestellt hatten sie nicht die Liberalen und nicht die Sozialdemokraten, sondern ausgerechnet die konservative Bürgerpartei. Emma Arnold erhielt bei der Wahl mit 356 von allen Gewählten die geringste Stimmenzahl und hatte ihren Sitz nur dem Auszählungsmodus zu verdanken, weil die Bürgerpartei mit dem Bauern- und Weingärtnerbund ein Wahlbündnis eingegangen war. Die einzige Frau im Marbacher Gemeinderat verlor ihren Sitz aber bereits bei der nächsten Wahl drei Jahre später. Danach dauerte es bis 1968, ehe mit Liesel Bürkle erstmals wieder eine Frau in das Gremium einzog.

Mit den beiden Wahlen zu den verfassungsgebenden Versammlungen wurde die Revolution in geordnete Bahnen gelenkt. Die Landesversammlung für Württemberg trat am 23. Januar 1919 zusammen. Eine Verfassungsreform hatte schon 1906 wichtige Vorarbeit geleistet, deshalb konnte bereits am 24. April die neue Verfassung beschlossen werden. Nach Ablauf einiger Fristen wurde sie im Ordenssaal des Ludwigsburger Schlosses verkündet, am gleichen Ort, an dem König Wilhelm I. hundert Jahre vorher die erste Verfassung für das Königreich verkündet hatte.

Die verfassungsgebende Nationalversammlung hatte es schwerer. Weil in Berlin der linksradikale Spartakusbund mit Gewalt eine Räterepublik nach russischem Vorbild durchsetzen wollte, wurde die Nationalversammlung nach Weimar einberufen, um sie dem Druck von außen zu entziehen. Gleichzeitig knüpfte man damit an den Geist der deutschen Klassik an und betonte die Distanz zum Militarismus der untergegangenen Monarchie. Erschwert wurde die Verfassungsarbeit noch durch die gleichzeitig laufenden Verhandlungen über einen Friedensvertrag. Die amtierende Reichsregierung musste die harten Bedingungen noch vor dem Abschluss der Verfassungsarbeit unterschreiben. Dass dabei kein Mitglied der bisherigen Obersten Heeresleitung beteiligt wurde, hat sich später als schwerer Fehler erwiesen.

Die Einwohnerschaft von Marbach war an all dem nur durch ihre Stimmabgabe beteiligt. Württembergs früherer König starb drei Jahre später, und an dem Trauerzug zum Alten Friedhof in Ludwigsburg nahm mit dem Staatspräsidenten an der Spitze die ganze republikanische Regierung Württembergs teil. Der frühere Kaiser lebte noch 23 Jahre im holländischen Exil. Dort erlebte er 1940 noch den deutschen Einmarsch, der jedoch an seinem abgeschiedenen Dasein nichts änderte. Von seinem Tod im Juni 1941 und der Beisetzung berichtete die »Marbacher Zeitung«, wie der »Postillon« jetzt hieß, in drei Ausgaben. Ein Vierteljahr später wurde das Blatt ein Opfer des Krieges und wurde eingestellt.

Quellen und Literatur

Der Postillon. Amts- und Anzeigenblatt für den Oberamtsbezirk Marbach, Juli 1918 bis Februar 1919.

Marbacher Zeitung, Juni 1941.

Hermann Schick: Geschichte der Stadt Marbach, Bd. 2, Marbach 1992.

Hermann Schick: Marbacher Frauenschicksale um 1900, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 49 (1995) S. 129–146.

Jüdisches Leben in Ludwigsburg

Unter besonderer Berücksichtigung von Quellen aus dem
Stadtarchiv Ludwigsburg*

von Simon Karzel

»Ohne seine jüdischen Mitbürger ist Ludwigsburg ein Stück ärmer geworden.«¹ Mit diesem Satz endet das Vorwort von Werner Heinrichs in dem von ihm herausgegebenen Buch »Geschichte der jüdischen Gemeinde Ludwigsburg«. Insbesondere vor dem Hintergrund der in letzter Zeit verstärkt auftretenden Relativierungsversuche hinsichtlich des Holocaust und der Zeit des Nationalsozialismus ist es wichtig, die mahnende Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen aufrechtzuhalten und mit objektiven Quellenbelegen aufzuzeigen, dass das Dritte Reich kein weit entferntes Phänomen in Berlin oder München war. Diskriminierung, Demütigung, Verfolgung und Ermordung lassen sich bis auf die kommunale Ebene der Verwaltung zurückverfolgen.

Die folgenden Ausführungen sollen einen Eindruck vom jüdischen Leben in Ludwigsburg geben, bis dieses durch Rassenwahn und Menschenverachtung unwiederbringlich zerstört und vernichtet wurde. Die Zerstörung der Ludwigsburger Synagoge am 10. November 1938 symbolisiert das Ende der jüdischen Gemeinde Ludwigsburg.² In der Folge emigrierten viele noch in Ludwigsburg verbliebene jüdische Bürgerinnen und Bürger. Wem dies nicht gelang, der wurde in Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert. Von den mehr als 50 zwischen 1940 und 1944 deportierten Ludwigsburger Juden überlebten lediglich vier Personen die nationalsozialistische Mordmaschinerie.³

Für das skizzierte Vorhaben soll anlässlich des 80. Jahrestags der Zerstörung der Ludwigsburger Synagoge ein besonderes Augenmerk auf die im Stadtarchiv Ludwigsburg überlieferten Dokumente geworfen werden, die bisher zwar Beachtung fanden, aber häufig hinter den Quellen anderer Archive zurückstehen mussten. Die Überlieferungslage zu historischen Ereignissen in Ludwigsburg ist von Ludwigsburgs Status als zeitweiliger Haupt- und Residenzstadt Württembergs geprägt. Viele Entscheidungen und Ereignisse, die Ludwigsburg betrafen, waren Vorgänge, die auf Landesebene beraten und beschlossen wurden. Dementsprechend sind viele Quellen des Stadtarchivs Verordnungen und Anweisungen übergeordneter Stellen, die in Ludwigsburg – wie in allen anderen Kommunen Württembergs auch – umzusetzen waren. Belege für erste Ansätze der kommunalen Selbstverwaltung sind vor allem aus der Anfangszeit Ludwigsburgs selten bzw. gar nicht vorhanden. Beispielsweise erhielt die Bürgerschaft erst nach

* Überarbeitete und erweiterte Fassung eines Vortrags, der im Rahmen einer Gedenkveranstaltung auf dem Ludwigsburger Synagogenplatz am 10. November 2017 gehalten wurde.

einigen Jahrzehnten ein eigenes Rathaus.⁴ Hinzu kommt, dass die grundlegenden Entscheidungen, die das Leben der in Württemberg lebenden Juden betrafen, natürlich nicht auf kommunaler Ebene getroffen wurden.

Dieser Aufsatz versteht sich somit als Ergänzung der bisherigen, umfangreichen Arbeiten⁵ zur jüdischen Geschichte Ludwigsburgs und möchte dem Leser zusätzliche Aspekte zu einem zentralen Kapitel der Ludwigsburger Geschichte aufzeigen. Die Mehrzahl der ermittelten Quellen stammt aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sowie den ersten vier Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts.

Zwischen Duldung und Antisemitismus – jüdisches Leben im 18. Jahrhundert

Jüdisches Leben in Ludwigsburg lässt sich schon für die Gründungstage der Stadt belegen. Zwar gab es Anfang des 18. Jahrhunderts noch keine eigenständige jüdische Gemeinde in Ludwigsburg, aber die Aufzeichnungen aus jener Zeit berichten immer wieder von Menschen jüdischen Glaubens, die in Ludwigsburg Handel trieben und sich in Einzelfällen sogar hier niederließen.⁶ Dies ist auch insofern eine Besonderheit, da Juden in Württemberg Anfang des 18. Jahrhunderts nur in wenigen Ausnahmefällen überhaupt eine Aufenthaltserlaubnis hatten.⁷ Außerdem waren sie in ihrer Berufswahl stark eingeschränkt und mussten sich in den Schutz eines Fürsten begeben, um überhaupt an einem bestimmten Ort leben zu können. Eine der wenigen Tätigkeiten, die Juden zur damaligen Zeit erlaubt waren, war der Handel.

Zuerst waren es also wirtschaftliche Gründe, die diese Juden als sogenannte Hofjuden nach Ludwigsburg brachten. Sie waren Händler, die für Herzog Eberhard Ludwig (1676–1733) Waren lieferten, die eine barocke Residenz aus ganz unterschiedlichen Gründen benötigte. Als sogenannte Hoffaktoren konnten sie leichter im Herzogtum Württemberg Handel treiben als jüdische Kaufleute, die ohne dieses Privileg geblieben waren. Einer dieser Hoffaktoren war Joseph Süß Oppenheimer (1698–1738).⁸ Er verfügte über zwei Häuser in Ludwigsburg: eines in der Mömpelgardstraße 18, ein anderes am Kaffeeberg. Der abwertend »Jud Süß« genannte Hoffaktor war ein enger Vertrauter und Finanzier des Herzogs Carl Alexander (1684–1737). Sein grausames Ende als angeblicher Landesverräter in Stuttgart, wo sein Leichnam in einem Käfig zur Schau gestellt wurde, ist hinlänglich bekannt. Joseph Süß Oppenheimer wurde Opfer eines schon seit dem Mittelalter virulenten Antisemitismus. Hinzu kamen aber auch Befürchtungen, dass der katholische Carl Alexander und sein Umfeld – und damit auch Süß Oppenheimer – einen katholischen Umsturz im evangelischen Württemberg planen könnten.

Ob eine 1736 von Herzog Carl Alexander geplante Tabakmanufaktur tatsächlich in Ludwigsburg existierte, ist nicht ganz sicher.⁹ Jedenfalls wird in diesem Zusammenhang von der Ansiedlung von sechs jüdischen Familien aus der Kurpfalz berichtet, die als »Schutzjuden« die Erlaubnis erhalten hatten, die Manufaktur zu betreiben. Aber auch unabhängig von dieser Tabakmanufaktur sind jüdische Familien für die ersten Jahrzehnte des damals noch jungen Ludwigsburgs belegt. Allerdings waren judenfeindliche Stimmungen keine Seltenheit, so dass auch deshalb die Zahl der in Ludwigsburg lebenden Juden im 18. Jahrhun-

dert starken Schwankungen unterworfen war. Trotzdem wird für das Jahr 1739 von einer Kammer berichtet, die wie eine Synagoge genutzt worden sei.¹⁰ Wo sich diese Räumlichkeit befand, verrät die Quelle leider nicht. Im Jahr 1800 hingegen lebten keine Juden mehr in Ludwigsburg.

Im Gegensatz zu Ludwigsburg gab es im näheren Umfeld der Residenzstadt bereits im 18. Jahrhundert eigenständige jüdische Gemeinden, die in engem Austausch standen und für die weitere Entwicklung der jüdischen Gemeinde in



Joseph Süß Oppenheimer (1698–1738).

Ludwigsburg von größerer Bedeutung sein sollten.¹¹ Zu nennen sind hier vor allem Aldingen, für das seit 1729 eine jüdische Gemeinde belegt ist, sowie Hochberg, das seit 1760 eine jüdische Gemeinde hatte. Auch das nahe gelegene Freudental, in dem seit 1723 Juden angesiedelt waren, stand in enger Verbindung zu den Ludwigsburger Juden. Kurz nach dem Jahr 1800 lebten bereits wieder neun jüdische Familien in Ludwigsburg. Sie nutzten die Synagoge in Aldingen. Als Sommerresidenz des Herzogs und späteren Königs Friedrich entwickelte Ludwigsburg für die umliegenden jüdischen Gemeinden dann aber eine immense Anziehungskraft. Personen jüdischen Glaubens zogen verstärkt nach Ludwigsburg.

1832 wurde Ludwigsburg trotz der Proteste der ungefähr 70 Ludwigsburger Juden vom württembergischen Innenministerium zur Filialgemeinde der Aldinger Gemeinde erklärt. Im Laufe des Jahrhunderts verkehrten sich die Kräfteverhältnisse der konkurrierenden Gemeinden dann aber deutlich: Im Jahr 1886 lebten keine Juden mehr in Aldingen, in Ludwigsburg hingegen florierte die jüdische Gemeinde und hatte ihre Mitgliederzahl bis zum Ende des 19. Jahrhunderts versechsfacht und zählte jetzt weit über 200 Personen.¹² Inzwischen waren die württembergischen Juden auch zu vollwertigen Staatsbürgern geworden und unterlagen seit 1828 nicht mehr diskriminierenden Regelungen.¹³

Ein Beispiel für die im Vergleich zu den vorigen Jahrhunderten weniger reglementierten Lebensbedingungen der Ludwigsburger Juden ist ein Schreiben der königlich-württembergischen israelitischen Oberkirchenbehörde an das Oberamt Ludwigsburg aus dem Jahr 1833, aus dem hervorgeht, dass unter bestimmten Bedingungen armen jüdischen Männern finanzielle Unterstützung während der Ausbildung zu gewähren sei. Hervorzuheben ist hierbei, dass Juden Handwerksberufe erlernen und ausüben durften. Vor allem das Erlernen der sogenannten »schweren« Handwerksberufe wie Schmied, Schlosser, Maurer, Zimmermann oder Wagner wurde subventioniert.¹⁴

Synagoge, Mikwe und Friedhof – das jüdische Ludwigsburg entsteht

Bereits 1849 kam es zur Trennung der Aldinger und der Ludwigsburger Gemeinde.¹⁵ In Ludwigsburg wurde die israelitische Gemeinde neu begründet. Zwar gab es hier nie einen Rabbiner, aber schon für das Jahr 1816 ist ein Vorsänger bzw. Lehrer belegt, der für die Abhaltung des Gottesdienstes und den religiösen Unterricht verantwortlich war.¹⁶ Eine traditionelle jüdische Gemeinde lässt sich an drei wichtigen Einrichtungen festmachen: eine Synagoge, ein Friedhof und eine Mikwe, ein rituelles Frauenbad. Alle drei Institutionen waren in Ludwigsburg vorhanden. Allerdings ist gerade bei der Mikwe unklar, wie lange sie von der sehr liberalen Gemeinde in Ludwigsburg überhaupt in Anspruch genommen wurde. Die Mikwe befand sich zusammen mit der Synagoge im Haus von Wolf Judas in der Mömpelgardstraße 18 – das gleiche Haus, in dem im 18. Jahrhundert Joseph Süß Oppenheimer lebte.¹⁷ Die Existenz der Mikwe ist zumindest für die Zeit zwischen 1820 und 1884 nachweisbar. Dass die Gemeinde relativ wohlhabend war, zeigt das Vorhandensein einer Warmwasserzuleitung in diesem Bad.

Ganz selbstverständlich erwarb die jüdische Gemeinde 1869 neben dem alten »christlichen« Friedhof ein Grundstück, das bis 1917 als jüdischer Friedhof genutzt wurde.¹⁸ Besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang das dort 1873 errichtete Kriegerdenkmal, das an einen französischen und an einen deutschen Soldaten erinnert. Beide waren jüdischen Glaubens und standen sich während des deutsch-französischen Kriegs 1870/71 auf dem Schlachtfeld gegenüber. Die Einweihung des Denkmals¹⁹ am 6. August 1873 war ein gesellschaftliches Ereignis, zu dem der damalige Vorsänger Kahn im Namen des sogenannten »israelischen Kirchenvorsteheramts« Oberbürgermeister Heinrich Abel, den Gemeinderat »sowie sämtliche städtische Beamte« einlud. Neben einer feierlichen



Haus Mömpelgardstraße 18.



Alter jüdischer Friedhof.

Rede verlieh der Auftritt des Männergesangvereins der Veranstaltung einen würdigen Rahmen. Auch die 1897 begonnene Anlage eines neuen jüdischen Gottesackers in der Umgebung des städtischen neuen Friedhofs erfolgte ohne irgendwelche Widerstände oder Einwände.²⁰

1922 genehmigte der Gemeinderat die Neugestaltung des jüdischen Friedhofs durch den Architekten Otto Eichert.²¹ Für die Kosten kam die jüdische Gemeinde auf. Der jüdische Friedhof sollte in die Gesamtanlage des Friedhofkomplexes eingegliedert werden. Eichert setzte sich für die Harmonisierung der einzelnen – christlichen und jüdischen – Friedhofsteile ein: »Es wäre dringend wünschenswert, dass insbesondere an dieser Stelle die Friedhofsverwaltung und die israelitische Kirchengemeinde eng zusammenarbeiten würden, um hier etwas Großes entstehen zu lassen.« Gerade einmal etwas mehr als zehn Jahre später hingegen belegt dieselbe Akte die Ausgrenzung der Ludwigsburger Juden: Oberbürgermeister Frank teilte 1935 der jüdischen Gemeinde mit, dass »der Friedhofsverwaltung eine Pflege und Unterhaltung des israelitischen Friedhofs nicht mehr möglich« sei.

Natürlich standen die jüdischen Bewohner Ludwigsburgs auch während des Ersten Weltkriegs Seite an Seite mit ihren christlichen Mitbürgern. 38 jüdische Ludwigsburger nahmen als kaiserliche Soldaten am Krieg teil. Entsprechend hatten auch sie einen hohen Blutzoll zu entrichten. An die sechs gefallenen Ludwigsburger Juden erinnert seit 1927 ein eigens errichteter Gedenkstein.²² 30 Personen jüdischen Glaubens kehrten aus diesem Krieg mit Auszeichnungen zurück. Bemerkenswert ist außerdem ein Bericht aus dem Jahr 1916, nach dem die Verteidigung jüdischer Soldaten in der Ludwigsburger Synagoge abgehalten wurde²³ – analog zu den feierlichen Verpflichtungen der christlichen Waffenbrüder in den Kirchen der Region.

Die Stadtverwaltung plante zur Ehrung der im Ersten Weltkrieg gefallenen Ludwigsburger ein »Eisernes Buch«. Dort sollten die Lebensdaten und weitere Informationen über die im Krieg zu Tode gekommenen gesammelt werden. Das



Wilhelm Ottenheimer (1892–1917).

Projekt wurde aber nicht abgeschlossen. Lediglich die Vorarbeiten sind im Stadtarchiv erhalten geblieben. Doch bereits diese Gefallenengedenkblätter, die oft auch Fotografien der teilweise sehr jungen Soldaten enthalten, geben eindrucksvolle Einblicke in das gesellschaftliche Klima während und nach dem Ersten Weltkrieg.²⁴ Ganz selbstverständlich sind unter den Gefallenen auch Menschen mit jüdischer Konfession. Zu Wilhelm Ottenheimer enthalten die Akten sogar einen kurzen Lebenslauf, den vermutlich die Eltern der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt haben.²⁵ Um Berufserfahrung zu sammeln und seine Sprachkenntnisse zu verbessern, arbeitete er im Sommer 1914 für einige Zeit in Charleroi in Belgien. Hervorzuheben ist folgende Passage des Lebenslaufs zu Ottenheimers Zeit im belgischen Ausland: »War in Charleroi die Stimmung gegen die Deutschen schon vorher sehr missgünstig, so wurde dieselbe in den drei Juliwochen 1914 geradezu feindlich. Ottenheimer und einige seiner deutschen Freunde mussten, um Schlimmerem zu entgehen, mit Hinterlassung aller Habseligkeiten flüchten und erreichten glücklich am 2. August 1914 die Heimat.«

Diese Zeilen verdeutlichen einmal mehr, wie sehr sich die Ludwigsburger Juden, in diesem Fall Wilhelm Ottenheimer, mit dem deutschen Kaiserreich, aber auch dem damaligen Zeitgeist identifizierten. Wilhelm Ottenheimer war Kriegsfreiwilliger und wurde für sein umsichtiges Verhalten während eines Gasangriffs, durch das er das Leben seiner ihm unterstellten Mannschaft rettete, mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet. Er erlag 1917 in einem Feldlazarett in Frankreich der Ruhr.

Von zentraler Bedeutung für eine jüdische Gemeinde ist natürlich auch die Synagoge. Die erste lokalisierbare Synagoge befand sich seit mindestens 1824 im bereits erwähnten ehemaligen Haus des Joseph Süß Oppenheimer in der Mömpelgardstraße.²⁶ Doch die schnell wachsende Gemeinde benötigte mehr Platz und das bisher genutzte Gebäude stand nur bis zum Jahr 1883 zur Verfügung. Für den Neubau wählte man einen prominenten Platz beim Feuersee.²⁷ Bei der Einweihung 1884 waren zahlreiche Ehrengäste aus Ludwigsburg und Umgebung anwesend. Offiziere der Garnison, hohe Staatsbeamte, Schulrektoren, christliche Geistliche sowie städtische Beamte feierten gemeinsam mit der jüdischen Gemeinde die Synagogeneinweihung. Für die Realisierung des Bauvorhabens hatte sich die Gemeinde die Dienste der bekannten Ludwigsburger Architektenfamilie Baumgärtner gesichert. Werkmeister und Stadtrat Paul Baumgärtner erhielt den eigentlichen Auftrag, sein Sohn Fritz zeichnete dann für die Pläne verantwortlich.

Die Umsetzung des Bauprojekts erfolgte unter anderem auch mit städtischer Unterstützung; die jüdische Familie Elsas spendete die Orgel. Diese Orgel war ein Instrument der weltbekannten Ludwigsburger Firma Walcker und sie ist auch deshalb zu erwähnen, weil sie ein weiteres Kennzeichen für den hohen Assimilierungsgrad der Ludwigsburger Gemeinde ist. Eine Orgel ist ein Instrument, das wichtiger Bestandteil vieler christlicher Kirchen ist. Das traditionelle Judentum kennt ein solches Instrument nicht. Erst vor kurzem konnte eine Zeichnung des Orgelprospekts in den Beständen des Wirtschaftsarchivs Stuttgart, das die Unterlagen der ehemaligen Ludwigsburger Orgelfirma Walcker verwahrt, ermittelt werden.²⁸ Fast schon selbstverständlich feierte man den Gottesdienst in der Ludwigsburger Synagoge auf Deutsch – die Ludwigsburger Gemeinde war also in mehrfacher Hinsicht eine Reformgemeinde.



Zeichnung aus der Bauakte der neuen Synagoge, 1883.



1/10^{ter} nat. Größ. einzelne St. Bild u. 1/2 Gr.
Entwurf einer Orgel für die Synagoge
Ludwigshafen von E. Walcker & Co.
Op. 457 Ludwigshafen, 1857.

Entwurfszeichnung für die Walcker-Orgel in der neuen Synagoge.

Wenig ist geblieben vom einstmals prachtvollen Zentralbau aus rotweißen Backsteinen, der sich ganz auf der Höhe der damaligen Zeit dem Historismus verpflichtet sah. Romanische und maurische Stilelemente prägten den Bau, der sich bei der architektonischen Ausgestaltung ganz im Sinn des Historismus an Merkmalen vergangener Architekturepochen bediente. Eine einzelne Orgelpfeife, die heute im städtischen Museum gezeigt wird, sowie die Bauakte²⁹ der Synagoge aus dem Stadtarchiv ermöglichen nur noch einen eingeschränkten Blick zurück in die jüdische Vergangenheit Ludwigsburgs.

Nach der Zerstörung der Synagoge am 10. November 1938 bemühte sich die Gemeinde um einen anderen Ort der Zusammenkunft: Die am 2. Februar 1939 an Oberbürgermeister Karl Frank gerichtete Bitte der Ludwigsburger Juden, in einem der Gemeinde gehörenden Haus in der Seestraße 75 ihren Gottesdienst abhalten zu dürfen, lehnte dieser ab mit dem knappen Bescheid: »In dieser Angelegenheit bin ich nicht zuständig«.³⁰

Die Finanzierung des »israelitischen Religionsunterrichts« wurde 1923 als einfache Verwaltungsangelegenheit im Gemeinderat verhandelt. Man einigte sich mit dem »israelitischen Kirchenvorsteheramt« darauf, die entstandenen Kosten jeweils hälftig zu übernehmen.³¹ 1923 erhielten 24 Schülerinnen und Schüler an höheren Schulen Unterricht in jüdischer Religion.³² Noch Ende März 1933 richtete die »Ministerialabteilung für die höheren Schulen« ein Rundschreiben an das Ludwigsburger Schillergymnasium, um den jüdischen Religionsunterricht zu organisieren.³³ Auf dem Schreiben ist mit Bleistift notiert, dass momentan nur ein Schüler des Gymnasiums jüdischen Glaubens sei. Dieser werde gemeinsam mit den Schülern der Oberrealschule und der Mädchenrealschule in jüdischer Religion unterrichtet. Der Unterricht erfolge durch den Vorsänger Adelsheimer.

Hinsichtlich der religiösen Belange der jüdischen Gemeinde bleibt abschließend festzustellen: Die Ludwigsburger Juden betrachteten sich als liberal, sie unterschieden sich weder in ihrem äußeren Erscheinungsbild noch in ihrer Geisteshaltung von ihren christlichen Mitbürgern. Abgesehen von der Religion, die als Privatsache betrachtet wurde, gab es keine weiteren Eigenschaften, die Juden in Ludwigsburg von anderen Personen unterscheidbar gemacht hätten. Es gab in Ludwigsburg keine Segregation zwischen Juden und Christen. Jüdische Bürger lebten ganz selbstverständlich zwischen ihren christlichen Mitmenschen.

Antisemitismus, gesellschaftliche Integration und Holocaust – die Vernichtung jüdischen Lebens in Ludwigsburg

Antisemitische Agitationen waren in Ludwigsburg allerdings nicht auf die Zeit des Nationalsozialismus begrenzt, wie zwei gedruckte antijüdische Pamphlete aus den Akten der Stadtverwaltung belegen. Diese Schreiben waren von außen an die Stadtverwaltung adressiert worden – in der Hoffnung, durch diese beim Propagieren des antisemitischen Inhalts Unterstützung zu finden.

Zumindest eines dieser Schriftstücke wurde in einer Sitzung des Gemeinderats am 3. Dezember 1880 kurz thematisiert. Der Aufruf eines Dr. Försters aus Charlottenburg richtete sich gegen den angeblichen gesellschaftlichen Einfluss

von Juden und warnte vor einer »Entnationalisierung« des deutschen Volkes.³⁴ Die Petition warb um Unterstützung und Verbreitung auch durch die Bürgermeisterämter, in Ludwigsburg freilich ganz offenbar ohne jeden Erfolg, ist doch auf dem Schreiben mit Bleistift vermerkt: »Vortrag in der Sitzung vom 3. Dezember 1880. Erledigt durch sofortigen Übergang zur Tagesordnung.« Die Notiz ist mit einem »A.« signiert, was nahelegt, dass der Urheber dieses Vermerks Oberbürgermeister Heinrich Abel gewesen sein könnte. Auch ein Schriftvergleich mit der vollständigen Unterschrift Oberbürgermeister Abels lässt dies als sehr wahrscheinlich erscheinen.³⁵ Im Gemeinderatsprotokoll des 3. Dezember 1880 findet sich hingegen kein Tagesordnungspunkt zu diesem Thema. Dies und die zitierte Notiz können als Beleg dafür gewertet werden, dass man der Petition keine große Bedeutung zumäß. Zumal auch einige Formulierungen der Petition mit vermutlich kritisch-ironischen Kommentaren des »A.« versehen sind (»oho!«, »frech«). Auch diese Kommentare lassen auf eine den antisemitischen Inhalt des Schreibens ablehnende Haltung in der Ludwigsburger Verwaltungsspitze schließen.

Die Versuche des »Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbunds«, in Ludwigsburg mittels Versammlungen und Vorträgen Unterstützung für seine antisemitischen Positionen zu finden, konterte die Ludwigsburger Ortsgruppe des »Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens« mit einem Vortrag des Rabbiners Dr. Rieger aus Stuttgart. Dieser hielt am 4. Mai 1922 im Ratskellersaal einen Vortrag über »Das Heimatrecht der deutschen Juden«. In einem Schreiben an den Gemeinderat lud die Ortsgruppe alle Gemeinderatsmitglieder zum Besuch des Vortrags ein.³⁶

Neben Aktivitäten in spezifisch jüdischen Vereinen nahmen die Ludwigsburger Juden auch regen Anteil am städtischen Vereinsleben.³⁷ Otto Israel beispielsweise war Gründungsmitglied und Kassier des Ludwigsburger Schwimmvereins. Von 1912 bis 1920 war er Vereinsvorsitzender, danach Ehrenvorsitzender.³⁸ Über 30 Personen jüdischen Glaubens waren Mitglied bei der freiwilligen Feuerwehr.³⁹ Der von gegenseitigem Respekt geprägte gesellschaftliche Austausch zwischen Juden und Nichtjuden war in den Jahren vor 1933 eine Selbstverständlichkeit, wie zwei weitere aus den Akten des Stadtarchivs ausgewählte Schriftstücke zeigen:

Der Vorsänger der jüdischen Gemeinde bedankte sich in einem Schreiben vom 18. August 1903 beim Ludwigsburger Gemeinderat für die Teilnahme an den Feierlichkeiten zu seinem Amtsjubiläum.⁴⁰ Aus dem Schreiben geht hervor, dass »die Herren Stadträte« bei der Festveranstaltung anwesend waren und der Stadtrat Holzherr eine Ansprache zu Ehren des Vorsängers Schmal hielt. Das Dankschreiben wurde am Folgetag im Gemeinderat vorgelesen. In einem anderen Schreiben aus dem Jahr 1926 kondolierte der »israelitische Kirchenvorsteher« dem Ludwigsburger Gemeinderat anlässlich des Todes von Oberbürgermeister Hartenstein.⁴¹ Der kurze Brief schließt mit den Worten: »Wir werden dem menschenfreundlichen, gerechten Mann ein treues Andenken bewahren.«

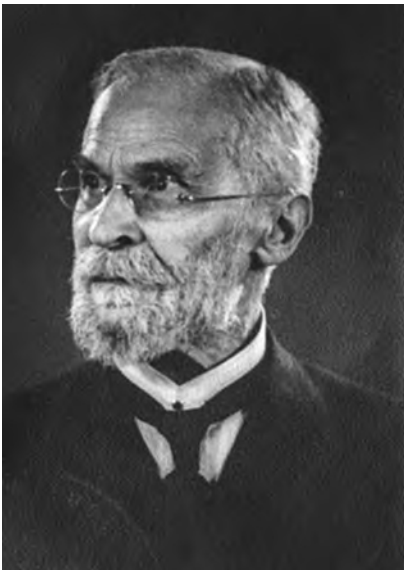
Die Integration der Ludwigsburger Juden war Anfang des 20. Jahrhunderts trotz der geschilderten Ereignisse sowohl auf gesellschaftlicher und wirtschaftlicher wie auch politischer Ebene vollzogen. Dahingehend muss auch die Aussage verstanden werden, dass man keine Rückkehr mehr in das gelobte Land Israel anstrebe, denn man habe in Ludwigsburg seine Heimat gefunden.⁴² Die jüdi-

schen Ludwigsburger gehörten häufig dem Bürgertum an und waren bestens im wirtschaftlichen Leben der Stadt vernetzt.⁴³ Einige waren Fabrikbesitzer oder betrieben Kaufhäuser, andere waren Einzelhändler. Unter ihnen gab es Ärzte und Anwälte, die hohes Ansehen genossen. Die Assimilierung der Ludwigsburger Juden war sehr weit fortgeschritten. Dies mögen auch die folgenden biographischen Beispiele verdeutlichen.

Max Elsas⁴⁴, dessen Familie in der Marstallstraße 4 seit 1855 eine Weberei betrieb, hatte zahlreiche Ehrenämter inne. Das wichtigste war die Stellvertretung des Oberbürgermeisters Gustav Hartenstein. Als dieser während des Ersten Weltkriegs ins Feld einrückte, war Max Elsas der höchste städtische Repräsentant. Die sogenannte »Machtergreifung« der Nationalsozialisten zwang den 75-jährigen von all seinen Ämtern zurückzutreten. Aufgrund seines hohen Alters blieb er als Letzter seiner Familie in Ludwigsburg zurück. Doch selbst sein vielfältiges gesellschaftliches Engagement, die vielen Verdienste, die er sich um die Stadt erworben hatte, bewahrten ihn 1941 nicht vor der Deportation nach Eschenau bei Heilbronn. Ein Jahr später starb er im Konzentrationslager Theresienstadt.

Dr. Walter Pintus⁴⁵ führte von 1905 bis 1938 eine Arztpraxis in der Mathildestraße. Er war für sein altruistisches Wirken bekannt und beliebt. So behandelte er beispielsweise auch ärmere Patienten, die sich eine Behandlung bei ihm eigentlich nicht leisten konnten. Dr. Pintus war trotz seiner Gehbehinderung im Ersten Weltkrieg Lazarettarzt. Er wurde 1938 im Anschluss an die Reichspogromnacht ins Konzentrationslager Dachau deportiert.

Noch immer finden sich »Spuren jüdischen Lebens« – wie ein kleines Buch des Ludwigsburger Ehrenbürgers Dr. Albert Sting heißt⁴⁶ – in Ludwigsburg. In der Seestraße ragt am Haus mit der Nummer 49 ein Pferdekopf an der Fassade



Max Elsas (1858–1942) und Dr. Walter Pintus (1880–1938).

hervor. Er erinnert an die Pferdehandlung der Herren Kusiel und Strauß, die ihren Lebensunterhalt mit dem Verkauf von Pferden an das in Ludwigsburg stationierte Militär bestritten. Das Haus neben dem Synagogenplatz in der Alleenstraße 10 erbaute der Fabrikant Julius Heinrich Israel. Das Herrenbekleidungsgeschäft in der Wilhelmstraße 22 gehörte einst Julius Ebstein, einem im Ersten Weltkrieg mehrfach ausgezeichneten Soldaten. Sein Geschäft wurde 1938 arisiert. Mit seiner Frau konnte er in die USA fliehen. In der Kirchstraße und in der Körnerstraße befanden sich mehrere jüdische Kaufhäuser, darunter das Kaufhaus Stern, das mit seinen fünf Stockwerken eine Zeit lang das erste Hochhaus in Ludwigsburg war.

Der weitere Fortgang der Geschichte der Juden in Ludwigsburg ist bekannt: Die Unterdrückung und die Schikane jüdischen Lebens begann in Ludwigsburg wie überall im Deutschen Reich spätestens mit der sogenannten nationalsozialistischen »Machtergreifung« am 30. Januar 1933. Der Boykott jüdischer Geschäfte, der Ausschluss von jüdischen Schülern vom Schulunterricht, antisemitische Veranstaltungen der NSDAP oder die Arisierung jüdischer Geschäfte – dies alles war auch in Ludwigsburg traurige Realität.



Kaufhaus Stern (Körnerstraße 9) nach der Enteignung.

Zahlreich sind die Beispiele für die Ausgrenzung jüdischer Bürger. Anfangs ließ das Verhalten der Stadtverwaltung noch eine gewisse Zurückhaltung erkennen, wenn beispielsweise das städtische Wirtschaftsamt die Verwaltungsabteilung in Kenntnis setzte, dass auch einige jüdische Standinhaber über eine Konzession für den Novemberjahrmarkt des Jahres 1933 verfügten.⁴⁷ So lange die Papiere der Juden in Ordnung seien, sei es schwer, gegen deren Teilnahme an den Jahrmärkten vorzugehen. Diese Tatsache wurde der Verwaltungsabteilung mit der Bitte um Entscheidung, wie weiter vorzugehen sei, mitgeteilt. Selbstverständlich musste der Nachweis der »arischen Abstammung« auch für die Beamten und Angestellten der Stadtverwaltung Ludwigsburg erbracht werden. Die Stadtverwaltung war bestrebt, die vom Reichsinnenministerium erlassenen Vorschriften sorgfältig umzusetzen, wie Namenslisten bezüglich unvollständiger Nachweise belegen.⁴⁸ Gleiches galt für das Verbot, Kontakt zu Juden zu haben. Oberbürgermeister Frank wies im Dezember 1937 die Beamten und Angestellten aller städtischen Ämter und Betriebe an, »alle geschäftlichen und persönlichen Beziehungen mit Juden zu unterlassen«.⁴⁹ Auch die Tilgung von Straßennamen, die auf jüdische Namenspaten zurückgingen, wurde 1938 per Runderlass des Innenministeriums geregelt. Oberbürgermeister Frank konnte bereits zwei Monate später an die zuständige Ministerialabteilung in Stuttgart vermelden, dass in Ludwigsburg »Straßenbenennungen nach Juden oder jüdischen Mischlingen I Grades nicht bestehen«. Selbstverständlich war auch die Vergabe öffentlicher Aufträge an »nichtarische« Unternehmen aufgrund ministerieller Vorgaben untersagt und wurde in Ludwigsburg gehorsam umgesetzt.⁵⁰

Die Ludwigsburger Juden wurden aus ihrer Heimat vertrieben und zur Auswanderung gezwungen. Wer nicht flüchten konnte, weil er kein Visum für das sichere Ausland bekam oder weil er keine Verwandten in Übersee hatte, der wurde in den Jahren 1940 bis 1944 deportiert. Die zwölf Jahre währende nationalsozialistische Schreckensherrschaft setzte der mehr als zwei Jahrhunderte zurückreichenden jüdischen Kultur in Ludwigsburg ein jähes Ende. Ludwigsburg ist ohne seine jüdischen Mitbürger nicht nur ärmer geworden, es trägt seitdem auch eine Narbe, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens betrifft. Der Synagogenplatz symbolisiert diese Narbe, die dauerhaft an das Verschwinden der jüdischen Ludwigsburger und den Verlust ihrer Kultur erinnert.

Anmerkungen

1 Werner Heinrichs (Hrsg.): Geschichte der jüdischen Gemeinde Ludwigsburg, Vaihingen/Enz 1989, S. 9.

2 Zu den Ermittlungen zum Synagogenbrand vgl. Stadtarchiv Ludwigsburg (StadtALB) L 9 Bü 3.

3 Joachim Hahn: Jüdisches Leben in Ludwigsburg. Geschichte, Quellen und Dokumentation, Karlsruhe 1998, S. 258 und 265.

4 Albert Sting: Geschichte der Stadt Ludwigsburg, Band 1, Ludwigsburg 2000, S. 99 ff.

5 Neben Heinrichs (wie Anm. 1) und Hahn (wie Anm. 3) sei vor allem erwähnt die Arbeit von Beate Maria Schüller: Das Schicksal der jüdischen Bürger von Ludwigsburg während der Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 30 (1978) S. 23–126.

- 6 Hahn (wie Anm. 3) S. 18 ff.
- 7 Nicole Bickhoff-Böttcher: Vom Schutzjuden zum jüdischen Mitbürger. Die jüdische Gemeinde Ludwigsburg im 19. und 20. Jahrhundert, in: Heinrichs (wie Anm. 1) S. 17–29, hier: S. 17.
- 8 Martin Bollacher: Jud Süß Oppenheimer. Sein Bild in der deutschen Literatur, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 40 (1987) S. 115–128; Gudrun Emberger: Die Quellen sprechen lassen. Der Kriminalprozess gegen Joseph Süß Oppenheimer 1737/38, Stuttgart 2009.
- 9 Hahn (wie Anm. 3) S. 27.
- 10 Ebd. S. 30.
- 11 Ebd. S. 34 ff.
- 12 Ebd. S. 64 ff.
- 13 Bickhoff-Böttcher (wie Anm. 7) S. 20 ff.
- 14 StadtALB L 2 Bü 237.
- 15 Hahn (wie Anm. 3) S. 63 f.
- 16 Ebd. S. 119.
- 17 Ebd. S. 26, 105 ff.
- 18 Ebd. S. 96 ff.
- 19 StadtALB L 2 Bü 498.
- 20 Hahn (wie Anm. 3) S. 100 ff.
- 21 StadtALB L 67 Bü 3.
- 22 Hahn (wie Anm. 3) S. 81 f.
- 23 Ebd. S. 176; Aron Tänzer: Die Geschichte der Juden in Württemberg, Frankfurt am Main 1937 (ND 1983), S. 114; Wolfgang Läßle: Das Schicksal der Ludwigsburger Synagoge. Ein Beitrag zur Geschichte der jüdischen Gemeinde in Ludwigsburg, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 42 (1988), S. 7–44, hier: S. 23.
- 24 StadtALB S 8, Gefallenengedenkblattsammlung.
- 25 StadtALB S 8, Nr. 9/Ottenheimer.
- 26 Hahn (wie Anm. 3) S. 70 ff.
- 27 Zur Geschichte der neuen Synagoge vgl. Läßle (wie Anm. 23) und Hahn (wie Anm. 3) S. 72 ff.
- 28 Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg B 123 Bü 1000, Opus 451.
- 29 StadtALB L 63 Bü 14.
- 30 StadtALB L 3 Bü 2367.
- 31 StadtALB L 3 Bü 2366.
- 32 13 Schüler an der Oberrealschule (heute Mörikegymnasium), neun Schülerinnen an der Mädchenrealschule (heute Goethegymnasium) und zwei Schüler am Gymnasium (heute Schillergymnasium).
- 33 StadtALB L 40/3 Bü 44.
- 34 StadtALB L 3 Bü 2366.
- 35 Rücktrittsgesuch Heinrich Abels vom 15. Mai 1897; StadtALB L 2 Bü 175.
- 36 StadtALB L 3 Bü 2366; Hahn (wie Anm. 3) S. 207.
- 37 Hahn (wie Anm. 3) S. 155 ff.
- 38 Ebd. S. 157 und 414.
- 39 Albert Sting: Aus der Geschichte der Ludwigsburger Juden, in: Heinrichs (wie Anm. 1) S. 31–51, hier: S. 38.
- 40 StadtALB L 3 Bü 2367. – Die Einladung zur Jubiläumsfeier im Ludwigsburger Bahnhof ist ebenfalls noch erhalten geblieben; StadtALB L 3, Bü 2366.
- 41 StadtALB L 3 Bü 1175.
- 42 Sting (wie Anm. 39) S. 42.
- 43 Hahn (wie Anm. 3) S. 160 ff.
- 44 Ebd. S. 377 ff.
- 45 Ebd. S. 505 ff.
- 46 Albert Sting: Spuren jüdischen Lebens. Ein Rundgang durch Ludwigsburg, Haigerloch 2001.
- 47 StadtALB L 3 Bü 2783.
- 48 StadtALB L 3 Bü 1325.
- 49 StadtALB L 3 Bü 1331.
- 50 StadtALB L 3 Bü 2009.

Das Infanterie-Regiment Alt-Württemberg

Streiflichter aus der Geschichte des Ludwigsburger »Hausregiments«

von Wolfgang Läßle

»Ältere Herren erklären den Krieg. Aber es ist die Jugend, die kämpfen und sterben muss.« Herbert Hoover (1874–1964), 31. Präsident der USA (1929–1933)

Vor nunmehr 100 Jahren, am 11. November 1918, unterzeichnete Staatssekretär Matthias Erzberger im französischen Compiègne für das Deutsche Reich das Waffenstillstandsabkommen, das die Kampfhandlungen des Ersten Weltkrieges beendete. In jenen ereignisreichen Novembertagen wurde nicht nur das Deutsche Kaiserreich, sondern auch das Königreich Württemberg zu Grabe getragen, abgelöst von der am 9. November in Berlin durch den Sozialdemokraten Philipp Scheidemann verkündeten Deutschen Republik. Auch für die württembergischen Truppenteile, die teilweise auf eine jahrhundertlange Tradition zurückblicken konnten, war durch den Zwang der politischen und militärischen Verhältnisse das Ende gekommen. Gewissermaßen Schlusspunkt ihrer Geschichte war ein Krieg unvorstellbaren Ausmaßes, wie man ihn bislang noch nicht gekannt hatte, der für alle Beteiligten eine furchtbare Katastrophe war, unzählige Opfer forderte und die Machtverhältnisse in Europa grundlegend veränderte.

Bezogen auf die Einwohnerzahl hatte im Ersten Weltkrieg kein anderer deutscher Bundesstaat so viele Kriegstote zu beklagen wie Württemberg. Zuletzt standen von 2,5 Millionen Einwohnern rund 520 000 Mann unter Waffen. Über 80 000 württembergische Soldaten fielen oder wurden vermisst. Groß war auch die Zahl der Kriegsheimkehrer, die zeitlebens an Leib und Seele versehrt waren, und die der Hinterbliebenen, die der Krieg oftmals in tiefes Elend gestürzt hatte, da ihr Ernährer umgekommen war. Knapp 2000 Namen von Gefallenen und Vermissten nennen die nach dem Ersten Weltkrieg für die Truppenteile der Ludwigsburger Garnison errichteten Kriegerdenkmäler (ohne Stadtteile).

Das Infanterie-Regiment Alt-Württemberg (3. Württ.) Nr. 121, eines der ältesten Regimenter der württembergischen Armee, wurde wenige Monate nach Beendigung der Kampfhandlungen aufgelöst. Dieser Umstand soll zum Anlass genommen werden, im Folgenden auf seine Geschichte näher einzugehen, zumal auch die Stadt Ludwigsburg und ihre Einwohner eng mit dem Regiment verbunden waren. Dies traf auch auf das Haus Württemberg zu, waren doch zahlreiche Regimentschefs Herzöge von Württemberg. (Die Würde eines Regimentschefs – nicht zu verwechseln mit dem Regimentskommandeur – wurde in der Alten Armee hochgestellten Persönlichkeiten, Landesfürsten, Angehörigen von Fürstenhäusern und Generalen ehrenhalber verliehen.)

Die Gründung Ludwigsburgs, beginnend mit dem Jahr 1709, fiel in die gleiche Zeit wie die des Regiments, das mit mehr oder weniger langen Unterbrechungen von 1721 bis zu seiner Auflösung nach dem Ersten Weltkrieg in Ludwigsburg lag. Generationen württembergischer und Ludwigsburger Söhne dienten in Friedens- und Kriegszeiten in diesem Regiment, mit dem sie auf zahlreichen Kriegsschauplätzen europaweit kämpften. Unzählige Regimentsangehörige bezahlten ihren Einsatz mit dem Tode und ruhen in fremder Erde.



Die fürstlichen Regimentschefs 1716 bis 1816.

In Ludwigsburg sind noch viele Spuren der »Alt-Württemberger« sichtbar. Neben den ehemaligen Kasernen – Arsenalkaserne, Kanzleikaserne, Jägerhofkaserne und Dragonerkaserne an der Leonberger Straße – ist es vor allem das Ehrenmal bei der ehemaligen Arsenalkaserne, das 1916, anlässlich des 200-jährigen Bestehens des Regiments, als Regimentsdenkmal errichtet und, auf Initiative der Offiziersvereinigung, 1924 zum Gedenken an die gefallenen Regimentsangehörigen des Ersten Weltkrieges erweitert wurde. Nach dem 1935 von der Offiziersvereinigung und den Kameradschaften des Regiments im Druck herausgegebenen »Ehrenbuch«, das sämtliche Namen und Personalien der im Ersten Weltkrieg gebliebenen Regimentsangehörigen nennt, fanden 131 Offiziere sowie 4183 Unteroffiziere und Mannschaften den Tod. Eine wahrlich erschütternde

Zahl! Bereits im März 1919 waren Marmortafeln mit den Verlustzahlen des Regiments und denen der anderen Ludwigsburger Regimenter in der Ludwigsburger Garnisonkirche angebracht worden.

Aus Anlass des 220. Gründungstags des Regiments wurde 1936 die Salonstraße an der früheren Infanterie-Barackenkasernen bzw. Salonkasernen (seit 1922: Jägerhofkasernen), in der viele Jahre das II. Bataillon untergebracht war, in »Alt-Württemberg-Allee« umbenannt. Hingewiesen sei auch auf die Feldzeichen (Fahnen und Standarten) der württembergischen Armee, die noch bis Anfang der 1990er Jahre einen Ehrenplatz im Gardesaal des Ludwigsburger Schlosses hatten, jedoch aus konservatorischen Gründen wieder entfernt wurden und seither im Württembergischen Landesmuseum in Stuttgart verwahrt werden. Zu diesen Symbolen »schwäbischer Zuverlässigkeit, Treue und Tapferkeit und der zeitlosen Werte ehrenhaften Soldatentums«, so der damalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg anlässlich der 1967 erfolgten »Unterbringung der ehrwürdigen württembergischen Feldzeichen« im Ludwigsburger Schloss, gehören auch die drei noch erhalten gebliebenen Bataillonsfahnen des Infanterie-Regiments Alt-Württemberg.

Die Anfänge des württembergischen Heerwesens lassen sich bis in das 16. Jahrhundert zurückverfolgen. Seit dieser Zeit hatte Württemberg als Teil des Schwäbischen Kreises ein bestimmtes Truppenkontingent zu stellen, das von Fall zu Fall errichtet bzw. wieder aufgelöst wurde und in Kriegszeiten unter dem Oberbefehl des Kaisers stand. Lange Zeit hatten die württembergischen Herzöge die Würde des schwäbischen Kreisobersten inne. Seit dem Tübinger Vertrag von 1514 regierten die Herzöge gemeinsam mit den Landständen. Da letztere an der hergebrachten Wehrverfassung des Landesaufgebots, später auch Landmiliz genannt, festhielten, konnte sich in Württemberg, auch aus Kostengründen, zunächst kein zeitgemäßes Heerwesen entwickeln. Seit 1638 verfügte dann der Herzog mit Zustimmung der Landstände über eine eigene Leibwache zu Fuß, zu der später noch eine zu Pferd hinzukam. Die damals praktizierte Aufstellung des Reichsheeres erst im Kriegsfall aus den zunächst anzuwerbenden Truppen der zehn Reichskreise war in diesen unruhigen Zeiten in jeglicher Hinsicht unzureichend. Dieser Missstand führte schließlich dazu, in Württemberg Haustruppen aufzustellen. So nannte man die stehenden Truppen im Unterschied zu den Kreistruppen. Notwendig war es auch wegen der aggressiven Expansionspolitik König Ludwigs XIV. von Frankreich, der mit seinen Heeren gegen Ende des 17. Jahrhunderts wiederholt in Süddeutschland einfiel und auch in Württemberg ein furchtbares Zerstörungswerk anrichtete. Nach dem 1714 beendeten Spanischen Erbfolgekrieg war die »Franzosengefahr« vorerst gebannt. Allerdings stellten im Osten die Osmanen nach wie vor eine ständige Bedrohung für das Reich dar.

Herzog Eberhard Ludwig von Württemberg, der seit 1693 regierte, erkannte bald, dass nur ein starkes Heer den Schutz seines Landes garantieren konnte. Dies veranlasste ihn, weitere Truppen aufzustellen. Eines der neuen Regimenter war das »Regiment Alt-Württemberg«, das er mit »allerhöchster Ordre« am 18. März 1716 in der Stärke von drei Bataillonen mit 2223 Mann errichtete. Sein damaliger Standort war Göppingen. Die Mannschaften wurden teils angeworben, teils anderen Regimentern entnommen.

Noch im Gründungsjahr verpflichtete sich der Herzog, das Regiment auf die Dauer von fünf Jahren als Subsidienregiment in kaiserliche Dienste zu geben. Von Ulm aus wurde es auf Schiffen donauabwärts nach dem »Königreich Hungarn« verbracht, um dort gegen die eingefallenen osmanischen Heere zu kämpfen. Bereits am 5. August 1716 erhielt es seine Feuertaufe in der Schlacht von Peterwardein (heute ein Ortsteil von Novi Sad in Serbien), bei der sein erster Kommandeur, Oberst von Forstner, tödlich verwundet wurde. In einem Handschreiben an den stellvertretenden Kommandeur lobte der Kaiser die »sonderbare Tapferkeit und



Die »Alt-Württemberger« in der Schlacht von Peterwardein, 1716.

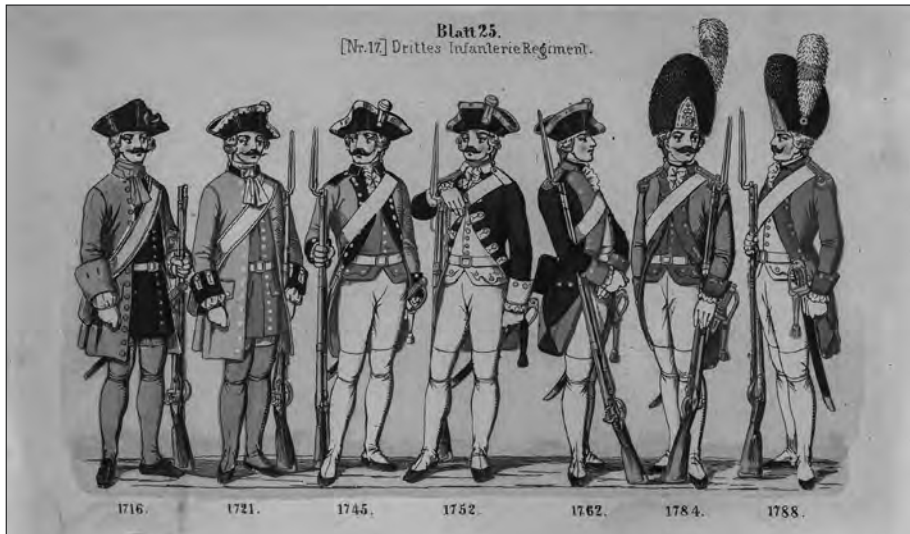
Standhaftigkeit des Regiments« beim Sieg über die Türken in dieser Schlacht. Wenig später wurde das Regiment im Banat bei der Belagerung und Einnahme von Temesvár eingesetzt. Das Regiment nahm dann 1717 unter Prinz Eugen von Savoyen, dem »edlen Ritter«, an der Belagerung und der Schlacht von Belgrad teil. In all diesen Kampfhandlungen zeichnete es sich durch »Manneszucht und außergewöhnliche Tapferkeit« aus. In einem damaligen Bericht heißt es: Nach dem Urteil der Generalität »bleibe es dabei, daß dieses Löbliche Regiment bei der großen Armee das beste, schönste und accurateste, sowohl in der Salve, dem Gewehrtragen, als auch im Marschiren sey«.

Nach den Türkenkriegen kämpfte es 1719 und 1720 auf Sizilien gegen die Spanier, wo es an der Schlacht bei Francavilla und den Belagerungen von Messina und Palermo teilnahm. Danach kehrte das Regiment, das in den fünf Feldzugsjahren starke Verluste (35 Offiziere, 2318 Mann) erlitten hatte, nach Württemberg zurück. Wegen seiner bewiesenen Tapferkeit ernannte es der Herzog zu seinem »Leib-Regiment«. In den folgenden Jahren lag es in verschiedenen

Standorten. Von 1737 bis 1740 stand es durch Vertrag wieder in kaiserlichem Sold, wobei es in Baden gegen mögliche französische Einfälle eingesetzt war. Schließlich wurde das Regiment 1744 geteilt: das I. Bataillon war fortan »Garde zu Fuß« – es ist das spätere Infanterie-Regiment Großherzog Friedrich von Baden (8. Württ.) Nr. 126 – und das II. Bataillon das »Infanterie-Regiment Prinz Louis«. Letzteres ist der Stamm der späteren »Alt-Württemberger«. In den folgenden Jahrzehnten erhielt dieses Regiment mehrmals neue Bezeichnungen.

Im Siebenjährigen Krieg (1756–1763) focht Württemberg an der Seite Frankreichs gegen Preußen. Die »Alt-Württemberger« beteiligten sich 1757/60 an verschiedenen Belagerungen und Schlachten (u.a. bei Schweidnitz, Breslau und Leuthen). Seit 1758 diente auch Johann Caspar Schiller, der Vater des Dichters, als Leutnant im Regiment. In jenen Jahren war die Fahnenflucht bei den größtenteils zum Militär gepressten Soldaten außerordentlich hoch. Auch an den 1762/63 zur herzoglichen Vergnügung bei Ludwigsburg veranstalteten »Lustcampements« nahm das Regiment teil.

In den napoleonischen Kriegen stand Württemberg zunächst an Österreichs Seite gegen Frankreich. 1799 und 1800 zogen die »Alt-Württemberger« gegen die abermals tief in Süddeutschland eingedrungenen französischen Heere ins Feld, wo sie an einigen Gefechten, auch in unserer näheren Umgebung (u.a. bei Löchgau), beteiligt waren. Nachdem Kurfürst Friedrich von Württemberg 1805 von Napoleon zu einem Bündnisvertrag gezwungen worden war, trat Württemberg im Folgejahr dem Rheinbund bei. Württembergische Soldaten kämpften fortan mit den Franzosen für die politischen und militärischen Ziele Napoleons. Seit 1806 fochten sie dann gegen Preußen und Österreich vor allem in Schlesien, u.a. beteiligten sie sich an mehreren Belagerungen (1806/07: Glogau, Breslau, Schweidnitz, Neiße und Glatz; 1809: Schlacht bei Linz).



Uniformierung 1716 bis 1788.

Nach der Erhebung Württembergs zum Königreich im Jahre 1806 wurde eine neue Wehrpflichtordnung eingeführt. Anstelle der früheren Werbung trat die Konskription, wodurch im Grundsatz die allgemeine Wehrpflicht galt, allerdings zunächst noch mit zahlreichen Ausnahmen. Loskauf und Stellvertretung durch sogenannte »Einsteher« waren möglich. Die Dienstzeit betrug bei der Infanterie acht, bei der Kavallerie und Artillerie zehn Jahre. Bereits 1809 wurde dann in Württemberg vorübergehend die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Damals erhielten die Regimenter bestimmte Aushebungsbezirke zugewiesen.

Seit 1811 trugen die württembergischen Linienregimenter der Infanterie die Nummern 1 bis 9, die der Kavallerie die Nummern 1 bis 5. Die »Alt-Württemberger« hießen fortan »Linien-Infanterie-Regiment Nr. 2 Herzog Wilhelm«.

Die schwersten Verluste, die Württemberg für die Eroberungspläne Napoleons erleiden musste, waren die des Russlandfeldzuges 1812. Rund 16 000 Württemberger, darunter auch die »Alt-Württemberger«, zogen mit den Franzosen nach Russland, wo sie durch das verheerende Klima, Krankheiten und schlechte Verpflegung, in zahlreichen Schlachten und Gefechten (u.a. Smolensk, am Straganbach, Borodino, Wjasma) sowie auf dem Rückmarsch beim Übergang über die Beresina nahezu vollständig aufgerieben wurden. Nur wenige hundert württembergische Soldaten kehrten damals in die Heimat zurück, von den »Alt-Württembergern« lediglich sieben (ein Hauptmann und sechs Mann).

1813 folgte zunächst der Feldzug gegen die verbündeten Preußen und Russen, in dem sich das frisch aufgefüllte Regiment u.a. in der Schlacht von Dennewitz tapfer schlug, dabei aber schwerste Verluste erlitt. Während der Völkerschlacht bei Leipzig im Oktober 1813 wechselten die Württemberger jedoch die Fronten. Von nun an kämpften sie gemeinsam mit den Österreichern, Preußen und Russen gegen Napoleon. Das Regiment marschierte jetzt mit den übrigen württembergischen Truppen unter dem Oberbefehl von Kronprinz Wilhelm, dem späteren König Wilhelm I. von Württemberg, nach Frankreich, wo es sich insbesondere bei Epinal, Brienne (La Rozière), bei der Erstürmung von Sens, beim Treffen von Montereau und in den Schlachten bei Arcis sur Aube und Paris auszeichnete. 1815, nachdem Napoleon aus der Verbannung auf der Insel Elba zurückgekehrt war, wurde das Regiment zwar mobilisiert, aber nur noch am Rande im Elsass (Treffen bei Straßburg) eingesetzt, da die Verbündeten inzwischen die französische Armee in der Schlacht von Belle Alliance (Waterloo) besiegt hatten. Danach verblieb das Regiment bis 1818 bei den Okkupationstruppen in Frankreich.

Nach diesen schweren und verlustreichen Kriegsjahren, die Württemberg und seine Bevölkerung große Not gebracht hatten, folgte für das Land eine lange Friedenszeit. Als nunmehriges Glied des Deutschen Bundes musste Württemberg von 1816 an ein eigenes Truppenkontingent stellen, das u.a. mit Truppen von Baden und Hessen-Darmstadt das VIII. Bundesarmeekorps bildete. Uniformierung, Ausrüstung, Dienstvorschriften, Dienstgradbezeichnungen usw. bestimmten die einzelnen Bundesstaaten selbst. In jenen Jahren wurde in Württemberg auch die allgemeine Wehrpflicht außer Kraft gesetzt, außerdem schaffte man das Speißrutenlaufen, weitgehend auch die körperliche Züchtigung ab.

Nach der Heeresreform von 1817 setzte sich die württembergische Armee im Wesentlichen aus acht Infanterie- und vier Reiterregimentern sowie einem Artillerieregiment zusammen. Diese Regimenter bestanden nun über hundert Jahre, die zweite Hälfte im Reichsheer, bis zu ihrer Auflösung nach dem Ersten Weltkrieg. Das seitherige »Linien-Infanterie-Regiment Nr. 2 Herzog Wilhelm«, also die »Alt-Württemberger«, wurde damals in »Kgl. 3. Infanterie-Regiment« umbenannt. Sein II. Bataillon gehörte dann in den Revolutionsjahren 1848/49 zu den »Expeditionstruppen« in Baden.

Im Deutschen Krieg 1866 kämpften die Württemberger im Verband des VIII. Bundesarmeekorps als Kgl. Württ. Felddivision an der Seite Österreichs gegen die Preußen. Die »Alt-Württemberger« standen im »Mainfeldzug« bei Tauberbischofsheim den feindlichen Truppen gegenüber, wo sie schwere Verluste hatten. Die Folgen des für Österreich und seine Verbündeten verlorenen Krieges waren die Auflösung des seitherigen Deutschen Bundes, die Errichtung des Norddeutschen Bundes unter Preußens Führung und Schutz- und Trutzbündnisse Preußens mit den süddeutschen Staaten. 1868 erließ Württemberg ein Wehrgesetz, das sich eng an das preußische anlehnte, außerdem wurde die allgemeine Wehrpflicht endgültig eingeführt. Im Kriegsfall war der preußische König Bundesfeldherr (Oberbefehlshaber) über die süddeutschen Armeen.

Im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 gehörte die württembergische Felddivision zur 3. Deutschen Armee unter dem Oberbefehl des Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen. Die »Alt-Württemberger« nahmen u.a. an den Schlachten von Wörth und Sedan teil. Besonders zeichneten sie sich aber bei der Belagerung von Paris, in den Vorortgefechten bei Nogent sur Seine und am Mont Mesly aus. Insgesamt ließen 94 Regimentsangehörige im Krieg 1870/71 ihr Leben.

Noch während des für die Deutschen siegreich verlaufenen Krieges kam es zur Militärkonvention mit Preußen, was zur Einfügung der württembergischen Truppen in das Deutsche Reichsheer als XIII. (Kgl. Württ.) Armeekorps führte. Die württembergische Armee wurde jetzt bezüglich Vorschriften, Bewaffung, Ausrüstung, Uniformierung usw. nach preußischem Vorbild organisiert. Württemberg behielt jedoch seine eigene Militärverwaltung mit eigenem Kriegsministerium bei. Außerdem hatte der König das Recht, die Offiziere zu ernennen. Allerdings wurden die württembergischen Regimenter innerhalb des Reichsheeres durchnummeriert, so dass die »Alt-Württemberger« nunmehr »3. Württ. Infanterie-Regiment Nr. 121« hießen. Zusammen mit dem 4. Infanterie-Regiment Nr. 122 bildete es fortan die 52. (2. Kgl. Württ.) Infanterie-Brigade, die zur 26. (1. Kgl. Württ.) Division gehörte. Der Ersatz für die »Alt-Württemberger« kam aus den Aushebungsbezirken Ludwigsburg und Leonberg.

Bereits die Verfassung des Deutschen Reiches von 1871 bestimmte: »Jeder Deutsche ist wehrpflichtig und kann sich in Ausübung dieser Pflicht nicht vertreten lassen.« Die eigentliche Dienstpflicht betrug sieben Jahre, bei der Kavallerie und reitenden Artillerie drei, bei der Infanterie und den übrigen Truppen zwei Jahre aktiv, den Rest in der Reserve.

Seit 1890 war das ganze Infanterie-Regiment Nr. 121 in Ludwigsburg stationiert, auch das 1872 in Schwäbisch Gmünd aufgestellte Füsilier-Bataillon, das spätere III. Bataillon. Am 18. März 1891 konnte das Regiment mit großer Anteilnahme



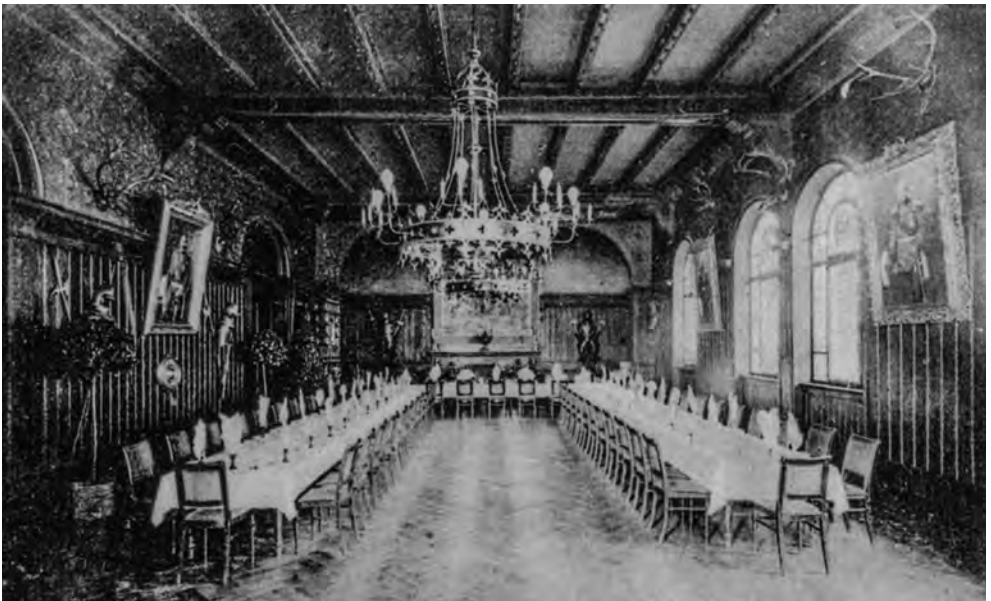
Grundsteinlegung des Offizierskasinos auf dem Arsenalplatz, 1891.

der Ludwigsburger Bevölkerung sein 175-jähriges Bestehen festlich begehen. Aus diesem Anlass wurde ihm von König Karl von Württemberg »zur ehrenden Erinnerung« an das Stammregiment »und der von dem Regiment unter den schwierigsten Verhältnissen, fern von der Heimat, betätigten Tapferkeit, Treue und Hingabe« der historische Name »Alt-Württemberg« neu verliehen. Damals erfolgte auch die Grundsteinlegung des Offizierskasinos am Arsenalplatz (1892: Einweihung in Anwesenheit König Wilhelms II. von Württemberg.). Es war das einzige Mal, dass das Regiment in Friedenszeiten im großen Rahmen ein feierliches Gründungsjubiläum beging – abgesehen von einigen Regimentsappellen o.ä. Alle anderen Jubiläen fielen in Kriegszeiten oder es gab andere Hinderungsgründe. Bis dahin hatten die »Alt-Württemberger« an 15 Kriegen, 11 Belagerungen, 18 Schlachten und 37 Gefechten teilgenommen.

An dieser Stelle sei noch kurz auf den Namen »Alt-Württemberg« eingegangen, den der württembergische Militärschriftsteller Karl von Seeger folgendermaßen deutet: »Immer wieder findet man den Namen Alt-Württemberg. Er bezeichnet nicht immer dasselbe Regiment, sondern findet sich besonders dann, wenn zu derselben Zeit und in demselben Dienst mehrere Regimenter Württembergs sich befanden. In der Ordre de bataille wird dann mit »Württemberg« oder »Alt-Württemberg« dasjenige Regiment bezeichnet, das den älteren Herrn von Württemberg zum Chef hat, bei einem jungen Herrn heißt es Jung-Württemberg (ähnlich Alt-Darmstadt, Jung-Lothringen, Alt-Daun, Jung-Daun).«



*Arsenalplatz mit Offizierskasino (links).
Ausschnitt aus einer Postkarte, um 1910.*



Festsaal im Offizierskasino, um 1900.

„Infanterie-Regiment Alt-Württemberg“.

Am 25. Februar 1894 an der Festtafel im Offizier-Kasino gesprochen

von
Major z. D. Springey,
Kommandeur des Landwehrregiments Ludwigsburg.

O Regiment Alt-Württemberg!
Du kern von Schwabens Kraft und Stüt',
In dessen Herz dein Haus hier leht,
Durch dessen Glau der Nestor geht,
Laß mich — vielleicht mag es gelingen,
Rand, Leut' und Thaten dir besingen.

Amt Cannstatt mit dem roten Berg,
Stammstift vom Hause Württemberg,
Waiblingen, zu der Staufen Zeit
Der grimme Ruf im Messerstreit.
Marbach mit Leutnant Schillers Haus,
Aus dem sein großer Sohn ging aus,
Amt Ludwigsburg, des ält'le Städt*)
Die Reichskrumphohn' geboren hat,
Sie all' umflügel't ein festes Band,
Landwehrregiment wird es genannt.

Ein Kommandeur ist auch bestellt,
Der seine Wafnung dort hält,
Und so gut wie er hat und kann
Allfäählich auszuft Mann für Mann;
Dann geh'n sie nothmal's durch ein Sieb
Und wer darin nicht hängen dieht,
Den hier, wenn er nun kommt zu dir
Der stolze Name „Musketier“.

In Schwedisch, Breslau, Fulda, Leuthen
Mit Wechsellied' gesch'cht das Streiten,
War auch das Herz nur halb dabei
So blieb's doch seiner Pflicht getreu.

1761—1799.

Und wieder lange Friedenszeit —
O Grenzerplag-Herrlichkeit!
Mit großem Gopf, noch größerem Stod,
Dreißig, Gamasch' und Treppenrod,
Herb war die Jucht, doch krank der Mut,
Der Sinn verwescht und wenig gut,
Horch! über'm Rhein der Fahnenfahrei?
— Er ruft die neue Zeit herbei!

1800—1805.

Die neue Zeit braucht einen Mann,
Dahin gehar zum eignen Bann,
Sie süß des Völkensführers Sohn
Den brislichen Napoleon.
Aus seinen Zeiten spröht der Krieg,
Als Knecht begleitet ihn der Sieg,
Der zwingt in seine Sklaverei
Der Deutschen Hüft und Boll und Treu,
In seinem großen Hertzuchband
Bist Regiment auch du genannt.

Der seinen Sturm auf Bouens Höhe'n
Ein Wälder selbst nicht konnte sieh'n,
Bis ins Carree von Dennewitz
Schlägt schmettern'd der Kortischensblitz;
Für Fremdenbienst zum Schmeichele
Ward hier die schwere Niederlage.

1814—1815.

Heil Kronprinz Wilhelm, Kronmarschall!
Dein Kranz beginnt mit Spinal,
Dir folgt der Württemberger froh
Bei Sens, Brienne und Montecau,
Ardid sur Aube, Pariser Schlacht,
Hat neuen Lorbeer dir gebracht;
Juchet vor Straßburg bei der Schanz
Veneß bei den Ghentan,
Stets war das Regiment dabei,
Parole: Furchtlos und getreu!

1815—1866.

Der Krieg ist aus, sein teurer Preis
Die ward erkauft er doch so heiß
Vom Hürten, Bürger und Soldat.
Des holden Friedens goldne Saat,
Die hat gelüßt wohl fünfzig Jahr',
Fast wurd' das Schwert zur Pfugeschar,



1716—1718.
Der Musketier ist weit bekannt,
Sein Stammesbaum alt und viel genannt,
Keteroarben verteidigt er
In Türlennoi zur Christen Ehr',
Erkürmt Belgrad und Temesdar,
Besiegt Spahis und Janisidar,
Hochwürdig Prinz Eugenius nennt
Alt-Württemberg das Regiment.

1719—1720.
Doch bald beginnt ein zweiter Strauß,
Der Spanier fordert ihn heraus;
Drum fort von Donau, Raab und Theiß,
Sizilien ist des Kampfes Preis.
An Francavillas blut'gem Tag
Der vierte Mann am Boden lag,
Die Hälfte nach Messina bringt,
Ein Drittel nach Palermo bringt,
Nur Ehr', kein Geld und wenig Dant
Bringt heim ein Häußlein klein und frant.

1721—1760.
Dann eine lange Friedenszeit,
Doch stets zu Wehr' und Dienst bereit,
Bis Herzog, Kaiser und Franzos
Im Bunde sich zusammenfloh,
Wo von Feld-Friedrichs Siegesaar
An Ruhm nicht viel zu holen war,

1805—1809—1811.
Der erste Schlag galt Oesterreich,
Auf Preußen fiel der zweite Streich,
Dort ward bezwungen jeder Blak,
Glogau und Schweidnich, Reife, Glat,
Dann wieder Oesterreich bekämpft,
Bei Linz sein stolzer Mut gedämpft,
Ein harter Dienst, noch Jahr um Jahr,
An Siegen reich, an Freude haar.

1812.

Das große Glück birgt größern Trug,
Drum mußst der Alexanderzug
Sich, wo er sein Verderben fand,
Ginein in das Sarmatenland.
Weld' gauze Ernte hält der Tod!
Smolensk und Borodno rot,
Die Russen Wallaus Flammeheiß,
Der Berezina brechen Sie —
Als abertlebend man dir nennt
Raum dreimal zehn vom Regiment.

1813.

Von Ruhland her, der weiten Brust,
Woh't über Preußen Bergesflut,
Indes für fremden Königs Blut
Der Schwabe noch verspricht sein Blut.

Ob auch nun fern der Donner rollt,
Empörung durch die Lande großt,
Bis plötzlich judt ein heißer Stroh
— Der Bruderkampf im Taubertal.

1867—1871.

Die Wunde brennt, die Wunde heilt,
Wenngleich manch' Herz noch schmerzgeteilt,
Da knust ein Ruf wie Donnerhall,
Wie Schwerterglanz und Wogenroll,
O hehre Stegelymphorie!
Wärd, Schen, Wilers, Mant-Weiß,
Kogent, Paris, Schloß zu Versailles,
Dein jubel't: Kaiser Wilhelm heil!
Aus Schatzkenglut dem Adler gleich
Erland das neue Deutsche Reich.

1871—1894.

Im neuen Reich da wohnt sich's gut,
Das deutsche Heer hält sich're Hut,
Dem ist auch dieses Haus gebaut
Für Kameraden wert und treu,
Und sit als Gast beim Königsmaß
Ist hier in seinem Heldeusaal,
Wo halbe Fahnen mich umweh'n,
Mir Hib und Ram' vor Augen sieh'n,
Den! traß ich künftiger Thaten Wert
„Doch Regiment Alt-Württemberg!“

Seit 1893 war der jeweilige König von Sachsen Regimentschef. Wie kam es dazu, dass ausgerechnet einem sächsischen König diese Ehre zuteilwurde? Im Deutsch-Französischen Krieg standen die Württemberger im Spätherbst 1870 vor Paris, als die Franzosen mit rund 100 000 Mann im Gefechtsabschnitt der Württemberger einen Durchbruchversuch unternahmen, der aber mit den zu Hilfe geeilten Sachsen zum Stehen gebracht werden konnte. Diese Schlachten von Villiers und Champigny (30. November/2. Dezember 1870) gingen nach dem Krieg als besondere »Ehrentage« in die Annalen der württembergischen Militärgeschichte ein. An jenen denkwürdigen, allerdings sehr verlustreichen Tagen waren die »Alt-Württemberger« dem Kommando des damaligen Kronprinzen Albert von Sachsen unterstellt, der 1893 sowohl das 20-jährige Thronjubiläum als König als auch sein 50-jähriges Militärdienstjubiläum beging. Diese Umstände dürften wesentlich dazu beigetragen haben, ihm die Würde eines Regimentschefs zu verleihen, zumal das Infanterie-Regiment Alt-Württemberg, im Gegensatz zu den übrigen württembergischen Regimentern, bislang noch keinen Regimentschef hatte.

Einige Regimentsangehörige nahmen 1900/01 als Freiwillige an der »Chinaexpedition« zur Niederschlagung des sogenannten Boxeraufstands teil, außerdem 1904/06 zur Bekämpfung von Aufständen der Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika.

Über den Geist des Regiments urteilte Generalleutnant Otto von Moser, 1910 bis 1912 Regimentskommandeur, folgendermaßen: »Ich habe vorher in drei anderen Regimentern gestanden. Sie können sich denken, daß ich auf sie nichts kommen lassen will, aber als ich 1 ½ Jahre lang das Regt. »Alt-Württemberg« geführt hatte, da war mir klar geworden, daß in diesem Regiment eine Soldatentugend in besonderem Maße ausgebildet war: der kameradschaftliche Zusammenhalt zwischen aktiven und Reserve-Offizieren, Sanitäts-Offizieren, Beamten, Unteroffizieren und Mannschaften. Die Zeit meiner Regimentsführung war die schönste und zugleich sorgenloseste meines militärischen Lebens.«

Vor dem Ersten Weltkrieg waren die »Alt-Württemberger« in Ludwigsburg folgendermaßen disloziert:

- Arsenalkaserne (Arsenalplatz 1): Regimentsgeschäftszimmer;
- Kanzleikaserne (Wilhelmstraße 1, 3 und 5): I. Bataillon (2. und 4. Kompanie);
- Talkaserne (Untere Kasernenstraße 5): I. Bataillon (1. und 3. Kompanie);
- Infanterie-Barackenkaserne (auch Salon- bzw. später Jägerhofkaserne, Salonstraße 47): II. Bataillon;
- Arsenalkaserne (Arsenalplatz 1 und 3): III. Bataillon;
- Dragonerkaserne (Leonberger Straße 47): Maschinengewehr-Kompanie.

Am Abend des 1. August 1914 traf beim Regiment der Mobilmachungsbefehl ein. Tags darauf, am ersten Mobilmachungstag, war bereits das Ersatzbataillon des Regiments einsatzbereit. Dieses Bataillon hatte die Aufgabe, das Feldregiment mit

◁ *Bei der Geburtstagsfeier für König Wilhelm II.
im Offizierskasino vorgetragenes Gedicht, 1894.*



Arsenalkaserne mit Arsenalplatz, um 1890.



Talkaserne, um 1905.



Kanzleikaserne, 1891.



Jägerhofkaserne, 1902.



Abmarsch des Regiments an die Front, 1914.

Ersatz für dessen Verluste an Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften, mit Bekleidung, Ausrüstung und anderen Bedarfsgütern zu versorgen und die aus dem Feld zurückkehrenden oder aus Lazaretten entlassenen Angehörigen des Feldregiments aufzunehmen. Die wichtigste Aufgabe des Ersatzbataillons war aber die rasche Ausbildung der frisch eingezogenen und unausgebildeten Mannschaften zu verwendbaren Feldsoldaten. Aus den militärisch ausgebildeten Mannschaften wurden Ersatzkompanien, aus den unausgebildeten Rekruten-Depots errichtet.

In der Ludwigsburger Garnison und bei den »Alt-Württembergern« begannen nunmehr Tage emsiger Arbeit. In kurzer Zeit musste das Regiment von der Friedens- auf Kriegsstärke mit über 3300 Mann ergänzt werden, einschließlich Pferden, Waffen, Gerät, Munition, Bekleidung und Verpflegung. Am 6. August erneuerte das Regiment bei einem Feldgottesdienst seinen Eid. Zwei Tage später begann vom Bahnhof Kornwestheim aus der Abtransport in das Aufmarschgebiet.

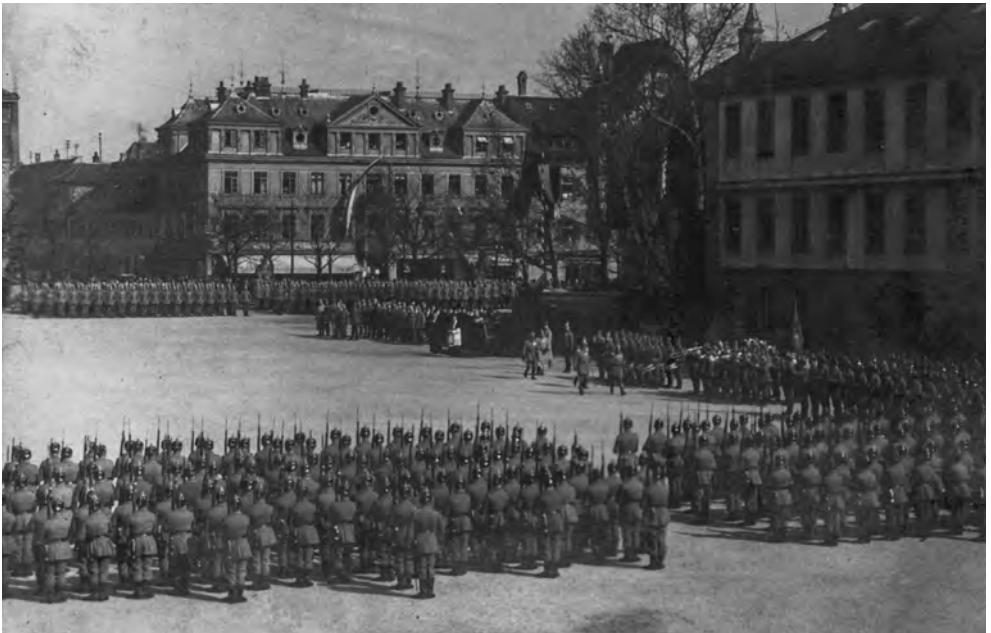
Das Regiment hatte auf fast allen Kriegsschauplätzen schwere und verlustreiche Kämpfe zu bestehen. Bei der 5. Armee trat es den Vormarsch über die Mosel nach Frankreich an. Sein erstes Angriffsziel war die nordfranzösische Stadt Longwy nahe der Grenze zu Belgien und Luxemburg, danach überschritt es die Maas und nahm den Knotenpunkt Clermont ein. Kämpfe in den Argonnen folgten. Schließlich trat es bei der 6. Armee in die Kämpfe um Lille ein, besetzte Mitte Oktober Menin und wurde dann nach Ypern vorgeschoben. Bei Fromelles hatten die »Alt-Württemberger« zum ersten Male Gefechtsberührung mit den Engländern. Kurze Zeit später beteiligten sie sich an der Einnahme von

Messines. Ende November wurde dann das Regiment auf den östlichen Kriegsschauplatz verlegt, wo es an den großen Kämpfen in »Russisch-Polen«, vor Lowicz und Lodz zum Einsatz kam. Bei Aleksandrowo an der Weichsel überschritt es die russische Grenze und trat schließlich im Verband der 26. (1. Kgl. Württ.) Division den Vormarsch auf Wloclawek an, wo es erstmals mit den Russen zur Feindberührung kam. Am Bzura- und Sucha-Abschnitt kam es zu weiteren Kämpfen. Im März 1915 wurde es bei der 8. Armee und Heeresgruppe Gallwitz mit zum großen Stoß auf Przasnysz angesetzt, wo Mitte Juli der Durchbruch durch die russischen Stellungen gelang. Es folgte der Vormarsch auf den Narew und die Festungen Ostrolenka, Roshan und Pultusk. Dann wurde der Rückmarsch zur ostpreußischen Grenze angetreten. Anschließend erfolgte die Verlegung auf den serbischen Kriegsschauplatz. Mitte Oktober 1915 ging es unweit der »Zigeunerinsel« über die Save, um in Verfolgungskämpfen die Morava zu erreichen. Im Verlauf weiterer Kämpfe rückte das Regiment noch bis Kraljewo vor. Ende 1915 befand es sich auf dem westlichen Kriegsschauplatz, wo es wieder zum XIII. (Kgl. Württ.) Armeekorps bei der 4. Armee kam und die »Hooge-Stellung« bei Ypern bezog.

Seine 200-Jahr-Feier beging das Regiment am 18. März 1916 mit einer Feldparade im Schlosspark von Dadizeele in Flandern in Anwesenheit seines Regimentschefs König Friedrich August III. von Sachsen, Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg und weiterer hochgestellter Persönlichkeiten. Auch der gebürtige Ludwigsburger Wilhelm Groener, damals Generalmajor und Chef des Feldeisenbahnwesens, der 1884 bis 1893 im Regiment (zuletzt als Premierleutnant) gedient hatte, nahm an der Veranstaltung teil. In Ludwigsburg fanden am selben Tag die Jubiläumsfeierlichkeiten beim Ersatzbataillon des



*Feldparade des Regiments im Schlosspark von Dadizeele
in Flandern anlässlich des 200-jährigen Regimentsjubiläums, 1916.*



*Parade des Ersatzbataillons auf dem Arsenalplatz anlässlich
des 200-jährigen Regimentsjubiläums, 1916.*



Regimentsdenkmal auf dem Arsenalplatz, um 1916.

Regiments auf dem Arsenalplatz mit einer öffentlichen Feier mit Gottesdienst und Parademarsch statt. Damals wurde auch das Regimentsdenkmal mit den Jubiläumsszahlen »1716–1916« am »Kasinogärtchen« eingeweiht.

Mitte April 1916 kam dann das Feldregiment in eine neue Stellung südlich der Straße Menin–Ypern, dann Anfang August an die Somme und schließlich an den Wytschaete-Bogen in Flandern. Ende des Jahres lag es an der Somme, wo man eine Winterstellung anlegte. Anfang März 1917 wurde die »Hindenburg-Linie«, die sogenannte Siegfried-Stellung, bezogen. Es folgte die Teilnahme an zwei Arras-Schlachten und schließlich die große Abwehrschlacht in Flandern mit ihren fürchterlichen Großkampftagen.

Anfang September wurde dann das Regiment an die Vogesenfront und von dort auf den italienischen Kriegsschauplatz verlegt, wo es im Herbst am großen Durchbruch von Karfreit-Tolmein teilnahm. Über die Julischen Alpen ging der Vormarsch bis zum Tagliamento und an die Piave. Der Winter brachte wieder Stellungskämpfe. Anfang 1918 erfolgte der Rückmarsch und Eisenbahntransport ins Elsass. Nach kurzer Ruhepause nahm das Regiment an der »großen Frühjahrsschlacht in Frankreich« und im Juli an der Durchbruchschlacht in der Champagne teil. Es folgten Abwehrkämpfe am Ourcq (Marne), bei Saponay, an Vesle und Maas.

Nach dem Waffenstillstand am 11. November 1918 marschierte das Regiment geordnet Richtung Heimat und kehrte kurz vor Weihnachten unter dem Jubel der Ludwigsburger Bevölkerung in seine Garnisonstadt zurück. In seinem Monumentalwerk »Die Württemberger im Weltkriege« schildert Generalleutnant Otto von Moser den Empfang folgendermaßen:

»Am 22. Dezember 1918 gegen 5 Uhr abends erreichte die Spitze des Regiments unter sich fortwährend steigendem Jubel der Bevölkerung das Stuttgarter Tor. [Anm.: Das Regiment war in drei Eisenbahnzügen am Ausladebahnhof Kornwestheim eingetroffen!] Die Stadt Ludwigsburg hatte sich glänzend zum Empfang geschmückt. Vor den Bataillonen marschierten die mit Eichenlaub gezierten entfalteten Fahnen! Eine große Anzahl alter Kriegskameraden schloss sich ihren jeweiligen Verbänden an. Durch die Leonberger-, Mylius-, Bahnhof-, Arsenal- und Wilhelmstraße bewegte sich die Marschkolonne, welcher der gespannte Tross folgte, auf den Marktplatz, wo sich das Regiment zum Empfang durch die Vertreter der Stadt und durch die in der Garnison befindlichen Offiziere im offenen Viereck aufstellte. Die Dunkelheit war hereingebrochen; heller Fackelschein beleuchtete das malerische Bild. In Vertretung des verhinderten Oberbürgermeisters begrüßte zuerst Garnisonpfarrer Stadelmann mit zu Herzen gehenden dankbaren Worten die Heimkehrenden; ihm dankte der Kommandeur, Oberstleutnant v. Brandenstein, in ernster Ansprache unter Hinweis auf die vielen Opfer, die das Regiment in diesen Kriegsjahren erlitten und auf all die Anerkennungen und Auszeichnungen, die es für seine Siege auf allen Kriegsschauplätzen gefunden hat. Nach weiteren Begrüßungen richtete Oberst Zeller in seiner Eigenschaft als stellvertretender Kommandeur der 52. Brigade eindringliche Worte an die Truppe, indem er sie zur Mitarbeit beim Wiederaufbau unseres schwergeprüften Vaterlandes aufforderte. Unter klingendem Spiel rückten die Bataillone bei Fackelschein in ihre Quartiere. In

den einzelnen Verbänden vereinigt, hielten die Mannschaften noch spät am Abend in den verschiedenen Lokalen der Stadt, reichlich bewirtet und beschenkt, besondere Abschiedsfeiern.«

Weiter hielt Otto von Moser – ganz dem damaligen Zeitgeist entsprechend – noch Folgendes fest: »Stolz trug das Regiment seine alten Fahnen im August 1914 in den Krieg und – wenn auch solcher für Deutschland verlorenging – militärisch unbesiegt, siegreich auf allen Kriegsschauplätzen in Russland, Serbien, Italien und auf Flanderns Schlachtfeldern, bei Arras, an der Somme, in der Champagne – an welchem Platz es war, überall hat das Regiment sein Bestes geleistet in der Verteidigung seines Vaterlandes; mit diesem berechtigten Gefühl kehrte es in die Heimat zurück. Wo immer die Alt-Württemberger standen, da war der Erfolg.«

In Ludwigsburg richtete man eine Abwicklungsstelle zur Demobilmachung des Regiments ein, das, wie die anderen Verbände auch, zum 30. April 1919 aufgelöst wurde. Den Beinamen des Regiments trug anschließend noch das in Ludwigsburg aufgestellte III. Bataillon des Reichswehr-Schützen-Regiments »Altwürttemberg« (1. Württ.) Nr. 25, das zur vorläufigen Reichswehr gehörte. Mit der Auflösung dieses Übergangsheeres fiel dann der Beiname »Alt-Württemberg« weg.

Die württembergischen Verbände des zum 1. Januar 1921 gebildeten Reichsheeres führten dann als »Stammtruppenteile« die Regimentstraditionen der ehemaligen 26. (1. Kgl. Württ.) Division weiter, wobei der 6. und 8. (MG) Kompanie des in Ludwigsburg zunächst nur mit Regimentsstab, II. (Schützen-) Bataillon und 13. (Minenwerfer-) Kompanie stationierten 13. (Württ.) Infanterie-Regiments die Tradition des aufgelösten Regiments »Alt-Württemberg« Nr. 121 übertragen wurde. Das Regiment – das I. Bataillon lag in Stuttgart, das III. (Jäger-) Bataillon in Ulm – gehörte zur 5. Division in Stuttgart. 1934 wurden dann die Regimenter nach ihren Garnisonen benannt, wodurch das »Infanterie-Regiment Ludwigsburg« entstand. Der landsmannschaftliche Zusatz »Württ.« entfiel dabei. 1937 wurde schließlich das gesamte, zur 1936 in Ludwigsburg aufgestellten 25. Infanterie-Division (Wehrkreis V) gehörende Infanterie-Regiment 13, das inzwischen vollständig in Ludwigsburg lag und seit 1935 so hieß, zum Traditionsträger der »Alt-Württemberger« bestimmt. (Das Infanterie-Regiment 13 schied 1940 aus der 25. Infanterie-Division aus und wurde als Gebirgsjäger-Regiment 13 an die neugebildete 4. Gebirgs-Division abgegeben.)

Die Tradition der »Alt-Württemberger« pflegten auch drei Kameradschaftsverbände ehemaliger Regimentsangehöriger, nämlich der »Offizier-Verein des Infanterie-Regiments Alt-Württemberg (3. Württ.) Nr. 121«, der »Infanterie-Verein Regiment Alt-Württemberg« in Ludwigsburg (1910 gegründet) und die »Vereinigung ehem. Angehöriger des Infanterie-Regiments Alt-Württemberg (3. Württ.) Nr. 121« in Stuttgart. Diese drei Kameradschaften wurden bereits 1928 zu einem Landesverband zusammengelegt, der dann 1938, nunmehr im »gleichgeschalteten« Reichskriegerbund »Kyffhäuser« organisiert, im »Traditionsverband 121 Alt-Württemberg« aufging.

In diesem Zusammenhang sei noch darauf hingewiesen, dass zwei Ludwigsburger Kasernen sowie eine Straße nach früheren Regimentsangehörigen benannt wurden, nämlich:

- Arsenalkaserne: 1938 Moserkaserne, nach Generalleutnant Otto von Moser (1860–1931), Regimentskommandeur;
- Frommannkaserne: 1938 nach Hauptmann Max Frommann (1877–1916), Führer II./ IR 121, an Verwundung gestorben;
- Groenerstraße: 1916 nach Generalleutnant Wilhelm Groener (1867–1939), Reichsverkehrsminister, Reichswehrminister, Reichsinnenminister; 1915 Ehrenbürger von Ludwigsburg; Subalternoffizier im Regiment.

1941, also während des Zweiten Weltkrieges, fanden anlässlich der Wiederkehr des 225. Stiftungstages der »Alt-Württemberger« im kleinen Rahmen eine Feier



*Wilhelm Groener als Subalternoffizier
des Regiments, um 1890.*

im Offizierskasino und eine Kranzniederlegung am Regimentsdenkmal auf dem Arsenalplatz statt, durchgeführt von ehemaligen Regimentsangehörigen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gründeten ehemalige Mitglieder des früheren »Infanterie-Vereins Regiment Alt-Württemberg« 1957 die »Infanteriekameradschaft »Alt-Württemberg« (121) Ludwigsburg«, die 1962 anlässlich eines gemeinsamen Regimentstreffens mit dem 1952 ins Leben gerufenen »Kameradenkreis der 13er (Gebirgsjäger)« vereinigt wurde. Die Kameradschaften der 121er und 13er veranstalteten im Laufe der Zeit zahlreiche »Regimentstreffen« in Ludwigsburg.

Schließlich übernahm 1985 im Rahmen eines Bataillonsappells der einzige noch im Großraum Stuttgart

verbliebene aktive Infanterieverband der Bundeswehr, das in Böblingen stationierte Jägerbataillon 552 der Heimatschutzbrigade 55, von den letzten Angehörigen der »Offizierkameradschaft Inf.-Regt. »Alt-Württemberg« (3. Württ.) Nr. 121« und von den im »Kameradenkreis ehemaliger Dreizehner e.V., Ludwigsburg« organisierten Angehörigen des früheren Infanterie- und späteren Gebirgsjäger-Regiments 13 offiziell die Pflege von Traditionen (nicht den Beinamen!) des einstigen Infanterie-Regiments Alt-Württemberg (3. Württ.) Nr. 121. Am 18. März 1986, dem 270. Gründungstag des Regiments, wurde den Böblinger Jägern durch den Kameradenkreis ehemaliger Dreizehner noch die Traditionspflege des früheren Infanterie- und späteren Gebirgsjäger-Regiments 13 übertragen.

Personal und Material des 1993 infolge der Truppenreduzierung der Bundeswehr außer Dienst gestellten Jägerbataillons 552, das seit 1989 zur Deutsch-Französischen Brigade gehört hatte, gingen dann im neu formierten Jägerbataillon 292 der Deutsch-Französischen Brigade auf. Seine Garnison liegt aber nicht mehr

in Württemberg, sondern im badischen Donaueschingen. Inzwischen dürfte die auf das Jägerbataillon 292 übergegangene Traditionspflege zur Erinnerung an die einstigen Ludwigsburger Infanterieverbände ruhen.

Das 1983, also noch in der »Hochzeit« des Kalten Krieges, aufgestellte und bereits 1992 von seinem Auftrag entbundene Heimatschutzregiment 75, das als nicht aktiver Infanterieverband des Territorialheeres dem Verteidigungsbezirkskommando 51 in Ludwigsburg unterstellt war, führte zwar seit 1985 den vom damaligen Verteidigungsminister Manfred Wörner anlässlich des 30-jährigen Bestehens der Bundeswehr verliehenen Beinamen »Alt-Württemberg«, allerdings stand es nicht in der Traditionslinie des Infanterie-Regiments gleichen Namens der württembergischen Armee respektive seiner Nachfolger (sämtlichen in den 1980er Jahren aufgestellten Heimatschutzregimentern des Territorialheeres wurden entsprechende Beinamen verliehen, mit denen die regionale Verbundenheit der Soldaten zum Ausdruck gebracht werden sollte, so z.B. auch dem Heimatschutzregiment 86 »Altbayern«).

Der geschichtsträchtige, weit in die württembergische Vergangenheit zurückreichende, 1985 wohl zum letztes Mal militärisch wiederbelebte Beiname »Alt-Württemberg« trug sicherlich mit dazu bei, dass das vor nunmehr einem Jahrhundert aufgelöste Ludwigsburger Infanterie-Regiment Alt-Württemberg (3. Württ.) Nr. 121 auch heute noch nicht vollends in Vergessenheit geraten ist und einen ihm gebührenden Platz in unserer Erinnerungskultur einnimmt.

Der vorliegende Beitrag ist zwangsläufig fragmentarisch. Er möchte nicht »glorifizieren«, sondern mit Blick auf die eingangs zitierten Sätze des ehemaligen US-Präsidenten Herbert Hoover in erster Linie an die vielen Generationen namenloser Soldaten erinnern, die in den Reihen der »Alt-Württemberger« freiwillig oder gezwungenermaßen ihre Pflicht erfüllten und in zahlreichen Kriegen bzw. bewaffneten Auseinandersetzungen oder auf sonstige Weise ihr Leben lassen mussten.

Namen des Infanterie-Regiments Alt-Württemberg (3. Württ.) Nr. 121:

1716: Alt-Württemberg; 1720: Leib-Infanterie-Regiment; 1734: Leib-Infanterie-Regiment Prinz Alexander; 1735: Leib-Regiment zu Fuß; 1744: Garde zu Fuß; 1744: Infanterie-Regiment Prinz Louis; 1752: Infanterie-Regiment von Spiznas; 1758: Infanterie-Regiment von Roman; 1761: Infanterie-Regiment Prinz Friedrich Wilhelm; 1762: Infanterie-Regiment von Gabelenz; 1784: Garde-Legion-Infanterie; 1794: Infanterie-Regiment von Hügel; 1798: I. Musketier-Bataillon von Seeger; II. Musketier-Bataillon von Beulwitz; 1805: Infanterie-Bataillon Herzog Wilhelm; 1806: Infanterie-Regiment Herzog Wilhelm; 1811: Infanterie-Regiment Herzog Wilhelm Nr. 2; 1817: 3. Württ. Infanterie-Regiment; 1871: 3. Württ. Infanterie-Regiment Nr. 121; 1891: Infanterie-Regiment Alt-Württemberg (3. Württ.) Nr. 121.

Standorte des Regiments:

1716: Göppingen; 1720: Tübingen; 1721: Stuttgart, Ludwigsburg, Hohenasperg, Schorndorf, Backnang, Waiblingen; 1729: Besigheim, Bietigheim, Marbach, Winnenden, Neuenstadt, Lauffen, Weinsberg, Brackenheim; 1733: Neuffen; 1737: Alt-Breisach; 1740: Ludwigsburg und Hohenasperg; 1742: Heidenheim und Ludwigsburg; 1745: Ludwigsburg, Hohenasperg, Cannstatt; 1761: Cannstatt



Vignette des Regiments.

und Waiblingen; 1782: Stuttgart; 1795: Stuttgart, Ludwigsburg, Hohenasperg; 1797: zusätzlich noch Hohenheim; 1805: Stuttgart; 1814: Schorndorf und Gmünd; 1815: Niederbronn und Weißenburg (Elsass); 1818: Stuttgart; 1833: Ludwigsburg; 1842: Ulm; 1852: Stuttgart; 1866: Ludwigsburg (1868–1879: I. Bataillon Hohenasperg; 1872–1890: III. Bataillon Gmünd); 1890–1919 Ludwigsburg.

Regimentschefs (in Klammern gesetztes »r« = regierende Fürsten):

1716: Herzog Eberhard Ludwig von Württemberg (r); 1733: Herzog Carl Alexander von Württemberg (r); 1734: Prinz Alexander Eugen von Württemberg, Landprinz Carl Eugen von Württemberg; 1744: Herzog Carl Eugen von Württemberg (r); 1745: Prinz Ludwig Eugen von Württemberg; 1752: Generalfeldmarschallleutnant von Spiznas; 1758: Generalmajor von Roman; 1761: Prinz Friedrich Wilhelm von Württemberg; 1762: Generalmajor von der Gabelenz; 1784: Herzog Carl Eugen von Württemberg (r); 1794: Generalleutnant von Hügel; 1798: Generalmajor von Seeger; 1805–1817: Feldmarschall Herzog Wilhelm von Württemberg; 1893–1902: König Albert von Sachsen (r); 1903–1904: König Georg von Sachsen (r); 1905–1918: König Friedrich August III. von Sachsen (r).

Offiziere à la suite des Regiments (Zuteilung zum Regiment ehrenhalber):

1891: Generalleutnant Herzog Nikolaus von Württemberg; 1905: Generalmajor Prinz Johann Georg von Sachsen; 1909: General d. Inf. Hermann Frhr. von Bilfinger; 1916: Major Kronprinz Georg von Sachsen; 1916: Oberleutnant Prinz Friedrich Christian von Sachsen.

Regimentskommandeure (1869–1918):

1869: von Pfeiffelmann; 1872: von Schroeder; 1875: von Haldenwang; 1876: Frhr. von Lupin; 1885: von Hartrott; 1887: von Ziegler; 1888: von Treskow; 1891: von Fischer; 1895: von Schnürlein; 1896: von Normann; 1899: von Knoerzer; 1901: Frhr. von Hügel; 1905: von Schaefer; 1907: von Bossert; 1910: von Moser; 1912: von Gais; 1914: Glück; 1915: von Gais (gef.); 1915: von Knoerzer; 1915: Keller (gef.); 1916: von Brandenstein.

Regimentsmärsche:

Präsentiermarsch: Marsch des schwäbischen Kreisregiments Durlach-Baden (AM I, 104);

Parademarsch: Helenenmarsch (AM II, 173).

Quellen und Literatur:

Brand, Karl Hermann Freiherr von: 2000 Jahre schwäbisch-alemannisches Soldatentum. Ein Streifzug durch die Heeresgeschichte des südwestdeutschen Raumes von den Anfängen bis zum Beginn des II. Weltkrieges, Karlsruhe [1956].

Chronik Heimatschutzregiment 75 »Alt-Württemberg« 1983–1992. Hrsg. von Wolfgang Happes, Konstanz 2015.

Deutsches Soldatenjahrbuch 1999. 47. Deutscher Soldatenkalender, München 1999.

Dreizehner Post. Hrsg. vom Kameradenkreis ehemaliger Dreizehner, Ludwigsburg 1952 ff.

Ehrenbuch des Infanterie-Regiments »Alt-Württemberg« (3. Württ.) Nr. 121. 1914–1918, Gerlingen-Stuttgart 1935.

Geschichte des 3. Württ. Infanterie-Regiments No. 121, 1716–1891. Auf Befehl des Königl. Regiments zur Feier seines 175-jährigen Bestehens zusammengestellt, Stuttgart 1891.

Geschichte des Infanterie-Regiments Alt-Württemberg. Für Unteroffiziere und Mannschaften auf Befehl des Regiments zusammengestellt, Stuttgart 1912.

Graevenitz, Fritz von: Die Entwicklung des württembergischen Heerwesens. Die deutsche oberste Führung im Weltkrieg in ihrer Bedeutung für die württembergischen Streitkräfte, Stuttgart 1921.

Hahn, Herbert: Feldzeichen des Königlich Württembergischen Heeres. Handbuch der Fahnen und Standarten 1806–1918, Stuttgart 1985.

Das Infanterie-Regiment »Alt-Württemberg« (3. Württ.) Nr. 121 im Weltkrieg 1914–1918. Bearb. von Oberst v. Brandenstein, Stuttgart 1921.

Läpple, Wolfgang: Schwäbisches Potsdam. Die Garnison Ludwigsburg von den Anfängen bis zur Auflösung, Ludwigsburg 2009.

Lexikon der deutschen Geschichte. Personen, Ereignisse, Institutionen von der Zeitenwende bis zum Ausgang des 2. Weltkrieges. Hrsg. von Gerhard Taddey, Stuttgart 1977.

Ludwigsburg. Erinnerungen aus Stadt und Kreis 1897–1997. Hrsg. zum Jubiläum des Historischen Vereins für Stadt und Kreis Ludwigsburg, Ludwigsburg 1997.

Ludwigsburger Garnisiongeschichte(n). Ein Mitteilungsblatt der Militärgeschichtlichen Gesellschaft Ludwigsburg e.V. Nr. 15/2017.

Militär-Handbuch des Königreichs Württemberg. Große Ausgabe. Nach dem Stande vom 6. Mai 1913 hrsg. vom Kriegsministerium, Stuttgart 1913.

Moser, Otto von: Die Württemberger im Weltkrieg. Ein Geschichts-, Erinnerungs- und Volksbuch, Stuttgart 1938.

Seeger, Karl von: Zweitausend Jahre schwäbisches Soldatentum, Stuttgart 1937.

Stadtarchiv Ludwigsburg: S 31 Zeitungsausschnitte und einzelne Zeitungsnummern: SO MilInf.

Voigt, Günther und Wegner, Günter: Deutschlands Heere bis 1918. Ursprung und Entwicklung der einzelnen Formationen. Hrsg. von Hans Bleckwenn und Dermot Bradley. Bd. 4, Osnabrück 1982.

Württemberg unter der Regierung König Wilhelms II. Hrsg. von Viktor Bruns, Stuttgart 1916.

Verschwunden – Vergessen

Öffentliche Toiletten und Kioske in Ludwigsburg*

von Günther Bergan

Sie werden sicher fragen, warum über so unterschiedliche Themen wie öffentliche Toiletten und Kioske in ein und demselben Aufsatz berichtet wird, zu verschiedenen sind doch die beiden Objekte in ihrer Bedeutung und Nutzung. Gibt es bei solchen Unterschieden überhaupt Gemeinsamkeiten? Öffentliche Toiletten wie auch Kioske sind meist kleine, eher unscheinbare und städtebaulich unbedeutende Gebäude. In einer prächtigen Barockanlage wie der Stadt Ludwigsburg werden sie durch die zahlreichen Palais und die alles dominierenden Schlossbauten in den Hintergrund gedrängt. Obwohl sie wichtige Funktionen zu erfüllen haben, stehen sie, klein wie sie sind, zwangsläufig im Schatten der Großen, man sieht nur die im Licht, »die im Dunkeln sieht man nicht«.¹

Ganz überraschend ist dieser Effekt des Übersehen-Werdens allerdings nicht. Während die öffentlichen Toiletten wegen einer möglichen Störung des Stadtbildes gar nicht auffallen durften, war dies bei den Kiosken eigentlich umgekehrt. Sie standen dort, wo sie bemerkt werden sollten, an Brennpunkten des städtischen Lebens. Oft waren sie aber zu unscheinbar, manchmal nur geduldet und deshalb schon nach kurzer Zeit wieder verschwunden. Sie teilten damit das Schicksal der Toiletten, nicht beachtet bzw. vergessen zu werden. Es wundert deshalb auch nicht, dass Motive mit diesen beiden Objekten auf den zahllosen Ansichtskarten von Ludwigsburg nur eher zufällig vorkommen.² Darüber hinaus sind die Funde in den Archiven in vielen Fällen eher bescheiden, oft nur Bauakten oder Gemeinderatsprotokolle. Kontakte mit ehemaligen Betreibern von Kiosken waren nur noch in zwei Fällen möglich.

Es erscheint deshalb sinnvoll und gerechtfertigt, das Dunkel, das die Ludwigsburger Toiletten und Kioske immer noch umgibt, etwas zu lichten und die städtebaulichen und sozialgeschichtlichen Aspekte dieser beider Gattungen städtischer Kultur in einem gemeinsamen Aufsatz darzustellen.

Öffentliche Toiletten in Ludwigsburg

Die ersten öffentlichen Bedürfnisanstalten – so die offizielle Bezeichnung im deutschen Sprachgebrauch – sind Mitte des 19. Jahrhunderts in den Straßen von

*Der Aufsatz beschränkt sich thematisch auf das Gebiet der Kernstadt. Aufgrund der vorhandenen Unterlagen kann er keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Wichtige Informationen konnten oft nicht gefunden werden. Das Abbildungsmaterial ist lückenhaft. Für ergänzende Hinweise und Anregungen oder auch Korrekturen ist der Autor deshalb dankbar.

Paris aufgestellt worden. Es waren Pissoire, ausschließlich für Männer gedacht; Frauen mussten noch etwa 20 bis 30 Jahre auf die Einführung der so genannten Vollanstalten warten, in denen, getrennt nach Frauen und Männern, die entsprechenden Einrichtungen installiert waren. Konstruiert aus industriell gefertigten Gusseisenteilen, waren diese Abortanlagen über Kataloge zu beschaffen und einfach aufzustellen, was die Einführung auch in kleineren Städten erleichterte.

Während die Pissoire rund um die Uhr frei zugänglich waren, wurden die Vollanstalten üblicherweise von Wartefrauen beaufsichtigt. In Ludwigsburg regelte eine zwölf Einzelpunkte umfassende Dienstanweisung die Aufgaben der Wartefrau. So hatte sie u. a. »in der Anstalt auf größte Reinlichkeit, Pünktlichkeit und Ruhe zu achten«. Sie durfte ihren Arbeitsplatz während der Dienstzeit nicht verlassen, auch nicht zur Beschaffung von Nahrungsmitteln. Sie öffnete und schloss die Anlage, kassierte die Benutzungsgebühr, sorgte für ausgiebige Lüftung und hatte in der kalten Jahreszeit das Einfrieren der Röhren und der Klosetts zu verhüten – wie das allerdings erfolgen sollte, darüber schweigt sich die Dienstanweisung aus. Insgesamt eine oft unwürdige und immer undankbare Aufgabe, die meist von sozial schwachen Witwen als Zusatzerwerbsquelle verrichtet wurde. Die Entlohnung war gering, die Arbeitszeiten lang.

Die ersten Hinweise auf eine öffentliche Toilette in Ludwigsburg sind in einer amtlichen Bekanntmachung vom September 1847 und auf einem Lageplan des neuen Bahnhofs aus dem Jahr 1850 zu finden. Die gezielte Errichtung öffentlicher Bedürfnisanstalten in der Innenstadt begann dagegen erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Im April 1889 bemängelte ein Leser der Ludwigsburger Zeitung das Fehlen öffentlicher Abortanlagen in der Stadt, aber erst fünf Jahre später begannen die konkreten Planungen. Das Stadtbauamt als Bauherr verfolgte dabei – aus schwäbischer Sparsamkeit? – eigene Wege. Die Verantwortlichen griffen nicht auf die fertigen Modelle der Kataloge zurück, sondern entwarfen für die unterschiedlichen Standorte wie z. B. den Neuen Friedhof oder die Grünfläche vor dem Heilbronner Tor individuelle kleine Holzbauwerke. In den Jahren zwischen 1900 und 1910 bearbeitete der Gemeinderat insgesamt neun entsprechende Anträge: Ausgehend vom Bahnhof, sollten am Schillerplatz, am Marktplatz, am Schwätzbänkle³ und am Heilbronner Tor, ferner am Karlsplatz, am Asperger Tor, am Schiller-Durchlass und in den beiden Friedhöfen Pissoire bzw. Abortanlagen eingerichtet werden. Nicht alle wurden realisiert.

Nach 1945 wurde versucht, mit unterirdischen Anlagen den öffentlichen Bedürfnissen gerecht zu werden. 1957 stellte das Stadtplanungsamt eine Liste mit zwanzig möglichen neuen Standorten von WC-Anlagen zusammen. Neun davon sollten unterirdisch ausgeführt werden. Lediglich eine davon, am Karlsplatz, wurde realisiert. In den folgenden Jahren führten die zunehmend problematischer werdende Betreuung und Wartung der Anlagen durch das erforderliche Personal bzw. die Verwahrlosung und der Vandalismus zur endgültigen Schließung der meisten Anlagen. Neue Wege mussten gesucht werden.

Bahnhofsaborte

Die Waggon der Württembergischen Eisenbahn besaßen in den Anfangsjahren noch keine Abtritte. Umso wichtiger war es deshalb, dass auf den Bahnhöfen

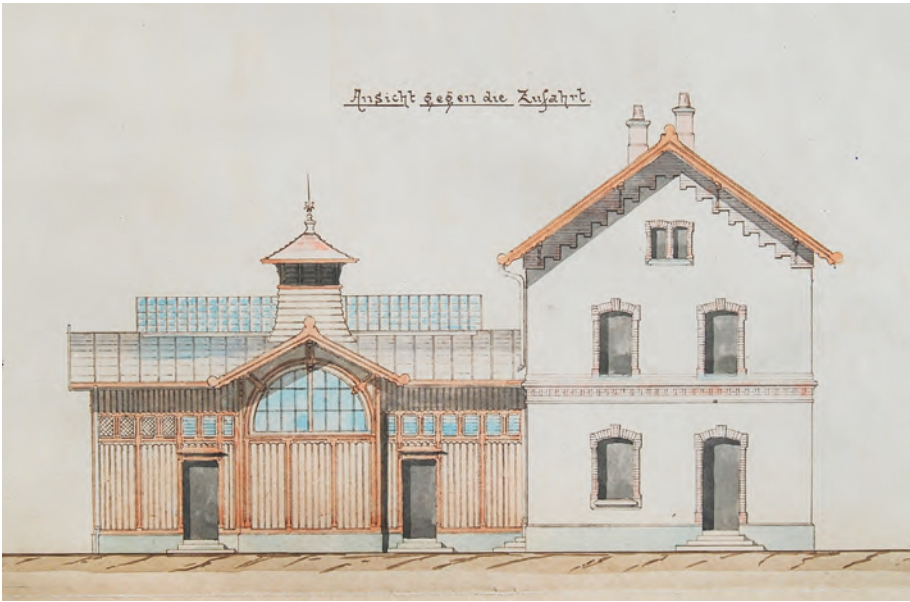
geeignete Einrichtungen dieser Art vorhanden waren. Der erste Hinweis auf einen Abtritt am Ludwigsburger Bahnhof entbehrt nicht einer gewissen Kuriosität. In einer amtlichen Bekanntmachung im Ludwigsburger Tagblatt vom 4. September 1847 ist unter der Überschrift »Bahnhof Ludwigsburg« zu lesen: »Öffentlicher Verkauf von Holz- und Coaks-Abfällen und Abtrittdünger«. Genauer erfährt man drei Jahre später: In zwei Lageplänen des Bahnhofs aus den Jahren 1850 bzw. 1862 ist jeweils nördlich des Hauptgebäudes inmitten einer Grünanlage ein kleines Rechteck als Position des ersten Abtritts eingetragen; über seine Ausstattung ist nichts bekannt.⁴

Um mit dem steigenden Fahrgastaufkommen bzw. mit der laufenden Verbesserung der Hygienetechnik mithalten zu können, musste die Abortanlage öfters abgerissen und neu aufgebaut werden, in Ludwigsburg insgesamt drei Mal. Im Rahmen der Vergrößerung des Bahnhofs im Jahr 1870 errichtete das für den Bahnhof zuständige Betriebsbauamt Ludwigsburg im Sommer 1871 im Süden des Hauptgebäudes ein langgestrecktes ebenerdiges Gebäude (ca. 14,5 x 4 Meter), in dem neben Frauen- und Männeraborten noch eine Wachstube und eine Remise für Postkarren untergebracht waren. Die akkurat ausgeführte Bauzeichnung zeigt ein luftiges Holzhaus mit liebevoll gestalteten Details im Dachbereich. Der bestehende Abtritt von 1850 im Norden wurde zur gleichen Zeit abgerissen und durch einen ca. 12 x 4 Meter großen Neubau in Form eines Doppel-T ersetzt, dem ein Holzstall und eine Waschküche angeschlossen waren. Die Grundrisse beider Gebäude waren großzügig gestaltet, die bis unter den Giebel offenen Räume luftig und hell. Über die Entwässerung ist nichts Näheres bekannt.

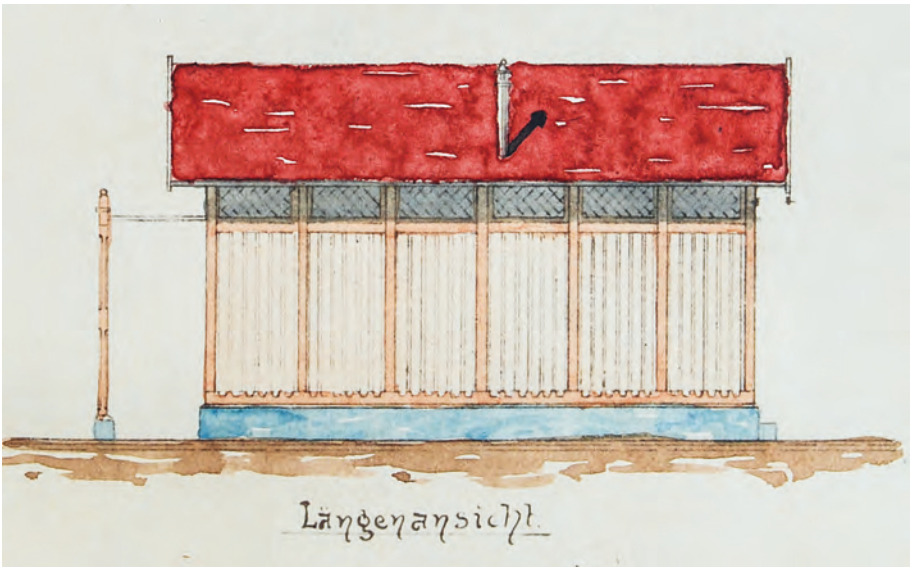
Bekannt ist allerdings, dass beide Aborte wohl nicht den herrschaftlichen Ansprüchen der königlichen Familie entsprochen haben dürften. Weshalb sich 1894 die heikle Frage erhob, wie künftig mit der Situation umzugehen sei, dass sich im Stationsgebäude neben dem Warteraum der 1. Klasse kein eigener Abort für die königliche Familie befand. Die daraufhin geplanten Umbauten stießen auf wenig Gegenliebe. Die ins Auge gefasste Räumlichkeit wäre zu eng, zu schlecht belüftet und deshalb für die königlichen Herrschaften unzumutbar. Nachdem die königliche Familie in der Vergangenheit aber nur ein einziges Mal am Ludwigsburger Bahnhof ausgestiegen war, sonst aber nur durchfuhr, einigte man sich darauf, die bestehende Einrichtung lediglich durch ein modernes automatisches Torfmüll-Klosett zu ersetzen.

Das dritte Gebäude im Norden wurde Mitte 1897 nach Plänen des Betriebsbauamts in einer vertäfelten Fachwerkskonstruktion im Stil des Historismus errichtet. Mit 12 x 9,3 Meter wurde die Grundfläche mehr als verdoppelt. Die betonierte Grube musste regelmäßig entleert werden. Ein Entlüftungskamin in Form eines Türmchens sollte für stets gute Luft sorgen. Dem König hätte das repräsentative Aborthaus sicher gefallen. Ein gemauertes Gebäude löste im Sommer 1912 den hölzernen Vorgänger ab. Moderne Technik hatte Einzug gehalten. Die Toiletten waren mit Wasserspülung ausgestattet, eine biologische Reinigungsanlage mit einem Kohle-/Schlacke-Oxydationskörper sorgte für einwandfreie hygienische Verhältnisse.

Die Abortanlage im Süden zwischen Güterschuppen und Hauptgebäude wurde Ende 1921 im neu errichteten Anbau der Expressgutabfertigung untergebracht,



Bahnhof Ludwigsburg, nördliches Abortgebäude mit Nebengebäude, März 1897.



*Haltepunkt Favoritepark, Aborthäuschen, April 1906.
Grundfläche ca. 3,5 x 6,5 Meter.*

wo sie mit wechselnden Problemen und Beanstandungen bis zum Abriss der gesamten Bahnhofoanlage im Jahr 1987 in Betrieb blieb. Die aktuelle Toilettenanlage befindet sich im Bereich des Westausgangs.

Abschließend sei erwähnt, dass vom Haltepunkt Favoritepark die Zeichnung eines zeittypischen Aborthäuschens aus dem Jahr 1906 bekannt ist. An weniger befahrenen Nebenstrecken der DB sind ab und zu noch einige, heute allerdings zweckentfremdete Exemplare erhalten.

Musikhalle

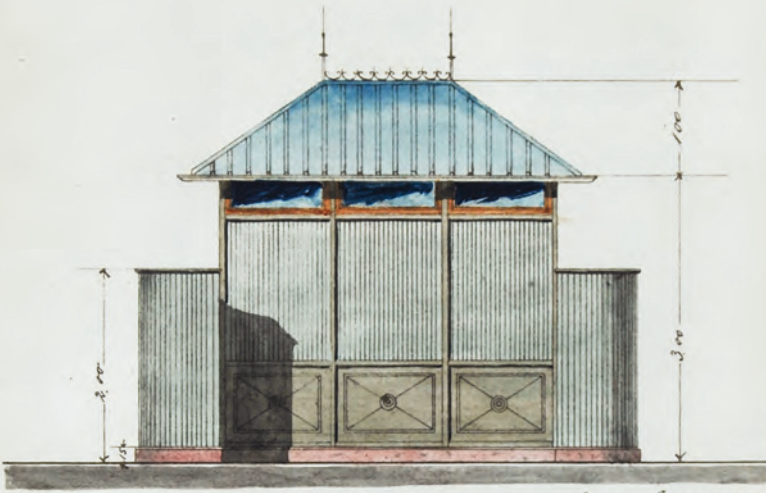
Man kann es heute kaum glauben, aber in der 1890 neben dem Bahnhof eröfneten Musikhalle waren vom Oberamtsbaumeister und Architekten Johannes Schmohl keine Toiletten vorgesehen. Sie sollten stattdessen in einem separaten Abtrittsgebäude untergebracht werden. Mitte 1889 wurde dieser Plan wohl aus Kostengründen verworfen. Die Toiletten blieben aber trotzdem außerhalb und wurden im Hinterhaus des Bahnhofes installiert. Bei der Erweiterung der Musikhalle im Jahr 1894 sah die Planung von Architekt Albert Bauder auch nur eine bescheidene Toilette im Erdgeschoss vor.

Die Freunde des Kegelsports, die im Wirtgarten in der 1889 neu errichteten Kegelbahn um die Wette kegeln, kamen dagegen in den Genuss einer eigenen Toilette. Die Herren konnten ihre Abteilung direkt von der Bahn aus erreichen, während die Abteilung für Damen nur von außen zugänglich war.

Marktplatz

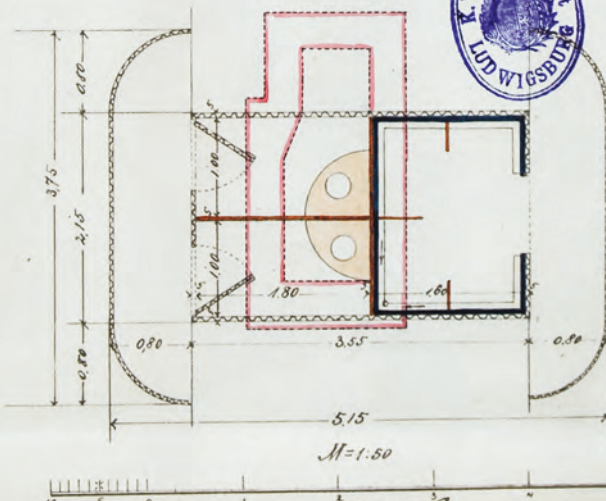
Ludwigsburg wird um seinen weiten Marktplatz mit dem Brunnen und der stolzen Figur des Stadtgründers oft bewundert oder auch beneidet. Seit Herbst 1872 umgaben, angeregt durch den Verschönerungsverein, schattenspendende Bäume den Brunnen. Eine Bodenwaage mit einem kleinen Häuschen gehörte auch zu einem lebendigen Marktplatz. Was aber noch fehlte, war eine öffentliche Toilette für die Besucher und Beschicker des Wochenmarkts. Am 10. April 1895 beschloss der Gemeinderat deshalb, auf dem Marktplatz ein Bedürfnishäuschen nach einem Entwurf des Stadtbauamts zu errichten. Aber nicht etwa bescheiden in einer der vier Ecken, sondern zentral, direkt neben dem Brunnen unter den Bäumen, auf der dem Rathaus abgewandten Seite. Eine Entscheidung, die den nachfolgenden Stadträten noch viel Kopfzerbrechen bereiten sollte und unter der Bürgerschaft und den Gästen nicht nur für Unmut, sondern auch noch für Hohn und Spott sorgte. Ludwigsburg – die einzige Stadt, die neben dem Standbild des Stadtgründers ein Aborthäuschen aufgestellt hat!

Im Mai wurden die Bauarbeiten in der Zeitung ausgeschrieben, bereits im August 1895 stand die Eisenkonstruktion mit einem »vierständigen« Pissoir und einem Frauenabort (Kosten: 2050 Mark incl. Gasbeleuchtung). Dach und Seitenwände waren aus Wellblech. Die beiden gegenüberliegenden Eingänge wurden durch zwei Sichtblenden verdeckt. Die hygienischen Verhältnisse entsprachen dem aktuellen Standard: Wasserspülung im Pissoir mit Anschluss an die Abwasserleitung des Brunnens und eine Grube für die beiden Frauenaborte. Eine Wartefrau wurde bestellt. Ihre Entlohnung betrug anfangs 80 Mark im Jahr und wurde dann zwei Jahre später auf 100 Mark erhöht.



gezeichnet
29. Apr. 1895
A. Klarwald
Wien

Grundriss



Für Aborte
u. Pissierhäuschen
Oberbürgermeister
H. J.

Ludwigsbudapest, den 12. März 1895
16. April

Stadtbaubeamteter
H. J.

Marktplatz, Aborthäuschen neben dem Marktbrunnen.
Entwurf des Stadtbauamts, März 1895,
mit einem »vierständigen« Pissoir und zwei Frauenaborten.



Marktplatz mit Abort (vorne rechts) und Waaghäuschen (links), um 1910.

Nachdem auf der Rathausseite auch noch eine Plakatsäule aufgestellt worden war, formierte sich ab 1908 der Widerstand in Form von nicht gerade wohlwollenden Zuschriften in der Ludwigsburger Zeitung. »Man sieht, wie vortrefflich wir unsere überkommenen Kunstwerke zu schätzen und zu bewerten verstehen und wie gar weit wir es mit unserem Kunstsinn gebracht haben«, kommentierte am 1. August 1908 ein Leser die Situation rund um den Marktbrunnen. Schließlich stellten einige Stadträte im Sommer 1911 den Antrag, die störende Abortanlage zu verlegen, am besten in ein städtisches Gebäude am Marktplatz oder wenigstens in das benachbarte Waaghäuschen. Sogar eine unterirdische Variante neben dem Brunnen wurde geplant und kalkuliert. Erst 1926 griff der Gemeinderat die Standortfrage wieder auf. Nachdem die unterirdische Lösung an den Kosten gescheitert war, schlug das Vermessungsamt die ehemaligen Räume der Freibank⁵, Marktplatz 12, als Alternative vor. Am 19. Mai 1927 beschloss der Gemeinderat, die »Stilwidrigkeit übelster Sorte« abzureißen und in der Freibank für 4400 Mark eine neue Toilettenanlage einzurichten. Sie befindet sich heute noch als »Nette Toilette« in diesem Gebäude.

Eine Wartefrau betreute weiterhin die Toiletten am Marktplatz, aber die Beschwerden über Verschmutzung und Vandalismus hörten auch in den neuen Räumen nicht auf. Die aktuellen Vorfälle in der Toilette am Akademiehof sind nichts Neues. Schon 1930 wurde der Türautomat der Marktplatz-Toilette ausgeraubt und der Gasofen aus der Wand gerissen!

Schwätzbänkle

Die Kreuzung der beiden Hauptachsen von Ludwigsburg beim Schwätzbänkle war und ist einer der wichtigsten Verkehrsknotenpunkte der Stadt. Nach der Eröffnung des Heilbades in Hoheneck im Sommer 1907 richtete die Stadt 1908 für die Badegäste regelmäßige Busfahrten zum Bad ein. Um das Warten an der Haltestelle Schwätzbänkle angenehmer zu gestalten, wurde in der Allee noch im selben Jahr hinter einem Verkaufsstand eine offene Wartehalle aufgebaut. Eine kleine Bedürfnisanstalt stand dort schon seit 1902, als die Stadt aus dem Etat-Überschuss 1901/02 an der Mauer zum Park ein Pissoir mit Ölgeruchverschluss errichten ließ. Die Geschichte des Schwätzbänkles kann also aus zwei verschiedenen Blickwinkeln betrachtet werden, als Standort einer Bedürfnisanstalt, aber auch eines Verkaufsstandes.

Am Schwätzbänkle traf man sich, wartete in der offenen Halle auf den Bus, kaufte sich im Kiosk eine Limo oder frequentierte, zumindest als Mann, das naheliegende Pissoir. Als die Post Anfang 1932 in der Allee eine Fernsprechzelle aufstellen wollte, reagierte das Bezirksbauamt und veranlasste den Gemeinderat, die einzelnen Einrichtungen aus Gründen des Denkmalschutzes unter einem Dach zu vereinigen: »Umbau der Verkaufsbude zu einem gemeinsamen Gebäude, enthaltend Wartehalle, öffentlicher Fernsprecher, Verkaufsbude und öffentliche Bedürfnisanstalt«, so der Titel des vom Tiefbauamt betreuten Projekts mit Gesamtkosten von 5400 Mark.

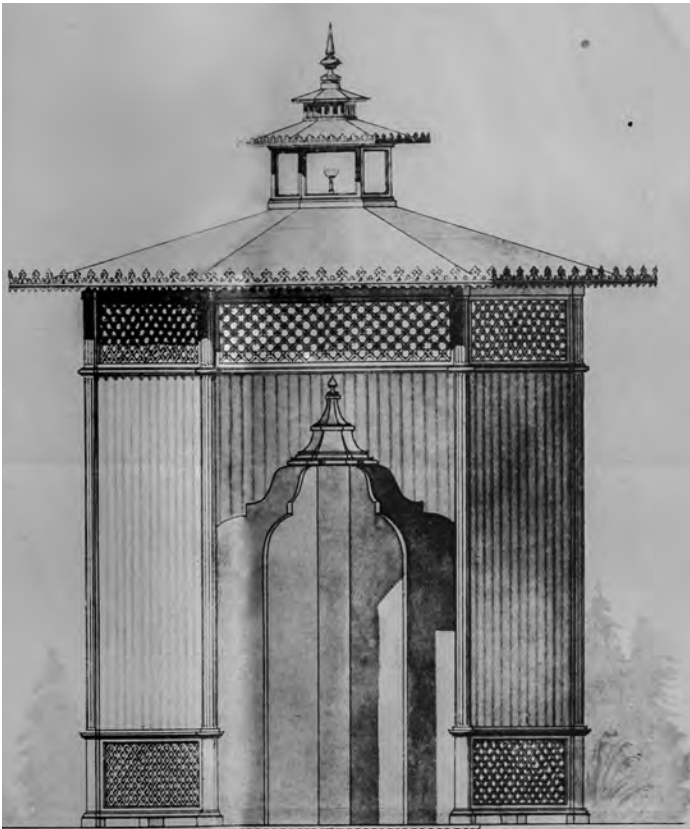
Die Toiletten für Männer und Frauen wurden ins Untergeschoss des multifunktionalen Gebäudes verlegt und waren über zwei getrennte Treppen zu erreichen. Bereits Anfang September 1932 war der Bau beendet. Bei der Bevölkerung und den Mitgliedern des technischen Ausschusses im Gemeinderat fand das neue Schwätzbänkle allgemeinen Anklang, die Stadtverwaltung hätte mit beschränkten Mitteln »etwas Nettos« geschaffen.

Im Winter waren die Toiletten von 10 bis 18 Uhr, im Sommer von 9 bis 19 Uhr geöffnet. Männer zahlten 10 Pfennig, Frauen 5 bzw. 10 Pfennig für die Benutzung, das Pissoir war kostenfrei und immer geöffnet. Eine detaillierte Dienstanweisung regelte die Aufgaben der Wartefrau, die 40 Mark Lohn im Monat erhielt, bei max. 30 % Beteiligung an den Einnahmen.

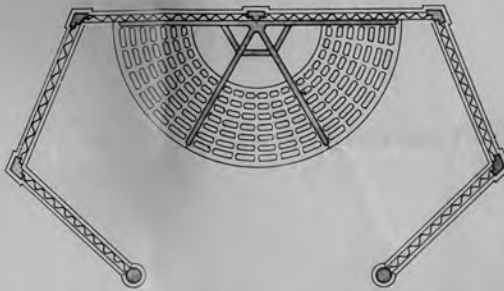
Skandal! Im Sommer 1950 stellte das städtische Rechnungsprüfungsamt Unstimmigkeiten bei den Abrechnungen der Wartefrau fest: Seit der Währungsreform hatte sie die Stadt um rund 780 DM durch Doppelverkauf von nicht entwerteten »Eintrittskarten« geschädigt. Sie wurde mit sofortiger Wirkung aus dem städtischen Dienst entlassen. Von einer Strafanzeige wurde im Hinblick auf ihre wirtschaftliche Notlage Abstand genommen. Künftig mussten die Karten durch Einreißen entwertet werden.

Die Bedürfnisanstalt Schwätzbänkle blieb bis zur Umgestaltung der Kreuzung und dem Abbruch des Gebäudes im Februar 1969 in Betrieb. Ersatz wurde durch eine Toilettenanlage in der Unterführung Schorndorfer Straße geschaffen, die Mitte 2016 geschlossen wurde.

Schwätzbänkle, »dreiständiges« Pissoir. Katalogblatt, um 1900. ▷



Ansicht.



Abortgebäude am Neuen Friedhof

Der Neue Friedhof wurde 1880 eröffnet. Nach mehreren Erweiterungen der Gräberfelder begannen 1901 die Bauarbeiten an der Friedhofskapelle in der Harteneckstraße. Da für die Friedhofbesucher bisher keine adäquate Toilettenanlage vorhanden war, plante das Stadtbauamt ein großzügiges Abortgebäude neben dem neuen Haupteingang in der Harteneckstraße. Die Pläne von 1902 zeigen eine solide Fachwerkkonstruktion mit schwungvollen Verstrebrungen der Balken. 1927 wurde die Anlage um einen Anbau nach Osten erweitert. Seit 1957 ersetzt ein Neubau das alte Gebäude.

Toiletten am Karlsplatz

Ein Restbetrag im Finanzetat 1902/03 sollte diesmal zur Errichtung eines Pissoirs in der Nähe des Karlsplatzes und der neu erbauten Garnisonkirche verwendet werden. Das Stadtbauamt schlug deshalb im April 1904 einen Platz in der vorderen Allee neben der Stuttgarter Straße vor. Das Kameralamt wollte nach dem Schwätzbänkle kein weiteres Pissoir in der Allee und lehnte den Standort ab. Alternativ einigte man sich darauf, das »dreiständige« Pissoir mit einem Sichtschutz vor dem Eingangsbereich in der Süd-West-Ecke des Platzes aufzustellen.

Auf dem vor allem von Soldaten stark frequentierten Platz mag die Einrichtung sinnvoll gewesen sein, eine Zierde des Platzes war sie sicher nicht. 1938 wurde deshalb beantragt, die hässliche »Wellblechbude« abzureißen und durch einen Neubau zu ersetzen. In den folgenden Jahren gab es wichtigere Probleme zu lösen, so dass das Thema erst 1953 wieder aufgegriffen wurde. Nach längeren Diskussionen über einen sinnvollen Standort – auch der Einbau in die Außentreppe der Kirche stand zur Debatte – fiel die Entscheidung 1957 für eine unterirdische Toilette in der Süd-Ost-Ecke des Platzes neben der B 27. Im November 1959 wurde die Anlage eröffnet. Reibungslos verlief der Betrieb nie. Längere Schließzeiten sorgten neben der mangelnden Sauberkeit oft für Ärger. Im Juli 2015 wurde die unterirdische Toilette endgültig geschlossen und der Abgang zugemauert.

Bedürfnishäuschen auf der Planie

Man kann es sich heute eigentlich gar nicht mehr vorstellen, aber in der Zeit nach 1900 wurde auf der Planie, der großen Freifläche des Nordgartens des Residenzschlosses, im Sommer Tennis bzw. Fußball gespielt und im Winter Schlittschuh gelaufen. Es lag deshalb auf der Hand, auch dort ein Bedürfnishäuschen für die Freizeitsportler zu errichten. Im November 1905 legte das Stadtbauamt Pläne für eine Bedürfnisanstalt auf der Planie vor. Als Standort war ein Platz im Nordgarten am Rand der Allee, gegenüber dem Gebäude Schlosstraße 43 ausgewählt worden. Das Gebäude stand also als Eigentum der Stadt auf einem Grundstück der Finanzverwaltung, wie das Schwätzbänkle übrigens auch. Das eher schlichte Holzhaus, Grundfläche ca. 3,5 x 3,5 Meter, erhielt Gas- und Wasseranschluss, Kosten 1700 Mark. Die Eröffnung fand Anfang Juni 1906 statt. Eine Wartefrau, die im Heilbronner Torhaus wohnte, versorgte für 100 Mark pro Jahr die Anlage. Nachts war das Häuschen geschlossen.

Zur Eröffnung der großen Gartenschau 1954 sanierte die Stadt die in der Zwischenzeit heruntergekommene Anlage und baute eine Wasserspülung ein. Das Ende nahte Anfang der 1970er Jahre. Die Toiletten waren bereits geschlossen, niemand brauchte die Anlage mehr. Die Gartenschau Blühendes Barock überlegte 1972 noch, ob sie das Haus nicht als Winterquartier für die Vögel aus den Volieren verwenden könnte. Ende 1973 wurde der Abriss beschlossen.

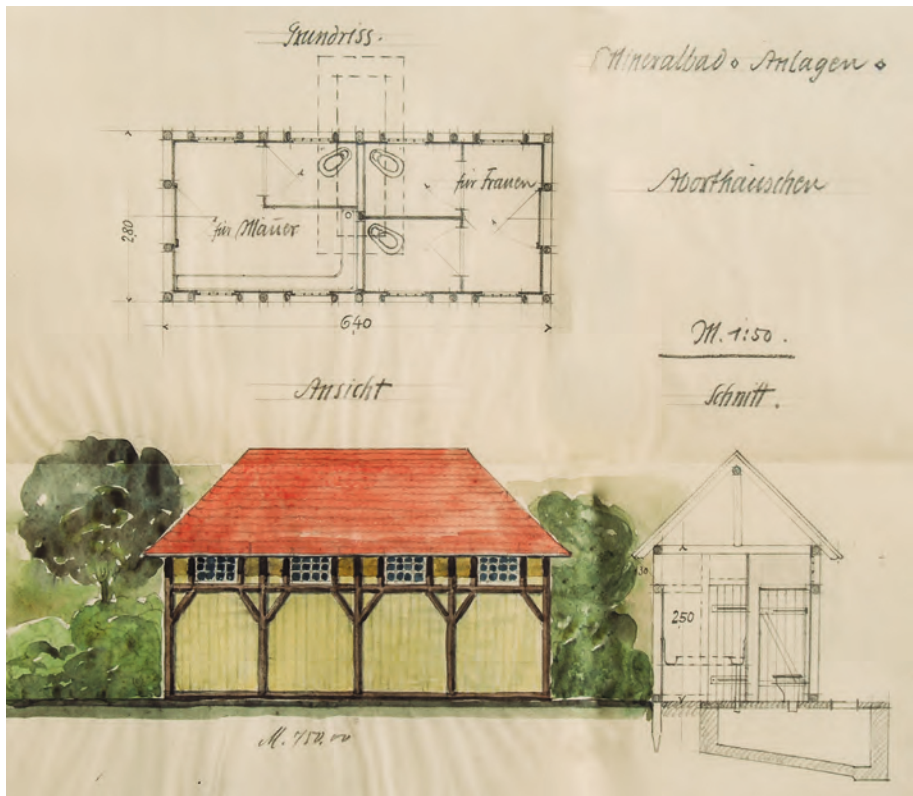
Bedürfnishäuschen Alter Friedhof/Schorndorfer Tor

Der Alte Friedhof, nach der Eröffnung des Neuen Friedhofs im Jahr 1880 nur noch eingeschränkt genutzt, sollte ebenfalls einen eigenen Abort für Frauen und Männer erhalten. Im März 1906 legte das Hochbauamt die entsprechenden Pläne eines ihrer typischen Aborthäuschen mit einer ausgemauerten Fachwerkkonstruktion vor. Zur Ausführung kamen die Pläne nicht. Stattdessen sollte die Anlage nach einem Vorschlag des Hochbauamts vom Februar 1907 an der Ecke Schorndorfer Straße/Harteneckstraße in einer Nische der Friedhofsmauer als gemauertes Haus erbaut werden. Ab Juli 1907 stand die Anlage der Öffentlichkeit zur Verfügung. Die zuständige Wartefrau wohnte im gegenüberliegenden Schorndorfer Torhaus und erhielt die üblichen 100 Mark pro Jahr als Entlohnung.

Der schon 1939 geplante Anbau einer Omnibus-Wartehalle kam erst 1950 zur Ausführung. Die Installation einer Wasserspülung ließ bis 1961 auf sich warten. Seit dem Jahresende 2000 ist das kleine Gebäude geschlossen.



Öffentliche Toilette am Schorndorfer Tor, März 2018.



*Heilbad Hoheneck, Aborthäuschen in der Kuranlage, 1908.
Grundfläche ca. 2,8 x 3,5 Meter.*

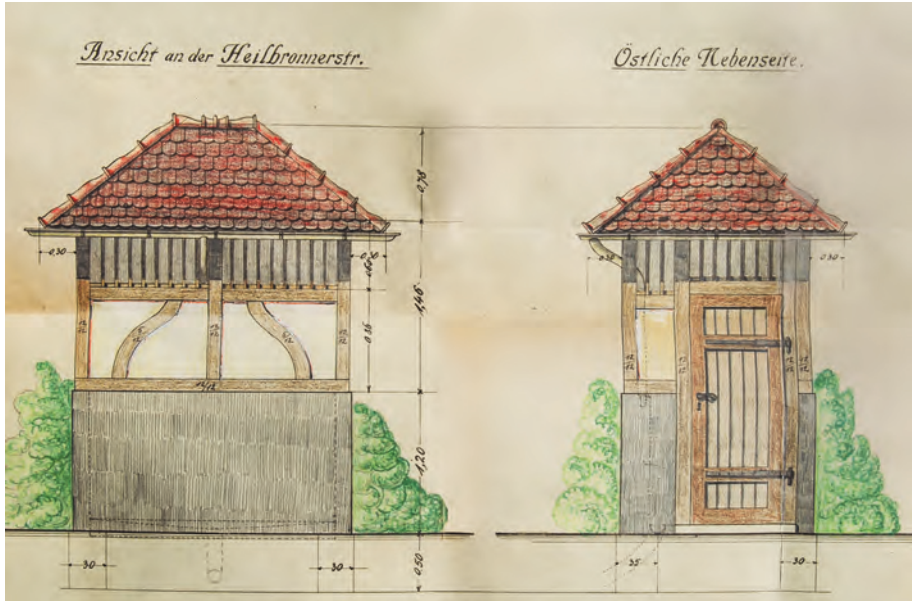
Kuranlagen Heilbad Hoheneck

Seit Dezember 1906 strömte aus einem Bohrloch in den Hohenecker Neckarauen statt dem erwarteten Trinkwasser Heilwasser. Schon im nächsten Sommer, am 14. Juli 1907, startete versuchsweise die erste Badesaison im neuen Heilbad, vorläufig noch in einem provisorischen Badehaus. Der Erfolg dieser Saison überzeugte auch die Skeptiker. Für 1908 plante das Hochbauamt außer einer großzügigen Erweiterung des Badehauses auch die Anlage eines kleinen Kurparks. Neben Rundwegen, einem Pavillon und Ruhemöglichkeiten durfte ein Aborthäuschen natürlich nicht fehlen.

Pissoir an der Bietigheimer Straße/Heilbronner Straße

In der kleinen Grünanlage an der Einmündung der Bietigheimer Straße in die Heilbronner Straße sollte nach dem Willen des Gemeinderats ein Pissoir errichtet werden. Die Pläne des Hochbauamtes vom April 1910 sahen ein teilweise offenes Holzhäuschen vor, das in seiner Konstruktion an den nicht ausgeführten Entwurf für den Alten Friedhof aus dem Jahr 1906 erinnerte. Das »dreiständige« Pissoir

kostete nur 700 Mark und war – nach heutigen Kriterien – streng ökologisch konzipiert: Wasserspülung mit Regenwasser, indirekte Beleuchtung durch zwei benachbarte Gaslaternen. Im August 1910 erteilte der Gemeinderat die Genehmigung. Ob sich die Spülung mit Regenwasser bewährt hat, ist nicht bekannt.



Pissoir an der Bietigheimer Straße. Entwurf des Stadtbauamts, April 1910.

WC-Anlage im Asperger Torhaus

Seit 1871 war das städtische Eichamt im Erdgeschoss des Asperger Torhauses untergebracht. Nach dem Auszug des Amtes im Frühjahr 1960 genehmigte der Gemeinderat im November 1960 den Einbau einer öffentlichen WC-Anlage in das Erdgeschoss des Gebäudes. Bis ca. 1990 blieb die Anlage in Betrieb. Eine Rekonstruktion des historischen Gebäudes wurde zwar 1991 beschlossen, aber erst ab 2003 im Rahmen des Torhausprogramms durchgeführt.

Automatische Toilette auf der Bärenwiese

Was 1895 noch ohne Weiteres möglich war, nämlich auf dem Marktplatz neben dem Standbild von Herzog Eberhard Ludwig ein Aborthäuschen aufzubauen, geht heute zum Glück nicht mehr. Erst nach längeren Diskussionen mit dem Denkmalschutz erhielt die Stadt Ende 2011 die Genehmigung, am nördlichen Rand der Bärenwiese eine diskret gestaltete vollautomatische Toilettenanlage aufstellen zu dürfen. Seit November 2012 steht die modernste der Ludwigsburger Toiletten den Besuchern der Bärenwiese und des benachbarten Spielplatzes nach Zahlung der Benutzungsgebühr zur Verfügung.



*Entwurf einer Toilette am Schillerplatz.
Querschnitt mit Gasbeleuchtung (links) und Außenansicht (rechts), Oktober 1905.*

Akademiehof

Die Toilette auf dem Akademiehof ist die neueste Anlage dieser Art in der Stadt. Der Akademiehof, zwischen Filmakademie und Akademie für Darstellende Kunst gelegen, wurde 2009 der Öffentlichkeit übergeben. Seither ist er ein beliebter Treffpunkt, vor allem an den Abenden und Nächten der Wochenenden. Die Probleme mit Sauberkeit und Hygiene blieben nicht aus. Seit 2011 wurde deshalb von verschiedenen Seiten gefordert, im Hof eine Toilette zu errichten. Ab August 2016 steht sie den Besuchern des Platzes zur Verfügung. Ruhe kehrte deswegen aber nicht ein, der Vandalismus vor Ort kennt keine Grenzen. »Eigentlich fällt uns nichts mehr ein«, übertitelt die Ludwigsburger Kreiszeitung am 1. Juli 2017 einen Artikel über die deprimierenden Zustände in den beiden Toiletten.

Pissoir am Schillerdurchlass – nicht realisiert

Wer den kuriosen Vorschlag gemacht hat, in die mächtigen Subkonstruktionen der Eisenbahnbrücke am Ende der Schillerstraße ein kleines, »zweiständiges« Pissoir einzubauen, ist nicht bekannt. Auf jeden Fall hat es das Hochbauamt geschafft, das gewünschte Objekt durchaus ansehnlich in die Stützmauer zu integrieren. Beim Betrachten der Pläne vom April 1910 wird man unwillkürlich an eine Burganlage erinnert. Das Vorhaben zerschlug sich. Genauso schlug der Versuch fehl, im Kriegsjahr 1916 an derselben Stelle eine größere Anlage einzubauen.

Pissoir am Schillerplatz – nicht realisiert

Ein halbes Jahr später scheiterte ein weiteres Projekt. Wer vom Bahnhof kommt und in Richtung Innenstadt unterwegs ist, quert etwa auf halber Strecke den Schillerplatz. Es wäre also nicht unvernünftig gewesen, im westlichen Teil des Platzes ein Pissoir aufzustellen. Im Oktober lagen dem Gemeinderat auch die detaillierten Pläne für das großzügig gestaltete Häuschen mit Innenbeleuchtung und Entlüftungstürmchen vor. Doch unter den Anwohnern regte sich Widerstand: an dieser Stelle bestünde kein Bedarf. Eine Woche nach seinem Baubeschluss nahm der Gemeinderat mit 7 gegen 4 Stimmen die Genehmigung wieder zurück.

Bedürfnishäuschen am Asperger Torhaus – nicht realisiert

Etat-Überschüsse scheinen in Ludwigsburg sehr gerne zum Bau von Toiletten-Anlagen verwendet worden sein. Nach dem Etat-Bericht von 1911 wurde ange-regt, im Vorgarten des Asperger Torhauses neben dem damals noch vorhande-nen Brunnen ein Bedürfnishäuschen aufzustellen. Nach den Etat-Beratungen 1913 lag der Vorschlag wieder auf dem Tisch. Dieses Mal wurde er endgültig abgelehnt. Erst 1960, nach dem Auszug des Eichamts aus dem Torhaus, griff der Gemeinerat die Idee wieder auf. Die WC-Anlage wurde, wie oben erwähnt, in das Erdgeschoss des Torhauses eingebaut.

Weitere nicht realisierte Projekte gab es für folgende Standorte: Ecke Schorn-dorfer Straße/Mühlstraße (1898), freier Platz an der Heugasse (1948), Arsenal-platz (1950) und Stuttgarter Torhaus als Alternative zum Karlsplatz (1958).

Fazit

Von den elf beschriebenen historischen Anlagen haben, abgesehen von der Anlage am Bahnhof, nur zwei – Marktplatz und Neuer Friedhof – die Zeiten über-dauert. Was nicht heißt, dass sich die Bedürfnisse geändert hätten. Die immer größer werdenden Probleme mit der Beaufsichtigung und Wartung auch der neueren Anlagen trugen maßgeblich zu ihrer Schließung bei. Die Aufgaben der Wartefrauen hatten Reinigungsfirmen übernommen. Die Einhaltung der erforderlichen Sauberkeit sowie der Schutz vor Vandalismus konnte mit vertretbarem finanziellem Aufwand – zuletzt ca. 40 000 Euro pro Jahr und Anlage – nicht mehr garantiert werden. Die Idee der »Netten Toilette« hat sich in Ludwigsburg seit 2006 mit Erfolg durchgesetzt. Aktuell verteilen sich über die Innenstadt insgesamt 23 »Nette Toiletten« in Gaststätten, öffentlichen Gebäuden und Park-häusern. Ob sich die im November 2012 auf der nördlichen Bärenwiese aufge-stellte automatische Toilette auf die Dauer bewährt, bleibt abzuwarten.

Kioske in Ludwigsburg

Im Laufe der letzten 175 Jahre waren für die Ludwigsburger Kioske viele Namen gebräuchlich, z. B. Boutique, Vesperbude, Verkaufsbude, Bude oder Verkaufstand. So unterschiedlich wie die Namen waren auch die Funktionen, welche die Kioske im Lauf der Zeit erfüllten. Waren es am Anfang eher transportable Vesperbuden, die an Großbaustellen wie dem Bahnhof die Arbeiter mit Verpflegung

versorgten, so boten sie später als ortsfeste Verkaufsbuden Reisenden, Besuchern der Stadt und natürlich auch den Ludwigsburgern selbst Erfrischungen und Esswaren an. Zeitungsstände schließlich brachten mit ihrem Angebot die große weite Welt in die Stadt.

Konsequenterweise wurde versucht, die Kioske und Buden überall dort aufzustellen, wo die potentielle Kundschaft vorbeikam, d. h. vor allem in Bahnhofsnähe, auf Plätzen und wichtigen Kreuzungen bzw. an Orten der Erholung oder Freizeitgestaltung. Was aber dazu führte, dass die Nachfrage nach geeigneten Standorten z. B. beim Bahnhof so groß wurde, dass die Eisenbahndirektion um 1925 auf der Einhaltung von Obergrenzen beharrte. Ähnliches galt für die Alleen, wo das Bezirksbauamt und der Landeskonservator Anfang 1932 regelnd eingriffen: Weitere Neubauten wurden untersagt oder nur noch erlaubt, wenn sie in geordneter Weise wie beim Schwätzbänkle zentral untergebracht waren.

Kioske und Buden haben in Ludwigburg eine lange Tradition. Am 29. Mai 1841 wird im Ludwigsburger Tagblatt zum ersten Mal eine Bude in der vorderen Allee gegenüber der Kanzleikaserne⁶ erwähnt, in der Billets für das Liederfest verkauft wurden. Die Bauweise der ortsfesten Kioske reichte von der einfachen Bretterbude, die nur in den Sommermonaten betrieben werden konnte, bis hin zu kleinen gemauerten Gebäuden mit Heizung und Wasseranschluss. Typisch die Kioske, die aus besonderen Anlässen aufgestellt wurden: während der Eislaufzeit z. B. am Feuersee zum Ausschank von heißen Getränken oder in den Sommermonaten für den Eis- und Limo-Verkauf. Die Kioske waren in der Regel Privatbesitz. Die fällige Pacht musste je nach Standort entweder an die Stadt, an die Eisenbahndirektion oder an die Finanzverwaltung entrichtet werden.

Buden und Kioske rund um den Bahnhof

Der Wirt Johann Häcklin und der Metzger Friedrich Belz aus Ludwigsburg waren überaus geschäftstüchtig und nutzten ihre Chance. Als sich der Eisenbahnbau ab 1844 langsam Ludwigsburg näherte und mit ihm im Gefolge eine große Zahl von Bahnarbeitern, die gepflegt werden mussten, übernahmen Häcklin und Belz mit ihren mobilen Wirtschafts- und Vesperbuden, die mit den Baustellen mitwanderten, die Versorgung der hungrigen Arbeiter. Als das Gleisfeld 1879 erweitert und ein neuer Damm aufgeschüttet werden musste, konnten sich die Arbeiter in ähnlicher Weise wie 1844 in privaten Vesperbuden neben Essbarem auch mit Wein, Bier, Most und Branntwein versorgen.

Friedrich Belz war auch der erste, der Ende 1846 auf dem nördlichen Vorplatz unterhalb des neuen Bahnhofs eine ortsfeste Wirtschaftsbude mit einem angemessenen äußeren »Costume« eröffnete. Die zweite Bude vor dem Bahnhof, von der auch noch Pläne erhalten sind, gehörte dem Konditor Sprandel. Er bot schon seit 1858 im Wartesaal seine Waren an und beantragte im April 1862, in der kleinen Grünanlage des Vorplatzes im Norden des Bahnhofgebäudes ein beheizbares Bretterhäuschen errichten zu dürfen, um darin eine Kaffeewirtschaft zu betreiben. 1865 übernahm der Bahnhofswirt Ziegler den Betrieb.

Die Erweiterung des Bahnhofs im Jahr 1870 zog neue Buden an. Am Tor zur Stadt pulsierte das Leben. Die Reisenden wollten sich vor Abfahrt der Züge mit Proviant versorgen oder auch ihren Durst stillen. So erhielt im April 1872 ein



Bahnhofsvorplatz, Oberleitungsbahn und Kiosk unter den Bäumen, um 1912.

Apotheker a. D. die Konzession zum Verkauf von künstlichem Mineralwasser und Branntwein. Zwei Jahre später durfte eine Witwe in ihrem Stand neben feinen Esswaren ebenfalls Branntwein ausschenken. Die Geschäfte schienen gut zu gehen, an Kundschaft fehlte es nicht. In der Stadt wurden neue Kasernen gebaut und entsprechend zahlreich belebten an- und abreisende Soldaten die Straßen rund um den Bahnhof. 1887 sind zwei Verkaufsstände in der Nähe des Bahnhofs aktenkundig: einer auf dem Vorplatz und damit auf Bahngelände, ein zweiter auf einem freien Platz vor der neuen Hauptpost in der Bahnhofstraße, für den die Stadt zuständig war. Als dieser Stand aus verkehrstechnischen und ästhetischen Gründen abgerissen werden sollte, äußerte der Gemeinderat seine Bedenken, da solche Stände Erwerbsquellen für Unbemittelte oder Weniger-Erwerbsfähige wären. Auf einem Lageplan von 1912 ist ein Verkaufsstand auf dem Vorplatz gegenüber der Hauptpost eingezeichnet. Ob es sich dabei um einen der beiden gerade erwähnten Stände handelt, ist nicht bekannt.

1924 und 1925 wurden wieder zwei Stände in Bahnhofsnähe genehmigt, der eine in der offenen Eingangshalle an den Bahnsteigsperrern, ein anderer auf dem Vorplatz. Die Denkmalpflege beanstandete das Aussehen und die Anzahl der Stände auf dem Vorplatz. Die Bahn wies die Vorwürfe zurück und berief sich auf den Bestandsschutz der Stände. Ein Leserbrief in der Ludwigsburger Zeitung vom 29. Dezember 1926 griff das Thema auf: »Die besten Plätze, die auf dem eingengten Bahnhofsvorplatz für den Fußgängerverkehr dringend notwendig

wären, haben die Verkaufsstände, denen heute offenbar eine außerordentliche Bedeutung beigemessen wird.« Zehn Jahre später waren die Verkaufsstände immer noch ein Thema. In der Württembergischen Landeszeitung vom 24. Februar 1936 empfahl ein Leser, den Verkaufsstand rechts vor dem Bahnhof durch schöne hohe Kübelpflanzen zu ersetzen.

1951 schließlich schlugen Ludwigsburger Geschäftsleute vor, die Verkaufsständchen aus den Baulücken und Straßenecken verschwinden zu lassen und stattdessen zwischen Franck-Steg und Bahnhof gut aussehende Ladenbauten zu errichten, was dann auch geschah. Bis zum Abbruch des alten Bahnhofgebäudes im Herbst 1987 versorgte ein Kiosk in der Eingangshalle die Reisenden mit Zeitschriften, ein anderer vor der Schalterhalle mit Süßwaren und Tabak. Aktuell stehen ein Imbiss und ein Getränkestand in der Mitte des zentralen Omnibusbahnhofs ZOB. Ihre weitere Zukunft entscheidet sich im Rahmen der geplanten Umgestaltung des ZOB.

Verkaufsstände am Schwätzbänkle

Nach einer Notiz in den Gemeinderatsprotokollen standen bereits 1886 am Schwätzbänkle zwei Verkaufsbuden. Auf einem Lageplan von 1908 erkennt man in der Allee auf der Nord- wie auf der Südseite der Schorndorfer Straße zwischen den ersten beiden Kettensteinen jeweils einen kleineren Verkaufsstand.⁷ Im Mai 1888 übernahm Friedrich Färber, ein dienstunfähiger Schutzmann, den nur 2,6 x 1,6 Meter großen Stand auf der Nordseite der Straße von der Witwe Bross und verkaufte darin Backwaren und Obst. Eine fast 70-jährige Ära begann, denn nur zwei Familien bewirtschafteten während dieser langen und bewegten Zeit den Verkaufsstand am Schwätzbänkle. Der Stand überlebte zusammen mit seinen Pächtern zwei Weltkriege, Wirtschaftskrisen, Inflation und Arbeitslosigkeit, er erlebte den Trauerzug von König Wilhelm II. und die Vorbeifahrt vieler prominenter Zeitgenossen. 37 Jahre blieben die Färbers Pächter des Standes, für acht Mark Pacht im Jahr. Im Januar 1925 bezog der 33-jährige Kriegsinvalide Eugen Dieterle für die nächsten 32 Jahre den Verkaufsstand.

Das Bezirksbauamt ließ den veralteten kleinen Stand Anfang 1926 abreißen und durch einen doppelt so großen Stand mit offener Vorhalle an derselben Stelle ersetzen. Zur gleichen Zeit wurde der andere Stand auf der Südseite der Schorndorfer Straße ersatzlos abgerissen. Der große Umbau von 1932 ist bereits im Kapitel über die Bedürfnisanstalten am Schwätzbänkle beschrieben worden. Der Verkaufsstand von 1926 wurde dabei komplett in den Neubau integriert. Der bisherige Pächter Dieterle erhielt im Oktober 1932 einen neuen Pachtvertrag und zahlte künftig 245 RM pro Jahr an die Stadtkasse.

Zwei größere Umbauten in den folgenden Jahren veränderten das Äußere des Schwätzbänkles entscheidend. Bereits 1936 musste die zur Schorndorfer Straße hin offene Vorhalle des Standes verglast werden. 1949 schließlich erhielt der Schwerkriegsbeschädigte Otto Müller die Genehmigung, an die Ostwand des Standes – um einen Alleebaum herum (!) – einen Zeitungsstand anbauen zu dürfen. Der anfänglich klar gegliederte Bau mit seinen markanten gedrehten Holzsäulen verlor immer mehr sein Gesicht, was seiner Beliebtheit als Treffpunkt aber keineswegs schadete. Alles war unter einem Dach, man sah sich, man



Schwätzbänkle am »Stern«, Verkaufsstand und Wartehalle, um 1960.

traf sich, man schwätzte. Die aktuelle Zeitung konnte bei einem Bier auf dem Bänkle in der Wartehalle diskutiert werden, und wenn's später wurde, war das Telefon nicht weit. Eine Kuriosität am Rande: Das Schwätzbänkle war wohl das einzige Gebäude in Ludwigsburg, das zwei unterschiedliche Adressen besaß. Der Verkaufsstand wurde unter Schorndorfer Straße 1, die Toilettenanlage dagegen unter Schlossstraße 2 geführt.

Nach der Familie Dieterle übernahm im Juli 1957 Rosa Wimmer, die zuvor mit ihrem Mann einen der Kioske am Arsenalplatz betrieben hatte, als letzte Pächterin den traditionsreichen Verkaufsstand am Schwätzbänkle. Doch seine Tage waren schon gezählt. Der Ausbau der B 27 rückte immer näher. Ende 1961 erlosch die Betriebskonzession. Im Februar 1969 fiel das Schwätzbänkle endgültig der Spitzhacke zum Opfer. Der Verkaufsstand lebte danach noch einige Jahre im Durchgang von der Stern-Kreuzung zum Ehrenhof hinter dem Rathaus als Zeitungskiosk weiter. Mit seiner Schließung war das rund 100-jährige Kapitel der Verkaufsstände am Schwätzbänkle endgültig beendet.

Verkaufsstand auf der Planie gegenüber Favoritepark

Der Weg vom Schloss über die Planie zum Favoriteschloss und weiter durch den Park und die Seeschlossallee nach Monrepos war schon immer ein beliebter Sonntagsspaziergang der Ludwigsburger. Die einstigen sportlichen Aktivitäten auf der Planie wurden schon erwähnt. Eine Erfrischung unterwegs oder nach dem Sport kann nie schaden, dachte sich August Schelle und stellte im Frühjahr 1902 den Antrag, in der Platanenallee auf der Planie einen Verkaufsstand mit



Verkaufsstand auf der Planie, Blick von der Nordterrasse des Alten Corps de Logis zum Favoriteschloss, um 1920.

Spezereiwaren und Mineralwasser aufstellen zu dürfen. Für zwei Mark Zins im Jahr erhielt er schon im Sommer die Erlaubnis zur Errichtung des rund 2 x 2 Meter kleinen Häuschens. 1922 folgte ihm als Pächterin Luise Rapp und im Sommer 1929 übernahm Wilhelmine Stumm den Stand.

Der zierliche Stand wurde mit den Jahren unansehnlich. Die Sichtachse aufs Favoriteschloss störe er und unnötig wäre er außerdem, so die offizielle Meinung. Schon 1939 sollte er deshalb aus der Platanenallee verlegt werden, aber erst 1949 erinnerte man sich wieder an den Stand von Wilhelmine Stumm und forderte die Schließung zum Saisonende. Ein größerer Ersatzbau wurde entworfen und 1952 außerhalb der Sichtachse östlich der Platanenallee errichtet. Nach dem Tod von Wilhelmine Stumm ließ ihn die Stadt Ende 1960 abbrechen.

Aber es gab Ersatz, allerdings erst 1973, als im Rahmen der Umgestaltung des Eingangsbereichs zum Favoritepark und der Errichtung der Fußgänger-

brücke das alte Pförtnerhaus am Parkeingang abgerissen werden musste. An seiner Stelle wurde ein Kartenverkaufskiosk erbaut. Der Verkauf der Zehn-Pfennig-Eintrittskarten für den Park ist schon lange eingestellt, Erfrischungen aller Art werden in dem Kiosk aber nach wie vor angeboten. Im Sommer laden Tische hinter dem Kiosk die Spaziergänger zum Verweilen ein, oft neugierig beäugt von den Mufflons des Wildgeheges.

»Wider das Verkaufsstände-Unwesen«

Der nach 1945 bestehende Rummangel für gewerbliche Zwecke sowie die Einführung der Gewerbefreiheit durch die amerikanische Militärregierung Anfang 1949 führten zu einer Flut von Anträgen auf Zulassung von Verkaufsständen. Das Spektrum reichte dabei von Zeitungskiosken über Eisstände bis zu Verkaufsständen mit Haushalts- oder Textilwaren. Die Stadtverwaltung musste auf das Verkaufsstände-Unwesen und die damit verbundene Verschandelung des Stadtbildes reagieren. Sie untersagte das Aufstellen von Ständen auf städtischen Grundstücken und ausgewählten Straßen und Plätzen. Außerdem mussten sämtliche Gesuche einer strengen Prüfung unterzogen werden. Ausnahmen waren bei nicht mehr arbeitsfähigen Personen und bei Kriegsbeschädigten möglich.

Zwischen 1947 und 1950 wurden von ca. 25 Gesuchen gerade zehn genehmigt. Die wild aufgestellten Stände sind dabei nicht berücksichtigt. In Not- und Krisenzeiten wie nach dem Zweiten Weltkrieg erfüllten die Kioske und Buden oft soziale Funktionen. Für Opfer von Arbeitsunfällen sowie für Witwen, Kriegsbeschädigte oder Flüchtlinge war der Betrieb eines Kiosks oft die einzige Chance, in schlechten Zeiten zu überleben bzw. der Allgemeinheit nicht unnötig zur Last zu fallen. Die den Anträgen auf Genehmigung beigelegten Bittbriefe sprechen eine deutliche Sprache.

Zeitungskiosk Wilhelmstraße/Einfahrt Wilhelmsbau

Für die örtliche Presse galten nach Kriegsende strenge Auflagen der amerikanischen Militärverwaltung. Die Zahl der erscheinenden Zeitungen war deutlich eingeschränkt, die Nachfrage nach aktuellen Nachrichten umso größer. Mitte Januar 1947 beantragte deshalb August Körner bei der Stadt die Aufstellung eines Zeitungskiosks auf dem Arsenalplatz bzw. in der Wilhelmstraße. Er erhielt die Genehmigung für die Einfahrt des Wilhelmsbaus als Standplatz. Über zwei Jahre verkaufte Körner dort seine Zeitungen. Ende Mai 1949 musste er den unschönen Stand abräumen, das Gebäude sollte umgebaut werden. Zuvor hatte er noch im März vergeblich versucht, auf dem Markplatz einen Zeitungskiosk zu eröffnen. Die strengen Maßnahmen gegen das Verkaufsstände-Unwesen kamen schon zum Einsatz.

Der Kiosk vom Schillerplatz

Der Schillerplatz, bzw. der Wilhelmsplatz, wie der Platz bis zu seiner Umbenennung im Schillerjahr 1955 hieß, drängte sich als idealer Standort für Kioske geradezu auf. Die aktuell älteste bekannte Bude stand 1880 im bepflanzten Teil des Platzes. Sie wurde im Mai 1889 an einen neuen Pächter zu den bisherigen Bedingungen übergeben. Für das Jahr 1905 kann ein Stand innerhalb der westlichen

Platzhälfte in der Nord-Ost-Ecke nachgewiesen werden. Wann er auf- und wieder abgebaut wurde, ist nicht bekannt. Offensichtlich hatte es mit dem Stand aber Schwierigkeiten gegeben: Ein im Jahr 1926 gestellter Antrag auf Errichtung eines neuen Standes wurde abgelehnt, weil der frühere Stand seinerzeit nur unter schwierigen Verhältnissen entfernt werden konnte.

Im Oktober 1947 wurde dann doch ein Kiosk im westlichen Teil des Platzes zugelassen. Einfach hatte es der Kiosk auf dem Schillerplatz aber nicht. So drohte ihm zwischen 1950 und 1957 mehrere Male die Verlegung bzw. der Abriss. 1950 wurde überlegt, an seiner Stelle einen Kiosk des städtischen Verkehrsamts zu errichten. Noch im selben Jahr drohte der Abriss erneut, falls die Pächterin Luise Maier den Verkauf von Tabakwaren nicht einstellt. 1953 sollte er wegen Behinderung der Verkehrsübersicht verlegt werden. Den Vorschlag von Luise Maier, den Kiosk unter die Bäume vor der Kreissparkasse zu verlegen, lehnte die Stadt ab. Auf städtischen Grundstücken waren Kioske nicht mehr erwünscht. 1955 wurde deshalb das Pachtverhältnis gekündigt und die Frist für den Abriss auf den 31. März 1956 festgesetzt. Die Frist verstrich. Mitte 1957 folgte dann die unbefristete Verlängerung bis zur Rente der Pächterin!

Der neue Bebauungsplan von 1969 aber machte es möglich: Der Kiosk konnte bleiben und sogar vergrößert werden. Über 30 Jahre lang stand er noch am Schillerplatz. Am 31. Dezember 2003 musste die Familie Dzelajlija, die den Stand seit 1993 gepachtet hatte, das »Schiller-Häusle« endgültig schließen. Der Platz wurde zunächst für die Präsentation von Gartenkunstwerken benötigt, die im Jubiläumsjahr 2004 auf den Plätzen der Stadt im Rahmen eines Festivals der Gärten installiert wurden. Danach sollte das Schillerviertel zusammen mit dem Schillerplatz neu gestaltet werden. Der Kiosk wurde abgetragen, der Schillerplatz hat sein Gesicht allerdings bis heute noch nicht verändert.

Die Kioske in der Hindenburgstraße

Die Hindenburgstraße ist offenbar ein guter Standplatz für Verkaufsstände. Seit 1921 sind vier Stände im vorderen Bereich in der Nähe der Allee an der Stuttgarter Straße belegt. Von einem ersten Stand ist nur bekannt, dass der Händler 1921 eine Jahrespacht von 12 Mark bezahlen musste. Den zweiten Stand zum Verkauf von Tabak- und Süßwaren richtete Peter Isle Mitte 1949 in der Allee auf der Südseite der Hindenburgstraße ein. Als Flüchtling und Kriegsbeschädigter erhielt er ausnahmsweise die Genehmigung. Da die Allee unter Naturschutz steht, wurde der Stand an dieser Stelle öfters beanstandet und schon 1950 ein Abriss erwogen.

Der dritte Verkaufsstand, um 1950 an der Ostwand der ehemaligen Bäckereikaserne angebaut, entwickelte sich zu einer festen Einrichtung in dem Behördenviertel rund um die Hindenburgstraße. 1986 übernahm die Familie Kurz den Stand mit dem markanten Schrägdach. Als die Kaserne 1996 den Besitzer wechselte und der Stand abgerissen werden musste, zog die Familie Kurz in einen eigenen, großzügig gestalteten Kiosk auf der gegenüberliegenden Straßenseite um. Während der nächsten 20 Jahre verkaufte sie ihrer Lauf- und Stammkundschaft dort neben Zeitungen und Zeitschriften, Getränken und Backwaren auch Würstchen, Zigaretten und Lottoscheine. Im Februar 2016 gab die Familie Kurz den Kiosk auf. Ein Nachfolger betreibt den Kiosk jetzt als Imbiss.



Kiosk am Schillerplatz, »Schiller-Häusle«, um 1990.



*Zeitungskiosk an der Bäckereikaserne (Hindenburgstraße)
mit Besitzer Helmut Kurz, um 1990.*

Arsenalplatz

Der Arsenalplatz sorgt immer für Gesprächsstoff. Sind es heute die Parkplätze oder die Begrünung, so waren es in den 1950er Jahren vor allem zwei wild gebaute Verkaufsstände, die den Platz nicht räumen wollten. Sie wurden 1948 mit Genehmigung der US-Kommandantur, die in dieser Zeit für den Platz zuständig war, für ein Jahr errichtet. In der Nord-Ost-Ecke ein Holzstand, ca. 3 x 2 Meter groß, in dem Josef Wimmer, ein arbeitsunfähiger Ostflüchtling, Eis verkaufte, und in der Süd-West-Ecke ein ähnlicher Stand von August Körner, der bereits einen Kiosk am Wilhelmsbau betrieb. Für beide Stände gab es keine baurechtliche Genehmigung der Stadt, weshalb das Stadtplanungsamt im November 1949 den Antrag auf Beseitigung stellte. Durch Zulassung derartiger Verkaufsstände würden »orientalische Zustände« im Stadtgebiet geschaffen, was abzulehnen sei. Auf mehrere Räumungsklagen reagierten die Betroffenen mit Einsprüchen. Es kam zu einem längeren Rechtsstreit, der erst Ende 1956 vor dem Verwaltungsgerichtshof endete, als Josef Wimmer seine Klage zurückzog. Aufgrund seiner schwierigen sozialen Lage war die Stadt bereit, ihm ersatzweise die frei gewordene Pacht des Verkaufstandes vom Schwätzbänkle anzubieten. Wimmer akzeptierte. Zum 1. Oktober 1957 wurde der Stand am Arsenalplatz entfernt.



Kiosk von August Körner am Arsenalplatz, um 1955.



»Imbiss am Forum«, März 2018.

Schneller als Wimmer handelten die Amerikaner, die den Arsenalplatz als Umsteigestelle für ihre Buslinien nutzten und im April 1951 in der Nähe des Gefallenendenkmals einen Warteraum für die Fahrgäste der US-Buslinien aufgestellt hatten. Zum Stadtjubiläum 1954 war die unschöne Bretterbude pünktlich wieder verschwunden.

»Imbiss am Forum«

In der Allee gegenüber dem heutigen Forum steht eine der ältesten Trafostationen Ludwigsburgs aus der Anfangszeit der Elektrifizierung der Stadt. Sie versorgt noch heute die Schausteller auf der Bärenwiese mit der notwendigen Energie. Gertrud Lehrer hielt diesen Platz an der Bärenwiese für einen Verkaufsstand bestens geeignet und stellte deshalb im Sommer 1948 beim Bezirksbauamt den Antrag, an das bestehende Trafohäuschen einen Verkaufsstand für Obst, Gemüse, Backwaren und alkoholfreie Getränke anbauen zu dürfen. Dem Gesuch wurde ausnahmsweise stattgegeben. Für den massiven Anbau mit 4 x 4 Metern Grundfläche wurden 40 DM Jahrespacht fällig. Der Kiosk existiert als »Imbiss am Forum« heute noch und ist damit der älteste Ludwigsburger Verkaufsstand.

Kiosk beim Arbeitsamt

Der Neubürger Johann Scheib aus der Grünbühlsiedlung beantragte Anfang 1949 beim Staatsrentamt die Genehmigung für die Aufstellung eines 2,8 x 3,3 Meter großen Verkaufsstandes in der vorderen Allee nördlich der Friedrichstraße. Der



Zeitungskiosk im Durchgang Wilhelmstraße 17, um 1970.

Stand lag am Ende der naturgeschützten Allee, war aber weit weg vom Schloss, so dass der Genehmigung nichts im Wege stand. Nach Eröffnung des neuen Arbeitsamtsgebäudes Ende 1953 auf der gegenüberliegenden Seite der Friedrichstraße fiel der Stand zunehmend unangenehm auf. Allzu oft scheint das eben abgeholte Arbeitslosengeld am Stand des Herrn Scheib verflüssigt worden zu sein. Im Frühjahr 1955 wurde der Stand abgerissen.

Weitere, im Detail nicht näher beschriebene Verkaufsstände

Bude zum Liederfest in der Allee gegenüber der Kanzleikasernerne (Mai 1841); »Art Café« von C. Usenbenz auf dem Feuersee (Dezember 1871); Bude von C. Usenbenz mit Spirituosen auf dem Feuersee (Dezember 1873); Bude auf dem Trottoir Körnerstraße im Kasernenbereich (Juni 1885); Verkaufsstand in der Allee gegenüber Kaffeeberg (1894); Limo-Verkauf von Friedr. Berg im Sommer in der Myliusstraße vor der Post (Mai 1917); Verkaufsstand von Rodolfo Toffano in der Myliusstraße bei der Post (April 1925); Verkaufsstand vor dem Gebäude

Marktplatz 12 (Oktober 1926); fliegender Zeitungsstand am Schillerdurchlass (1947); mobiler Stand für Eis und Getränke in der Allee bei der Planie (1949); Stand im Durchgang Wilhelmstraße 17/Arsenalplatz 1 (1949 bis 1996); Stand auf der Verkehrsinsel Bahnhofstraße, Verkauf von Devisencoupons für Taxis (März 1949); Ständchen gegenüber dem Stadtbad, Alleenstraße 17 (November 1949); Stände in den Einfahrten Schillerplatz 8/Solitudestraße 2 und Schillerstraße 3/Myliusstraße 2 (1955); Stand auf der Südseite der Asperger Straße, unterhalb der Eisenbahnbrücke.

Fazit

Die Geschichte der Ludwigsburger Kioske vermittelt ein zwiespältiges Bild. Sie wurden von der Bevölkerung angenommen und geschätzt, man wollte oder konnte ihnen aber oft keinen passenden Platz genehmigen. Sie erfüllten unstrittig soziale Funktionen, aber trotzdem wurde von offizieller Seite vom »Verkaufsstände-Unwesen« gesprochen. Die Ausnahme bildete das Schwätzbänkle, das über Jahrzehnte die Funktion eines beliebten Treffpunkts an der Nahtstelle zwischen Stadt und Schloss erfüllte.

Heute sind die freistehenden Kioske aus dem Ludwigsburger Stadtbild bis auf zwei Ausnahmen verschwunden und damit auch die Erinnerung an diese Kulturgüter der besonderen Art. Der Zeitungs- sowie der Tabakverkauf auf der Straße gehören ebenfalls der Vergangenheit an. In Gebäuden angemietete Straßenimbisse haben die Kioske, die Erfrischungen oder Esswaren angeboten haben, abgelöst.

Anmerkungen

- 1 Bertolt Brecht: Die Moritat von Mackie Messer.
- 2 Bei Aufnahmen des Marktbrunnens ließ sich bis 1927 ein Blick auf das Toilettenhäuschen nicht vermeiden.
- 3 Kreuzung der Wilhelmstraße bzw. der Schorndorfer Straße mit der Stuttgarter Straße bzw. der Schlossstraße. Der sprechende Namen »Schwätzbänkle« taucht zum ersten Mal am 21. November 1865 in einer Zuschrift an das Ludwigsburger Tagblatt auf, in der vorgeschlagen wurde, den Obsthändlerinnen an dem sogenannten »Schwätzbänkchen« zu gestatten, ihre Waren in solide hergestellten Buden zu verkaufen. Das Schwätzbänkle lag in der Allee im Norden der Kreuzung. Schwätzbänkle ist dabei die Bezeichnung für einen Ort, gleichzeitig aber auch für ein Gebäude.
- 4 Vgl. die Abbildungen in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 70 (2016) S. 124, S. 142.
- 5 Verkaufsstelle für minderwertiges, vom Fleischbeschauer aber freigegebenes Fleisch.
- 6 Flügel des Rathauses, Wilhelmstraße 1.
- 7 Die Position der beiden Kettensteine liegt heute etwa in der Mitte der Verkehrsinsel über der B-27-Unterführung.

Literatur

- Günther Bergan: »Um zwölf am Schwätzbänkle...«. Erinnerungen an einen beliebten Treffpunkt in Ludwigsburg, in: Hie gut Württemberg 54 (2003) S. 3–5.
- Günther Bergan: »Viel steht in der Zukunft noch an«. Der Ludwigsburger Bahnhof 1846–2016, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 70 (2016) S. 123–164.
- Bettina Möllring: Toiletten und Urinale für Frauen und Männer, Diss. Berlin 2003.

Quellen

Sofern nichts anderes angegeben ist, handelt es sich um Unterlagen aus den Beständen des Stadtarchivs Ludwigsburg; StAL = Staatsarchiv Ludwigsburg.

a) Bedürfnisanstalten

Allgemein: L 67 Bü 105; Presse.

Bahnhof: L 63 Bü 191, 690, 763, 1160, 1408; L 63/1 Bü 47; L 67 Bü 525/4; Presse.

Musikhalle: L 63 Bü 191, 434; S 12/II Nr. 24.

Marktplatz: L 3 Bü 2807; L 67 Bü 532; L 150 Bde. 117, 119, 131–133, 150; Presse.

Schwätzbänkle: L 3 Bü 2804, 2805; L 63 Bü 896; L 67 Bü 531; L 150 Bde. 124, 147, 155, 172; S 3/1 Nr. 29; S 12/III Nr. 24–26; StAL FL 410/4 II Bü 896; Presse.

Neuer Friedhof: L 63 Bü 785; L 67 Bü 8/6.

Karlsplatz: L 67 Bü 525/2; L 150 Bd. 126.

Planie: L 67 Bü 525/7; L 150 Bde. 127, 128.

Alter Friedhof / Schorndorfer Tor: L 3 Bü 2759; L 63 Bü 1374; L 67 Bü 525/9; L 150 Bd. 129.

Anlagen Heilbad Hoheneck: L 80/1 Bü 2.

Heilbronner Straße / Bietigheimer Straße: L 67 Bü 525/1; L 150 Bd. 132; S 12/III Nr. 27.

Asperger Torhaus: L 67 Bü 525/5; Bürgerbüro Bauen, Asperger Straße 52.

Automat Bärenwiese: Presse.

Akademiehof: Presse.

Schillerplatz: L 67 Bü 525/8; L 150 Bd. 127; S 12/II Nr. 78.

Schiller-Durchlass: L 3 Bü 2807; L 67 Bü 525/6; L 150 Bd. 138; S 12/III Nr. 28.

Asperger Straße 52: L 63/1 Bü 1259; L 150 Bde. 133, 135.

b) Kioske

Allgemein; L 3 Bü 1228; L 32/3a, Konzessionen; L 67 Bü 82; L 150 Bde. 169–172; StAL FL 410/4 II Bü 896.

Bahnhof: L 3 Bü 1228; L 32/3a, Konzessionen; L 63 Bü 191, 1408; L 63/1 Bü 47; L 150 Bd. 109; Presse.

Schwätzbänkle: L 3 Bü 1228; L 32/III Bü 965; L 63 Bü 896; L 67 Bü 82, 531; L 150 Bde. 108, 110, 147, 155, 171; S 3/1 Nr. 29; S 12/III Nr. 24–26; StAL FL 410/4 II Bü 896; Presse.

Planie / Favorite: L 63 Bü 1454; L 150 Bd. 171; Bürgerbüro Bauen, Marbacher Straße 5; StAL FL 410/4 II Bü 896.

Schillerplatz: L 3 Bü 1228; L 67 Bü 82, 525/8; L 150 Bde. 102, 111, 127, 170–172; Presse.

Hindenburgstraße: L 3 Bü 1228; L 150 Bd. 171; StAL FL 410/4 II Bü 896; Presse.

Wilhelmstraße / Wilhelmsbau: L 150 Bde. 169–171.

Arsenalplatz: L 67 Bü 82; L 150 Bde. 170, 171; Presse.

Friedrich-Ebert-Straße: StAL FL 410/4 II Bü 896.

Friedrichstraße: L 67 Bü 82; StAL FL 410/4 II Bü 896.

Verschiedene: L 3 Bü 1228; L 32/3a, Konzessionen; L 67 Bü 82; L 150 Bde. 106, 107, 116; StAL FL 410/4 II Bü 896; Presse.

Geschichte vor Gericht?

Zur strafrechtlichen Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in der Bundesrepublik*

von Jens Rommel

Die jüngsten Anklagen zu Verbrechen des Nationalsozialismus haben die Staatsanwaltschaften in Dortmund und Frankfurt vor wenigen Monaten bekannt gegeben. Das jüngste Urteil zu Verbrechen des Nationalsozialismus stammt aus dem Jahr 2016: Das Landgericht Detmold verurteilt im Juni den früheren SS-Wachmann Hanning wegen Beihilfe zum Mord in mindestens 170 000 Fällen im Konzentrationslager Auschwitz. 70 Jahre zuvor, im Herbst 1946, sprach der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg sein Urteil gegen die Hauptkriegsverbrecher. Der Prozess war einer der ersten, mit denen Verbrechen der Nationalsozialisten mit den Mitteln des Strafrechts geahndet wurden. In den Jahrzehnten dazwischen antworten die Besatzungsmächte in den vier Zonen, ausländische Staaten, die Bundesrepublik Deutschland und die DDR auf unterschiedliche Weise auf die Gewaltverbrechen der Nationalsozialisten und ihrer Helfer.

Zu den Verbrechen der Nationalsozialisten gehören vor allem folgende Massenverbrechen, die der damalige deutsche Staat organisiert oder geduldet hat:

- Kriegsverbrechen durch deutsche bewaffnete Verbände, einschließlich der Ermordung von sowjetischen Kriegsgefangenen;
- Tötungen aus ideologischen oder rassistischen Gründen hinter der Front, zunächst im besetzten Polen und später nach dem Angriff auf die Sowjetunion durch die Einsatzgruppen;
- die Ermordung der Juden Europas und der Völkermord an Sinti und Roma sowie
- die Ermordung behinderter Menschen in der so genannten »Euthanasie« – hier in Württemberg in Grafeneck auf der Schwäbischen Alb.

Wie also umgehen mit den Verbrechen der Nationalsozialisten während Diktatur und Weltkrieg? Warum beschäftigen sich heute noch Staatsanwälte und Richter mit Morden, die fast 75 Jahre zurückliegen?

Rahmenbedingungen

Alliierte

Noch mitten im Krieg verständigen sich die Alliierten darauf, den Nationalsozialismus in eigener Regie zu beseitigen und seine Machthaber zu bestrafen.

* Geringfügig überarbeitete Fassung des am 8. Februar 2018 beim Historischen Verein gehaltenen Vortrags.

Für die Hauptkriegsverbrecher sieht das Londoner Abkommen vom August 1945 einen internationalen Gerichtshof vor – getragen von den USA, Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion. Das Gericht in Nürnberg verurteilt zwölf der 24 Angeklagten zum Tod; drei Angeklagte spricht es frei. Neu sind die Straftatbestände, nach denen das Gericht entscheidet:

- Verbrechen gegen den Frieden umfassen das Planen, die Vorbereitung, die Einleitung oder die Durchführung eines Angriffskrieges.
- Mit Kriegsverbrechen ist die Verletzung der Kriegsgesetze oder -gebräuche gemeint.
- Zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehören Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation oder andere unmenschliche Handlungen sowie die Verfolgung aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen.

In Deutschland stößt dieser Ansatz auf Bedenken. Hinter dem Schlagwort der »Siegerjustiz« verbirgt sich der politische Vorwurf eines unfairen Verfahrens. Dazu gehört die Frage, warum Straftaten der Alliierten – wie z. B. der sowjetische Angriff auf Polen – nicht geahndet werden? Wichtig ist ein juristischer Einwand: Denn bis zum Jahr 1945 droht weder ein nationales Gesetz noch ein internationaler Vertrag einzelnen Personen Strafen an für Handlungen, die den Tatbestand des Verbrechens gegen den Frieden erfüllen. Kritiker erheben daher lautstark den Vorwurf, der Prozess verletze den Rechtsgrundsatz »nulla poena sine lege«, erkläre also rückwirkend ein bereits erfolgtes Verhalten für strafbar.

Gleichwohl verurteilen auch die Militärgerichte der vier Siegermächte in ihren Zonen wegen der Straftatbestände Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit – vor allem auf Grund des Gesetzes Nr. 10 des Alliierten Kontrollrats. Der weite Begriff »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« hat den Vorteil, einzelne Gewalttaten und andere an der Zivilbevölkerung begangene unmenschliche Handlungen als Massenverbrechen zu bewerten.

Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland geht einen anderen Weg: Gerade wegen der Erfahrungen im Dritten Reich schränkt das Grundgesetz die Befugnisse des Staates im Strafrecht ein. So schafft Artikel 102 GG die Todesstrafe ab. Ohne Einschränkung verbietet Artikel 103 Abs. 2 GG rückwirkende Strafgesetze: »Eine Tat kann nur bestraft werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Tat begangen wurde.« Dieses Rückwirkungsverbot steht in Westdeutschland einem Sonderstrafrecht für Nationalsozialisten entgegen.

Es bleiben also die allgemeinen Vorschriften des ehemaligen Reichsstrafgesetzbuchs, wie es auch zwischen 1933 und 1945 gegolten hat. Mit einem Problem, das uns bis heute beschäftigt: Das Strafgesetzbuch hat in seinen Tatbeständen und allgemeinen Regeln die Verantwortung des Einzelnen im Blick. Es ist nicht auf Massenverbrechen zugeschnitten, die der Staat bürokratisch organisiert und die eine Vielzahl von Personen quasi arbeitsteilig umgesetzt hat.

Durch den Rückgriff auf das allgemeine Strafrecht gelten auch die üblichen Verjährungsregeln. Nach Ablauf der Verjährung kann eine Tat nicht mehr

geahndet werden. Bis 15 Jahre nach Kriegsende verjähren im Mai 1960 fast alle Straftaten: z. B. Freiheitsberaubung mit Todesfolge, Körperverletzung mit Todesfolge und Totschlag, wenn die Verjährung nicht im Einzelfall unterbrochen worden ist.

Nur für Mord gilt zunächst eine Frist von 20 Jahren. Daher gewinnt die juristische Unterscheidung von Mord und Totschlag bei NS-Verbrechen eine enorme Bedeutung. Mord zeichnet sich nach deutschem Strafrecht aus durch besondere Tatumstände oder Beweggründe: Heimtücke ist ein überraschender Angriff auf eine wehrlose Person. Grausam ist eine Tötung, wenn der Täter besondere Schmerzen oder Leiden aus verwerflicher Gesinnung verursacht. Als niedriger Beweggrund kommt vor allem Rassenhass in Betracht.

Nach ausführlichen Debatten mit Blick auf das Dritte Reich verschiebt der Bundestag zweimal die Verjährung für Mord. Seit 1979 verjähren allgemein Verbrechen des Mordes nicht mehr. Im Ergebnis können die westdeutschen Strafverfolgungsbehörden seit 1960 nur noch wegen Mordes im juristischen Sinn ermitteln.

Kein Sonderrecht für nationalsozialistische Verbrechen heißt auch: keine besondere Zuständigkeit von Staatsanwaltschaften und Strafgerichten. Sie kümmern sich in erster Linie um Straftaten in ihrem Bezirk oder Beschuldigte, die dort leben. Vor allem bei Massenverbrechen außerhalb des Bundesgebiets hängt es daher lange Zeit oft vom Zufall ab, ob deutsche Justizbehörden sie verfolgen.

Bereits Mitte der 50er Jahre ist der Eindruck verbreitet, dass die Strafverfolgung nationalsozialistischer Verbrechen im Wesentlichen abgeschlossen sei. Die Bevölkerung ist nach Kriegszerstörungen und Vertreibung mit dem Wiederaufbau beschäftigt; später lässt das Wirtschaftswunder die meisten lieber in die Zukunft blicken – statt in die düstere Vergangenheit. Hinderlich ist auch, dass an zahlreichen Stellen in Verwaltung und Polizei, bei Staatsanwaltschaften und Gerichten wieder Personen arbeiten, die schon im Dritten Reich Ämter ausgeübt haben.

Der Wunsch nach einem Schluss-Strich lässt sich an Zahlen von 1950 und 1955 ablesen: Die neu eingeleiteten Ermittlungsverfahren bei den Staatsanwaltschaften sinken von knapp 2000 auf unter 300, die Zahl der Gerichtsentscheidungen fällt von fast 2500 auf 36. Diese Zahlen wären wohl noch weiter zurückgegangen, wenn nicht 1958 die Zentrale Stelle gegründet worden wäre.

»Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen« in Ludwigsburg

Es ist der so genannte Einsatzgruppen-Prozess am Landgericht Ulm 1958, der die Justizminister veranlasst, eine einmalige Einrichtung zu schaffen. Bei dem Prozess ist zweierlei in der Öffentlichkeit deutlich geworden: Zum einen, dass weitere Vernichtungsmaßnahmen in Konzentrationslagern und andere Massenverbrechen in Gebieten, die vom Deutschen Reich besetzt waren, nicht – oder nicht ausreichend – aufgeklärt wurden. Zum anderen: Um die gravierende

Zuständigkeitslücke zu überbrücken, bedarf es einer Behörde, die auch ohne konkreten Anlass Vorermittlungen systematisch führt und im Übrigen die Ermittlungen der Staatsanwaltschaften vorantreibt, bündelt und unterstützt.

Die Zentrale Stelle nimmt ihre Tätigkeit als gemeinschaftliche Einrichtung der Landesjustizverwaltungen am 1. Dezember 1958 in Ludwigsburg auf. Warum gerade Ludwigsburg? Der baden-württembergische Justizminister Wolfgang Haußmann hat die Gründung entschieden vorangetrieben – deshalb soll nach dem Willen der anderen Justizminister der Sitz in Baden-Württemberg sein. Bei der Suche nach Räumen in der Nähe von Justizministerium und Staatsanwaltschaft Stuttgart wird man in Ludwigsburg fündig: Freie Räume gab es im Verwaltungsteil des Gefängnisses in der Schorndorfer Straße. Die neue Behörde stößt damals allerdings bei Teilen der Bevölkerung in Ludwigsburg – wie anderswo – auf Ablehnung.

Aufgabe der Zentralen Stelle ist es bis heute, für Ermittlungen relevantes Material über nationalsozialistische Verbrechen weltweit zu sammeln, zu sichten und auszuwerten. Das Hauptziel besteht darin, Tatkomplexe nach Ort, Zeit und Täterkreis herauszuarbeiten und noch verfolgbare Beschuldigte festzustellen. Ist dies so weit wie möglich gelungen, schließen wir unsere Vorermittlungen ab und leiten den Vorgang der zuständigen Staatsanwaltschaft zu. Die Staatsanwaltschaft entscheidet dann eigenverantwortlich über die weiteren Ermittlungen und ob Anklage zu erheben ist.

Als entscheidender Geburtsfehler gilt die komplizierte Struktur einer vorläufigen Behörde, die weder zu Eingriffen befugt ist noch zur Erhebung von Anklagen. In diesem politischen Kompromiss spiegelt sich der – nur begrenzte – Wille zur Aufklärung in der damaligen Bundesrepublik wider.

In der Zentralen Stelle arbeiten heute acht Ermittler; das sind Richter, Staatsanwälte und Polizeibeamte aus den Ländern. Außerdem haben wir zwei Dolmetscher für Russisch und Polnisch sowie das Personal zur Auswertung der Akten und zur Pflege unserer Karteien.

Seit ihrer Gründung hat die Zentrale Stelle über 7600 Vorermittlungsverfahren eingeleitet. Bei dieser Zahl ist zu berücksichtigen, dass es sich in vielen Fällen um Sammelverfahren mit einer großen Zahl von Beschuldigten oder einer Vielzahl von Straftaten handelt. In der Bundesrepublik sind seit 1959 Ermittlungen gegen über 120 000 namentlich bekannte Beschuldigte geführt worden; soweit die Verfahren nicht von der Zentralen Stelle angestoßen worden sind, stehen sie oft in engem Zusammenhang mit Ludwigsburger Vorermittlungen.

Einen ersten Eindruck vermittelt der Blick in unsere Zentralkartei: Sie umfasst mehr als 1,7 Millionen Karteikarten in Papier, gegliedert in Tatorte, Einheiten und Personen. In den Schubladen finden sich allein über 700 000 Namen von Beschuldigten und Zeugen.

Schwierigkeiten

Welche Schwierigkeiten – rechtliche und tatsächliche – sind bei der Aufarbeitung von NS-Verbrechen zu überwinden?

Rechtsfragen

In juristischer Hinsicht geht es auf verschiedenen Stufen vor allem darum, die Verantwortung des Einzelnen in einem verbrecherischen System zu bemessen. Nahezu alle Urteile zu NS-Verbrechen stellen fest, dass als Hauptverantwortliche für die Straftaten Hitler, Himmler (der Reichsführer der SS), Heydrich (der Leiter des Reichssicherheitshauptamts) und einige andere Personen zu gelten hätten, die seinerzeit am oberen Ende der Befehlskette standen.

Weiter unten in der Hierarchie ist zu entscheiden, ob die Handelnden als Mittäter oder nur als Unterstützer anzusehen sind. Mit erheblichen Auswirkungen: Auf Mord steht bei einem Täter zwingend lebenslange Freiheitsstrafe – für die Beihilfe zum Mord gibt es dagegen einen Strafrahmen, der von drei Jahren bis 15 Jahren Gefängnis reicht. Der Bundesgerichtshof entschied früher in erster Linie danach, ob der Betreffende ein eigenes Interesse an den Tötungen hatte. Das führte in zahlreichen Fällen dazu, dass Angeklagte nur wegen Beihilfe verurteilt wurden – selbst dann, wenn sie eigenhändig Menschen umgebracht hatten. Damit wurden zeitlich begrenzte Freiheitsstrafen möglich, die zudem häufig äußerst milde ausfielen.

Auch unterhalb der Täterschaft muss geklärt werden, ob ein Verhalten als Teilnahme am Mord strafbar ist. Als Gehilfe wird bestraft, wer einem anderen zu dessen Tat Hilfe leistet. 1969 stellt der Bundesgerichtshof zu Auschwitz fest: Nicht jeder, der in das Vernichtungsprogramm des Konzentrationslagers eingegliedert war und dort irgendwie anlässlich dieses Programms tätig wurde, sei für alles Geschehene verantwortlich. Denn sonst müsste auch ein Handeln bestraft werden, das die Haupttat in keiner Weise konkret fördert. In den folgenden Jahrzehnten verweisen die Staatsanwaltschaften oft auf dieses Urteil – manchmal zu Unrecht. Sie stellen zahlreiche Verfahren mit der Begründung ein, der Nachweis einer konkreten Einzeltat sei nicht zu führen.

Egal ob als Täter beschuldigt oder als Gehilfe: Regelmäßig berufen sich die Betroffenen darauf, dass sie in einer strengen Hierarchie gestanden und nur Befehlen gehorcht hätten. Nach den damals geltenden Regeln des Militärstrafgesetzbuchs ist zwar grundsätzlich der befehlende Vorgesetzte allein verantwortlich. Der gehorchende Untergebene kann jedoch bestraft werden, wenn ihm bekannt gewesen ist, dass der Befehl des Vorgesetzten eine allgemeine oder militärische Straftat bezweckte.

Vielfach behaupten Beschuldigte, im Fall einer Weigerung wären sie selbst erschossen oder in der Gaskammer getötet worden. Rechtlich wäre ein Beschuldigter straffrei, wenn er durch eine gegenwärtige und unausweichliche Gefahr für sein eigenes Leben zu der Tat genötigt wurde. Trotz häufiger Prüfung wurde in keinem Ermittlungs- oder Strafverfahren festgestellt, dass es objektiv zu einer Schädigung an Leib oder Leben gekommen ist, weil ein SS-Mann einen verbrecherischen Befehl verweigert hatte. Bei Aufträgen, die wie »Vernichtungsaktionen« eine besondere Härte erforderten, bewertete die SS eine Weigerung (nur) als persönliche Schwäche. Sie schloss den Betreffenden lediglich von einer weiteren Förderung innerhalb der SS aus oder hatte eine Versetzung in die Heimat oder an die Front zur Folge.

Unabhängig von dieser objektiven Lage: Viele Untergebene dürften der Meinung gewesen sein, ihnen drohe im Falle der Verweigerung auch eines

erkennbar verbrecherischen Befehls eine Gefahr für ihr eigenes Leben. Vielleicht wurden sie auch von ihren Vorgesetzten absichtlich in diesen Glauben versetzt. Eine solche – aufgrund falscher Vorstellungen – ernsthaft angenommene Notstandslage schließt nach der Rechtsprechung die persönliche Schuld aus. Dies im Einzelfall zu klären, ist eine schwer zu lösende Aufgabe für die Strafverfolgungsbehörden. Im Ergebnis haben Staatsanwaltschaften wegen des echten oder nur angenommenen Notstands eine Vielzahl von Ermittlungen beendet.

Beweisführung

Bei nationalsozialistischen Massenverbrechen stellen sich erhebliche Beweisschwierigkeiten, bevor einem Angeklagten eine Tat vollumfänglich nachgewiesen ist. Ziel der Strafverfahren ist nicht die Geschichtsschreibung, sondern zu klären, was ein einzelner Angeklagter getan hat und inwieweit er dafür verantwortlich ist.

Geständnisse konnten nur in früheren NS-Prozessen zugrunde gelegt werden. Erst in den Verfahren 2015 und 2016 räumen zwei Angeklagte ihr Verhalten ein und bekennen sich zu ihrer Verantwortung in moralischer Hinsicht.

Klassische Beweismittel aus der Spurensicherung oder aus Überwachungsmaßnahmen fehlen. Besichtigungen am Tatort waren in früheren Jahrzehnten häufig nicht möglich; heute haben sie angesichts der Veränderungen nur geringen Wert. Die Verhältnisse im Lager lassen sich mit einem modernen 3D-Modell von Auschwitz veranschaulichen; damit kann auch geklärt werden, was ein Angeklagter von seinem Einsatzort sehen konnte. Urkunden spielen vor allem bei den so genannten »Schreibtischtätern« eine Rolle. Viele Dokumente hat noch die SS bewusst zerstört, andere wurden durch Kriegseinwirkungen vernichtet oder waren in ausländischen Archiven jahrzehntelang nicht zugänglich. Bei Beschuldigten, die direkt am Tatort gehandelt haben – wie Schützen am Exekutionsort, Personal in Konzentrationslagern oder Fahrern von Gaswagen –, hatten früher Zeugen eine besondere Bedeutung. Seit den Verbrechen sind auch die Zeugen älter geworden: Sie können ihre Erlebnisse schildern – zur Identifizierung eines Beschuldigten und zu seinem Verhalten im Einzelnen vermögen sie meist nichts beizutragen. An ihre Stelle sind weitgehend Sachverständige getreten, insbesondere Historiker, die das Gericht über den gesicherten Stand der allgemeinen Erkenntnisse unterrichten.

Unsere größte Schwierigkeit besteht im Zeitablauf seit den Taten. In mehr als zwei Generationen hat sich die Beweislage in jeder Hinsicht verschlechtert. Auch sind die Beschuldigten gealtert oder inzwischen gestorben. Unsere Aufgabe besteht nicht in historischer Erkenntnis, sondern ist die strafrechtliche Aufklärung. Daher können wir Verfahren nur führen, wenn der Beschuldigte noch lebt und es seine Gesundheit zulässt, dass er sich selbst gegen den Vorwurf verteidigt.

2013 hat die Zentrale Stelle 30 Verfahren zu Wachleuten aus dem Konzentrationslager Auschwitz abgegeben. Schon die Staatsanwaltschaften stellen 25 Verfahren ein: Entweder weil der Beschuldigte in der Zwischenzeit gestorben ist oder weil sich herausstellt, dass er nicht mehr verhandlungsfähig ist. Mit fünf Verfahren befassen sich die Gerichte. Wir haben zuletzt die gesamte Bandbreite gesehen:

- vom Versterben des Anklagten wenige Tage vor der Hauptverhandlung (Hanau);
- von Schwierigkeiten, die Frage der Verhandlungsfähigkeit zu klären (Kiel und Neubrandenburg);
- bis hin zu Angeklagten, die sich zu ihrer Schuld bekennen und verurteilt werden: Oskar Gröning in Lüneburg und Reinhold Hanning in Detmold (der allerdings im laufenden Revisionsverfahren gestorben ist).

Möglichkeiten

Trotz aller Schwierigkeiten zeigen die beiden Urteile aus Lüneburg und Detmold, dass auch heute noch Hauptverhandlungen wegen NS-Verbrechen möglich sind.

Ansatz zur Beihilfe

Mit den heutigen Beweismitteln ist der Nachweis einer konkreten Unterstützung eines einzelnen Mordes nahezu unmöglich. Auch berücksichtigt die Forderung nach einem konkreten Einzeltatnachweis nicht, dass es sich um staatliche Verbrechen mit einer Vielzahl von Beteiligten gehandelt hat. Der Anteil des Einzelnen mag dadurch geringer werden, er bleibt aber nötig, damit die Verbrechen in diesem Ausmaß möglich waren. Aus unserer Sicht in der Zentralen Stelle genügt es, in einer bestimmten Position einen Beitrag zur Funktionsfähigkeit einer Einheit geleistet zu haben, wenn in dieser Zeit systematische Ermordungen stattfanden. Selbstverständliche Voraussetzung ist, dass der Gehilfe um diese Tat und um seinen eigenen Beitrag wusste.

In unserem weiten Ansatz sehen wir uns durch eine jüngere Entscheidung des Bundesgerichtshofs bestätigt, der im September 2016 die Revision von Oskar Gröning verworfen hat: Gröning, der »Buchhalter von Auschwitz«, war als SS-Mann u. a. an der so genannten Rampe in Auschwitz-Birkenau eingesetzt, wo entschieden wurde, wer von den Deportierten sofort getötet wird und wer noch Zwangsarbeit leisten muss. Durch diesen Einsatz an der Rampe habe Gröning die Täter vor Ort unterstützt – nämlich »indem er einerseits durch die Bewachung des Gepäcks dazu beitrug, die Arglosigkeit der Angekommenen aufrechtzuerhalten, und andererseits als Teil der Drohkulisse dabei mitwirkte, jeden Gedanken an Widerstand oder Flucht bereits im Keim zu ersticken«.

Darüber hinaus ließ der Bundesgerichtshof ausreichen, dass Gröning »durch seine allgemeine Dienstausbübung in Auschwitz bereits den Führungspersonen in Staat und SS Hilfe leistete, die im Frühjahr 1944 die ›Ungarn-Aktion‹ anordneten und in der Folge in leitender Funktion umsetzten bzw. umsetzen ließen«.

Ziel dieser schwierigen Überlegungen ist es abzugrenzen, für welches Verhalten innerhalb der staatlich organisierten Massenverbrechen den Einzelnen ein persönlicher Vorwurf trifft. Dazu gehört auch, das Verbrechen zu beschreiben, auf das sich die Unterstützung bezieht: Die Morde in Konzentrationslagern waren Massenverbrechen mit einer Vielzahl von Opfern und einer Vielzahl von Beteiligten. Mal nehmen die Staatsanwaltschaften die Toten eines Gefangenentransports als Einzeltat in den Blick, mal eine mehrmonatige »Vernichtungs-Aktion« – bis hin zu allen Ermordeten eines Vernichtungslagers. Diese technisch anmutende

Frage nach der Haupttat hat gewichtige Auswirkungen darauf, was in der Hauptverhandlung aufzuklären ist. Davon hängt auch ab, wer sich von den Geschädigten oder ihren Angehörigen an dem Verfahren aktiv als Nebenkläger beteiligen kann.

Für das Landgericht Detmold besteht die systematische Ermordung in Auschwitz nicht allein aus Gaskammern und Erschießungen. Es hat daher erstmals einem SS-Wachmann auch die Opfer angelastet, die während seiner Anwesenheit in Auschwitz durch die verheerenden Lebensumstände bei gleichzeitigem Zwang zur Schwerstarbeit getötet wurden.

Nach unserer Einschätzung lässt sich heute am ehesten in festen Organisationen wie Lagern eine systematische Ermordung nachweisen. Wir glauben auch, dass dort der Vorwurf an den Einzelnen am klarsten liegt, wenn er bei erkennbaren systematischen Morden dennoch durch seinen Dienst dazu beiträgt.

Schwerpunkte der Ermittlungen

Ausgehend von diesen rechtlichen Überlegungen haben wir die Schwerpunkte für unsere Ermittlungen festgelegt. Wir wollen die Möglichkeiten unserer kleinen Dienststelle zur Aufklärung derjenigen Taten nutzen, die von den Gerichten noch abgeurteilt werden können.

Daher suchen wir nach Personal aus Konzentrationslagern oder anderen Einheiten. Wir versuchen zu klären, wer wann in welcher Funktion eingesetzt war. Dazu sichten wir zunächst unsere eigenen Akten, in denen Lagerpersonal früher zum Teil nur als Zeugen eingestuft worden ist. Wir prüfen Unterlagen bei der Auskunftsstelle über Wehrmachtsangehörige, im Bundesarchiv oder bei anderen in- und ausländischen Partnern. Seit vielen Jahren arbeitet die Zentrale Stelle mit ähnlichen Behörden im Ausland zusammen: so insbesondere mit dem Justizministerium der USA sowie mit der Hauptkommission zur Verfolgung der Verbrechen gegen das polnische Volk (im IPN). Erste Hinweise können sich aus Versetzungen, aus Beförderungen, aus Auszeichnungen, aus Meldungen über Verwundungen oder Ähnlichem ergeben. Natürlich klären wir, ob die betroffene Person noch lebt. Angesichts der Geburtsjahrgänge von 1927 zurück bis 1919 müssen wir leider in über 95 % der Fälle feststellen, dass der Betroffene bereits verstorben ist.

Mit diesen Maßstäben untersuchen wir neben Auschwitz und Majdanek Lager wie Bergen-Belsen, Neuengamme, Sachsenhausen und Mittelbau. Die Zentrale Stelle konnte 2016 neun Verfahren zum Konzentrationslager Stutthof bei Danzig abgeben: Fünf Männer sollen als Wachleute und vier Frauen sollen in der Kommandantur des Lagers gearbeitet haben, als dort tausende Juden getötet wurden. Aus diesen Verfahren stammt auch die eingangs erwähnte Anklage der Staatsanwaltschaft Dortmund gegen zwei Männer vor dem Landgericht Münster. Im vergangenen Jahr haben wir neue Verfahren zu den Lagern Buchenwald, Mauthausen und Ravensbrück an die Staatsanwaltschaften weitergeleitet.

Ein Schwerpunkt unserer Tätigkeit liegt in der Sichtung von Archiven in Russland und Weißrussland. Die politischen Umwälzungen im ehemaligen Ostblock haben für die Zentrale Stelle die Gelegenheit gebracht, nun auch dort lagerndes Archivmaterial zu sichten. Leider genügen die für uns zugänglichen Dokumente

zu Verbrechen auf dem Gebiet der Sowjetunion oft nicht, um ein Verfahren vor einem deutschen Strafgericht führen zu können. Heute nutzen wir auch die Quellen in Russland vor allem bei der Suche nach Lagerpersonal.

Darüber hinaus haben sich die Ermittlungen der Zentralen Stelle auf Südamerika erstreckt. Es besteht der Verdacht, dass NS-Verbrecher auch in diese Staaten ausgewandert sind, um unterzutauchen. In den vergangenen Jahren haben wir Unterlagen von Einwanderungsbehörden und von deutschen Botschaften in Südamerika ausgewertet – auf der Suche nach deutschen Auswanderern in der Nachkriegszeit.

Bewertungen

Bilanz

»Zu spät, zu milde, zu wenige.« So könnte man insgesamt die Ahndung der nationalsozialistischen Verbrechen mit Hilfe des Strafrechts bewerten.

Was die Zahlen angeht: Seit 1945 wurden in Westdeutschland Ermittlungen gegen etwa 175 000 Beschuldigte geführt. Angeklagt wurden davon nur knapp 17 000 Beschuldigte. Zu einer abschließenden Entscheidung kam es nur gegen 14 000 Personen. Von diesen 14 000 Angeklagten wurden über 5000 freigesprochen. Gegen mehr als 2000 Angeklagte wurde das Verfahren eingestellt. Und weniger als 7000 Angeklagte wurden verurteilt.

All unsere Schwierigkeiten nach so langer Zeit sind den Justizministern der Länder bekannt. Dennoch waren sie sich auf ihrer Konferenz im Sommer 2015 in Stuttgart einig, dass die Zentrale Stelle »in Ludwigsburg in ihrer bisherigen Form weitergeführt wird, solange Strafverfolgungsaufgaben anfallen«. Es ist also übereinstimmender politischer Wille der deutschen Justizminister, auch mit Blick auf das Ausland die Akten nicht zu schließen.

Ausblick

Die Justizminister wagen auch den Blick in die Zukunft. Sie sind der Auffassung, dass der Standort Ludwigsburg bei geänderter Nutzungskonzeption erhalten bleiben soll: als ein Ort des Gedenkens, der Mahnung, der Aufklärung und der Forschung etwa in Form eines Dokumentations-, Forschungs- und Informationszentrums.

Erste Schritte sind bereits getan: Das Bundesarchiv betreibt seit 2000 am Sitz der Zentralen Stelle in Ludwigsburg eine eigene Außenstelle und hat unsere abgeschlossenen Unterlagen übernommen. Das Bundesarchiv pflegt die Bestände und erteilt Auskünfte an Forscher und Privatpersonen. Seit 2001 ist im Gebäude der Zentralen Stelle auch eine Forschungsstelle der Universität Stuttgart untergebracht, die dem Lehrstuhl für Neuere Geschichte zugeordnet ist.

Im Schorndorfer Torhaus neben der Zentralen Stelle zeigt das Bundesarchiv eine Dauerausstellung über die juristische Aufarbeitung von NS-Verbrechen. Für Schüler und Lehrer gibt es ein besonderes pädagogisch-didaktisches Angebot am außerschulischen Lernort. Auch ein Förderverein aus engagierten Ludwigsburger Bürgern versteht sich als »Einrichtung gegen das Vergessen«.

Bedeutung

Jedermann hat sich bis zum Ende seines Lebens seiner strafrechtlichen Verantwortung zu stellen – vorausgesetzt, er ist heute noch verhandlungsfähig. Für Überlebende oder Angehörige ist es häufig von größter Wichtigkeit, dass die Morde der Nationalsozialisten bis zum Schluss verfolgt werden.

Bei den aktuellen Strafverfahren scheint mir weniger die Dauer einer etwaigen Freiheitsstrafe im Vordergrund zu stehen: Die Geschädigten oder ihre Angehörigen kommen gegenüber der deutschen Justiz in öffentlicher Hauptverhandlung zu Wort. Meines Erachtens eine bedeutende Leistung angesichts der Tatsache, dass es sich um Verbrechen ungeheuren Ausmaßes handelt, die der deutsche Staat organisiert oder geduldet hat. Eine Verurteilung kennzeichnet heute die Verbrechen als Unrecht und bestimmt den persönlichen Anteil des Einzelnen an den Massenverbrechen.

Zu den Leistungen des Nürnberger Tribunals gehörte es, dass es das Bewusstsein für Kriegsverbrechen und für Verbrechen gegen die Menschlichkeit gestärkt hat. Mit ihren Vorermittlungen trägt auch die Zentrale Stelle dazu bei, dass die Verbrechen der Nationalsozialisten nicht in Vergessenheit geraten.

Buchbesprechungen

Gustav Schabinger: Erligheim. Eine Gemeinde im Wandel. Herbstein 2018, 48 S., Abb.

1993 feierten die Erligheimer ihr 1200-Jahr-Fest. Der historische Anlass wurde mit der Herausgabe eines Heimatbuches entsprechend gewürdigt. Doch die Zeit steht nicht still. Vieles hat sich in den letzten 25 Jahren im Ort verändert, positiv entwickelt.

Gustav Schabinger nahm deshalb das 1225-jährige Jubiläum der Gemeinde zum Anlass, das Heimatbuch von 1993 mit dem vorliegenden Buch fortzusetzen. Anhand von charakteristischen Fotos und kurzen begleitenden Texten lässt Schabinger die letzten 25 Jahre Erligheimer Geschichte mit ihren Höhepunkten Revue passieren. Altes wurde abgerissen und Neues aufgebaut, Bauplätze geschaffen und Gewerbegebiete vergrößert. Der Natur rund um Erligheim ist unter der Überschrift »Wald, Wein, Kirschen« ein eigenes Kapitel gewidmet. Das rege Vereinsleben kommt auch nicht zu kurz, ausführlich erwähnt wird dabei das historische Biwak der so genannten »Schwarzen Jäger«, das 1999 in Erinnerung an das siegreiche Gefecht von Erligheim im November 1799 gegen französische Truppen nachgestellt wurde. Ein abwechslungsreiches »Bilderbuch« für alte und neue Erligheimer.

Günther Bergan

Walter Zimmermann: Flurnamen in Hemmingen. Horb 2016, 208 S., Abb., Pläne.

»Steinmäuerle«, »Kesselbrunnen«, »Böhlach«, »Herzengrund«, »Astenwiesen« oder »Pfaffenkreuz«: Viele Hemminger werden diese Flurnamen schon einmal gehört oder gelesen haben. Es sind in der Regel bildhafte, sprechende Namen, deren Deutung und Bedeutung dem Laien meist rätselhaft bleibt. Kann der »Herzengrund« wirklich etwas mit einem Herz zu tun haben? Stand beim »Steinmäuerle« einmal eine Burg oder beschreibt der Flurname einfach nur eine frühere Stützmauer? Haben Pfaffen vielleicht südlich von Hemmingen vor langer Zeit ein Kreuz aufgestellt?

Walter Zimmermann ist es zu verdanken, dass die Hemminger und ihre Nachbarn seit 2016 kompetente Antworten auf diese Fragen erhalten. Er hat die Ergebnisse seiner umfangreichen Recherchen zu diesem Thema im vorliegenden Buch unter der Überschrift »Flurnamen von A-Z« in Form eines Nachschlagewerks zusammengefasst, von A wie »Allmendpfad« bis Z wie »Zitzelmaierhof«. Für jeden erwähnten Flurname folgt nach den archivischen Quellenangaben, die bis 1350 zurückreichen können, ein erläuternder Text, ergänzt durch Pläne und Fotos.

Die Erklärungen der Flurnamen werden eingangs ergänzt mit Lageplänen, die die räumliche Entwicklung von Hemmingen zwischen 1680 (Kieser'sche Forstkarte) und 2015 veranschaulichen. Eine »Orts- und Einwohnerkarte« von Hemmingen aus dem Jahr 1884 mit allen, den Besitzern zugeordneten Häusern, gezeichnet von Pfarrer Ernst Hoffmann, beschließt das großzügig gestaltete und für die Ortsgeschichte unentbehrliche Buch. *Günther Bergan*

Thomas Großbölting: Volksgemeinschaft in der Kleinstadt. Kornwestheim im Nationalsozialismus. Stuttgart 2017, 195 S., Abb.

Professor Thomas Großbölting, der den Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Münster hält, wurde im Jahr 2013 vom Kornwestheimer Gemeinderat mit der Erforschung der Stadtgeschichte in den Jahren 1930 bis 1949 beauftragt. Das Werk soll einen Einblick vermitteln, wie sich die Ideologie der Nationalsozialisten in einer Kleinstadt mit 10 000 Einwohnern wie Kornwestheim etablieren konnte. Als eine der wichtigsten Quellen diente ihm die dichte Überlieferung im Stadtarchiv, die einen guten Einblick in die Netzwerke und Beziehungen der Menschen untereinander gibt.

Die von Thomas Großbölting vorgelegte Arbeit beschränkt sich nicht ausschließlich auf die Jahre der NS-Herrschaft, sondern stellt auch die soziostrukturelle Entwicklung Kornwestheims im Kaiserreich und in der Weimarer Republik vor, aus der heraus schließlich die NS-Diktatur entstand. Die vielen Arbeiter, die Salamander, Stotz oder die Reichsbahn nach Kornwestheim brachten, führten zur Veränderung der Gesellschaftsschichten in der einst bäuerlich geprägten Gemeinde: Einstige Verwandtschaftsbeziehungen zählten im politischen Feld nicht mehr, statt Honoratioren saßen nun gewählte Räte im Kommunalparlament, und zwar mehrheitlich Sozialdemokraten. Querelen um den Bürgermeister Theodor Steimle, den die Bürger dreimal in Folge wählten, dessen Wahl das Innenministerium aber nicht anerkannte, brachten eine zusätzliche Destabilisierung.

Eine wichtige Rolle spielte dabei Otto Trefz, der von Thomas Großbölting als »wichtiger Antrieb für den Aufstieg des Nationalsozialismus in Kornwestheim« beschrieben wird. Der Lehrer war Gründer der NSDAP-Ortsgruppe und ihr wichtigster Vertreter im Gemeinderat. Weil er ein Fremder war, habe er ohne Rücksicht auf soziale Bindungen agieren können. Doch Trefz habe Personen wie Alfred Kercher benötigt, um den Nationalsozialismus in Kornwestheim zu etablieren.

Die zentrale Rolle spielt daher der damalige Bürgermeister Alfred Kercher, der auch nach 1945 wieder im Amt war. In Kercher spiegelt sich wider, wie sich eine Kleinstadt die Naziideologie zu eigen machte. Der Bürgermeister habe den Nationalsozialismus in Kornwestheim salonfähig gemacht. Vor allem die ersten Jahre des NS-Regimes waren gekennzeichnet durch eine breite Fülle aufwendig einstudierter Feste, die immer wieder die neu entstandene Gemeinschaft in den Mittelpunkt stellten. Die Zeit des Nationalsozialismus wurde als neue Ära des sozialen Friedens inszeniert, so beispielsweise im Zusammenhang mit der Feier des 1. Mai 1933 als Tag der Deutschen Arbeit oder bei der Amtseinsetzung von Kercher als Bürgermeister.

Beschrieben werden in dem Buch auch die Kriegsjahre mit ihren zahlreichen

Luftangriffen, der Einmarsch der Alliierten im Mai 1945 sowie der politische und wirtschaftliche Neuanfang. So setzt sich der Autor mit der Geschichte der Entnazifizierung in Kornwestheim auseinander, wobei in diesem Zusammenhang auch ein Blick auf den weiteren Lebensweg der lokalen Hauptakteure der NS-Zeit geworfen wird. Auch die Frage nach dem Umgang der lokalen Gesellschaft mit der nationalsozialistischen Vergangenheit wird erörtert.

Die wissenschaftlichen Anmerkungen finden sich am Ende des Buches. Ein Quellenverzeichnis fehlt ebenso wenig wie die Bildnachweise. Ein Personenregister schließt sich am Ende an. Thomas Großbölting legt mit diesem Werk eine sehr differenzierte Studie vor, die unter den doch inzwischen zahlreichen Arbeiten zur NS-Zeit auf kommunaler Ebene hervorrangt. Die Darstellung, wie der Nationalsozialismus vor Ort seine ganz eigene Ausprägung entwickelt hat und durch welche perfiden Vorgänge die Bevölkerung zum Teil des Regimes wurde, ist in dieser Abhandlung sehr gut gelungen. Für zukünftige ortsgeschichtliche Forschung über die Zeit des Nationalsozialismus im Landkreis Ludwigsburg werden damit neue Maßstäbe gesetzt.

Wolfram Berner

Irmgard Sedler: »Das Reich war uns kein Traum mehr«. Wahn und Wirklichkeit. Kornwestheim 1931–1945. Römerstein 2018, 96 S., Abb.

Der Katalog für die Ausstellung im Museum im Kleinhues-Bau in Kornwestheim vom 3. März 2018 bis zum 13. Januar 2019 illustriert gekonnt den gesellschaftlichen und auch politischen Wandel im Ort. Die Fülle der abgebildeten Exponate und Reprografien verschiedenster Dokumente visualisieren eindringlich die Zeit des Nationalsozialismus, so dass der Katalog unter anderem als perfekte Ergänzung zum Werk von Thomas Großbölting empfohlen wird. Ein Besuch der Ausstellung ist ebenso lohnenswert.

Wolfram Berner

Michael Gans: 100 Dinge über Ludwigsburg, die man wissen sollte. Gudensberg-Gleichen 2017, 112 S., Abb.

Der Titel des Büchleins macht zugegebener Weise neugierig. Was sollte der mehr oder weniger gut informierte Leser, der sich für Ludwigsburg interessiert und die Stadt näher kennenlernen will, nach Meinung des Autors alles wissen, was ihm bisher unbekannt war? Die Beantwortung der Frage nimmt der Autor in seinem »Avant-Propos« selbst vorweg und macht damit dem Rezensenten die Arbeit bedeutend leichter: »Bekanntes und Unbekanntes, Skurriles und Schwäbisches, Großzügiges und Geniales, Helles und Dunkles, Verspieltes und Lehrreiches, Bewegendes und Märchenhaftes, Flüssiges und Geometrisches, Tierisches und Rührendes, Unvergessenes, Visionäres und Gewichtiges«.

So erfährt der Leser bei »Flüssiges« u. a. etwas über das Brauhaus am Solitudeplatz, bei »Geometrisches« etwas über das Rekord-Sparschwein Louise der Kreissparkasse auf dem Schillerplatz, bei »Helles und Dunkles« neben dem Ende der Porzellan-Manufaktur auch etwas über Schubart auf dem Asperg oder bei »Tierisches« etwas über die Rockfabrik, wo es tierisch ab geht. Letztlich bleibt die Frage allerdings offen, ob man das überhaupt alles wissen will.

Günther Bergan

Joachim Michael Feigl (Bilder), Simon Karzel (Texte): Caché. Schloss Ludwigsburg hinter den Kulissen. Ludwigsburg 2018, 132 S., Abb.

Im ersten Moment drängt sich der Gedanke auf: »Noch ein Bildband zum Schloss Ludwigsburg, bitte nicht«. Ein genauerer Blick auf Titel und Vorwort verdeutlicht allerdings, dass es bei diesem Buch um das Schloss hinter den Kulissen geht. »Caché« bedeutet verborgen oder versteckt. Joachim Michael Feigl, Psychologe und Fotograf, bekannt durch mehrere renommierte Fotoausstellungen in der Region Stuttgart, hat mit Simon Karzel, dem Leiter des Ludwigsburger Stadtarchivs, anlässlich des 300-jährigen Stadtjubiläums die Räumlichkeiten des Residenzschlusses erkundet. Räume, die nicht auf den allseits bekannten Tourismuspfeilen liegen, sondern hinter dem Panoramabild der Prachtbauten seit Jahrhunderten wenig Beachtung erfahren haben. Entstanden sind drei Fotoserien: Der erste Weg lässt Neugierige hinter die farbenfrohen Schlossfassaden blicken, während die zweite Bildreihe, in schwarz-weiß gehalten, die Perspektive der damaligen Dienstboten einnimmt. Der letzte Rundgang hat den »halbhohen« Blickwinkel von Eberhard Ludwigs Wolfshund »Mélac« eingenommen. Wie im einführenden Text von Simon Karzel beschrieben, durfte das Tier frei durch alle Gänge und Gemächer laufen. Dem Leser wird die herzogliche Welt quasi aus der Sicht des Schlosshundes präsentiert. Allein schon aufgrund seiner bemerkenswerten Größe – erkennbar am tierischen Porträt auf S. 100 – dürfte der Hund respektvoll von der Dienerschaft gemieden worden sein.

Am schönsten ist der Bildband dann, wenn die »Entdeckerlust« der im Schloss herumstreifenden Personen zu spüren ist, die mit dem langjährigen Schlossführer Mike Mack das »Labyrinth von Gängen, Treppenhäusern und Kellern« erkundeten. Bei der Erkundung kamen u. a. alte Reisekisten der Königin Charlotte Mathilde, ein spezielles grünes Sofa, das noch heute gerne als Ambiente für Hochzeitsfotos dient, und der Weihnachtsmann zutage. Außerdem ein Luftschutzkeller, von dem vermutlich nicht einmal alte Ludwigsburger/innen mehr Bescheid wissen. Diese doch recht unerwarteten Bildmotive in Kombination mit den stillen, fast schon kargen Aufnahmen der in schwarz-weiß gehaltenen Einblicke im Stil eines »Lost Places« oder der wuchtigen hölzernen Schlossdachböden, die sonst kaum zu sehen sind, machen den Bildband zu etwas Besonderem. Nach der Durchsicht ist die Versuchung hoch, an einer Führung durch das Residenzschloss teilzunehmen. Allerdings erweist sich dabei schnell, dass aus konservatorischen und sicherheitstechnischen Gründen nur die wenigsten Räume im Rahmen einer Führung zugänglich sind. Gut, dass der Zugang Fotograf und Archivar gelungen ist, denen mit diesem Bildband über die Schulter geschaut werden kann.

Eine Literaturliste mit ausgewählten Werken zum Schloss, dem Hund »Mélac« sowie den zeitgenössischen Dienstbotenverhältnissen ist angefügt. Am Ende des Bildbandes zeigen extra angefertigte Zimmerpläne die jeweilige Gebäudelage und das Stockwerk der fotografierten Räume. Bei über 450 Zimmern, die sich auf 18 (!) Gebäudeteile erstrecken, ist man verblüfft und gleichzeitig ein bisschen bezaubert von der versteckten Schönheit sowie dem Charme der unbekanntesten Ludwigsburger Schlossräume.

Regina Witzmann

Silke Knappenberger-Jans: Wertvolles Lesen. 200 Jahre Ludwigsburger Kreiszeitung. Ludwigsburg 2018, 352 S., Abb.

Einen vieldeutigen Titel hat Silke Knappenberger-Jans für ihr Buch über die 200-jährige Geschichte der LKZ gewählt. Zum einen kann Lesen wertvoll sein, kann Wissen vermitteln und den Horizont erweitern. Zum anderen kann man aber auch Wertvolles lesen. Beide Aussagen treffen im vorliegenden Fall sowohl für die Zeitung, die 2018 ihr 200-jähriges Bestehen feiert, als auch für das Buch zu, das aus Anlass dieses Jubiläums als Dank an die treuen Leser und Kunden des Verlags erschienen ist.

Der Stellenwert des Zeitunglesens hat sich im Lauf der letzten beiden Jahrhunderte grundlegend geändert, genauso wie sich die Zeitung in dieser Zeit auch verändert hat, vom reinen Anzeigenblatt zur modernen Zeitung in Zeiten des Internets. Das aufwändig recherchierte Buch von Silke Knappenberger-Jans vermittelt einen Überblick nicht nur über die 200-jährige Geschichte der LKZ, sondern auch über die württembergische Zeitungsgeschichte und, en passant, auch über die Stadtgeschichte von Ludwigsburg in dieser Zeit.

Jedes der sieben Kapitel beschreibt eine prägende Epoche der letzten 200 Jahre. Ausgehend von der Vorgeschichte der Zeitung im 1. Kapitel, berichtet die Autorin in den folgenden drei Kapiteln über die Zeit des Königreichs bzw. Kaiserreichs und der Weimarer Republik. Der Schwerpunkt des 5. Kapitels liegt auf der in dieser Ausführlichkeit noch nicht beschriebenen Zeit des Dritten Reichs, in der die Zeitung nach langem Widerstand der Verlegerfamilie Ulmer zwangsenteignet und gleichgeschaltet wurde. Das 6. Kapitel beschreibt dann die Nachkriegszeit und die stürmischen Veränderungen im Zeitungswesen in den letzten Jahrzehnten. Ein Interview mit dem Verleger Gerhard Ulmer führt in die Gegenwart und beschließt das Buch.

Die einzelnen Kapitel sind informativ bebildert. Jedem Kapitel sind Zeitafeln oder »Zeitreisen« zugeordnet, die einen schnellen Überblick über die wichtigsten Ereignisse ermöglichen. Vom »Ludwigsburger Wochenblatt« über das »Ludwigsburger Tagblatt« und die »Ludwigsburger Zeitung« bis zur heutigen »Ludwigsburger Kreiszeitung« geht die Zeitreise. Die wichtigsten Stationen dieser Zeitreise seien hier kurz erwähnt: Am 1. Juli 1818 erscheint die Nr. 1 des Wochenblatts, am 7. Dezember 1820 wird das Wochenblatt auch Amtsblatt; Dezember 1841 Beginn der Lokalberichterstattung und ab März 1848 auch der politischen Berichterstattung; 1866 Umzug von der Asperger Straße in die Körnerstraße; 1905 erste Illustrationen; August 1939 Zwangsenteignung; am 24. März 1949 erste Nachkriegsausgabe der LKZ.

Die Biographien der einzelnen Verlegerpersönlichkeiten ergänzen die Texte. Umfangreiche Quellennachweise befinden sich am Ende jedes Kapitels und geben dem interessierten Leser die Möglichkeit, sich mit den einzelnen Fundstellen weiter zu beschäftigen. Ergänzt werden diese Angaben durch ein Literaturverzeichnis am Ende des Buches. Lesen kann also wertvoll sein.

Günther Bergan

Historische Gesellschaft Bönningheim e.V. (Hg.): Ganerbenblätter. 40. Jahrgang, 2017, 74 S., Abb.

Eines der Aushängeschilder der Ganerbenstadt Bönningheim ist die Historische Gesellschaft Bönningheim e.V., die im Jahr 2017 ihr 40-jähriges Bestehen feierte. Vor allem seinem ersten Vorsitzenden Kurt Sartorius ist es zu verdanken, dass der Verein mit seinen vielfältigen Aktivitäten im gesamten Landkreis Ludwigsburg, aber auch darüber hinaus als engagierter Vermittler der reichen historischen Vergangenheit Bönningheims wahrgenommen wird.

Bönningheim, das ganz am nördlichen Rand des Landkreises Ludwigsburg gelegene Städtchen, kann auf eine wechselvolle Geschichte zurückblicken, deren schriftliche Belege bis ins frühe Mittelalter zurückreichen. Die schriftliche Ersterwähnung des Ortes geht auf das Jahr 793 zurück, als Bönningheim Teil einer Güterschenkung an das Kloster Lorsch war. Mehrere Jahrhunderte befand sich der Ort im Besitz geistlicher Herren. Neben den Klöstern Lorsch, Hirsau und Bebenhausen nannte auch das Erzbistum Mainz die Ansiedlung zeitweilig sein Eigen. Das Stadtrecht wurde dem Ort im Jahr 1284 verliehen. Im Spätmittelalter und der frühen Neuzeit war die Stadt auf Grund der Zersplitterung der Herrschaftsstruktur ein Ganerbiat, eine Art Verwaltungsgemeinschaft unterschiedlicher Besitzer. Noch heute erinnern unter anderem die Keltern der vier Hauptganerben Gemmingen, Sachsenheim, Neipperg und Liebenstein an die Aufteilung der Stadt in vier Viertel. Graf Friedrich von Stadion beendete 1750 die Zeit des Ganerbiats durch den Erwerb aller Teilherrschaften. Einige Jahrzehnte später kam Bönningheim 1785 auf Betreiben Herzog Carl Eugens zu Württemberg. Der Ort ist seit alters her durch den Weinbau im nahegelegenen Stromberg geprägt. Wichtige Impulse für die Industrialisierung gingen von der Nähgarnfabrik Amann aus.

Die Historische Gesellschaft Bönningheim beleuchtet und erforscht die zahlreichen Facetten der Stadtgeschichte und veröffentlicht ihre Erkenntnisse in den jährlich erscheinenden Ganerbenblättern, deren 40. Jahrgang 2017 erschienen ist. Besonders hervorzuheben ist das Engagement der Historischen Gesellschaft bei der Erforschung des Brauchs der Nachgeburtsbestattung. Ein Brauchtum, bei dem die Plazenta eines neugeborenen Kindes in einem Topf so bestattet wird, »dass weder Mond noch Sonne« dort scheinen können. Bei zahlreichen Ausgrabungen in Bönningheimer Häusern, aber auch in anderen Orten der Region, konnten zumeist in Kellerräumen Spuren dieses inzwischen weitgehend in Vergessenheit geratenen Brauchs nachgewiesen werden. Auch hat die Historische Gesellschaft das Museum Arzney-Küche und das Schwäbische Schnapsmuseum, das sich überregionaler Bekanntheit erfreut, aufgebaut. Die Historische Gesellschaft bietet regelmäßig unterschiedliche Aktivitäten und Veranstaltungen für historisch Interessierte an.

Im aktuellen Heft der Ganerbenblätter wird der früh verstorbene Bönningheimer Maler Bruno Diemer (1924–1962) portraitiert. Die Heilbronner Hammer-Brennerei, der seit letztem Jahr eine Teilausstellung im Schnapsmuseum gewidmet ist, wird ebenfalls vorgestellt. Neben der Jahreschronik bekommt der Leser auch Einblicke in die Bönningheimer Kaffeehaus-Kultur und erfährt Wissenswertes über eine Abendmahlskanne, die in Bönningheim Mitte des 18. Jahrhunderts vom ortsanässigen Zinngießer Johann Friedrich Preyß hergestellt wurde. *Simon Karzel*

Joachim Kremer (Hg.): Magdalena Sibylla von Württemberg. Politisches und kulturelles Handeln einer Herzogswitwe im Zeichen des frühen Pietismus. Ostfildern 2017, 192 S., Abb.

Magdalena Sibylla, Herzogin von Württemberg und Landgräfin zu Hessen-Darmstadt, 1652 geboren, verbrachte ihre Kindheit und Jugend in Darmstadt und am Königshof von Stockholm. 1673 heiratete sie den württembergischen Erbprinzen und späteren Herzog Wilhelm Ludwig. 1676 wurde Erbprinz Eberhard Ludwig geboren. Als Wilhelm Ludwig 1677 überraschend starb, war Eberhard Ludwig gerade neun Monate alt. Kaiser Leopold I. bestimmte Herzog Friedrich Carl, den Onkel von Eberhard Ludwig, zum Administrator des Landes und zum Obervormund des Erbprinzen, während sich Magdalena Sibylla als alleinerziehende Mutter bis zur Volljährigkeit ihres Sohnes mit dem Rang und der Funktion einer »Mit-Obervormünderin« begnügen musste. Als überzeugte Pietistin und geschätzte Sammlerin bzw. Verfasserin von geistlichen Liedern und Andachtsbüchern bemühte sie sich, ihren Sohn im Geiste der christlichen Lehre zu erziehen, was im krassen Gegensatz zu dem prachtvollen Lebensstil seines Vormunds Friedrich Carl stand.

Es waren bewegte politische Zeiten, die das Land in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts nicht zur Ruhe kommen ließen. Im Verlauf des Pfälzischen Erbfolgekrieges fielen ab 1688 wiederholt französische Truppen von König Ludwig XIV. im Land ein. Die Herzogswitwe verstand es, in Abwesenheit des Administrators Friedrich Carl geschickt mit den französischen Führern zu verhandeln und so das Schlimmste vom Land abzuhalten. Trotzdem, in der Gunst der württembergischen Historiker scheint sie bisher keine besondere Beachtung gefunden zu haben. Uneinheitlich wird ihre politische Bedeutung bewertet, ihre Rolle im Pfälzischen Erbfolgekrieg oft gar nicht erwähnt. Ihr Erziehungsmodell ist zugegebenermaßen gescheitert, was aber kein Urteil über ihre christliche Grundeinstellung erlaubt. Als gebildete, musisch begabte Frau war sie eine typische Vertreterin ihrer Zeit. Dass ihr Portrait als Mutter des Schlosserbauers in der Ahnengalerie des Ludwigsburger Schlosses nicht vertreten ist, sei nur am Rande vermerkt.

Aus Anlass ihres Todes vor 300 Jahren sollte 2012 eine interdisziplinäre Tagung zu Magdalena Sibylla stattfinden. Das Projekt zerschlug sich, die acht geplanten Referate konnten jedoch von Joachim Kremer im vorliegenden Band zusammengefasst und veröffentlicht werden. Der einleitende Beitrag von Sabine Holtz befasst sich mit den politischen Handlungsmöglichkeiten der »Mit-Obervormünderin«. Es folgt ein Aufsatz von Joachim Kremer über Magdalena Sibylla und die Musik als geistliche Erbauung sowie ein weiterer von Eberhard Fritz über die Herzogin und den frühen Pietismus in Württemberg. Die beiden folgenden Aufsätze von Judith Aikin und Jill Bepler bringen dem Leser die Herzogin als Dichterin und Sammlerin geistlicher Lieder bzw. als Sammlerin von Büchern und Besitzerin einer Bibliothek näher. Einen Schwerpunkt bildet der Beitrag von Reinhard Lieske über das Bildprogramm der Schlosskapelle in Stetten im Remstal. Die Herzogin bezog das Schloss nach 1677 als Witwensitz und ließ die Schlosskapelle als Spiegel ihrer Frömmigkeit vollständig mit biblischen Szenen oder allegorischen Darstellungen ausmalen. Aufsätze von Andreas Münzmay sowie von Martin Loeser über zwei Musikdrucke aus der Bibliothek von Magdalena Sibylla beschließen den Band.

Günther Bergan

Wolfgang Mährle und Nicole Bickhoff (Hg.): Armee im Untergang. Württemberg und der Feldzug Napoleons gegen Russland 1812. Stuttgart 2017, 276 S., Abb., 1 eingelegte Landkarte.

Der Russlandfeldzug Napoleons im Jahr 1812 war die größte militärische und damit auch menschliche Katastrophe Europas im 19. Jahrhundert. Aus Anlass des 200. Jahrestages erschien eine Reihe von Publikationen, die sich mit den Hintergründen dieser Tragödie, ihrem Verlauf und den Konsequenzen für Europa beschäftigten. Trotzdem wies nach Meinung der Herausgeber die wissenschaftliche Erforschung der Beteiligung Württembergs am französisch-russischen Krieg noch erhebliche Lücken auf. Vom September 2012 bis zum Januar 2013 präsentierte deshalb das Hauptstaatsarchiv Stuttgart eine Ausstellung, die eine Annäherung an den Feldzug aus württembergischer Sicht ermöglichen sollte. Begleitet wurde die Ausstellung von einer Tagung des Arbeitskreises für Landes- und Ortsgeschichte, die am 25./26. Oktober 2012 im Hauptstaatsarchiv stattfand.

In der ersten Hälfte des Buches ist ein Teil der Tagungsvorträge abgedruckt, wobei der Leser leider nichts über die Themen der anderen Vorträge erfährt. Es ist deshalb nicht verständlich, warum dem württembergischen Offizierskorps und dem in russischen Diensten stehenden General Eugen von Württemberg je ein Kapitel gewidmet ist, während das Schicksal der einfachen Soldaten aber – nur etwa 5% der Soldaten gegenüber 65% der Offiziere kehrten wieder zurück – in keinem eigenen Beitrag behandelt wird.

Interessant und aufschlussreich zu lesen ist der Vortrag von Erich Pelzer zur langen Vorgeschichte des Krieges, die 1807 mit dem Frieden von Tilsit begann, dann aber zur Entzweiung der beiden Machtpolitiker Napoleon und Zar Alexander führte und mit dem Übergang über die Memel am 24. Juni 1812, dem Kriegsbeginn, endete. Wolfgang Mährle ist in dem Buch mit drei Aufsätzen vertreten. Neben einem in das Thema einführenden Beitrag stellt er unterschiedliche Veröffentlichungen und Neuauflagen von Memoiren und Tagebuchaufzeichnungen württembergischer Feldzugsteilnehmer zwischen 1817 und 2017 vor. Visuell ergänzt werden diese Berichte durch die Bilddokumentationen des württembergischen Artillerieoffiziers Christian Wilhelm von Faber du Faur, die Mährle in seinem dritten Beitrag vorstellt und analysiert.

Die Recherchen von Helmuth Mojem zum Leben und Wirken des aus Franken stammenden Franz Leppich, eines Bastlers, Erfinders, Flugpioniers, aber auch Scharlatans, der für den Zaren einen lenkbaren Ballon zum Abwurf von Sprengstoff auf die französischen Truppen bauen sollte, berührt das Thema eigentlich nur am Rande und ist im Verhältnis zu den anderen Beiträgen zu umfangreich. Inwieweit die im Vorwort angekündigte vertiefende wissenschaftliche Annäherung an den Russlandfeldzug aus württembergischer Sicht wirklich gelungen ist, lässt sich anhand der vorhandenen Beiträge abschließend nicht beurteilen.

Die zweite Hälfte des Buches ist dem Ausstellungskatalog mit Kurzbeschreibungen der Objekte und zahlreichen Abbildungen vorbehalten.

Günther Bergan

Gad Arnsberg: »... über die Notwendigkeit einer deutschen Republik«. Die württembergische Militär- und Zivilverschwörung 1831–1833. Stuttgart 2017, 448 + 66 S., 10 Abb.

Als Historiker leitete Gad Arnsberg bis 2009 am Beit Berl College im Norden von Tel Aviv die Abteilung für internationale Beziehungen. Den Zuhörern eines Vortrags, den Gad Arnsberg vor der Militärgeschichtlichen Gesellschaft Ludwigsburg am 28. März 2018 im Asperger Torhaus über das im Titel genannte Thema gehalten hatte, ist der Inhalt dieses Buches zumindest in Teilen bekannt. Vielleicht hat der Vortrag auch die Lust auf weitere Informationen geweckt.

Über mehrere Jahrzehnte hat sich Arnsberg mit dieser umfangreichen wissenschaftlichen Arbeit beschäftigt. Im Mittelpunkt steht die von Oberleutnant Ernst Ludwig Koseritz geplante Verschwörung, deren Ziel es war, zusammen mit zivilen aufständischen Gruppen die württembergische Monarchie zu stürzen und durch eine Republik zu ersetzen. Das gescheiterte Unternehmen ist auch, etwas oberflächlich formuliert, als »Affäre Koseritz« bekannt. Im Gegensatz zu den zahlreichen älteren Untersuchungen der Vorgänge von 1831/33 beschränkt sich Arnsberg bei seiner Betrachtung und Einordnung der Ereignisse nicht allein auf die württembergische Sicht, sondern ordnet die republikanischen Bestrebungen im Land in die Reihe ähnlicher Aktionen in anderen europäischen Ländern ein. Die historischen Verlierer werden als politische Visionäre dargestellt.

Eine umfassende Arbeit zu den demokratischen Bewegungen in Europa während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Ein Buch zur Vertiefung des Themas, keinesfalls aber zum schnellen und flüchtigen Blättern.

Günther Bergan

Bildnachweis

- Hermann Aigner, Ludwigsburg: S. 214, 216 (u.)
Tobias Arand: S. 127, 130, 137
ArchFlyTech, Jarek Piech: S. 76
Archiv des Hauses Württemberg, Altshausen: S. 103, 105, 109, 113, 116
Günther Bergan: S. 233, 247
Eberhard Fritz: S. 107
Joachim Hahn, Plochingen: S. 189 (u.)
Hauptstaatsarchiv Stuttgart: S. 8, 65, 85 (o.), 93
Haus der Geschichte Baden-Württemberg: S. 33, 34, 36–38, 239
Kreisarchiv Ludwigsburg: S. 115, 124, 148, 209 (o.), Umschlagbild
Helmut Kurz: S. 245 (u.)
Wolfgang Läßle: S. 205
Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart (Michael Hermann/Burkhard Bayer): S. 88 (Bauaufnahme), 90, 91
Landesmuseum Württemberg, Stuttgart: S. 58, 78 (u.)
Ludwigsburg Museum: S. 11, 14, 15, 18, 21, 22, 187
Ludwigsburger Kreiszeitung, Archiv: S. 241, 245 (o.)
Traugott Plieninger: S. 67
Privatbesitz: S. 202, 209 (u.), 210, 215, 221, 229, 242, 248
Schloss Jaroměřice nad Rokytnou: S. 78 (o.)
Daniel Schulz: S. 80, 83, 87
Staatsarchiv Ludwigsburg: S. 85 (u.), 88 (Plan Kieser), 110
Stadtarchiv Ludwigsburg: S. 9, 13, 20, 24, 25, 189 (o.), 190, 192, 196, 204, 208, 212, 213, 216 (o.), 219, 226, 228, 231, 234–236
Stadtarchiv Ludwigsburg (Sammlung Otto Schick): S. 197, 246
Stadtarchiv Marbach: S. 165, 168, 170, 176, 179, 180
Stadtarchiv Markgröningen: S. 46, 50, 52, 60, 69
Stadtarchiv Markgröningen (Petra Schad): S. 42, 43, 48, 55, 56, 62
Stadtarchiv Markgröningen (Manfred Simons): S. 45
Stadtarchiv Remseck: S. 142, 145, 153, 154, 157, 159
Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg, Stuttgart: S. 193

»Ludwigsburger Geschichtsblätter« 1900 – 2018

Heft	Jahr	Seiten	Heft	Jahr	Seiten
Redaktion Christian Belschner:			Redaktion Dr. Wolfgang Schmierer:		
1	1900	87	40	1987	252
2	1901	100	41	1988	200
3	1903	106	42	1988	224
4	1905	186	43	1989	188
5	1909	115	44	1990	232
6	1911	88	45	1991	236
7	1913	57	46	1992	232
8	1916	48	47	1993	168
9	1923	119	48	1994	196
10	1926	107	49	1995	264
11	1930	133	50	1996	200
12	1939	46	51	1997	244
Redaktion Dr. Oscar Paret:			Redaktion Dr. Thomas Schulz:		
13	1957	140	52	1998	240
14	1960	66	53	1999	228
Redaktion Heinrich Gaese:			54	2000	220
15	1963	162	55	2001	256
16	1964	203	56	2002	204
17	1965	207	57	2003	200
18	1966	192	58	2004	296
19	1967	164	59	2005	216
20	1968	196	60	2006	224
Redaktion Dr. Willi Müller:			61	2007	216
21	1969	92	62	2008	220
22	1970	116	63	2009	204
23	1971	195	64	2010	248
24	1972	272	65	2011	232
25	1973	141	66	2012	240
26	1974	141	67	2013	228
27	1975	199	68	2014	248
28	1976	161	69	2015	248
29	1977	179	70	2016	248
Redaktion Dr. Paul Sauer:			71	2017	208
30	1978	128	72	2018	272
Redaktion Dr. Wolfgang Schmierer:			Hefte 1 – 4, 11, 13, 26 und 28 vergriffen, alle anderen lieferbar.		
31	1979	148	Ebenfalls noch lieferbar ist der 1997 vom Historischen Verein zu seinem 100-jährigen Jubiläum herausgegebene Sammel- band »Ludwigsburg. Erinnerungen aus Stadt und Kreis 1897 – 1997«.		
32	1980	188			
33	1981	256			
34	1982	176			
35	1983	180			
36	1984	242			
37	1985	245			
38	1985	196			
39	1986	224			

Bestellungen: Buchhandlung Aigner, Arsenalstraße 8, 71638 Ludwigsburg



Stadt und Kreis Ludwigsburg